

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Texte 30

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MICHAEL BRIE, CORNELIA HILDEBRANDT (HRSG.)

Parteien und Bewegungen

Die Linke im Aufbruch

Karl Dietz Verlag Berlin

Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.):
Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 30)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2006

ISBN 3-320-02087-0, 978-3-320-02087-3

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2006

Satz: Elke Sadzinski

Umschlag: Heike Schmelter

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Bärenruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 9

Neue Formen des Politischen

Mimmo Porcaro
Die radikale Linke und das Problem des Pluralismus:
Der Fall Italien 19

Roger Martelli
Soziale Bewegungen und politische Konstruktionen:
Jüngste französische Experimente 37

Christoph Spehr
Wem gehört die Partei?
Moderne Linkspartei, Offene Organisation, Offener Sozialismus 44

Lars Schmitt
Sozioanalyse als Grundlage politischen Engagements 58

Judith Dellheim
Links als kultureller Wert? Acht Thesen 68

Michael Brie
Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich?
Fünf Einwände von Rosa Luxemburg
und fünf Angebote zur Diskussion 74

Aktuelle Länderskizzen

...der Blick nach Deutschland

| | |
|--|-----|
| Oskar Niedermayer Die Veränderungen des deutschen Parteiensystems | 101 |
| Michael Koß Lose verkoppelte Anarchie: Die Linkspartei im deutschen Föderalismus | 111 |
| Meinhard Meuche-Mäker Die PDS im Westen | 123 |
| Claudia Gohde Was bewegt die Partei? Erfahrungen mit Fusion und Parteireform | 137 |
| Cornelia Hildebrandt Emanzipative soziale Bewegungen in Deutschland | 143 |

... der Blick nach Europa

| | |
|--|-----|
| Gilbert Wassermann Die neuen Möglichkeiten der alternativen Linken erfordern ihre tiefgreifende Wandlung | 160 |
| Dag Seierstad Die jüngsten Entwicklungen der norwegischen Linken: Herausforderungen und Perspektiven | 167 |
| Thomas Kachel New Labours zweite Legislatur oder: Der lange Weg zum sozialgesellschaftlichen Denken | 184 |
| Henning Süßner Good-bye Lenin? Die schwedische Linkspartei 1998-2005 | 191 |

| | |
|--|-----|
| Dieter Segert Die post-kommunistische Linke in Osteuropa ohne echte linke Politik? Zustandsbeschreibung und Analyse nach 15 Jahren Transformation | 206 |
| Vladimir Handl Die KSČM und die EU: Das Glas ist ein Drittel voll | 218 |
| Dietmar Wittich Synopsis sozialer Umfeld der ausgewählter europäischer Linksparteien. Ein Arbeitsbericht | 230 |
| Sascha Wagener Der Vertrag über eine EU-Verfassung und die Position linker Parteien | 242 |
| Autorenverzeichnis | 262 |

Vorwort der Herausgeber

Neuer Aufbruch oder bloßes Wetterleuchten?

Die vergangenen drei Jahrzehnte waren von einer ungebrochenen Tendenz neoliberaler Umgestaltung der Welt gekennzeichnet. Die Bollwerke, die in den hochentwickelten westlichen Gesellschaften nach 1945 gegen die Barbarei eines ungezügelter Kapitalismus errichtet worden waren, kamen unter Beschuss, wurden belagert, geschleift. Der Sozialstaat wich dem Wettbewerbsstaat, partielle Sozialisierung der umfassenden Privatisierung, der Ausbau demokratischer Elemente und die Mitbestimmung wichen einem neuen Autoritarismus. Krieg wurde wieder zum selbstverständlichen Mittel der Sicherung imperialer Interessen. Die Implosion des sowjetisch geprägten Staatssozialismus und die Unterwerfung vieler Länder der früheren Dritten Welt unter neoliberale Strukturreformen sicherten diese Serie von Konterreformen an der Peripherie und Semiperipherie ab.

Die erste Welle von Gegenbewegungen gegen die erneute Durchkapitalisierung der Welt begann in der Mitte der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Linke Regierungen in fast allen Ländern Westeuropas, ein gemäßigter Multilateralismus und vorsichtig proklamierte Sozialreformen in den USA, neue Demokratisierungstendenzen in vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens sowie die Forderung nach *good governance* und *global governance* sollten die Früchte der neoliberalen Konterbewegung politisch und sozial stabilisieren. Dies war das elitäre Projekt einer »Neuen Sozialdemokratie« und »Neuen Mitte«.

Die Ergebnisse dieser Eindämmung des neuen Kapitalismus von oben auf seiner eigenen Grundlage sind bescheiden bis katastrophal. Die USA schwenkten Anfang dieses Jahrzehnts auf einen imperial-autoritären Weg. In Europa begann eine zweite und aggressivere Runde von Privatisierung, sozialer Spaltung und Entdemokratisierung bei gleichzeitiger Formierung der EU als neuer globaler Militärmacht. In Lateinamerika und Afrika mischten sich Stabilisierungsversuche mit einer weitgehenden Kontinuität neoliberaler Wirtschaftspolitik. Formale Demokratisierung und wachsende Ohnmacht großer Teile der Bevölkerung, eine nicht abreißende Kette so genannter Reformen, die letztlich

die soziale Spaltung der Gesellschaft nur noch weiter vorantrieben, immer neue Zukunftsversprechen bei gleichzeitiger Ausbreitung von Unsicherheit der Mehrheit der Bevölkerung, Gipfeltreffen ohne Ende und eine Zunahme von Kriegen, in die die hochentwickelten Länder direkt verwickelt sind – als Aggressoren oder scheiternde »Friedensstifter« –, sind die Bilanz. Dies hat zu einer verbreiteten Delegitimierung der Neuen Sozialdemokratie in ihren verschiedenen regionalen und nationalen Varianten geführt.

Seit einigen Jahren ist eine neue »Bewegung von Bewegungen« entstanden. Diese neuen Bewegungen entspringen den sich auftuenden Klüften von Gesellschaften, die unter dem Druck des Finanzmarkt-Kapitalismus vor Zerreißen gestellt werden. Es sind Bewegungen gegen die Tatsache, dass Wahlen nur noch darüber zu bestimmen scheinen, wer in welchem Tempo neoliberale Politik durchsetzt. Es sind Revolten gegen den Umstand, dass großen Teilen der Bevölkerung mit der sich ausbreitenden Unsicherheit und Prekarisierung der Boden unter den Füßen verschwindet und sich in gefährlichen Treibsand verwandelt, der fast jeden verschlingen kann. Es ist der Protest dagegen, dass sich der Krieg wie ein Krebsgeschwür in den Alltag hineinfrißt.

»Demokratische« Machtlosigkeit, »soziale« Konterrefomen und eine »Friedenspolitik«, die den Krieg verallgemeinert, treffen auf immer neue Widerstände. Da wird eine Richtlinie der EU zu Fall gebracht, deren Ziel darin bestand, im Namen der Liberalisierung der Dienstleistungen eine weitere Bastion gegen Lohndumping zu schleifen. Per Volksabstimmung in Frankreich und den Niederlanden wird das so glanzvoll verkündete Projekt einer EU-Verfassung gestoppt, das der neoliberalen Eigentums- und Wirtschaftsordnung Verfassungsrang geben sollte. In Venezuela behauptet sich ein Präsident, der den Armen den Reichtum des Landes für Gesundheit, Bildung und Arbeit zur Verfügung stellen will. In Bolivien wird ein Koka-Bauer Präsident und verstaatlicht die Öl- und Gasindustrie. Lokale Netzwerke von Passlosen, Landlosen, Wohnungslosen, Arbeitslosen entstehen und vernetzen sich global. In Deutschland gehen plötzlich Hunderttausende auf die Straße, um gegen die entwürdigenden Reformen der Agenda 21 eines sozialdemokratischen Kanzlers zu protestieren, zwingen ihn zu vorgezogenen Neuwahlen, aus denen eine neue Linke gestärkt hervorgeht. In Mexiko formieren die Zapatistas eigene lokale Formen neuer Selbstverwaltung. Und dies alles ist nur ein sehr kleiner Ausschnitt völlig neuer Prozesse.

Die neue Bewegung von Bewegungen ist wie ein Steppenbrand. Immer wieder gelöscht, ausgetreten, unterdrückt, flammt er an völlig unerwarteter Stelle neu auf. Vororte brennen für Wochen, Straßen werden blockiert, große Demonstrationen legen die Politik lahm. Es gibt keine Zentrale und keinen Kern, es gibt nur eine gemeinsame Losung, die so vage wie viel versprechend ist: Eine andere Welt ist möglich. Kein Kampf wiederholt den anderen. Es gibt keine Armee, sondern eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern, die oft für kurze Zeit zu Partisanen werden in der Auseinandersetzung mit einem ge-

sellschaftlichen Wandel, der sie empört, aufstört, oft zur Verzweiflung bringt. Private und soziale Formen des Widerstandes verschmelzen.

Der Ausgangspunkt dieser neuen Bewegung von Bewegungen sind nicht die etablierten Eliten und sozialdemokratischen Parteien, oft auch nicht die Gewerkschaften. Das alte und neue Unten wie die bedrohte Mitte der Gesellschaft sind in Bewegung geraten. Vereinzelt, fragmentiert, unübersichtlich, unverbunden, zerfallend und sich ganz unerwartet zu Protesten bündelnd, die die ganze Gesellschaft aufrütteln – so das Bild, das die sozialen Bewegungen heute bieten. Vieles erinnert an Rosa Luxemburgs Darstellung der Rolle des Massenstreiks in der Russischen Revolution von 1905: »Der Massenstreik, wie ihn uns die russische Revolution zeigt, ist eine so wandelbare Erscheinung, daß er alle Phasen des politischen und ökonomischen Kampfes, alle Stadien und Momente der Revolution in sich spiegelt. Seine Anwendbarkeit, seine Wirkungskraft, seine Entstehungsmomente ändern sich fortwährend. Er eröffnet plötzlich neue, weite Perspektiven der Revolution, wo sie bereits in einen Engpass geraten schien, und er versagt, wo man auf ihn mit voller Sicherheit glaubt rechnen zu können. Er flutet bald wie eine Meereswoge über das ganze Reich, bald zerteilt er sich in ein Riesennetz dünner Ströme; bald sprudelt er aus dem Untergrund wie ein frischer Quell, bald versickert er ganz im Boden. Politische und ökonomische Streiks, Massenstreiks und partielle Streiks, Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, Generalstreiks einzelner Branchen und Generalstreiks einzelner Städte, ruhige Lohnkämpfe und Straßenschlachten, Barrikadenkämpfe – alles das läuft durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über; es ist ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen.«¹

Welche tiefer liegenden Tendenzen aber prägen diese Bewegung von Bewegungen? Was sind ihr Gehalt und welches ihre Möglichkeiten? Ist es mehr als ein Aufbäumen untergehender sozialer Klassen und Schichten, die der neoliberalen Umgestaltung letzte Abwehrkämpfe liefern, oder auch und schon der Aufbruch neuer Kräfte? Welche Entdeckungen wurden gemacht auf der Suche nach neuen Strategien und Organisationsformen?

Die Gesellschaft ist in Gestalt vielfältigster Kräfte selbst in Bewegung gekommen und fordert das Projekt des Neoliberalismus heraus. Was aber bedeutet dies für die Beziehung von Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften zu diesen Bewegungen und zueinander? Nichts wird bleiben, wie es war. Alles ist im Fluss, und gerade deshalb ist die gemeinsame Analyse wichtiger denn je. In welchem Kapitalismus leben wir, wie verändern sich Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Kultur? Was bleibt von den Forderungen nach der universellen Einlösung der Menschenrechte?

1 Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in dies.: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1974, S. 91-170, hier S. 124.

Im vorliegenden Band wird ein Ausschnitt dieser Fragen diskutiert. Politikwissenschaftler, Parteienforscher, Soziologen, Journalisten und Politiker versuchen, Einblicke in die komplizierten Prozesse der Neuformierung linker Parteien in Europa zu verschaffen. Im Mittelpunkt stehen dabei (1) die Fragen nach den gesellschaftlichen Funktionen von linken Parteien unter den neuen Bedingungen, (2) die Umbrüche im Parteiensystem, und (3), wie linke Parteien ihre Strukturen und Arbeitsweisen verändern.

Wozu werden Parteien noch gebraucht?

Mimmo Porcaro sieht in seinem Beitrag die Linke vor die Wahl gestellt, entweder einen brutaleren Neoliberalismus zulassen zu müssen oder den unmittelbaren Ausstieg aus dem neoliberalen System anzusteuern. Mit Verweis auf die Erfahrungen der italienischen Linken ist es aus seiner Sicht nicht mehr möglich, einen »abgefederten« oder »sanften« Neoliberalismus anzustreben, der die Gestaltung der ökonomischen und sozialen Beziehungen dem Markt überlässt und lediglich versucht, negative Auswirkungen einer solchen Politik auf einkommensschwächere Schichten abzumildern. Strategie der Linken müsse es deshalb sein, signifikante Kurskorrekturen zur Überwindung des neoliberalen Dogmas zu ermöglichen. Das ist mehr als der Kampf gegen Privatisierungen und braucht breite gesellschaftliche Bündnisse und politische Allianzen.

Die linken Parteien müssen ihre strategischen Aufgaben aus den zentralen Konflikten entwickeln. Dazu gehören: die Autonomie als eigenständige, soziale, politische und kulturelle Kraft, praktische Projekte des Einstiegs in einen transformatorischen Prozess und Widerstand gegen jede Form der Entzivilisierung und Barbarei. In diesem Sinne fordert Mimmo Porcaro, den Kampf gegen die Regierung Berlusconi mit dem Kampf um signifikante Kurskorrekturen zur Überwindung des neoliberalen Dogmas zu verbinden.

Gilbert Wassermann beschreibt die Aufgaben der Linken aus französischer Sicht als Notwendigkeit der Zurückdrängung sozialliberaler Denkansätze innerhalb der Gesellschaft und der Abschwächung dieser Dominanz auch innerhalb der Sozialdemokratie. Die Linke müsse ein neues Verhältnis zur Macht entwickeln, so wie sie unter Verzicht auf ihre Avantgarde-Rolle auch ihr Verhältnis zu anderen Parteien, sozialen Bewegungen und Bürgerbewegungen verändern muss, auch vor dem Hintergrund der massiven Abkehr der Menschen von der traditionellen Linken – nicht nur in Frankreich.

Die Niederlagen der linken Regierungen in Europa bis 2002 werden durch Gilbert Wassermann auch mit ihrer Unfähigkeit begründet, Antworten auf die Ängste und Unsicherheiten zu geben, die sich unter den Bedingungen eines flexiblen Kapitalismus mit seinem wesentlich höheren Maß an Instabilität, Inkohärenz, gesellschaftlicher Spaltung und offener Unterdrückung ausgeprägt haben. Dazu aber ist es erforderlich, die Ursachen dieser Ängste nicht mehr als

individuelles Versagen zu begreifen und verinnerlichte und selbstverständlich gewordene Benachteiligungen sichtbar zu machen.

Lars Schmitt beschreibt diesen Prozess und die Stufen des Übergangs zwischen einer gesellschaftlichen Schieflage und emanzipatorischem Engagement. Er analysiert die Schwierigkeiten kollektiver Wahrnehmungen in sich ausdifferenzierenden Gesellschaften. Die mit der Pluralität scheinbar frei gewählte Symbolik zur Selbstbeschreibung und die Ausprägung von Individualität machen verinnerlichte soziale Ungleichheiten zunächst unkenntlich. Gerade deshalb sind aus seiner Sicht kollektive Identitätsprozesse wichtig, damit das Aufbegehren nicht auf der individuellen Ebene verbleibt und Voraussetzungen für Hegemoniefähigkeit entstehen. Was aber bedeutet diese unter den Bedingungen der Krise von Erwerbsarbeit, der Abnahme des Gesamtarbeitsvolumens, für die gesellschaftliche Integration und die Ausprägung kollektiver Identitäten? Dies ist eine Frage, die die Linke jedoch nur beantworten kann, wenn sie zur soziologischen Selbstreflexion fähig ist und die sozialen Unterschiede von Akteuren wahrnimmt. Gilbert Wassermann spricht in diesem Zusammenhang auch von dem tiefen Graben zwischen Bevölkerungsschichten, staatlichen Institutionen und politischen Vertretern.

Roger Martelli geht von den französischen Erfahrungen einer weitgehend gescheiterten Linksinregierung und der bitteren Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2002 aus – die gesplittete Linke kam nicht einmal in die zweite Runde und musste letztlich Chirac gegen Le Pen unterstützen. Die Linke brauche alternative Synthesen, die den antineoliberalen Forderungen maximale Schlagkraft verleihen. In Deutschland werde in der Linkspartei von alternativen Einstiegsprojekten als Teil des strategischen Dreiecks zwischen Widerstand und Gestaltung gesprochen.

Umbrüche im Parteiensystem

Die Herausbildung neuer Parteien und Parteientypen und die Veränderungen der Parteiensysteme vollziehen sich seit dem Ende der 1980er Jahre, nach dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems in den mittel- und osteuropäischen Ländern ebenso wie in den westeuropäischen Ländern. Dafür steht u. a. die Herausbildung der *Izquierda Unida* (Vereinigte Linke) 1986 in Spanien und des *Bloco de Esquerda* (Linker Block) 1999 in Portugal. Interessant gerade bei dieser Partei sind die Erfahrungen des Zusammenwachsens ihrer Teil- oder Ursprungsparteien, deren Gründungskerne, wie Christoph Spehr es allgemeiner formuliert, sichtbar erhalten bleiben und dabei Partei- und Bewegungsstrukturen miteinander verknüpfen. So werden z. B. die Delegierten der Parteitage auf der Grundlage von Sachanträgen gewählt.

Die Prozesse der Transformation der postkommunistischen Linken in Osteuropa analysiert Dieter Segert. Der komplizierte Wandel von Staatsparteien

zu normalen politischen Akteuren in pluralistischen Parteiendemokratien voll-zieht sich aus seiner Sicht auf zwei Wegen: als beschleunigte programmatische Modernisierung mit der Ausprägung eines sozialdemokratischen Profils oder als linker Rückzug zur Verteidigung der eigenen Identität. Als Ergebnisse dieser Prozesse beschreibt er reformierte Linksparteien oder nationalkommunistische Parteien, zwischen denen es eine Reihe von Mischformen gibt. Interessant sind die von ihm dargestellten Korrelationen zwischen dem programmatischen und organisatorischen Wandel am Beispiel der ungarischen, tschechischen und polnischen Parteien und der Versuch, Kriterien des Erfolgs linker Parteien zu entwickeln.

Oskar Niedermayer setzt sich mit den Veränderungen des Parteiensystems in Deutschland auseinander, dessen Typologie er nach strukturellen und inhaltlichen Analysedimensionen und nach den beiden zentralen Ebenen des Parteienwettbewerbs differenziert. Das bewegliche Fünf-Parteien-System ist gekennzeichnet durch die offene Wettbewerbssituation der beiden großen Parteien. Es ist geprägt durch eine zweidimensionale Konfliktstruktur mit einer sozio-ökonomischen und einer politisch-kulturellen Dimension und libertären vs. autoritären Wertvorstellungen. Entlang dieser Strukturen bestimmt er den jeweiligen Platz der politischen Parteien in Deutschland.

Entsprechend den Konfliktstrukturen bestimmen linke Parteien auch ihr Selbstverständnis, ihre Identität als pluralistische Parteien, in denen sich sozial, politisch, kulturell durchaus unterschiedliche Kräfte zusammenfinden. Dietmar Wittich erläutert den geistig-kulturellen Raum linker Parteien und ihre Akzeptanz bei den verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft. Er vergleicht linke Parteien in zwölf europäischen Ländern hinsichtlich ihrer Bedeutung im Parteiensystem, der sozialen Merkmale ihrer Wähler wie Geschlecht, Bildung, Erwerbsstatus, Berufsgruppen, Wohnorttypen. Als Ergebnis formuliert er vier Typen von Parteien: (1) linke Parteien, die ihren Schwerpunkt in den Milieus der traditionellen Arbeiterbewegung haben, (2) linke Parteien, deren Schwerpunkt bei den Milieus der Angestellten und traditionellen Dienstleister liegen, (3) eine gesplante Linke, deren beide Vertreter in je einem der beiden Milieus ihren Schwerpunkt haben, (4) Parteien, die gleichzeitig beide Milieus repräsentieren. Wobei aus seiner Sicht das Milieu der modernen Produzenten und Dienstleister geringere parteipolitische Bindungen aufweist als die traditionellen Milieus linker Parteien.

Einen Einblick in die Situation der Linken in einzelnen Ländern Europas bieten die Beiträge von Gilbert Wassermann und Roger Martelli zu Frankreich, von Henning Süßner über die Linke in Schweden, von Dag Seierstad über Norwegen, von Vladimir Handl über die Linke in Tschechien, von Mimmo Porcaro über Italien, von Thomas Kachel über die Linke in Großbritannien sowie die Beiträge von Claudia Gohde, Meinhard Meuche-Mäker und Cornelia Hildebrandt, die die Entwicklung in Deutschland skizzieren.

Ist eine andere parteipolitische Linke möglich?

Linke Kultur muss zwingend auch demokratisch sein, und völlig zu Recht sieht Christoph Spehr die Aufgabe der Linken vor allem darin, sich angesichts ihrer Geschichte als Teil eines nachholenden Lernprozesses in Sachen Demokratie zu verstehen. Das meint die Einbettung von Parteien in den Kampf um die Demokratisierung der Gesellschaft, den demokratischen Umgang mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, eine innerparteiliche Demokratie, die linke Parteien aus politischen Monopolisten in offene Organisationen strategischer Projekte und feministisch tragfähiger und attraktiver Utopien verwandelt.

Judith Dellheim verweist auf die schwindenden Spielräume für selbstbestimmtes Handeln, die auch unter den Linken unterschiedliche Möglichkeiten von Partizipation reproduzieren, wie sich bei der Nutzung des Internets, der Teilnahme an Sozialforen etc. zeigt. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Akteure und ihr Wille zum solidarischen Miteinander sind aus ihrer Sicht die Kernfrage linker Kultur, deren Selbstverständnis u. a. in der Charta von Porto Alegre zusammengefasst wurden. Ihre acht Thesen sind ein Versuch, aus den Erfahrungen der Sozialforen Ansätze einer breiten linken Kultur zu entwickeln.

Michael Brie formuliert in Diskussion mit Rosa Luxemburgs Begründung zur Ablehnung der Regierungsbeteiligung linker Parteien Argumente für eine Transformationspolitik, die eine konditionierte Partizipation an solchen Regierungen auch aus der Position einer Minderheit für möglich und sinnvoll hält.

Allerdings bleibt Regierungsbeteiligung auch in ihrer wirkungsvollsten Form ein ambivalentes, widersprüchliches Instrument, wie die Beiträge von Henning Süßner für Schweden und Michael Koß für Deutschland beschreiben. Henning Süßner spricht vom Dilemma nicht nur der schwedischen Linkspartei: Kernauffassungen großer Teile der Mitgliedschaft sind in Konflikt mit den begrenzten Möglichkeiten geraten, tiefer greifende gesellschaftliche Veränderungen durch Koalitionen in Kommunen, Regionen oder im Reichstag zu erreichen. Eine wieder entdeckte Klassenkampfrhetorik steht neben einer Alltagspolitik der Verwaltung von materiellen Einsparungen. Anders dagegen analysiert Dag Seierstad die Situation in Norwegen. Unter dem Druck von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen nahm hier die linke Regierung von Arbeiterpartei, Sozialistischer Linkspartei und Zentrumspartei wesentliche Veränderungen in der norwegischen Politik vor, was etwa die Zurückweisung der Liberalisierungsstrategien von IWF und Weltbank anbelangt, das Agieren in der WTO, den Erhalt öffentlichen Eigentums, die Rücknahme von Einschränkungen des Arbeitsrechts und die Verbesserung von Arbeitnehmer- und gewerkschaftlichen Rechten. Aber auch er benennt in seinem Beitrag die Widersprüche dieses Projekts und Möglichkeiten seines Scheiterns.

Die Herausbildung der neuen parteipolitischen Linken realisiert sich als komplexer Prozess, umfasst Veränderungen von Mitgliedschaft, Strukturen, Or-

ganisations- und Arbeitsweisen und vollzieht sich regional unterschiedlich. Der aus der Sammlungsbewegung entstandenen WASG steht ein parlamentarisch geprägter, professioneller Parteiapparat der Linkspartei.PDS gegenüber. Unterschiedliche Selbstverständnisse, Erfahrungen, Kulturen, soziale, politische und historische Wurzeln müssen im Parteibildungsprozess bearbeitet werden. Einen Einblick in die eher zermürbende alltägliche Kleinarbeit des Zusammenwachsens verschiedenster Ebenen und Gruppierungen vermittelt Claudia Gohde, wobei sie Analogien zur Logik erfolgreicher Partner- und Familienberatungen herstellt. Die Ähnlichkeiten sind schon verblüffend: Dort wie im Prozess der Parteibildung sind Respekt, Würdigung, Anerkennung, Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe oft die Antwort auf zahlreiche Probleme. Doch auch dies allein genügt nicht, wie Meinhard Meuche-Mäker verdeutlicht. Die Erfahrungen der PDS bzw. Linkspartei beim Aufbau westdeutscher Strukturen analysierend, benennt er die externen und internen Faktoren ihres scheinbaren Scheiterns. Neben den gesellschaftlichen Bedingungen des Umbruchs 1989, der kulturellen Fremdheit der PDS, der Wirksamkeit des Antikommunismus, der Krise der Westdeutschen Linken als externe Faktoren charakterisiert er die uneindeutige politische Orientierung der PDS, die mangelnde Strategiebildung und die mangelnde Auseinandersetzung mit den konservativen Teilen der PDS-Mitgliedschaft als interne Faktoren. Wie also muss eine Partei sich organisieren?

Die neue Linke ist entweder pluralistisch oder nicht links, sie ist entweder demokratisch oder nicht emanzipativ. Auf der allgemeinen Ebene sind diese Sätze weitgehender Konsens linker Parteien. Doch der Teufel sitzt im Detail!

Christoph Spehr entwickelt die Grundzüge eines neuen Parteityps, dessen unterschiedliche Entstehungskerne nicht verschwinden, sondern die Pluralität von modernen Parteien begründen und als politische Produktivkraft verstanden und mit unterschiedlichen demokratischen Prinzipien verbunden werden müssen. Dabei haben linke Parteien demokratietheoretische und praktische Entscheidungen zu fällen, die das Verhältnis von Basis und Führung, von nationaler und europäischer Linken, von Mitgliedern von Parteien und deren Umfeld sowie die Autonomie von Parteigliederungen betreffen. Wie lassen sich hierzu Verfahrensregeln entwickeln, wie lässt sich der politische Alltag konkret gestalten? In Anlehnung an die »offenen Räume« der *Rifundazione* entwickelt Spehr die Idee der »offenen Organisation«, die verbunden wird mit einem Prozess gesellschaftlicher Transformation als kooperativer Prozess, bis hin zur Vision eines »offenen Sozialismus«.

Mimmo Porcaro unterscheidet zwischen innerparteilichem und gesellschaftlichem Pluralismus. Pluralismus beschreibt er als Vielfalt gesellschaftlicher Subjekte, die zum antikapitalistischen Kampf beitragen. Aber Pluralität ist nicht die homogene Vielfalt, sondern in sich widersprüchlich, wie er am Beispiel der italienischen Linken darstellt. Doch auch der innerparteiliche Plura-

lismus wird zum Problem, wenn er sich auf Flügelkämpfe reduziert, und zur Existenzfrage, wenn es zum Bruch zwischen den Flügeln kommt – so im Beitrag von Michael Koß für die Linkspartei in Deutschland. Notwendig für die Linke in Deutschland wäre es, den Fusionsprozess mit der längst überfälligen Parteireform zu verbinden; letztere sollte, Michael Chrapa zufolge, planmäßig betriebene interne Umgestaltungen und Modernisierungen von politischen Parteien zum Ziel haben, die einerseits Strukturen, Organisationsfragen oder statuarische Regelungen und andererseits Fragen der praktischen Arbeitsweise sowie der Ressourcennutzung betreffen.

Wie sich diese Prozesse auf der europäischen Ebene darstellen, erläutert der Beitrag von Sascha Wagener. Seine Analyse linker Positionen zum Verfassungsvertrag umfasst die Haltung der linken Parteien im Europäischen Konvent, Europäischen Parlament, in der Europäischen Linkspartei sowie innerhalb der einzelnen linken Parteien Europas.

Die Autoren dieses Buches sind sich einig: Die parteipolitische Linke steht vor einem tiefgreifenden Wandel, wenn sie ihrem Anspruch gerecht werden will, einer der vielen Akteure der Formierung einer neuen gegenhegemonialen Kraft zu sein. Aber sie hat sich in Bewegung gesetzt. Unaufhörliche kritische Analyse ist dabei eine notwendige Bedingung. Die vorliegende Schrift soll dazu beitragen.

Cornelia Hildebrandt

Michael Brie

Die radikale Linke und das Problem des Pluralismus: Der Fall Italien

1. Die Gründe für die Beteiligung von Rifondazione Comunista (PRC) am Mitte-Links-Bündnis

Wenn sich bei den Wahlen im Frühjahr 2006 mit großer Wahrscheinlichkeit das als »L'Unione« (Die Einheit) bezeichnete Mitte-Links-Bündnis gegen die von Berlusconi geführte derzeitige Mehrheit durchsetzt, wird die an diesem Bündnis beteiligte Partito della Rifondazione Comunista (»Partei der kommunistischen Neugründung«, PRC) zum ersten Mal seit ihrer Gründung Vollmitglied einer Regierung der Republik Italien sein. Zum ersten Mal deshalb, weil sich bei der früheren Mitte-Links-Regierung die PRC auf eine Unterstützung von außen (die später widerrufen wurde) beschränkte, ohne selbst direkt mit eigenen Ministern in der Regierung vertreten zu sein.

Dabei handelt es sich um eine außerordentlich bedeutsame Wende. Sie stellt – nach der Bildung der Regierung Zapatero und neben den Schwierigkeiten der gemäßigten Linken in Frankreich und England sowie dem positiven Ergebnis der deutschen Linkspartei – ein weiteres bedeutendes Signal für eine mögliche Veränderung des politischen Geographie in Europa dar. Diese Veränderung könnte für radikale Linke günstig ausfallen.

Welche Bedeutung dieser Wende zukommt, lässt sich nicht vollständig begreifen, wenn man glaubt, die Entscheidung der PRC, sich an der »Unione« zu beteiligen, sei allein von der Notwendigkeit diktiert, die Regierung Berlusconi aus dem Amt zu drängen. Wäre dem so, dann wäre die Politik der PRC nur eine Neuauflage des »Frontismo« (Volksfront-Politik), d. h. jener Strategie, die auf eine Vereinigung aller »demokratischen« Kräfte gegen die extrem neoliberale Rechte von Forza Italia, die Post-Faschisten der Alleanza Nazionale sowie gegen den extremistischen Populismus der Lega Nord abzielt. Eine solche Volksfront-Strategie wäre auch nur ein Zeichen der Schwäche, nicht aber der Stärke der radikalen Linken. Sie würde nur bedeuten, dass diese angesichts der Gefahr einer neuen Mitte-Rechts-Regierung bereit (oder gezwungen) wäre, auf ihre wichtigsten Zielsetzungen zu verzichten.

Doch so stehen die Dinge nicht: Die Entscheidung der PRC ist sowohl durch die Notwendigkeit diktiert, das Mitte-Links-Bündnis zu besiegen, als auch durch die Überzeugung, dass es angesichts der tiefen Krise der italienischen (und der europäischen) Wirtschaft für die neue Regierung nicht mehr möglich ist, die Erfahrung des früheren Mitte-Links-Bündnisses zu wiederholen, also die Politik eines »abgefederten« Neoliberalismus, eines *sanften* Neoliberalismus, der die Gestaltung der sozialen und ökonomischen Beziehungen dem Markt überlässt und demgegenüber lediglich versucht, die negativen Auswirkungen dieser Politik auf die einkommensschwächeren Schichten abzumildern. Nach Auffassung der PRC handelt es sich um eine derart schwere Krise, dass keine »zentralistischen« Lösungen mehr möglich sind, sondern vielmehr eine Entscheidung erforderlich ist zwischen einem *harten*, noch brutaleren Neoliberalismus als dem vorausgegangenen, und einem allmählichen Ausstieg aus dem neoliberalen Modell, das seit fast zwanzig Jahren die europäische Politik bestimmt. Aus diesem Grund wird die Beteiligung an der nächsten Regierung von der PRC als Gelegenheit angesehen, die Regierungspolitik in Richtung eines Ausstiegs aus dem Neoliberalismus zu drängen, als eine Möglichkeit, unter schwierigen, aber dennoch hoffnungsvolleren Bedingungen als früher mit der gemäßigten Linken die Auseinandersetzung um die Hegemonie über das gesamte linke Lager zu führen.¹

Der Sieg über Mitte-Rechts ist zweifellos der erste Schritt in diese Richtung. Denn die Regierung Berlusconi hat nicht nur die Politik der Privatisierung und der Deregulierung des Arbeitsmarktes sowie der Unterordnung unter die USA fortgesetzt und verschärft, die von ihrer Vorgängerin, der Mitte-Links-Regierung, eingeleitet wurde, sondern sie ist weit darüber hinausgegangen. Infolge ihres demagogischen Anspruchs hat sie die Besteuerung der mittleren und höheren Schichten stark reduziert und dann die Lasten dieser Einnahmeausfälle auf die dezentralen Verwaltungen abgeladen (Regionen, Provinzen und Gemeinden), die längst nicht mehr in der Lage sind, einen Großteil der Sozialleistungen zu erbringen, die zu ihrem Auftrag gehören. Auf diese Weise hat sie die öffentliche Verschuldung erhöht und durch die Politik einer Emission von Staatsanleihen, welche die Gläubiger erheblich begünstigt, sogar noch weiter anwachsen lassen. Der starke Anstieg des Defizits infolge dieser Politik ist der wesentliche Grund für die Position, die Italien in der EU bezieht. Die Bitte um eine Lockerung der Maastricht-Auflagen ist für Berlusconi und seinen Wirtschaftsminister Tremonti keineswegs von dem Bestreben bestimmt, aus dem Neoliberalismus auszusteigen, sondern vielmehr davon, die Steuererleichterungen für die von den Mitte-Rechts-Parteien vertretenen sozialen Schichten fortzusetzen. Außerdem gelang es der derzeitigen Regierung (dank

1 Vgl. F. Bertinotti: Per l'alternativa di società. Tesi per il congresso del Partito della Rifondazione Comunista, Roma 2004.

der starken Mehrheit, die ihr das von der gemäßigten Linken in den vergangenen Jahren ausdrücklich gewollte Mehrheitswahlrecht garantiert) eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden, die einzig und allein dem Zweck dienen, die *direkten* und *unmittelbaren* Interessen der Unternehmen im Eigentum Berlusconi zu wahren sowie Berlusconi persönlich vor den ihm drohenden gerichtlichen Ermittlungen zu schützen. Auf diese Weise hat die Regierung auch ihre traditionelle Funktion einer Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Segmenten des Bürgertums preisgegeben und die »allgemeinen« Interessen der herrschenden Klasse den Interessen eines einzigen Teils geopfert. Dies erklärt, warum die gegenwärtige Regierung nicht nur bei den Arbeitern und breiten Massen und den traditionellen politischen Gegnern Berlusconi unbeliebt ist, sondern auch bei bedeutenden Teilen des Establishments. Diese Gruppen, insbesondere der Nationale Unternehmerverband (Confindustria), kritisieren zwar einerseits die Regierung Berlusconi, versuchen jedoch andererseits, schon im Vorfeld die Politik der künftigen Mitte-Links-Regierung zu beeinflussen, indem sie ein Netzwerk der Mitte zu schaffen versuchen (wenngleich ihnen die Gründung einer autonomen Partei vermutlich nicht gelingen wird und sie sich darauf beschränken werden, Verbündete bei den »Demokraten« der Margherita und einem Teil der Linksdemokraten zu suchen). Dieses angestrebte Netzwerk soll beiden politischen Lagern die Gesetze diktieren, insbesondere natürlich dem Lager, das als Sieger aus den Wahlen hervorgehen wird. Dieser Trend zur Mitte, der im Grunde die neoliberale Politik der ersten Mitte-Links-Regierung wiederbeleben möchte, ohne aber die härtesten Gesetze, die von der aktuellen Mehrheit beschlossen wurden, zu ändern, beziehungsweise sich darauf beschränkt, sie höchstens teilweise abzuändern, wird jedoch mit erheblichem Widerstand zu rechnen haben.

In der Tat ist die italienische Krise – wie bereits erwähnt – zu tief, um einfach durch den Sieg über Berlusconi und die Neuauflage eines *soften* Neoliberalismus überwunden zu werden. Es geht hier nicht um eine konjunkturelle, sondern um eine strukturelle Krise.² Italien besitzt längst keine bedeutende Großindustrie mehr, und der einzige Großkonzern, der übrig geblieben ist, nämlich FIAT, befindet sich in einer ziemlich schwierigen Lage. Es gibt keine ernstzunehmende Forschungs- und Entwicklungspolitik, die in der Lage wäre, der aktuellen Form der internationalen Konkurrenz entgegenzutreten. Die schwerpunktartig angesiedelten regionalen Industriebezirke, die im Zeichen des *small is beautiful* entstanden waren, sind heute, auch wenn sie die italienische Wirtschaft in den vergangenen Jahren zeitweilig gestützt haben, nicht mehr in der Lage, den Folgen der Globalisierung standzuhalten (daher die protektionistischen Bestrebungen der Lega Nord und des Ministers Tremonti). Insgesamt lässt sich sagen: Italien ist längst zu einem Land geworden,

2 Vgl. A. Ricci: *Oltre il liberismo. Proposte per una politica economica di sinistra*, Roma 2004.

das auf handwerkliche Fertigung auf niedriger technischer Stufe spezialisiert ist, und dies setzt es ernsthaft der Konkurrenz der Schwellenländer (insbesondere Chinas) aus. Auf diese Konkurrenz reagieren die italienischen Unternehmer und Regierungen nur mit einer Senkung der Arbeitskosten und der Unternehmenssteuern. Doch dies fördert keine technologische Innovation, sondern behindert sie im Gegenteil, denn die Unternehmer finden es erheblich einfacher und billiger, die Löhne zu senken und den Arbeitsmarkt zu deregulieren. Doch wie stark die Arbeitskosten auch gesenkt werden mögen, es wird nie gelingen, auf diesem Feld die chinesische Konkurrenz zu schlagen.

Mit Sicherheit wurde diese Situation durch die Berlusconi-Regierung verschärft, aber verursacht wurde sie durch die von der Mitte-Links-Koalition eingeleitete neoliberale Politik. Hauptursache sind vor allem die Privatisierungen. Damit wurde ein staatlicher Industriemassstab abgewickelt, der zwar Mängel aufwies, aber dennoch die Kapazität besaß, der italienischen Industrie die Größe und technologische Dichte zu verleihen, die auf dem heutigen Markt erforderlich sind.

So sieht die Situation aus, deren Erbe die künftige Regierung antreten wird. Die PRC ist der Auffassung, dass diese Regierung nicht ohne weiteres eine *harte* neoliberale Politik durchsetzen kann und aus diesem Grund durch die Existenz starker Volksbewegungen und einer intelligenten Politik der Einheit und Autonomie seitens der alternativen Linken gezwungen sein könnte, partielle, aber signifikante Kurskorrekturen in Richtung einer Überwindung des neoliberalen Dogmas vorzunehmen. Es geht in erster Linie darum, den Versuch der Regierung zu verhindern, mit Hilfe einer Politik der »zwei Phasen« aus der Krise zu kommen: *zuerst* die Opfer und *dann* die Umverteilung der Einkommen, *zuerst* die weitere Verringerung der Einkommen und der Rechte der Arbeitnehmer und *dann* die Entwicklung und Erhöhung des Wohlstandes. Immer stärker setzt sich die Auffassung durch (wenngleich noch nicht bei der Mehrheit), der zufolge Löhne, Arbeitnehmerrechte, Sozialleistungen und die Expansion des öffentlichen Sektors keineswegs erst die Folgen einer Entwicklung darstellen, sondern die Bedingungen der Möglichkeit von Entwicklung selbst sind.

Damit sind die objektiven Voraussetzungen benannt, die (zusammen mit der Schwierigkeit, eine große und vereinte Kraft der gemäßigten und »sozialliberalen« Linke zu bilden) die Aussage erlauben, dass es heute eine neue Chance für eine alternative Linke gibt und somit die Beteiligung an einer Regierung möglich geworden ist, in der die Linke weder als Minderheit noch als bloße Gehilfin auftreten müsste.

2. Die PRC und die neuen sozialen Bewegungen

Für die Mehrheit der PRC ist absolut klar, dass die Regierungsbeteiligung nicht als »Endziel« des Handelns der Bewegungen zu verstehen ist (als ob es der alleinige Zweck der sozialen Bewegung wäre, Einfluss auf die Regierung auszuüben), sondern als Instrument zur Stärkung der sozialen Bewegungen, als *Übergangsphase* innerhalb einer Strategie, deren Ziel nicht in der Eroberung und Führung der Regierung besteht, sondern in der Vergrößerung des Einflusses der unteren Klassen und der Bewegungen auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse.³ Die Regierungsbeteiligung kann insofern auch als eine Möglichkeit betrachtet werden, in einer für die Bewegungen günstigen Weise die »Struktur jener politischen Chancen« zu verändern, die viele Forscher⁴ als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung und die Politisierung der Bewegungen als solcher betrachten.

Bekanntlich betrifft die Struktur der politischen Möglichkeiten sowohl die institutionelle Form des Staates als auch die Kräfteverhältnisse zwischen Regierung und Opposition und deren interne Strömungen. Dank dem Mehrheitswahlsystem, der Stärkung der Regierung gegenüber dem Parlament, dem Ende des PCI und seinem »Vetorecht«, das er gegenüber den herrschenden Koalitionen ausübte, und schließlich dank der »konzertierten Aktion« zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, hat der italienische Staat ein neues institutionelles Gepräge gewonnen. Diese heutige Form führte dazu, dass die Regierungen vom Druck der gesellschaftlichen Bewegungen immer unabhängiger wurden, und verhinderte in den letzten 15 Jahren, dass die Konflikte der Arbeiterschaft direkte politische Auswirkungen haben könnten. Da die Regierungen nicht mehr auf die (wenngleich ambivalente) Opposition der KPI reagieren mussten und die Interventionsmacht der einzelnen Parteien innerhalb der jeweiligen Koalition teilweise reduziert war, gelang es ihnen, eine Politik der Einsparung öffentlicher Ausgaben durchzusetzen, die vorher undenkbar gewesen wäre. Das Fehlen institutioneller oder parteipolitischer Instrumente, die geeignet gewesen wären, den Bewegungen eine Einflussnahme auf die Entscheidungen der Regierung zu gestatten, brachte sowohl die Klassenbewegungen als auch die neuen Bewegungen dazu, das Interesse am Problem der politischen Macht zu verlieren. Dies geschah auch, weil neben der Stärkung der Regierung bei der Festlegung der allgemeinen politischen Richtlinien eine partielle Übertragung öffentlicher Aufgaben an andere gesellschaftliche Träger stattfand, was diesen einen – wenngleich stets nur vorläufigen – Ersatz für politischen Einfluss verlieh. Die großen gewerkschaftlichen Organi-

³ Vgl. F. Bertinotti 2004.

⁴ Vgl. dazu S. Tarrow: *Democracy and Disorder. Protest and Politics in Italy*, Oxford, 1989; ebenso D. Della Porta: *Movimenti collettivi e sistema politico in Italia. 1960-1995*, Roma-Bari 1996.

sationen haben als Gegenleistung für ihren Verzicht darauf, bei großen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu intervenieren, die Möglichkeit erhalten, mit Hilfe der Instrumente des Neokorporatismus die Kontrolle über die Einkommensströme sowie einige Politikfelder (berufliche Bildung, Serviceleistungen für Arbeit, usw.) zu verwalten und sich somit in Institutionen zu verwandeln, die dauerhaft von den herrschenden Klassen anerkannt werden. Damit versuchten sie, den eigenen Niedergang abzuwehren, der mit dem Ende des Taylorismus eingeleitet wurde. Auf diese Weise verzichteten sie jedoch lediglich (teilweise und zeitweise mit Ausnahme der CGIL) auf jede politische Autonomie und garantierten die Umsetzung einer Wirtschaftspolitik, welche die Zerstörung der Existenzgrundlagen der Gewerkschaften fortsetzt. Auf der Seite der Bewegungen hat die Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung in *Governance*, d. h. in einen Prozess, der nicht mehr allein vom Staat, sondern von einer Vielzahl von Akteuren getragen wird – darunter auch die gemeinnützigen Organisationen und ehrenamtlichen Träger (die in Italien das Rückgrat der alternativen Eine-Welt-Bewegung bilden) –, die genannten Bewegungen dazu geführt, sich auf direktes soziales Eingreifen zu beschränken und sich nur als Lobby mit der politischen Macht auseinander zu setzen, da sie es für unnützlich oder unmöglich halten, Einfluss auf die grundsätzliche Orientierung der Regierung zu nehmen. Die Bewegung ist insofern zu bemerkenswerten Mobilisierungen in Bezug auf die großen Themen (wie Frieden, Kritik der Globalisierung) fähig, doch erheblich weniger, wenn es darum geht, in die Dynamik der nationalen Politik einzugreifen. Sowohl der Kampf der Arbeiterklasse als auch die Initiativen der sozialen Bewegungen finden also im Rahmen der Institutionen sowie der Regierungskonzepte, die sich in den letzten 15 Jahren durchgesetzt haben, nur geringe Möglichkeiten, sich weiter zu entfalten oder zu politisieren. Doch der Nachweis der Ineffizienz des Neokorporatismus, die Schwierigkeiten der im Rahmen von *Governance* engagierten Verbände, die längst sinkende wirtschaftliche Ressourcen verwalten, die Unentschlossenheit und Spaltung der herrschenden Klassen (denen es nicht mehr gelingt, von der durch das Mehrheitssystem möglich gemachten Entscheidungsfreiheit zu profitieren), könnten – parallel zur Präsenz der PRC in der Regierung – einen fruchtbaren Boden für politische Chancen schaffen. Ihrerseits könnten das Wachstum der Bewegungen und die Zunahme der sozialen Konflikte, die eventuell *auch* einen Anstoß durch diese neuen Chancen erhalten, einer Regierungsbeteiligung der PRC erheblich größere Gestaltungsräume verschaffen.

Denn es ist klar, dass die aktive Beteiligung an der Regierung keinen Erfolg haben kann, wenn sie ab sofort nicht nur von der PRC getragen wird, sondern von einer Gesamtheit sozialer und politischer Kräfte, die gewissermaßen durch ein tendenziell einheitliches Projekt koordiniert werden.

Keine Partei der radikalen Linken in Italien oder in Europa, ganz gleich, ob sie sich an der Regierung befindet oder in der Opposition, darf glauben, sie

könne Einfluss auf die Richtungen der herrschenden Klasse ausüben, wenn sie sich nicht innerhalb eines Netzwerks politischer Beziehungen mit zahlreichen unterschiedlichen Subjekten bewegt. Es handelt sich nicht (beziehungsweise nicht nur) darum, Beziehungen mit »verwandten« Parteien zu schaffen (in Italien: mit der Partito dei Comunisti Italiani, den Grünen, den Linken der DS, der neuen Formation »Uniti a sinistra«). Es geht vielmehr darum, zu begreifen, dass auch die Regierungs-Initiative eine unmittelbare Initiative von Parteikräften ist, die »für die Gesellschaft offen« sind und von sozialen Kräften, die zu politischem Handeln fähig sind. Das fundamentale Problem des Handelns der radikalen Linken (sowohl unter dem Gesichtspunkt der Veränderung der aktuellen Kräfteverhältnisse als auch unter dem des Modells einer alternativen Gesellschaft) besteht in dem *Umgang mit dem sozialen und politischen Pluralismus*, der längst die Voraussetzung für die Existenz und Chance jeder Politik bildet, die diesen Namen verdient.⁵

Bevor wir jetzt direkt auf dieses Problem eingehen, ist es sinnvoll, deutlich zu machen, dass ich, wenn ich in diesen Überlegungen von Pluralismus spreche, damit nicht gedankliche Unabhängigkeit oder Meinungsvielfalt meine. Die radikale Linke hat in dieser Hinsicht längst jeden Rest von autoritärem Zentralismus überwunden. Ich verstehe unter Pluralismus vielmehr das Problem einer Vielfalt gesellschaftlicher Subjekte, die zum antikapitalistischen Kampf beitragen, einer Vielfalt, die an der Basis einer zukünftigen sozialistischen und demokratischen Gesellschaft steht und das konkrete Fundament für den Pluralismus der Ideen bildet. In Italien zieht man es im Allgemeinen vor, diese Vielfalt als »Pluralität« und nicht als »Pluralismus« zu bezeichnen, auch weil der »Pluralismus«, verstanden als einfache »gedankliche Auseinandersetzung« und auf das öde Spektakel der Talkshows im Fernsehen reduziert, eines der heißgeliebten ideologischen Werkzeuge des Neoliberalismus ist. Nach meiner Auffassung sollte man dennoch von Pluralismus sprechen, um deutlich zu machen, dass diese Thematik an ein uraltes, jedoch immer noch aktuelles Thema der politischen Theorie anknüpft, nämlich das der Verbände und Vereinigungen (d. h. der nicht-staatlichen Organisationen mit politischem Einfluss), die als Ausdruck der Autonomie der Gesellschaft und Ort der Vermittlung der Beziehung zwischen Individuum und politischer Autorität wesentliche Elemente der Begrenzung der Macht des Staates, der Organisation der Konflikte und auch des alltäglichen Umgangs mit den sozialen Beziehungen darstellen.

5 Vgl. dazu M. Porcaro: *Lo scudo di Perseo. Rischi e risorse dei movimenti*, in: S. Calzolari, M. Porcaro: *L'invenzione della politica. Movimenti e potere*, Milano 2005; ebenso C. Spehr: *Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute*, in: M. Brie, C. Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch*, Berlin 2005.

3. Die Multiplikation der politischen Akteure: konjunkturelle und strukturelle Ursachen

Wie ich bereits in früheren Schriften vertreten habe,⁶ impliziert die Bildung einer handlungsfähigen radikalen Linken unter anderem die Anerkennung der irreversiblen Veränderung des strategischen Modells, das in der alten Arbeiterbewegung vorherrscht und folgendermaßen zusammengefasst werden kann: »eine Klasse – eine Partei«; ein einziges soziales Subjekt und ein einziges politisches Subjekt. Seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts haben zahlreiche unterschiedliche Bewegungen, die sich nicht unmittelbar auf die Arbeiterklasse reduzieren lassen, dazu beigetragen, die Praxis jener Bewegung zu konstituieren, die in Italien Neue Linke genannt wird. Außerdem erweist sich die Wiederherstellung einer Klassenbewegung heute nicht nur als schwierige Vereinigung sehr unterschiedlicher Schichten von Arbeitern, sondern auch als Bildung von Bündnissen zwischen Arbeitern und nicht-proletarischen Schichten. Fast alle erfolgreichen proletarischen Kämpfe der letzten Jahre hatten als Protagonisten eine *Koalition* aus Gewerkschaften, Gebietskörperschaften, gemeinnützigen Kooperativen, Kirchen, Umweltbewegungen usw.⁷ Die Allianz mit den anderen sozialen Schichten, die in den Jahren der Entwicklung des Sozialstaates eine *Konsequenz* der strukturellen Kraft der alten Arbeiterbewegung war, wird in der derzeitigen Lage dagegen als *Vorraussetzung* und *Bedingung* der Entstehung und Stärkung der neuen Arbeiterbewegung angesehen. Auch wenn sich die radikale Linke darauf beschränken wollte, innerhalb der neuen Klassenbewegung zu agieren, müsste sie sich daran gewöhnen, wichtige Beziehungen mit einer sehr differenzierten Front sozialer Subjekte zu schaffen. Es steht längst fest, dass das Handlungsterrain der radikalen Linken nicht nur aus der Klassenbewegung bestehen kann (der alten oder neuen), sondern aus der Gesamtheit der Bewegungen und Vereine, die in diesen letzten Jahren die Gruppe der alternativen Eine-Welt-Bewegung⁸ ins Leben gerufen haben. Diese

6 Porcaro, M.: Vorbedingungen für die Wirksamkeit der Linksparteien in Europa, in: ebenda.

7 Vgl. J. Brecher, T. Costello: *Global Village or Global Pillage. Economic Reconstruction from the Bottom Up*, Cambridge Mass. 1995.

8 In Wahrheit ist die Frage nach dem Klassencharakter der neuen Bewegung, bzw. genauer gesagt, die Frage nach der Klassenposition, bei der Bestimmung der Eigenschaften der neuen Bewegung alles andere als einfach. Es ist zum Beispiel nicht sicher, dass die Klassenposition der Akteure der Bewegung eine geringere Rolle spielt als in der Vergangenheit üblich. Auch in Bezug auf die »postmaterialistischen« Bewegungen der 70er Jahre gab es die Auffassung, dass diese auf jeden Fall Ausdruck einer speziellen Fraktion des Proletariats waren, nämlich der der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Vgl. dazu P. Gundelach: *Nuovi ceti medi, organizzazioni di base e valori alternativi*, in: Carboni, C. (ed.): *Appropriazione statale del tessuto sociale e nuovi movimenti collettivi*, Milano 1986. Analog dazu könnte man sagen, dass die aktuelle Bewegung auch Ausdruck (abgesehen vom Industrieproletariat und den Bauern, die auf jeden Fall in ihr präsent sind) der Arbeiter des öffentlichen Dienstes, der Informationswirtschaft und vor allem auch der Mitarbeiter der Non-Profit-Organisationen ist. Doch der wichtigste Unterschied (der die gegenwärtige Bewegung am stärksten von den früheren Klassenbewegungen unterscheidet) besteht darin, dass die zuletzt genannte, besondere Fraktion der »Sozial-

Bewegung hat nicht nur die Pluralität und Differenzierung der Fronten, innerhalb deren sich ein anti-kapitalistischer Kampf ausdrücken kann, bekräftigt, sondern auch deutlich gemacht, dass die verschiedenen Gruppierungen, aus denen die Bewegung besteht, obwohl sie keine Partei sind und auch nicht zu werden beabsichtigen, eine ganz offene und direkte politische Rolle spielen, mit der sie manchmal parallel zu den Parteien agieren, manchmal auch in Konkurrenz zu ihnen treten. Ehrenamtliche Vereine, die entstanden sind, um gegen das soziale Elend anzugehen, oder thematisch festgelegte Bürgerinitiativen, werden durch die neoliberale Politik gezwungen, ihren engen Handlungsspielraum zu überschreiten und zu politischen Subjekten mit erweitertem Radius zu werden. Doch diese Veränderung hat auch tief greifende *strukturelle* Ursachen. Die zentrale Rolle des administrativen Handelns bei der Definition der Richtlinien für ein soziales System und die fortschreitende Transformation dieses Handelns in Governance, die von verschiedenen öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Akteuren umgesetzt wird, bietet jedem Zusammenschluss, der sich in der Governance engagiert, einen sehr viel höheren Einfluss als den, den parteiunabhängige Vereinsbildungen in der Vergangenheit hatten. Gleichzeitig schwächen die gleichen Prozesse, die dafür sorgen, dass die Verwaltung (und somit die ihr zugehörigen Fachkompetenzen) nach und nach wichtiger wird als die gesetzgeberischen Entscheidungen, die Rolle der politischen Partei, welche nicht mehr allein in der Lage ist, den Komplex der öffent-

arbeit«, wenn sie sich als Klasse äußert, dies nicht durch Forderungen ökonomischer Natur macht, die an ihren Status gebunden sind, sondern durch die Einforderung der Möglichkeit, ihre soziale Funktion, die in der Arbeit für und mit anderen Subjekten besteht, insbesondere den Subjekten, die am stärksten von der Globalisierung betroffen sind, frei und unbehindert von den Zwängen des Neoliberalismus ausüben zu können. Die ökonomischen Forderungen, die auch gestellt werden, betreffen einerseits die sofortige Änderung der allgemeinen Richtung der Wirtschaft, und andererseits die Erhöhung der finanziellen und technischen Ausstattung für den Non-Profit-Sektor, für ein besseres Engagement in den solidarischen sozialen Initiativen. Was diese Beschäftigten auf die Tagesordnung heben, ist die Forderung, den Wert der eigenen Vereinsstruktur als allgemeines Vorbild der sozialen Beziehungen anzuerkennen (daraus resultiert der Nachdruck, der auf Themen wie die »neue Demokratie« gelegt wird). Charles Tilly vertritt die These, dass jede Bewegung eine Wirkung ist, unter anderem eines besonderen »catnet«, d. h. der Kombination zwischen »catness« (strukturelle Klassenposition, grundlegende soziale Lage) und »netness« (die Fähigkeit, autonome Vereinsstrukturen und Beziehungsnetze zu schaffen). Vgl. dazu Charles Tilly: From Mobilization to Revolution, Reading Mass. 1978. Jede Bewegung ist also das Ergebnis der Beziehung zwischen einer »primären Vergesellschaftung« (die sich der Klassenstellung verdankt) und einer »sekundären Vergesellschaftung« bzw. einer »freiwilligen« (die Frucht der freigewählten Vereinsbeziehungen ist). Auch die Arbeiterbewegung hätte sich nicht nur als Wirkung der primären Vergesellschaftung entwickeln können. Die ehrenamtlichen Vereine der Arbeiter (Genossenschaften, Gewerkschaften, Parteien) waren entscheidend bei der Bildung des Bewusstseins und bei der Verfolgung der ökonomischen Interessen. Vielleicht ist es möglich, diese Begriffe auch zu benutzen, um das Verhältnis zwischen den neuen Bewegungen und der Klassenzugehörigkeit ihrer Akteure zu verstehen. Während für die Arbeiterbewegung die catness bereits eine wichtige Identifikationsgrundlage war und die netness oft die catness wiederholte (zum Beispiel bei den internen kulturellen Beziehungen in den Arbeitervierteln, in denen die Proletarier, die in derselben Fabrik oder in demselben Industriedistrikt arbeiteten, sich zusammenfanden), ist für die neuen »Sozialarbeiter« die netness der wichtigste Faktor bei der Definition der gemeinsamen Orientierungen und Interessen. Die gemeinsame Klassenzugehörigkeit scheint hier kein der freiwilligen Vergesellschaftung vorausgehendes Faktum zu sein, sondern ihre Wirkung.

lichen Interventionen durch ihre bloße Präsenz in der Zentral- oder Regionalregierung zu steuern. *Auch die Regierungspraxis kann also nur dank der Verflechtung zwischen der Partei und den Gruppierungen, die mehr oder weniger direkt in die Governance einbezogen sind, und die seit Seattle einen schwindelerregenden und noch nicht abgeschlossenen Prozess der Politisierung erfahren haben, auf wirksame Weise erfolgen.*

Dies sind die objektiven Grundlagen der wachsenden »Vermischung« zwischen der Rolle der Parteien und der Rolle der Bewegungen, auf welche die politische Soziologie seit langem hinweist.⁹

4. Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Beziehung Parteien–Bewegungen in Italien

Dies bedeutet übrigens nicht, dass die Bewegung in der Lage ist, immer und überall die neue Rolle zu spielen, die ihr die gesellschaftlichen Verhältnisse bieten. In Italien sind die interessantesten politischen Gruppen der Bewegung (d. h. die lokalen Sozialforen, die analog zu dem von Genua entstanden sind), die in der Lage waren, gleichzeitig die Pluralität der Akteure und eine tendenzielle Konvergenz der Aktion zu garantieren, nach einem anfänglichen Strohfeder längst verglüht. Darüber darf man sich nicht wundern, da es sich um den Versuch handelte, eine bisher unbekannte politische Praxis zu schaffen, die den verschiedenen Vereinigungen gestattet, ihre ursprüngliche soziale Funktion zu bewahren und zusätzlich eine allgemeine parteiunabhängige Teilnahme auszuüben.¹⁰ Doch die politische Schwäche der Bewegung (die allerdings überhaupt keine Schwächung ihres kulturellen Gewichts in der Gesellschaft beinhaltet), stellt zweifellos für alle, die wie die PRC auf die Bewegung zählen (und zwar erheblich), für die Durchsetzung der eigenen Strategie innerhalb der »Unione« ein Problem dar.

In diesem Kontext lassen sich jedoch bedeutende Hinweise auf eine direkte Einbeziehung der Bewegung in die Formulierung des Programms der »Unione« erkennen. Das interessanteste Netzwerk der Freizeit- und Kulturvereine der Linken (d. h. die *Associazione ricreativa e culturale italiana* Arci), das eine hohe Mitgliederzahl aufweist und wo zunächst die DS vorherrschte, tendiert heute immer stärker in Richtung radikale Linke und hat eine »10-Punkte-Plattform« vorgeschlagen, die ausgesprochen anti-neoliberal ist, um auf die Ausrichtung der »Union« und der zukünftigen Regierung einzuwirken. Eine der einflussreichsten Zeitungen der Bewegung (*Carta*) hat Initiativen vorgeschlagen, die zum Ziel haben, das Monopol der Parteien bei der Verwaltung der Regierungspolitik zu brechen. Es sieht demnach so aus, als ob die Bewegung ange-

9 Vgl. Y. Mény, Y. Surel: *Par le Peuple, pour le Peuple*, Paris 2000.

10 Vgl. M. Porcaro: *Lo scudo di Perseo*.

sichts der Perspektive einer *Veränderung der Struktur der politischen Chancen*, die durch eine mögliche Mitte-Links-Regierung und die Beteiligung der PRC an ihr entsteht, die Chance zu einer entschiedenen Einflussnahme auf das nationale politische Gleichgewicht wiederentdeckt hätte und versuchte, einen originären Weg zu finden, um den eigenen Aktionsradius zu erweitern.

Auf jeden Fall sind die Schwierigkeiten, eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Bewegungen und Parteien in Italien zu finden, nicht nur auf die erstgenannten, sondern auch auf die letzteren zurückzuführen. Unter den Parteien der Linken hat nur die PRC offen die These vertreten, dass die Beziehung zu den sozialen Bewegungen auch bei Ausübung der Regierungsgewalt eine zentrale Rolle spielen wird, und sich dafür engagiert, gemeinsam mit den Bewegungen das Programm zu formulieren und ihnen nicht nur die Rolle zugewiesen, einen Beitrag zur Bestimmung des politischen Inputs zu leisten, sondern auch den Output kontinuierlich zu kontrollieren. Trotzdem hat es den Anschein, als hätten die Bewegungen bis jetzt die PRC noch nicht als ihren prinzipiellen Ansprechpartner auf der Ebene der Regierung erkannt. Es herrscht eine sehr viel vorsichtiger Haltung vor, die darauf abzielt, alle Parteien der Koalition zu beeinflussen, die sich noch oft von einer Politik der *pressure-groups* leiten lassen. Die jüngsten Vorwahlen, die im Umfeld des Mitte-Links-Bündnisses abgehalten wurden, um den Spitzenkandidaten zu bestimmen, und an denen zirka 3 Millionen Wähler teilgenommen haben, endeten mit einer klaren Bestätigung für Romano Prodi und 14,9% der Stimmen für Fausto Bertinotti. Absolut gesehen, handelt es sich dabei um kein schlechtes Ergebnis: Wenn man bedenkt, dass bei den letzten Parlamentswahlen die PRC 5% der Stimmen erreicht hat, und dass die Wähler von Mitte-Links etwa die Hälfte der nationalen Wählerschaft ausmachen, kann man auf der Grundlage der Vorwahlen schätzen, dass sich das künftige Wahlergebnis der PRC zwischen 7% und 8% bewegen wird. Doch wenn man sich die Expansion der sozialen Bewegungen der letzten Jahre anschaut und die positive und loyale Rolle, die die PRC in ihnen gespielt hat, dann erscheint das Ergebnis von 14,9% noch als unzureichend, um der Partei eine stabile Rolle als privilegierter Ansprechpartner der Bewegungen innerhalb der Regierung und der Gesellschaft zuzusichern.

Dafür kann es vielfältige Gründe geben: die tiefe Abneigung der Bewegungen, sich in genau *einer* Partei wieder zu erkennen, das fortwährende Misstrauen gegenüber dem Begriff »Kommunist«, die geschlossene Front der *Medien* zugunsten von Prodi, das geringe Engagement eines Teils der PRC bei den Vorwahlen, weil diese von einer nicht geringen Zahl von Genossen als ein Nachgeben gegenüber der Amerikanisierung und Personalisierung der Politik betrachtet wurden. Doch der Hauptgrund muss vielleicht in der *Form* der PRC, d. h. in ihrer Organisationsstruktur (die trotz der vielen Modernisierungsversuche noch alt ist), und in ihrer *Entstehungsgeschichte* gesucht wer-

den, d. h. in der Tatsache, dass die PRC, obgleich sie zweifellos die Partei darstellt, die gegenüber den Bewegungen am offensten ist, ihre Entstehung einer früheren Geschichte verdankt, die einem Großteil der Generation und der Kultur, welche die neue Phase der sozialen Mobilisierung beseelt, fremd ist. Vielleicht hätte nur eine Partei, die auf der *Welle* der Bewegungen entstanden ist, die Rolle spielen können, die die PRC heute gern spielen würde. Es hat daher den Anschein, dass die Synergie zwischen Bewegung und Partei von der Fähigkeit abhängt, einer politischen Formation Leben zu verleihen, die wirklich neu ist und als solche wahrgenommen wird, d. h. einer Formation, die *von Anfang an* Grundmuster und Kultur der Bewegung enthält und sich nicht darauf beschränkt, sie *nachträglich* aufzunehmen. Die Notwendigkeit einer neuen politischen Formation ist auch der PRC bewusst, und die Partei ist insofern der Meinung, dass nur die Schaffung einer breiteren alternativen Linken den derzeitigen Problemen begegnen kann. Doch bis jetzt hat die Schaffung einer alternativen Linken noch keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Auch deswegen, weil das Angebot der PRC unter einem offensichtlichen Widerspruch leidet: Einerseits hat die PRC nicht die Absicht, ein einfaches Bündnis mit den vorhandenen politischen Kräften links von den DS einzugehen, um zu vermeiden, dass dieses Bündnis nichts anderes ist als eine Wiederaufbereitung der alten politischen Schichten. Andererseits will sie auch nicht völlig in einer neuen politischen Formation aufgehen, da diese Formation, in Übereinstimmung mit der Kultur der Bewegung, sich nicht auf den Verzicht der unterschiedlichen politischen Identitäten und Kulturen gründen dürfte, sondern auf die Fähigkeit, die Beziehung zwischen Pluralität und Einheit produktiv zu lösen.

Wie man sieht, ist der Umgang mit der Pluralität sowohl in den Beziehungen zur Bewegung als auch in denen zur alternativen Linken das entscheidende strategische Problem der PRC und der radikalen Linken Italiens im Allgemeinen.

Dazu kommt noch das schwerwiegende Problem des Umgangs mit dem Pluralismus innerhalb der PRC.

5. Die PRC und das Problem des Umgangs mit dem internen Pluralismus

Die am weitesten ausgearbeiteten politologischen Analysen betrachten seit langer Zeit die politische Partei nicht mehr als einen einheitlichen Akteur, d. h. als ein mit einem einzigen Willen ausgestattetes Subjekt, mit einer präzisen Linie und einem kohärenten Organisationsapparat, sondern als ein pluralistisches Subjekt, in dem sich unterschiedliche politische Strömungen miteinander auseinandersetzen, unterschiedliche organisatorische Funktionen, unterschiedliche Interessengruppen, die mehr oder weniger an unterschiedliche

externe soziale Gruppen gebunden sind.¹¹ Die einheitliche politische Linie der Partei, falls und sofern sie existiert, ist die momentane, vorübergehende Resultante der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Teilkraften. Die praktische Umsetzung dieser Linie leidet unter dieser Konfrontation, weil die derzeit besiegten politischen Gruppen oder organisatorischen Strukturen sie mehr oder weniger aktiv behindern. Jede ernsthafte Analyse des Handelns einer Partei darf also nicht einfach deren Einheit und kohärentes Verhalten voraussetzen, sondern muss Schritt für Schritt den Stand der Gegensätze zwischen den unterschiedlichen Komponenten der Partei bewerten. Es gibt Gegensätze zwischen den zentralen und den peripheren Organen, zwischen dem bürokratischen Apparat und jenen Mitgliedern der Partei, die in öffentlichen Institutionen beschäftigt sind (der so genannten *party in public office*), und es gibt natürlich Gegensätze zwischen den unterschiedlichen politischen Strömungen der Partei.

Die Partei war immer ein Subjekt, das nicht unmittelbar einheitlich war. Wurde dies in einer Zeit, in der die sozialen Konflikte relativ einfach und die Ideologien, auf die man sich bezog, ausreichend klar waren und geteilt wurden, häufig verschleiert, scheint es heute sehr viel wichtiger und entscheidender zu sein, weil sich in der Partei eine sehr viel komplexere Realität und eine signifikante Pluralität ideologischer Bezugnahmen widerspiegelt. Kurz und gut: Der soziale und ideologische Pluralismus durchzieht heute alle Parteien, und dieser Pluralismus kann natürlich ein positiver Aspekt sein, denn er verweist auf die Verbindung der Parteien mit der komplexen Realität; doch wenn er nicht erkannt und in der richtigen Weise behandelt wird, kann er zu einer Zersplitterung führen, zu einer unfruchtbaren Auseinandersetzung zwischen Fraktionen, zu politischer Lähmung.

Dieses Problem betrifft natürlich auch die Parteien der Linken, insbesondere die der radikalen Linken. Wenn die Parteien der radikalen Linken relativ geschlossen und stark an eine kulturelle Identität gebunden sind, zahlen sie einen höheren Preis für den ideologischen Pluralismus als andere Parteien, da sie die Ideologie sehr ernst nehmen und deswegen ihre internen Kontroversen dramatisieren. Wenn sie dagegen für neue soziale Konflikte offen und pragmatisch orientiert sind, zahlen sie einen höheren Preis als andere für den sozialen Pluralismus, weil die sozialen Gruppen, auf die sie sich beziehen, nicht die politischen und finanziellen Ressourcen besitzen, die den diversen Fraktionen des herrschenden Blocks erlauben, eine gewisse Geschlossenheit zu erreichen. Und sehr oft zahlen die Parteien der radikalen Linken sowohl den Preis für den sozialen Pluralismus als auch für den ideologischen, da sie aus einer komplizierten ideologischen Geschichte herstammen und zugleich in den neuen sozialen Konflikten verwurzelt sind.

11 Vgl. S. Bartolini: Partiti e sistemi di partito, in: G. Pasquino (ed.): Manuale di scienza della politica, Bologna 1986.

All dies lässt sich leicht auch anhand der italienischen Erfahrungen belegen.

Der jüngste Kongress der PRC, wo nach einer langen und zermürbenden Debatte die Beteiligung an einer eventuellen Mitte-Links-Regierung beschlossen wurde, hat noch klarer als der vorausgegangene Kongress die starke kulturelle und politische Heterogenität der Gruppierungen, aus denen sich die Partei zusammensetzt, enthüllt. Der PRC hat sich in fünf Richtungen aufgeteilt: die Mehrheitsrichtung (»Für die Alternative der Gesellschaft«), die sich um den Parteisekretär Bertinotti schart (und zirka 60% der Stimmen der Kongressteilnehmer erhalten hat); die Strömung, welche im vorausgegangenen Kongress bereits ihre Besorgnis über den Wandel der Parteiideologie und über die übertriebene Öffnung gegenüber den Bewegungen geäußert hat (»Essere comunisti« – »Kommunisten sein«); diejenige, welche der vorherigen Kongressmehrheit angehörte, aber heute die Linie des Parteisekretärs kritisiert, die als eine Wende nach rechts angesehen wird (»Kritische Linke«) und schließlich die beiden Komponenten, die aus der Spaltung der »historischen und orthodoxen« trotzkistischen Opposition entstanden sind (»Für ein kommunistisches Projekt« und »Schluss machen mit Prodi«).

Im Gegensatz zur Linie der Mehrheit vertritt die Gruppierung »Kommunisten sein« die Auffassung, dass nicht so sehr die Erneuerung, als vielmehr die Stärkung der Partei an erster Stelle zu stehen habe: Diese Stärkung und nicht die Öffnung gegenüber den Bewegungen müsse als die eigentliche Voraussetzung für den Erfolg der Politik der PRC angesehen werden. Außerdem kehrt in dieser Gruppierung eine kulturelle Linie wieder, welche die Bedeutung der Kontinuität mit der theoretisch-praktischen Linie der kommunistischen Bewegung betont sowie die uneingeschränkt aktuelle Geltung der Kategorie des »Imperialismus«. Was unmittelbare politische Handlungsleitlinien betrifft, schließt diese Strömung eine Regierungsbeteiligung nicht aus, sondern ordnet sie der Definition präziser programmatischer Punkte unter, in deren Rahmen die Auseinandersetzung mit der »Unione« stattfinden soll. Die »Kritische Linke« ist der Meinung, dass die Partei mit ihrer »Wende« in Richtung »Unione« die Vorgaben des vorausgegangenen Kongresses verraten habe, der sich in Bezug auf die Ausgewogenheit und Regierungsfreundlichkeit für einen größeren Stellenwert der Bewegungen und der sozialen Auseinandersetzung ausgesprochen hatte, und dass sie zu der Position zurückgekehrt sei, den Institutionen den Vorzug vor der sozialen Dynamik zu geben. Sie ist außerdem der Auffassung, dass es möglich wäre, auch ohne Regierungsbeteiligung zum Sieg über Berlusconi beizutragen und sich stattdessen auf eine situationsabhängige partielle Unterstützung der Regierung von außen zu beschränken. Die beiden zuletzt genannten Gruppierungen, die sich weitgehend – wenn auch mit jeweils unterschiedlichem Akzent – auf das historische Vermächtnis des Linkskommunismus berufen, behaupten, dass es unerlässlich sei, mit Mitte-Links

zu brechen, um einen autonomen kommunistischen Pol zu schaffen, der in der Lage ist, den Klassenkampf wieder aufleben zu lassen.

Diese Einwände beantwortet die Parteimehrheit vor allem damit, dass in Anbetracht der Tatsache, dass für die Wähler des Mitte-Links-Bündnisses die Niederlage Berlusconis das Hauptziel darstelle, jede Position, die von einer uneingeschränkten Unterstützung der Koalition gegen Berlusconi (und damit gegen die Regierung) abweiche, mit einer Wahlniederlage bestraft würde, denn der PRC würde dann als kaum glaubwürdige und nutzlose Partei betrachtet. Eine derartige Niederlage würde die Handlungsmöglichkeiten der PRC erheblich mindern, den neoliberalen Tendenzen des Mitte-Links-Bündnisses entgegenzutreten sowie in den sozialen Auseinandersetzungen eine bedeutende Rolle zu spielen. Sie antwortet darüber hinaus, dass die Entscheidung für die Regierungsmitarbeit ganz und gar nicht bedeute, die Institutionen gegenüber den Bewegungen zu privilegieren, sondern – im Gegenteil – die Entscheidung zugunsten der Bewegung zu unterstreichen, weil sie gestattet, auch *innerhalb der Institutionen* die kulturellen und politischen Verwerfungen zur Geltung zu bringen, welche die Bewegung in der Gesellschaft ausgelöst habe. Schließlich führt sie in Bezug auf die »unverzichtbaren« programmatischen Ziele aus, dass die Bindung an genau definierte Ziele eine Unterschätzung der Bedeutung der aktuellen Entwicklungen bedeuten würde, die – wie anfangs ausgeführt – vor der objektiven Schwierigkeit stehen, die neoliberale Strategie zu wiederholen, und damit eine Phase der Gegensätze eröffnet, die ohne Handlungsflexibilität nicht erfolgreich überwunden werden können. Eher als *präzise Zielsetzungen*, die von Anfang an rigide festgelegt werden, müssten mittels einer steten politischen Auseinandersetzung *präzise Richtlinien* der Regierung erreicht werden, die sich zwar in unterschiedlichen Zielsetzungen realisieren könnten, auf jeden Fall aber einen Kurswechsel und die tendenzielle Überwindung des Neoliberalismus signalisieren sollten. Außerdem würde sich eine »gewerkschaftliche« Art der Verhandlung über besondere Ziele in eine sterile Auseinandersetzung zwischen Führungsgruppen verwandeln, in denen – angesichts der Kräfteverhältnisse zwischen den Bündnispartnern der Union – der PRC in der Minderheit und dazu verurteilt wäre, zwischen dem Diktat der »Unione« und einem Bruch der Koalition zu wählen – einem Bruch, der von den Wählern streng bestraft würde. Es sei daher besser, eine kontinuierliche und offene Auseinandersetzung zu führen, die nicht nur die Führungsgruppen der Partei einbeziehe, sondern die Gesamtheit der sozialen Bewegungen, die der PRC die Stärke verleihen könnten, die er als einzelne Partei nicht erreichen könne.

Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Partnern ist, wie gesagt, hart und aufreibend. Für die Partei sind äußerst schädliche Missverständnisse, Misstrauen, politische und auch personelle Brüche aufgetreten. Es muss daher deutlich gemacht werden, dass unter dem Gesichtspunkt der par-

teointernen Demokratie (obwohl es am Ende nicht möglich war, aufgrund der Unversöhnlichkeit der Positionen, zu einer »proportionalen« Aufteilung der Führungsämter zu gelangen) der Kongress ordnungsgemäß abgelaufen ist, dass allen Teilnehmern die gleichen Äußerungsmöglichkeiten eingeräumt wurden, dass die Korrektheit der Abstimmungsverfahren auf lokaler, provinzieller und nationaler Ebene garantiert war. Der ideologische Pluralismus wurde also in höchstem Maße gewahrt.

Dies ändert nichts daran, dass in der Art, wie sich die verschiedenen Auffassungen formiert und ausgedrückt haben, ein Prozess der Zunahme der Differenzen und ihrer wechselseitigen kommunikativen Abschottung zum Vorschein kam. Längst empfinden sich viele Genossen nicht mehr an erster Stelle als Mitglieder der PRC, sondern als Mitglieder dieser oder jener Fraktion. Jede Fraktion organisiert sich in eigenem Namen, bestellt eigene nationale und territoriale Vertreter und versucht, sich so viele Ressourcen wie möglich zu sichern. Dabei handelt sie oft abweichend von den offiziellen Anweisungen der Partei, wie im Fall der Vorwahlen, als eine der Fraktionen offen die Parole ausgab, nicht zu wählen, und andere sich nur unzureichend an der Wahlkampagne für Bertinotti beteiligten.

Es ist schwierig, die weitere Entwicklung vorauszusehen. Möglicherweise mildern künftige politische Erfolge der Mehrheitslinie der PRC die Gegensätze und entschärfen die Frontstellungen zwischen abweichenden Gruppierungen. Doch da diese Erfolge, falls sie eintreten, in Anbetracht des komplexen und dynamischen Charakters der politischen Lage in Italien kaum einheitlich oder endgültig sein werden, ist ihre Wirkung auf die Einheit der PRC ganz und gar nicht absehbar. Die Spaltung der Strömungen innerhalb der Rifondazione Comunista (PRC) ist ja auch keine zufällige Tatsache, die von der politischen Konjunktur abhängt, sondern größtenteils ein Effekt des »genetischen Codes« der Partei. Nach Aussage der gründlichsten und umfassendsten Studie über die PRC,¹² entsteht diese Partei nicht durch Expansion eines zentralen Führungskerns, der mit einer tendenziell einheitlichen politischen Kultur ausgestattet ist, sondern als Zusammenschluss zuvor existierender politischer Gruppen, die jeweils eine eigene Geschichte, eigene Ideologie, eigene politische und personelle Bindungen besitzen. Die Gegensätze, die unvermeidbar in jeder Partei entstehen, also zwangsweise auch im PRC, tendieren dazu, sich in Form der organisierten Fraktionen auszudrücken, mit der Folge, dass der Einfluss der Partei in der Gesellschaft geschwächt wird und eine große Zahl von Mitstreitern, die von dem hohen internen Konfliktpotential enttäuscht sind, aussteigen.

12 Vgl. S. Bertolino: *Rifondazione Comunista. Storia e organizzazione*, Bologna 2004.

6. Zwei Empfehlungen für die radikale Linke

Der PRC steht also vor dem absolut ungelösten Problem eines effizienten Umgangs mit dem unvermeidbaren internen Pluralismus. Doch auch wenn man sich nicht auf wissenschaftliche Studien über die Bedeutung der politischen Spaltungen innerhalb der anderen Parteien der Linke stützen kann, insbesondere der Parteien der radikalen Linken, ist die Vermutung legitim, dass dies – wie bereits angedeutet – nicht allein ein Problem der PRC ist. Denn die Parteien der radikalen Linken stecken fest zwischen einer Vergangenheit, die nicht endet, und einer Zukunft, die sich noch nicht richtig herausgebildet hat. Die nicht endende Vergangenheit ist das Erbe der historischen Niederlage der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung. Diese Niederlage hat einerseits durch die Auflösung vorherrschender und einander theoretischer Paradigmen die alten Spaltungen der Bewegung potenziert und den Gegensätzen zwischen Stalinismus, Trotzismus, Linkssozialismus, Neuer Linken, Bewegungen, Operaismus usw. neuen Auftrieb gegeben. Andererseits hat sie in vielen Fällen diese unterschiedlichen Strömungen dazu gezwungen, sich in einer einzigen Organisation oder in eng verwandten Organisationen zu vereinigen, um sich gegen eine ziemlich ungünstige allgemeine Situation zu wehren. Daraus resultiert auch der zusammengewürfelte Charakter vieler politischer Gruppen der radikalen Linken. Die Zukunft, die sich noch nicht klar herausgebildet hat, ist die Zukunft, die die neuen Bewegungen und die neue Arbeiterbewegung ankündigen. Einerseits wird diese Zukunft sehr wahrscheinlich eine »plurale Zukunft« sein, und die verschiedenen Subjekte werden nicht nur durch ein einziges Denken, eine einzige Klasse oder Partei vereint, sondern durch ein *politisches Projekt*, dem es gelingt, die Gegensätze und die Einheit zusammenzuhalten. Andererseits hat dieses vereinende politische Projekt, soweit man hier und dort auch seine Spuren entdecken kann (zum Beispiel in den einheitlichen Erfahrungen der Eine-Welt-Bewegung), noch keine vollendete Form erreicht. Die mögliche (und wünschenswerte) Öffnung der Parteien der radikalen Linken gegenüber den Bewegungen stellt somit nicht unbedingt – zumindest momentan – einen Faktor der Einigung dieser Parteien dar, weil sie die in den Parteien selbst vorhandenen Trennlinien reproduziert: zwischen »demokratischer Globalisierung« und Antiimperialismus, zwischen Umweltbewegung und neuer Industriebewegung, zwischen der Verherrlichung des »sozialen Nomadentums« und der Suche nach neuen Garantien sowie der Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Ad hoc kann man zwei Empfehlungen für die Parteien der radikalen Linke formulieren, die dafür sorgen wollen, dass der unvermeidliche soziale Pluralismus tatsächlich zu einer Ressource und nicht zu einem Hindernis wird:

- Alle Parteien der radikalen Linken, insbesondere die neuen, müssten das Problem des Umgangs mit den internen Differenzen als *vorrangiges Problem*

behandeln, die Elemente einer gemeinsamen politischen Kultur stärken, sorgfältig die satzungsmäßigen Mechanismen und die Regeln der internen Demokratie prüfen, der Bildung organisierter Fraktionen zuvorkommen (die etwas anderes sind, als der notwendige, aber flexible und befristete Zusammenschluss bei unterschiedlichen politischen Linien), beziehungsweise die Formen studieren, welche die Gruppierungen daran hindern, eine destruktive Rolle zu spielen.

- Die Divergenzen innerhalb der einzelnen Parteien, die sich in mehr oder weniger organisierten Fraktionen ausdrücken, müssten produktiv gemacht werden, d. h. sie müssten nach *tatsächlich in der Gesellschaft vorhandenen Differenzen* gegliedert sein, sie müssten eher die innerhalb der antikapitalistischen Bewegung existierenden Konflikte repräsentieren als die ideologischen Konflikte und Identitätsprobleme, die mit der vergangenen Geschichte der Bewegung verbunden sind.

Diese beiden Empfehlungen, denen man in Zukunft noch weitere hinzufügen könnte, werden nicht so sehr durch die Forschungen der Politikwissenschaft als vielmehr durch historisch-politische Überlegungen diktiert.

Die Phasen, die wir gerade erleben, können nicht allein durch den Rückgriff auf die Hilfe der politischen Soziologie, Politikwissenschaft oder der Sozialanthropologie interpretiert werden. Alle diese Disziplinen dienen dazu, reguläre und vorhersehbare Phänomene zu analysieren und begriffliche Kategorien zu bilden, welche das Funktionieren einer vorgegebenen Realität erklären. Doch wenn wir den Prozess der Schaffung einer neuen Realität vor uns haben, dann ist dieser theoretische Zugang – so notwendig und unerlässlich er auch immer sein mag – nicht mehr ausreichend. Wir wissen, wie die Parteien funktionieren, und wir wissen (vielleicht etwas weniger), wie die Bewegungen funktionieren. Doch wenn uns die gesellschaftliche Entwicklung Schritt für Schritt eine neue Form des politischen Handelns (was ziemlich wahrscheinlich ist) an die Hand gibt, die wir heute nur als einen »Zwitter« bezeichnen können, als eine Mischung aus Bewegung und Partei, dann kann diese neue Form nur durch die soziologische *Einbildungskraft* vorausgesehen und gefördert werden, insbesondere jedoch durch die Reflexion der *Geschichte* als Ort einer unablässigen Hervorbringung von *Neuem*.

Roger Martelli

Soziale Bewegungen und politische Konstruktionen: Jüngste französische Experimente

Seit zwei Jahren hat sich die Beziehung zwischen sozialer Bewegung und dem politischen Feld gewandelt, jedoch nicht genug, um letzteres zu transformieren.

1. Die allgemeine Entwicklung war in sich widersprüchlich

1. Die soziale Bewegung hat sich entfaltet (man denke an die großen Streiks im Frühjahr 2003), musste jedoch viele Rückschläge verkraften: Der neoliberale Angriff auf Renten oder die Sozialversicherung ging nicht zurück; er verstärkte sich hinsichtlich Privatisierung und Arbeitszeit.

2. Die Bewegung fuhr fort, sich zu organisieren. Schritt für Schritt bildet sich eine gemeinsame Kultur heraus, die den liberalen Regeln sehr kritisch gegenübersteht. Doch auch wenn die Bewegung an Stärke zunimmt, so ist ihre Integration bei weitem nicht perfekt: So ist die Verbindung zwischen der Bewegung für eine andere Welt und den Gewerkschaften nach wie vor unzureichend. Mehr noch, die Bewegung ist einheitlich und unterschiedlich zugleich, manchmal sogar widersprüchlich: Das ist unser Glück – und unsere Schwierigkeit!

3. Der Protest gegen die liberalen Präferenzen war stark genug, um bei den Wahlen 2004 (auf regionaler und europäischer Ebene) die Rechte zu schlagen. Aber dieser Rückzug kommt v.a. der Sozialistischen Partei zugute und nicht den weiter links stehenden Kräften. Zwischen der Stärke der Bewegung und der politischen und institutionellen Realität ist eine tiefe Kluft.

2. Angesichts dieser Situation waren die Antworten der Linken unzureichend

1. Seit der Wahlsequenz des Jahres 2002, die ihre internen Spannungen wieder aufleben ließ, ist die Sozialistische Partei destabilisiert. Aber das Fehlen eines ernsthaften politischen Angebots links von ihr stärkte die Führungsgruppe

um François Hollande. Nichtsdestoweniger ist die Sozialistische Partei heute durch die europäische Frage stark in Aufruhr: Die meisten der Führungskräfte sagen, dass sie für das Projekt der Europäischen Verfassung stimmen würden, aber der linke Flügel empfiehlt das »Nein« und wurde darin gerade von einem der wichtigsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen, dem »sozial-liberalen« Laurent Fabius, bestärkt, der sich entschied, den Parteigängern des »Nein« beizutreten. Momentan nimmt diese Spaltung die Form einer tiefen Krise an.

2. Die Sozialistische Partei ist gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen, zugleich jedoch uneindeutig, was ihre Strategie anbelangt. Auch die Kommunisten und die Grünen sind strategisch unklar, doch waren die Wahlen weniger vorteilhaft für sie. Bei den Regionalwahlen des März 2004 entschieden sie sich dafür, in der Mehrzahl der Regionen ihre Allianz mit der Sozialistischen Partei zu wiederholen. Wo sie dies nicht taten, erzielten sie ermutigende Resultate, jedoch bei weitem nicht so gute wie die Sozialisten. Die PCF zögerte lange Zeit. Während ihre Generalsekretärin, Marie-George Buffet, in der Région Parisienne eine Liste mit Persönlichkeiten aus den sozialen Bewegungen präsentierte, ging die Mehrzahl der regionalen Führungspersonlichkeiten eine neue Allianz mit der PS ein, um die Präsenz der PCF in den Regionalparlamenten zu gewährleisten.

3. Die Extreme Linke schließlich konnte ihre guten Ergebnisse bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2002 nicht bestätigen. Angesichts der Tatsache, dass die letzte Regierungsbeteiligung der PCF jegliche Allianz mit den Kommunisten verhinderte, wollte sich weder die trotzkistische Organisation Lutte Ouvrière (LO), noch die Revolutionäre Kommunistische Liga (Ligue Communiste Révolutionnaire, LCR), mit anderen radikalen Kräften zusammenschließen. Aber die Bedingungen von 2004 waren vollkommen andere als die von 2002: Die liberale Brutalität der Rechtsregierung verstärkte die Neigung, für die Sozialisten zu votieren; mehr noch: Die extreme Linke fand plötzlich neben sich alternative Kräfte, die ihr einen Raum streitig machten, den sie bis dahin allein besetzt hatte. Auf diese Weise gerieten sowohl die Regional- als auch die Europawahlen zu einer Enttäuschung für die gesamte extreme Linke.

3. Die Suche nach neuen Bindungen zwischen sozialer und politischer Sphäre ist heute stärker denn je

1. Seit zwei Jahren sind aus unterschiedlichen Anlässen Forderungen nach einer Politisierung der sozialen Bewegung erhoben worden. So wurde z. B. im Juli 2003 von fast 3 000 Mitstreitern und Führungspersonlichkeiten ein Aufruf unterzeichnet (sog. Ramuland-Aufruf), in dem dazu aufgefordert wurde, »für eine Alternative auf der Linken« zu kämpfen, um das Feld nicht der Sozialdemokratie zu überlassen.

2. Diese Forderung stieß jedoch auf beträchtliche Hindernisse, die zum damaligen Zeitpunkt ihre Umsetzung im politischen Feld verhinderten.

- Bei den beiden Wahlen des Jahres 2004 wurden die radikalen Kräfte erneut zersplittert. Entweder entschieden sie sich für ein Wahlbündnis mit der PS (Kommunisten und Grüne bei den Regionalwahlen), oder sie traten getrennt an (bei den Europawahlen). Im Ganzen spielte diese Entscheidung eher der PS in die Hände, welche die einzig glaubhafte Kraft einer politischen Veränderung zu sein schien. Keiner der Konkurrenten links von der PS überschritt bei den Europa-Wahlen die 10%-Marke.

- Schließlich scheiterten die Versuche einer Regruppierung: Wegen des Misstrauens der radikalen Linken, des Bruchs mit den sozialistischen Oppositionellen und der Entscheidung der Grünen Linken, das Projekt der Europäischen Verfassung zu unterstützen, blieb der »Ramulaud-Aufruf« stecken.

- Ein Teil der sozialen Bewegung versuchte ihr Glück, aber ohne Erfolg. So waren junge Mitglieder der Bewegung für eine andere Welt, Attac, der Auffassung, dass das politische Angebot nicht ihren Erwartungen entsprach. Sie lancierten die Idee, eine Liste »100% für eine andere Welt« aufzustellen; die finanziellen Zwänge und die Spannungen innerhalb der Attac-Bewegung verhinderten die Realisierung dieser Idee, aber es wurden Fragen aufgeworfen (nach der Unzulänglichkeit der linken politischen Kräfte), die zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufbrechen werden.

3. Dennoch sind während der Wahlen zwei originelle Versuche gestartet worden. In der Region Midi-Pyrénées wurde für die Regionalwahlen eine Koalition aus Grünen, sozialistischen Dissidenten, genossenschaftlichen Mitstreitern und einigen anderen links von der PS gebildet, und zwar unter dem Label »les Motivés« (eine unter der Jugend sehr beliebte Musikgruppe). Obwohl sich die PCF nach heftigen Diskussionen nicht den »Motivés« anschloss und sich auf lokaler Ebene die Option eines Bündnisses mit den Sozialisten offen hielt, erzielte die Liste 8%. In der Région Parisienne schloss die PCF ein Bündnis mit politischen und genossenschaftlichen Mitkämpfern (insbesondere mit solchen einer kleinen, »Alternative citoyenne« genannten Organisation). Die Liste übersprang die 7%-Hürde und übertraf damit die Radikale Linke, die es abgelehnt hatte, dem Bündnis beizutreten.

Bei den Europawahlen sind Anstrengungen gemacht worden, ein nationales Bündnis zu schließen. Zwischen der PC und Aktivisten verschiedener linker Strömungen wurden Kontakte hergestellt, um Bedingungen einer Übereinkunft zu diskutieren. Es wurde sogar eine gemeinsame Plattform (eine »Bürgercharta für ein anderes Europa«) erarbeitet, aber da die Kommunisten es zu dieser Zeit bevorzugten, in sechs der sieben Wahlkreise allein anzutreten, kam eine politische Übereinkunft letztendlich nicht zustande. Dieses Durcheinander schränkte das Gewicht der Initiative ein: Die gemeinsame Liste der Région Parisienne erreichte gerade einmal die 6%, was es ihr er-

laubte, ein Mitglied des Europa-Parlaments zu wählen. Das Ergebnis war also nicht so gut, aber die gemeinsame Liste gelangte vor der absteigenden extremen Linken ins Ziel, während die Grünen ein enttäuschendes Ergebnis erzielten, weit unterhalb dessen, was Daniel Cohn-Bendit bei den vorhergehenden Wahlen eingefahren hatte.

4. Welche Schlussfolgerungen können aus diesen Erfahrungen gezogen werden?

1. Augenblicklich befinden wir uns in einem nachhaltigen Zyklus der Radikalisierung, der im Jahre 1993 nach dem Zyklus der liberalen Depression (1978-1992) begonnen hat. Aber dieser Zyklus kommt nur schwerlich im politischen Feld zum Ausdruck. Drei Gründe können dies erklären: die Krise der politischen Institutionen (d. h. die Krise der repräsentativen Demokratie); die Krise der traditionellen Form der politischen Partei; und überdies die Tatsache, dass die soziale Alternative lange Zeit unter dem Scheitern der nichtkapitalistischen Versuche im 20. Jahrhundert litt.

2. All diejenigen, die entweder den Liberalismus oder den Sozial-Liberalismus umgehen wollen, sind mit einer Menge an Widersprüchen konfrontiert, die weder kollektiv diskutiert noch, a fortiori, kontrolliert werden.

- Zuallererst ist der Inhalt eines nichtkapitalistischen Weges nicht klar genug. Was bedeutet der »Bruch« mit den Prinzipien des Marktes? Wo sind die tatsächlichen Mittel eines »alternativen« oder »radikalen« Weges? Die extreme Linke hat den Habitus des reinen Protestes. Die soziale Bewegung bringt gewöhnlich Protest und Forderungen zum Ausdruck, doch die Realisierung ihrer Forderungen delegiert sie an die politischen Organisationen. So ist die Bewegung ständig zwischen dem Misstrauen gegenüber dem politischen Feld und der Akzeptanz der sozialdemokratischen Lösung hin- und hergerissen, und sei es nur, um das größere Übel zu verhindern, die liberale Politik der Rechten. In den letzten Jahren verwendete die PCF das Konzept des »dépassement« (des »Überschreitens«) des Kapitalismus, das die Fallen der sozialdemokratischen Anpassung und diejenigen der radikalen Beschwörung zugleich umgehen will. Aber: Jenseits der Worte bleibt das kommunistische Denken nicht allzu elaboriert, weder auf theoretischem Niveau noch bei der Definition präziser makroökonomischer Prinzipien.

- Das zweite Problem betrifft die Formen der Beziehung zwischen sozialer und politischer Sphäre. In der französischen Realität dominiert die Ablehnung des sozialdemokratischen und kommunistischen Modells der Unterordnung der Gewerkschaften unter die Politik. Statt dieses Modells finden wir eine Erneuerung der alten Tradition des revolutionären »Trade-Unionism« (die dazu tendiert, politische Bewegungen auf die sozialen Organisationen selbst zu übertragen). Politische Denker wie etwa Miguel Benasayag kommen zu dem

Schluss, dass das Scheitern der revolutionären Versuche des 20. Jahrhunderts ein erneutes Durchdenken der Konzeption von Gesellschaft selbst erforderlich macht. Ihm zufolge dürfen wir Gesellschaft nicht als strukturiertes Ganzes ansehen, sondern als einen unstrukturierten Komplex an »Situationen«, welchen sich die revolutionäre oder alternative Praxis annähern soll. Benasayag sagt, dass jeder Versuch, den alternativen Weg zu globalisieren, zur Perversion verurteilt ist und notwendig scheitern wird. Alles in allem sind die politischen Parteien unfähig, auf globaler Ebene politische Aussichten für die soziale Bewegung zu entwerfen. Die Bewegung selbst muss Wege ausfindig machen, auf denen sie etablierte Autoritäten herausfordern kann, indem sie Gegenkräfte aufstellt (im Französischen heißt dies »contre-pouvoirs«).

3. Ich kann der Auffassung zustimmen, dass die alten Konzeptionen gesellschaftlicher Totalität zu einem Großteil überholt sind – einschließlich einiger marxistischer Begriffe. Aber auch wenn Gesellschaft nie ein homogenes Ganzes ist, so wird sie doch von ökonomischen und sozialen Globalprinzipien beherrscht, welche stets nach den Regeln von Entfremdung, Ausbeutung und Herrschaft operieren. Wenn wir mögliche Wege zur Überwindung dieser langanhaltenden Regulationsweisen ignorieren, werden wir uns selbst an ihre Reproduktion gewöhnen. Wenn wir uns auf die Suche nach beschränkten Kräften oder Gegenkräften reduzieren, kann es uns passieren, dass wir im sozialen Feld dazu beitragen, die Hegemonie entweder der rein liberalen Schiene oder ihrer »sozial-liberalen« Adaptionen zu reproduzieren. Wenn wir die soziale Ordnung in ihrem harten Kern und nicht nur marginal in Frage stellen wollen, dann müssen wir, und sei es vorübergehend, alternative Synthesen finden, die den antimerkantilen Forderungen maximale Schlagkraft zur Herausforderung des dominierenden Liberalismus verleihen.

4. Hier gibt es nun zwei Lösungen: Entweder wird die Formulierung dieser politischen Synthesen an den Staat und die Parteien delegiert, oder wir müssen Bedingungen für eine offene und gemeinsame Formulierung schaffen, die genossenschaftliche, gewerkschaftliche und politische Organisationen einschließt. Meiner Ansicht nach ist dies der einzige Weg, um die langanhaltende Gewohnheit politischer Delegation zu verhindern. Alle würden in der Lage sein, gemeinsam Analysen, Projekte, Initiativen und, wenn möglich, Wahlkonstruktionen zu erarbeiten. Jedes Mal, wenn sich eine solche Beteiligung (»sharing«) abzeichnet, ist das ein Beweis ihrer Fruchtbarkeit. Jedes Mal hingegen, wenn dem Geist der Beteiligung (»sharing spirit«) zuwider gehandelt wird, sei es durch hegemoniale Aspirationen (einer Partei oder einer Organisation) oder durch den Geist der Ausschließung (»excluding spirit«) (beispielsweise den, der das Sozialforum gegen die direkte Repräsentation politischer Parteien schließt), nutzt die Bewegung nicht all ihre Möglichkeiten.

Kann das Sozialforum selbst diese Pflicht auf sich nehmen? Es kann dazu in hohem Maße beitragen, in dem es die Forderungen und Alternativvor-

schläge miteinander vernetzt. Aber wenn es aus seinem Kern die politische Frage nach den Institutionen ausschließt, läuft es Gefahr, die alte Teilung zu reproduzieren (den Vereinen die Formulierung der Forderung; mit den Parteien und dem Staat die Behandlung dieser Forderung), die den Nährboden sowohl der Mängel der Repräsentation als auch der Krise der Politik bildet. Diese negative Teilung müssen wir überwinden.

5. Es ist daher von strategischer Bedeutung, neue politische Synthesen zu erarbeiten, und zwar sowohl auf Länder- als auch auf europäischer Ebene. Sie müssen versuchen, authentische Projekte radikaler Transformation zu formulieren, die auf dem Ausdruck radikaler Forderungen basieren und sie durch ein fundiertes und konkretes Nachdenken über die Mittel zur Realisierung dieser Forderungen begleiten. Diese Projekte sollten nicht darauf reduziert werden, einfach Forderungen nebeneinander zu stellen: Sie sollten sie auf der Ebene der Gesamtgesellschaft in Beziehung zueinander setzen und dabei weder die ökonomische Basis noch die sozialen Beziehungen negieren, die jeder Gesellschaft ihre Kohärenz und ihr beherrschendes Prinzip (heute das kapitalistische) verleihen.

Die Entwicklung dieser Projekte ist der Kern der modernen Politik. Sie betreffen nicht nur eine Organisation oder nur einen Typ von Organisation. Die politischen Parteien spielen eine entscheidende Rolle – insbesondere diejenigen, die eine radikale gesellschaftliche Transformation einfordern, kommen sie nun aus der kommunistischen Tradition oder nicht: Auf der institutionellen Seite tragen sie dazu bei, eine Bindung zwischen sozialer Aktion und politischen Institutionen herzustellen. Aber wenn auch die Rolle der politischen Parteien signifikant ist, so darf sie doch nicht exklusiv sein: Sie muss geteilt werden, und zwar zwischen politischen und nichtpolitischen Organisationen. Das impliziert natürlich den Verzicht auf die exklusive Rolle politischer Repräsentation der politischen Parteien im Allgemeinen, und auf die Avantgarde-Rolle der Kommunistischen Partei im Besonderen. Es ist sicherlich nicht einfach, die Überzeugung von der Notwendigkeit von Parteien mit derjenigen zu verbinden, dass sie im politischen Feld keine hegemoniale Funktion mehr innehaben. Es ist schwierig, die Rolle einer kommunistischen Partei ohne die alten Avantgarde-Begriffe zu denken. Es ist schwierig einzusehen, dass das alternative Feld von nun an ein pluralistisches Feld ist, in welchem die Kommunisten nicht die einzigen Protagonisten sind und a fortiori nicht als Einzige den realen sozialen Wandel repräsentieren. An der Seite der Kommunisten befinden sich andere Organisationen: Wenn sie nicht, trotz aller Differenzen, mit den Kommunisten zusammenarbeiten, ist die sozialdemokratische Hegemonie unumgänglich. Darüber hinaus gibt es neben den politischen Parteien viele nichtpolitische Organisationen: Verbleiben diese außerhalb der politischen Konstruktionen, dann wird die alternative Bewegung selbst marginal bleiben, unfähig, das politische Geschäft zu verändern, und damit unfähig, die Gesell-

schaft zu verändern, unfähig, das Gesetz des Kapitals tatsächlich zu bekämpfen. Die Balance zwischen all diesen Anforderungen herzustellen ist schwierig; nichtsdestotrotz hat dies unzweifelhaft eine Schlüsselfunktion für den künftigen Fortschritt der Bewegung als Ganze. Weder *eine* linke Partei noch *eine* alternative Partei, sondern eine politische Kombination unterschiedlicher Organisationen, Sensibilitäten, Individuen, die alternative und nichtkapitalistische Projekte erarbeiten wollen, ist notwendig

Die Experimente dieses Jahres, insbesondere in der Région Parisienne, waren ein kleiner Schritt in Richtung einer neuen politischen Beteiligung («a new political sharing»). Ich hoffe, dass sie fortgesetzt, erweitert und verstärkt werden. Das wäre ein Glück für mein Land; ich denke, dass es auch Europa und seiner politischen Konstruktion Glück bringen könnte.

Aus dem Englischen übersetzt von Carla Krüger und Effi Böhlke

Wem gehört die Partei?

Moderne Linkspartei, Offene Organisation, Offener Sozialismus

1. Was ist das Moderne an der modernen Linkspartei?

Obwohl es in der geschichtlichen Entwicklung immer anders kommt, als man denkt, tritt manchmal auch der glückliche Umstand ein, mit einer Voraussage Recht gehabt zu haben. Nach der Niederlage der PDS bei der Bundestagswahl 2002 hatte die Luxemburg-Stiftung die Einschätzung vertreten, dass auch in Deutschland nur eine moderne Linkspartei die Chance hätte, sich langfristig im Parteienspektrum zu etablieren, und dass eine solche Linkspartei nur das Ergebnis einer *kooperativen Vereinigung zwischen der PDS und anderen Gründungskernen* sein könne. In einem Standpunkte-Papier von Michael Brie hieß es dazu 2003: »Die PDS ist nicht in der Lage, das demokratisch-sozialistische Potenzial in Ostdeutschland auszuschöpfen und erreicht es in Westdeutschland nur zu einem geringen Teil ..., eine starke und attraktive Formation außerhalb von SPD und Grünen ... könnte sich durch ein Bündnis von PDS mit anderen linken sozialen Kräften bilden (PDS Plus).« Die könne nur gelingen, wenn sich die PDS »in ein umfassenderes parteipolitisches Projekt einbringt.«¹

Diese Einschätzung war aus zwei Quellen gewonnen: aus der Zusammenarbeit mit VertreterInnen sozialer Bewegungen einerseits, und aus dem Studium der Entwicklung anderer Linksparteien in Europa andererseits.² Der laufende Vereinigungsprozess zwischen WASG und Linkspartei.PDS wird diese Perspektive auch für Deutschland einlösen. Die Frage, die sich jetzt stellt, ist die, wie sich eine moderne Linkspartei, jenseits ihrer Entstehungsgeschichte, organisatorisch und inhaltlich definiert. Was ist das Neue an den linken Par-

1 Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten?, in: RLS-Standpunkte 3/2003, S. 2 f.

2 Zu letzterem siehe u. a. Michael Brie (Hrsg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Berlin 2003, sowie Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch, Berlin 2005; zu ersterem siehe u. a. Michael Brie 2003; Rainer Rilling, Christoph Spehr: Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern, in: RLS-Standpunkte 6/2005; Rainer Rilling, Christoph Spehr: Guten Morgen, Gespenst!, in: RLS-Standpunkte 8/2005, aber auch ältere Diskussionspapiere wie »A Long Spoon« u. a.

teien neuen Typs, die sich in ganz Europa, aber auch z. B. in Lateinamerika, links von Sozialdemokratie und Grünen formieren?

Meine *These* ist: Eine moderne Linkspartei stellt tatsächlich einen neuen Typ von linker Partei dar. Die heutigen Linksparteien sind Teil einer Neueinstellung der linken Kräfte nach der Niederlage gegen den Neoliberalismus. Sie sind insbesondere Teil eines nachholenden Lernprozesses in Sachen Demokratie. Die Frage der Demokratie ist dabei in einem weiten und grundsätzlichen Sinne zu begreifen. Sie betrifft sowohl die Organisation selbst als auch ihr Verhältnis zu Kräften außerhalb von ihr, als auch ihre Vision einer zukünftigen Gesellschaft und der Transformation dorthin.

2. *Demokratie und Organisation in der modernen Linkspartei*

Viele moderne Linksparteien sind aus einer Kooperation sehr unterschiedlicher Teilorganisationen entstanden.³ Das ist in der Entstehungsgeschichte linker Parteien nichts Ungewöhnliches. Das Spezifische einer modernen Linkspartei ist, dass diese unterschiedlichen Entstehungskerne in der neuen Partei nicht verschwinden, sondern erhalten bleiben, und dass dies ein Organisationsverständnis prägt, wonach Pluralität und Differenz auf Dauer akzeptiert, ja aktiv herbeigewünscht werden. Die aus der Entstehung bedingte Pluralität der Partei ist kein abzutragendes Hindernis, sondern positive Voraussetzung, diese Pluralität in Zukunft noch stärker ausweiten zu können. In der modernen Linkspartei sind als Normalzustand unterschiedliche Weltanschauungen, unterschiedliche Politikbegriffe, unterschiedliche politische Strömungen und Typen von Organisationsverhalten aktiv und prägend. Pluralität wird begriffen als eine politische Produktivkraft, als eine Voraussetzung, mit der Breite der linken Szene außerhalb der Partei zusammenarbeiten und mit der Gesellschaft kommunizieren zu können.⁴ Ganz praktisch ist organisierte Pluralität auch die Bedingung dafür, die Identifikation der unterschiedlichen Entstehungskerne mit der vereinigten Linkspartei zu erhalten und die Breite des Vereinigungsprozesses nicht wieder zu verlieren.

Eine moderne Linkspartei ist deshalb *innerorganisatorisch* mit dem Problem konfrontiert, *unterschiedliche demokratische Prinzipien vereinbaren zu müssen*. Dies tritt zunächst auf als Gegensatz zwischen Basisdemokratie und Reprä-

3 Besonders deutliche Beispiele sind der Bloco in Portugal, die Rifundazione in Italien und natürlich die zukünftige Linkspartei in Deutschland; das historisch älteste Beispiel ist die PT Brasiliens.

4 »Jedoch wird diese Belebung (der radikalen Linken) nur wirklich wirksam, wenn sie mit dem Verständnis der Tatsache verbunden ist, dass die radikale Linke selbst ein neues Modell einer Partei ausarbeiten muss, wenn sie noch in der Lage sein will, in einen Dialog mit der Gesellschaft einzutreten. Dabei geht es nicht darum, auf das Modell der ›leichten Partei‹ umzusteigen, sondern die Idee der traditionellen Partei, die sich die Massen einverleibt, für die der konnektiven Massenpartei aufzugeben.« Mimmo Porcaro: Vorbedingungen für die Wirksamkeit der Linksparteien in Europa, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, S. 80.

sensation. Nach dem basisdemokratischen Prinzip ist es das unveräußerliche Recht der Parteibasis, alle wesentlichen inhaltlichen und personellen Entscheidungen zu treffen, und zwar nach dem Prinzip »one (wo)man, one vote«. Das heißt, die Stimme jedes Mitglieds zählt gleich, und jedes Mitglied kann versuchen, Mehrheitsentscheidungen in seinem Sinne herbeizuführen. Mit Recht ist die Basis misstrauisch gegenüber allen Versuchen, diesem Recht vorzugreifen (z. B. durch allzu detaillierte Entscheidungsvorschläge des Vorstandes oder ausgehandelte Kompromisse zwischen Gruppen) oder es zu schwächen.

Ebenso unverzichtbar in der modernen Linkspartei ist jedoch das Verständnis von Demokratie als Repräsentation. Die unterschiedlichen Entstehungskerne, Gruppen oder Teilzusammenhänge einer Linkspartei müssen sich in dieser Partei vertreten sehen – in der Besetzung ihrer Führungspositionen, in programmatischen Positionen, in ihrer praktischen Arbeit, in der Organisationskultur. Eine konsequente Anwendung reiner Mehrheitsentscheidungen durch die Basis würde die Partei zerstören, weil sie Teile der Partei aus ihr herausdrängen würde. Einige oder alle ihrer Teilzusammenhänge wären nämlich nie in der Lage, aus eigener Kraft eine Stimmenmehrheit zu stellen und dadurch die Partei inhaltlich oder personell mitprägen, zu »ihrer« machen zu können.

Dies ist ein sehr praktisches und sehr ernsthaftes Problem. Im Bremer Landesverband der Linkspartei wurde aus ähnlichen Erwägungen heraus unlängst eine Satzungsänderung vorgenommen, mit der die alte Position des Vorsitzenden zugunsten mehrerer gleichberechtigter LandessprecherInnen umgewandelt wurde, was in engem Zusammenhang mit den Bemühungen um eine integrative Vorstandsbildung stand. Das Modell brauchte jedoch zwei Parteitage, um eine satzungsgemäße Mehrheit zu finden. Einer der stärksten Faktoren war dabei die Befürchtung der Parteibasis, ein Stück weit entmachtet zu werden, die Entscheidung über die Spitze der Partei nicht mehr selbst fällen zu können, untergeordnet zu werden unter eine unübersichtliche Führungsgruppe, die ihre Kompromisse nur noch zur Absegnung vorlegt. Auch drückten sich darin Widerstände aus gegen das Konzept einer modernen Linkspartei als »konnektiver« Massenpartei (Porcaro) mit all den möglichen Erscheinungen einer verringerten sozialen Bindung oder des Verlusts eines identitätsbasierten Parteicharakters, der Intimität, Sicherheiten und informelle Zugriffe ermöglichte.⁵

5 Beides sind völlig reale Gefahren. Eine moderne Linkspartei, die nicht »Parteimitglieder produziert«, sondern Aktivisten aus Bewegungen und Zusammenhängen integriert, kann sehr wohl Formen von Intellektuellen-Dominanz Vorschub leisten. Ebenso arbeitet sie mit Leuten, die vielfältig in andere Zusammenhänge eingebunden sind, für die die Partei keine »Heimat« ist und die für ein soziales Parteilieben oft zu wenig Zeit haben. Ein demokratischer Zentralismus, wie er in vielen linken Kleinorganisationen und alten Linksparteien faktisch existierte (es geht autokratisch zu, aber die Spitze wird

Andere Aspekte von Organisationsdemokratie werden ebenfalls neu zur Klärung anstehen. Das betrifft zum einen das Verhältnis zwischen den nationalen Linksparteien und der *Europäischen Linkspartei*. Auch hier müssen das basisdemokratische und das repräsentative (in diesem Fall: das nationalstaatliche) Prinzip sinnvoll miteinander vermittelt werden; zusätzlich muss abgewogen werden, welche Verbindlichkeit gemeinsame Entscheidungen für die einzelnen, nationalen Linksparteien haben können und sollen. In der PDS ist diese Frage bekannt als Spannungsverhältnis zwischen der Autonomie der Landesverbände und dem Anspruch, die bundesweite Gestalt der Partei direkt und basisdemokratisch bestimmen zu wollen – etwa, wenn es um so umstrittene Fragen wie konkrete Regierungsbeteiligungen auf Landesebene geht.

Genau anhand dieses Beispiels – nämlich der Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin und der Identität der Berliner WASG, die explizit gegen die Politik des rot-roten Senats gegründet wurde – entwickelt sich derzeit eine zweite, neue Frage von grundsätzlicher Bedeutung: Sollen Mitglieder einer vereinigten Linkspartei in Zukunft die Möglichkeit haben, auf unabhängigen *Listen*, gemeinsam mit Bewegungen z. B., gegen Wahllisten der Partei zu kandidieren? Eine solche Option erscheint uns spontan problematisch, wenn es um die eigene Partei geht. Wenn wir uns aber vorstellen, die Satzungen von SPD und Grünen würden diese Möglichkeit einräumen, und was das für den Widerstand gegen die rot-grüne Politik des Sozialabbaus und der Kriegsbeteiligung bedeutet hätte, dann sehen wir sofort die demokratietheoretische Komponente dabei. In Fragen, die derart stark identitätsbildend für Teile der Partei sind, stehen wir vor der Alternative, entweder die Entscheidungsfähigkeit der Landesverbände durch hohe Quoren oder Vetorechte zu lähmen oder die Abspaltung von Teilen der Mitgliedschaft aus der Partei zu riskieren oder aber den Anspruch an die Verbindlichkeit des Handelns der Mitglieder herunter zu schrauben. Das genau ist die strukturelle Entscheidung, die wir hier zu treffen haben, und sie ist von grundsätzlicher demokratischer Bedeutung.

Eine dritte Gruppe von demokratietheoretischen und -praktischen Entscheidungen betrifft das *Verhältnis der Partei zu ihrem Umfeld*, zu den sozialen Bewegungen und zu mit ihr kooperierenden gesellschaftlichen Kräften. Einige Linksparteien haben hier bereits sehr fortschrittliche Ansätze geschaffen. In der PDS sind durch die Parteireform Anfang der 90er Jahre Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern relativ weitreichende Rechte gegeben worden, gemeinsame Arbeits- oder Interessengruppen zu gründen und parteioffiziell anzumelden, in denen dann auch *Nicht-Mitglieder Stimm- und Vertretungsrechte haben können*.

gewählt), ist aus vielen Gründen abzulehnen – aber er konnte, wie alle Formen personalisierter und charismatischer Herrschaft, durchaus die Integration »von unten« stärken. Die Sozialdemokratie hat aus ähnlichen Gründen immer wieder internen Widerstand gegen »Quereinsteiger« geübt, und es hat sich im Nachhinein oft gezeigt, dass dieser Widerstand die Folgen sehr wohl richtig erkannt hatte. Weniger »Stallgeruch« kann auch heißen: weniger Einfluss der Basis.

Auch auf Parteitagungen etc. können Nicht-Mitgliedern, die die Politik der Partei aktiv unterstützen, Stimm- und Mitwirkungsrechte übertragen werden.⁶ Die Rifundazione hat sich mit ihrer Orientierung auf die Schaffung so genannter *offener Räume* dazu bekannt, dass die Partei anstelle der alten Vorfeldorganisationen gesellschaftliche Räume fördert (und finanziert), in denen sie nicht das Sagen hat und für die sie nicht die Ziele vorgibt – zum Beispiel soziale Zentren, Räume im Jugendbereich oder die Sozialforen. Alle diese Ansätze reflektieren die Tatsache, dass eine linke Partei in den westlichen Gesellschaftssystemen zwar politisch abhängig ist von der Unterstützung durch Bewegungen, in ihrer materiellen Macht und in ihren rechtlichen Möglichkeiten jedoch extrem privilegiert innerhalb der linken Kräfte. Eine Partei, die diese Möglichkeiten und Machtmittel nur für die spezifischen Interessen der Partei einsetzt und die nichts unternimmt, um anderen linken Kräften auch Macht über die Partei zu geben, verhält sich daher ausbeuterisch in Sachen Demokratie.⁷

Für all diese Fragen gibt es keine vorgefertigten Antworten und Modelle. Sie lassen sich auch nicht durch theoretische Ableitung oder objektive Evaluation und Effizienzmessung (»benchmarking«) klären. Sie werden geklärt durch Aushandlungsprozesse, in denen das gegenseitige Aufeinanderangewiesensein und -seinwollen der Kooperationspartner die Basis ihrer Verhandlungsmacht ist. Viele Aspekte von Pluralität, die in konservativen oder bürgerlichen Parteien selbstverständlich sind, sind in Linksparteien schwierig und Gegenstand eines nachholenden Lernprozesses. Die Linke kommt in hohem Maße aus einer Tradition des erbitterten Streits um »richtig« oder »falsch«, auch aus einem Erfahrungszusammenhang, wo die Homogenität Gleichgesinnter eine wichtige Überlebensqualität hatte in einer Gesellschaft, deren Hegemonie eine ganz andere ist.

Die Aneignung und Ausgestaltung einer demokratischen Pluralität ist jedoch von entscheidender Bedeutung für jede moderne Linkspartei. Eine moderne Linkspartei darf keine geschlossene, sondern muss eine *Offene Organisation* sein. Der Begriff der »Offenen Organisation« ist aus Indymedia-Diskussionen entstanden und bezog sich auf Organisationsformen innerhalb der sozialen

6 Lediglich die Bezeichnung dieser, der Partei nahe stehenden oder partiell mit ihr mitarbeitenden, Nicht-Mitglieder als »Sympathisanten« ist nicht recht glücklich. Die Bezeichnung suggeriert, dass die Orientierung auf die Partei das Wesentliche ist – wenn auch eine schwächere Form von Orientierung als eben die Mitgliedschaft. Es geht aber um die gezielte Kooperation mit Menschen außerhalb der Partei, im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft; und prinzipiell wäre es das Beste, wenn Sozialdemokratie und Grüne diesen Menschen dieselben strukturellen Rechte einräumen würden.

7 Dasselbe gilt umgekehrt für alle jene, die das komplexe, schwierige Produkt einer linken Partei einfach instrumentell benutzen wollen, indem sie ihr fertige Inhalte und strategische Handlungsweisen von außen überstülpen wollen. Beim Kochen spricht man von »Soßenträgern«. Die Individuen, welche gemeinsam die komplizierte Kooperationsform Partei aufgebaut haben, werden aus dieser Perspektive nicht als Knödel gesehen, sondern nur als amorpher Soßenträger für linke intellektuelle Soßen unterschiedlichen Geschmacks.

Bewegungen.⁸ Es scheint mir jedoch sehr hilfreich, den Begriff der *Offenen Organisation* auch auf moderne Linksparteien und andere Großorganisationen wie Gewerkschaften, Attac o. ä., anzuwenden. Eine *Offene Organisation* in diesem Sinne wäre dann eine Organisation,

- die offen ist für ihre Selbstveränderung durch ihre Mitglieder, durch ihr Umfeld und durch die sozialen Bewegungen und Kräfte, welche die Partei tragen;

- die anerkennt, dass wesentliche ihrer Ressourcen außerhalb von ihr liegen, und die dem strukturell Rechnung trägt;

- die sich über Prozesse und nicht über Identitäten definiert und entsprechend niedrige Exklusionswerte hat (das heißt möglichst wenige Individuen und Gruppen systematisch ausschließt oder abstößt, z. B. durch ihre politische Kultur).

Dies wird nicht über Erklärungen bewirkt, sondern durch Organisationsarbeit. Organisationsarbeit ist das kollektive Pendant zur Beziehungsarbeit auf der individuellen Ebene. Sie besteht darin, dass die unterschiedlichen Teile und Individuen der Organisation lernen, einander zu verstehen, ihre jeweiligen Sprachen zu entziffern, Sensibilität für Unzumutbarkeiten entwickeln, und immer neue Lösungen produzieren, wie widerstreitende demokratische Ansprüche temporär zur Deckung gebracht werden können. *Veränderungsoffen, umfeldoffen, identitätsfeindlich*⁹: Das sind die organisationspolitischen Voraussetzungen, um Pluralität zum wirkmächtigen Prinzip weiterer Entwicklung werden zu lassen.

8 Dieser Strang der Diskussion führte u. a. zum Projekt *Open Organizations* (<http://open-organizations.org>). »The idea of Open Organizations was born from the work on the network of independent (of corporate and state capital) media, Indymedia. It was not created as explicitly politically outward, but as a result of desire for more efficient and more radical internal political group work, desire for improvement, criticism and supplementation of methodologies, which made it possible for Indymedia to become a network with over one hundred branches within less than three years. At the same time, our aim is to establish an organizational platform which will enable consistent political engagement, without simultaneously destroying the potentials we are witnessing: dynamic and network operations, a high level of autonomy, solidarity through global use of resources, and above all, reproduction of cultural capital which constantly strengthens group and individual network participants.« (Prug) Die Definitionen sind dabei allerdings meist sehr vage und die Annäherungen sehr technisch, inspiriert vor allem aus den Kooperationsformen der Software-Szene. Offene Organisation ist jedoch auch für linke Organisationen ein guter Leitbegriff, da er einen grundsätzlich anderen Zugang zu Organisationsfragen eröffnet als das Nachdenken über politische Effizienz. Es wäre sehr wünschenswert, dass es hier zu substantiellen Beiträgen aus dem linken politischen Lager zu dieser Debatte käme, die auch verbindende Probleme zwischen »Basisorganisationen« und politischen Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften sichtbar machen würde.

9 »Identitätsfeindlich« ist ein starkes Wort, aber es ist genau so gemeint. Eine moderne Linkspartei kann keine verbindliche Identität, kein eindimensionales Wir-Gefühl haben, wenn sie dem Anspruch auf Offenheit genügen will.

3. Demokratie und Transformation

In der politischen Linken sind seit Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen worden, gesellschaftliche Transformation, also den Anspruch auf Gesellschaftsveränderung, neu zu denken. Ein Kernpunkt dabei ist immer wieder, *dass gesellschaftliche Entwicklung offen ist*, dass die Zukunft der Gesellschaft nicht vorherbestimmt ist, sondern von den Menschen selbst produziert wird. Dabei werden zwei Dinge betont. *Erstens*: Gesellschaft entwickelt sich nicht in einer kontinuierlichen Evolution und kann deshalb nicht beliebig scheinbar reformistisch verändert werden. Gesellschaftliche Entwicklung verläuft als Abfolge von geregelten Zuständen, die eine hohe Stabilität und Konsistenz haben und zwischen denen Brüche, schubweise, tiefgehende Veränderungen liegen, die dann wieder in einen neuen Zustand relativer Stabilität münden, der erst nach und nach wieder unter Druck gerät. Ob wir dies Regulationsweisen, Entwicklungspfade, Formationen o. ä. nennen, ist für diesen Aspekt unerheblich. Der Gegensatz von Revolution und Reform löst sich auf in *transformatorische Politik*. *Zweitens*: Obwohl die Zukunft offen ist, ist sie nicht beliebig. Zwar sind der jeweils nächste Entwicklungszustand, der nächste Entwicklungspfad, die nächste Regulationsweise etc. nicht vorherbestimmt, aber sie müssen *möglich* sein, d. h. zum Stand der Produktivkraftentwicklung, der Klassen- und Geschlechterverhältnisse, der subjektiven Kräfte, der alltäglichen gesellschaftlichen Verkehrsverhältnisse etc. passen. Ein neuer Entwicklungspfad, eine neue Regulationsweise sind nur möglich, wenn sie bis zu einem gewissen Grad in sich stimmig und für einen hinreichend starken historischen Block von Kräften akzeptabel und partiell auch attraktiv sind.¹⁰

Bislang ist meines Erachtens der Tatsache noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden, dass dies zwingend eine *Neubestimmung des Verhältnisses der Linken zur Demokratie* nach sich zieht. *Gesellschaftliche Transformation wird deutlich als ein kooperativer Prozess*, in dem sehr unterschiedliche Kräfte gemeinsam wirken müssen, und als ein kreativer Prozess, in dem der nächste Entwicklungspfad gemeinsam erfunden werden muss. Was bei den Menschen nicht funktioniert, nicht ankommt, nicht zu ihren Erfahrungen, Kategorien und Wünschen passt, hat keine Chance. Nur was vielfältige vorhandene Erfahrungen, Ansprüche und Veränderungswünsche aufgreift und einbezieht, kann ein neuer Entwicklungspfad werden. Das ist ein Umstand, dessen Bedeutung bei der Durchsetzung des Neoliberalismus wir gerade erst mühsam entziffern.

10 Siehe stellvertretend für unterschiedliche Traditionslinien: Alex Demirovic: Regulation und Hegemonie, in: Alex Demirovic, Hans-Peter Krebs, Thomas Sablowski (Hrsg.): Hegemonie und Staat, Münster 1992; Dieter Klein: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt, in: Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein (Hrsg.): Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin 2002; Werner Bonefeld, Richard Gunn, Kosmas Psychopedis (eds.): Open Marxism. Vol. 1: Dialectics and History, London 1992; Materialien-Gruppe: Editorial, in: Materialien für einen neuen Antimperialismus, Nr. 1, Göttingen 1997.

Für eine moderne Linkspartei bedeutet das, dass sie die Zukunft nicht *ma-*
chen kann. Nicht nur, weil sie zu schwach wäre, weil ihre Durchsetzungskraft
nicht reichen würde etc., sondern weil sie die Zukunft nicht *kennen* kann und
diese erst in einem sehr viel breiteren, Organisationen wie Alltagsbewegungen
umfassenden Prozess *erfunden* werden muss. Materielle Demokratie, das heißt
gleiche Teilhabe und gleichberechtigt verteilter Einfluss, erscheint hier wie-
derum als linke Produktivkraft.

Diese Verschiebung der Auffassung von Revolution/Transformation – weg
vom »notwendigen Umbruch«, der »hinter dem Rücken der Menschen« ge-
macht wird, hin zum »Umbruch als kollektive Produktion«, dessen Inhalt und
Gestalt nicht vorherbestimmt sind, aber gefüllt werden müssen – hat notwen-
dige Konsequenzen für linke Politik.

Erstens: Demokratie – als reale Gesamtheit der sozialen Kräfte und Indivi-
duen – ist nicht einfach nur ein Kampffeld, wo der »Kampf um die Köpfe« ge-
führt wird. Demokratie in diesem Sinne ist ein *Produktionsort*, eine kollektive
Produktion des Neuen und des jeweils nächsten Entwicklungspfades oder all-
gemeinen Regelsystems. Die Linke ist hier nicht ein Boxer im Ring, sondern
ein Teilnehmer an dieser Produktion und gleichzeitig der schärfste Verteidiger
dieser kollektiven Maschine,¹¹ gegen alle Strukturen und Versuche, sie unglei-
chen und privilegierten Zugriffsrechten zu unterwerfen.

Zweitens: Ein grundsätzlich neues gesellschaftliches Projekt muss dieser
kollektiven Produktion entspringen, wenn es Wirklichkeit werden soll. Es
braucht eine Mehrheit sozialer, politischer, kultureller, individueller Kräfte
hinter sich, sprich einen *Hegemoniewechsel*. Dies heißt aber mitnichten, dass
sich die Linke oder eine moderne Linkspartei hier entspannt zurücklehnen
kann.¹² Sie hat spezifische Aufgaben, nämlich den Bezug aufs Ganze und auf
die Totalität der Kräfte und Aspekte immer wieder einzubringen und herzu-
stellen: »Das Merkmal, das diese Partei von den anderen Vereinigungen un-
terscheidet, ist die Tatsache, dass die Partei notwendigerweise alle Aspekte
des sozialen Kampfes wahrnimmt [...] außerdem stellt sich für eine Partei im-
mer das Problem der Beziehung zwischen den sozialen Kämpfen und der
Sphäre der Staatsmacht.«¹³ Eine moderne Linkspartei hat in diesem Prozess
nur Existenzberechtigung und wird nur ernstgenommen, *wenn sie selbst pro-*
duktiv ist: wenn sie Beiträge macht, wenn sie aktiv Vorschläge entwickelt, Re-
aktionen aufnimmt, modifizierte Vorschläge macht und eine Vorreiterrolle bei

11 Gemeint ist nichts Mechanisches, sondern die amorphe Kraft der »Wunschmaschinen« im Sinne von Gilles Deleuze, Félix Guattari: *Anti-Ödipus*, Frankfurt/M. 1977.

12 Dass das Marcos-Zitat: »Der Weg entsteht beim Gehen« in der Linken so gern angeführt wird, hat viel damit zu tun, dass es in diesem Sinne missverstanden wird. Es geht nicht darum, dass man einfach so vor sich hingehet und sich keine mühsamen Gedanken übers Ziel mehr machen muss, sondern darum, dass sich das Ziel in stetigem Wechsel mit den Erfahrungen des Weges andauernd verändert. Wenn über Ziele nicht mehr nachgedacht wird, kann dieser Prozess nicht in Gang kommen.

13 Mimmo Porcaro, S. 80 f.

der Klärung der Frage einnimmt, was möglich ist – im Doppelsinne von gesellschaftlicher Konsistenz und möglicher Akzeptanz, sprich Hegemoniefähigkeit, eines Vorschlags.

Drittens: Die entscheidende machtpolitische Leistung einer modernen Linkspartei ist es, beizutragen zur *Verschiebung von Kräfteverhältnissen und zur Eröffnung von Handlungsmöglichkeiten* für soziale Gruppen, Kräfte und Individuen. Die »gute Lösung« für ein gesellschaftliches Problem mag nützlich sein und ihre Reputation steigern. Die transformatorische Kraft liegt jedoch ausschließlich darin, dass bisher benachteiligte Gruppen stärker zum Zugriff kommen; dass bislang verweigerte gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten nunmehr offen stehen; dass die Verhandlungsmacht von schwach gehaltenen Gruppen gestärkt wird; dass bislang verdeckt gehaltene Zusammenhänge jetzt zum Gegenstand von kollektiven Kampagnen werden; dass Machtverhältnisse verschoben werden. Daran bemisst sich der revolutionäre, transformatorische Beitrag der modernen Linkspartei, und daran bemisst sich der Sinn oder Unsinn von Opposition oder Regierungsbeteiligung, von gemeinsamen oder eigenen Kampagnen, von antagonistischer Kooperation oder konflikthafter Zuspitzung. Die Linkspartei ist nicht der gute Vater für alle, sondern die Axt ins gefrorene Meer der Verhältnisse, eine machtpolitisch aktionsfähige Hilfstuppe für die Übernahme der Gesellschaft durch die Menschen selbst.¹⁴

Viertens: Die ökonomische Konsistenz eines möglichen neuen Entwicklungspfad ist von zentraler Bedeutung. Nur ändert sich bei dieser Betrachtung auch die Bedeutung von Ökonomie. Es wird eine zentrale Aufgabe einer modernen Linkspartei sein, die umfassende, kollektive Produktivität der Menschen zum *Ausgangspunkt eines veränderten Ökonomie-Begriffs* zu machen, der einem neuen Entwicklungspfad und seinen Grundregeln vorgreift.¹⁵

Die schärfsten Konflikte, die derzeit über die Praxis moderner Linksparteien geführt werden, hängen mit kontroversen strategischen Konzepten zusammen, die spiegelbildlich defizitär in Sachen Demokratie sind und die genannten Aspekte nicht einlösen. In den Kontroversen um Regierungsbeteiligungen scheinen zwei derartige Konzepte durch. Das »pro«-Konzept ist eines der »ausfüllenden Gestaltung«, d. h. Gestaltung ist ein Wert an sich. Hier wird häufig genau die Idee der Linkspartei als »guter Vater«, der machbare, aber dabei auch gerechte Lösungen für alle produziert, hochgehalten – eine Kraft, die das historisch machbare Optimum an Mitgestaltung »realisiert« und dafür eigentlich so etwas wie Dankbarkeit und Anerkennung erwartet. Das »contra«-Konzept ist eines der »verdeckten *Deligitimierung*«, d. h. durch Zu-

14 Das »gefrorene Meer« ist die Variation eines Kafka-Zitats.

15 Das ist der stärkste Aspekt von Hardt/Negris Multitude-Begriff. Die Schwäche ist, dass Hardt/Negris in einer Art chiliastischer Endzeiterwartung keine Notwendigkeit sehen, diese Sichtweise und Kritik in konkrete strategische Transformationsprojekte zu überführen. Vgl. Michael Hardt, Antonio Negri: Multitude. War and Democracy in the Age of Empire. New York 2004.

spitzung des sozialen Widerstands werden die herrschenden Kräfte und Verhältnisse demaskiert, bis sich etwas grundlegend Neues an ihre Stelle setzen kann. Beiden (hier idealtypisch zugespitzten) Konzepten haftet dabei etwas zutiefst *Antidemokratisches* an. Die »ausfüllende Gestaltung« behält es sich selbst vor, zu erkennen, was das »historisch machbare Optimum an Gestaltung« ist und macht es sich nicht zum Kriterium, inwiefern diese Politik nicht nur »Gutes tut«, sondern zur Verschiebung von Kräfteverhältnissen beiträgt. Die »verdeckte Delegitimierung« will einen Zustand herbeiführen, den die Mehrheit des sozialen Widerstandes gar nicht will oder zu dem sie keine klare Meinung hat. Sie ruft zu Kämpfen auf, an deren Erfolg sie selbst nicht glaubt, und will einen grundsätzlichen Umbruch herbeiführen, über dessen Perspektive auch sie selbst nur vage Auskunft geben kann.

4. Demokratie und Utopie

Schließlich und endlich betrifft das Neue an der modernen Linkspartei nicht nur ihre Organisationskultur, ihr Verhältnis zu anderen Kräften und ihre Auffassung von gesellschaftlicher Transformation, sondern auch ihre Visionen von einer anderen Gesellschaft und ihre konkreten Utopien für andere Regelsysteme. Auch diese Visionen und Utopien werden in neuer Weise demokratisch. Die Entwicklung solcher Visionen und Utopien, die weder neoliberal-kapitalistisch noch staatssozialistisch sind, entscheidet heute darüber, ob demokratischer Sozialismus mehr ist als eine widerstreitende Addition von (staats-)sozialistischem Ziel und (formal-)demokratischem Weg bzw. mehr als eine elegante Umschreibung linker Sozialdemokratie.

Wir sollten zunächst zur Kenntnis nehmen, dass alle derzeit wichtigen *ökonomischen Utopien* um die Frage einer materiellen Demokratie kreisen, die einer zukünftigen Ökonomie tief eingeschrieben sein soll.¹⁶ Der Ausgangspunkt von Michael Alberts »*Parecon*«-Entwurf ist die Idee einer Gesellschaft, in der jeder ein Mitspracherecht an allen Entscheidungen hat, die ihn betreffen – und zwar so stark, wie es ihn betrifft.¹⁷ Ausgangspunkt der Utopien der »Freien Software-Bewegung« (oekonux, GPL-Gesellschaft, Freie Gesellschaft) ist die Vision einer Gesellschaft, in der alle so frei und selbstorganisiert produzieren und aneignen, wie es in den freien Software-Projekten jetzt schon praktiziert wird (Wertkritik, Selbstentfaltung). Ausgangspunkt der feministischen Utopien einer *caring economy* (fürsorgende Wirtschaft, am pointiertesten bei Nancy Folbre¹⁸) ist die Erkenntnis, dass im Kapitalismus ein Großteil der Produzenten, vor al-

16 Einen guten Überblick bieten: Kurswechsel 1/2005: Alternative Ökonomie – Alternative Gesellschaften, Wien 2005; Hans Thie (Hrsg.): Utopie konkret – Was tun, wenn nichts mehr geht? Die Freitag-Debatte, Berlin 2004 (masch.).

17 Vgl. Michael Albert: *Parecon. Life after Capitalism*, London 2003.

18 Vgl. Nancy Folbre: *The Invisible Heart. Economics and Family Values*, New York 2001.

lem Frauen, systematisch in ihrer Verhandlungsmacht beschränkt sind. Sie können nämlich weder auf dem Rücken ihrer »Produkte« (Kinder, Empfänger sozialer Dienstleistungen) beliebig streiken, noch können sie die Produkte ihrer Arbeit verkaufen – Menschen, soziales Kapital, lebensfähige Individuen etc. eignet sich das Kapital gratis an. Alles beginnt hier mit einer »demokratischen« Kritik der Ökonomie und des Ökonomiebegriffs. Die herrschende Ökonomie ist falsch, weil sie die Leistungen vieler als wertlos und gratis behandelt, andererseits aber so tut, als würde Überleben und Entwicklung von den so genannten Leistungsträgern (Individuen und Unternehmen) produziert, während diese in Wahrheit nur hypertrophe, autoritäre Zwischenhändler sind.

Der Nachholbedarf der politischen Linken ist hier augenfällig. Kapitalistische Ökonomie (oder heute: neoliberale Ökonomie) wurde von ihr klassischerweise kritisiert als dysfunktional, ineffizient, als ein System, das schlechte und schreckliche Ergebnisse produziert – aber nicht als ein System, das in sich illegitim und undemokratisch ist. Lange Zeit ließen die Alternativvisionen der politischen Linken diese Struktur materiell unangetastet und beschränkten sich darauf, den Output anders zu verteilen oder von oben Planung und staatliche, bestenfalls gewerkschaftliche Kontrolle einzufügen. Dies ist heute nicht mehr hegemoniefähig.

In allen modernen Linksparteien gibt es heute zumindest virulente Bemühungen, hier weiter zu gehen. Entsprechend verändert sich die sozialistische Vision hin zu einem *Offenen Sozialismus*. Offener Sozialismus bedeutet in diesem Zusammenhang:

- die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung ist offen, und diese Offenheit muss durch die konkrete Selbstbestimmung und faire Verfügung von Individuen und Gruppen eingelöst, nicht durch zentrales staatliches Eigentum und Planung wieder »geschlossen« werden;

- eine sozialistische Vision ist ein offenes System, das offen ist für die Prägung durch vielfältige soziale Erfahrungen, Aneignungswünsche und alternative Praktiken – nicht nur für die der industriellen (Fach)Arbeiterschaft;

- »Offenheit« wird verwirklicht durch freien Zugang zu Information und allgemeinem Eigentum, durch kollektive Selbstverwaltung und durch die Abschaffung des Profitprinzips (»open source, collective rule, non-profit«).

Auch dies ist keine theoretische oder abstrakte Frage. Nur wenn moderne Linksparteien die Verhaftung in »geschlossenen« sozialistischen Visionen aufgeben und zu einer demokratischen Kritik der Ökonomie finden, können sie auch *Antworten auf aktuell drängende Fragen* geben und Vorschläge für strategische Projekte machen, die darauf antworten. Drei Beispiele hierzu:

Erstens. Es fehlt heute weitestgehend an linken Antworten auf Globalisierung, gesellschaftliche Entmachtung durch Standortkonkurrenz und Erpressung durch Kapitalabwanderung. Das gilt nicht nur für die Linksparteien,

sondern auch für die Gewerkschaften oder die globalisierungskritische Bewegung. Zu entwickeln sind Instrumente zur gesellschaftlichen Kontrolle von Kapitalmobilität; neue Akkumulationsmodelle zur Refinanzierung gesellschaftlicher Vorleistungen (z. B. über die Wertschöpfungsabgabe); Antworten auf die Frage, was »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« in einer globalisierten Welt mit unterschiedlichen nationalen Reproduktionsniveaus eigentlich heißt.

Zweitens. Eine Politik der Anti-Privatisierung wird nicht erfolgreich sein, wenn sie als Gegenmodell nur den alten staatlichen Sektor sieht. Eine demokratische Vision muss einen öffentlichen Sektor vorstellen, der nicht vom Staat verwaltet wird, sondern in freie Trägerschaft überführt ist.¹⁹ Diese Träger werden staatlich finanziert und kontrolliert, arbeiten aber selbstverwaltet. Der Missbrauch öffentlicher Sektoren für andere staatliche Aufgaben und Zwecke muss aufhören.²⁰

Drittens. Eines der anspruchsvollsten Modelle von Wirtschaftsdemokratie war das von schwedischen Gewerkschaften entwickelte Modell der Arbeitnehmerfonds.²¹ Dieses Modell löste zwar das strategische Problem, wie langfristig gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln ohne exzessive Entschädigungen realisiert werden kann, ohne den Staat durch exzessive Entschädigungen für Verstaatlichungen zu ruinieren.²² Es war jedoch noch behaftet mit den typischen Grenzen einer geschlossenen sozialistischen Vision. Es fehlten Strategien und Festlegungen, wie gesellschaftliches Mehrheitseigentum an Produktionsmitteln auch tatsächlich andere materielle Verhältnisse in der Arbeit hervorbringen sollte; es fehlte auch die Berücksichtigung der demokratischen Ansprüche all derer, die nicht industrielle Arbeitnehmer sind. Konsequenterweise hat die Linkspartei Schwedens in ihrer Neuauflage dieser Vision (»gesellschaftliche Fonds«) an diesen Defiziten gearbeitet.²³ Das ist beispielhaft für die Herangehensweise einer modernen Linkspartei an ökonomische Demokratie.

19 »Die kulturelle Wiederbelebung der radikalen Linken würde die Annahme der Idee voraussetzen, dass der »öffentliche Raum« nicht nur ein staatlicher ist.« Mimmo Porcaro, S. 80.

20 Viele öffentliche Einrichtungen verrichten z. B. beschäftigungspolitische Aufgaben, indem sie Menschen beschäftigen, die auf dem »freien Markt« wenig Chancen hätten. Das muss dann aber auch zusätzlich finanziert werden, evtl. auch durch Abgaben der Privatwirtschaft, anstatt zu einer Verschlechterung der öffentlichen Leistung zu führen.

21 Vgl. Stefan Sjöberg: Die Schwedische Linkspartei. Wirtschaftspolitische Positionen, in: Brie/Hildebrandt 2005, S. 155-172.

22 Die Lösung lag darin, dass nur der Mehrwert laufend in Arbeitnehmerfonds überführt werden sollte. Über einen Zeitraum von 30-40 Jahren würde dies in den meisten großen Unternehmen zu einer Anteilsmehrheit der Beschäftigten führen.

23 Vgl. Edeltraut Felfe: Die Linkspartei in Schweden, in: Michael Brie (Hrsg.) 2003, S. 73-116.

5. Demokratie und soziale Repräsentation

Wir können die Betrachtung dessen, was neu sein muss an einer modernen Linkspartei, nicht abschließen, ohne eine bis heute stark vernachlässigte Aufgabe zu benennen: die *Öffnung* der Partei für die gleichberechtigte Mitwirkung der sozialen Gruppen, die in den alten Linksparteien höchst ungenügend vertreten waren. Zum einen geht es um die Integration *feministischer Ansprüche* als gleichwertige Zielvorgabe. Eine der nachhaltigsten Schwächungen der politischen Linken war der weltweite Auszug von Frauen aus Organisationen der radikalen Linken, der in den späten 60er und frühen 70er Jahren stattfand.²⁴ Eine Vereinigung ist hier mindestens so wichtig und wirkmächtig, wie die Vereinigung von unterschiedlichen Parteientstehungsgruppen.

Die Aufgabe ist groß, aber zumindest benennbar. Sie umfasst:

- die Integration feministischer Ansprüche als Teil innerparteilicher Demokratie und *Organisationskultur*;
- die Entwicklung und Verfolgung eigenständiger *strategischer Projekte*, die besonders die Interessen und Gestaltungswünsche von Frauen realisieren;
- die Auseinandersetzung mit und Entwicklung von *feministisch tragfähigen und attraktiven Utopien* und Gesellschaftsentwürfen.

Noch sehr viel ratloser stehen alle modernen Linksparteien vor der Aufgabe, Menschen mit *Migrationshintergrund* gleichberechtigt, aktiv und in großer Zahl zu integrieren oder auch nur zu interessieren. Dies ist absurd, da in diesem Bereich die stärksten Anzeichen einer neuen Klassenbildung im vollen Sinne vorliegen. Menschen mit Migrationshintergrund können mit hoher Wahrscheinlichkeit qua Geburt einer Zuordnung zu einer relativ geschlossenen *neuen Unterklasse* nicht entgehen. Von Seiten der Linksparteien geschieht hier allerdings kaum etwas.²⁵ Die Schwierigkeiten beginnen oft schon mit Sprachbarrieren, vom Fehlen eigener strategischer Projekte (wie etwa einer Zuwanderungsoffensive) ganz zu schweigen. Es gibt bislang nur wenig Erfahrungen, wie sich eine Linkspartei hier öffnen kann. Klar ist nur, dass sie einen klassenpolitischen Standpunkt nicht für sich reklamieren kann, wenn sie eine weiße, nicht-migrantische Partei bleibt.

24 Die Lektüre der Dokumente dieses Auszugs ist auch heute aktuell und hilfreich, z. B.: Helke Sander: Rede des Aktionsrates zur Befreiung der Frau, gehalten auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS 1968 in Frankfurt, in: Ann Anders: *Autonome Frauen. Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968*, Frankfurt/Main 1988, S. 39-47.; Liebe Genossen, wir verlassen euch. Brief von zwölf Genossinnen an die PdUP, in: *II Manifesto vom 23.11.1976*, ND in: Michaela Wunderle (Hg.): *Politik der Subjektivität. Texte der italienischen Frauenbewegung*, Frankfurt/M. 1977, S. 230-235.

25 Fast alle Linksparteien zeigen »die starke Präsenz stark mit der vorherigen Phase des Klassenkampfes verbundener sozialer Figuren [...] und eine weniger wichtige Präsenz sozialer Fragen, die sich in den heutigen neuen Bewegungen ausdrücken und die zukünftige Zusammensetzung der unteren Klassen angehen.« Mimmo Porcaro, S. 81.

6. *Wem gehört die Partei?*

Wem also gehört die Partei? Niemandem. Jedenfalls gehört die Partei nicht automatisch denen, die jetzt gerade drin sind. Der Weg zur modernen Linkspartei erfordert die Auffassung, dass die Partei allen gehört, die sie brauchen. Und dass sie so lange verändert werden muss, bis sie von ihnen benutzt werden kann.

Niemand hat behauptet, das wäre leicht.

Sozioanalyse als Grundlage politischen Engagements

In den Debatten der Linken wurde in letzter Zeit viel interessantes »Insiderwissen« präsentiert. Aber es wurde auch der Bedarf, die Notwendigkeit und der Anspruch deutlich, über Themenkomplexe wie »Populismus«, »Pluralismus«, »sozio-ökonomische Dimension vs. kulturelle Dimension«, »Hegemoniefähigkeit« zu diskutieren. Da dieser Workshop ja auch Transformationsprozesse linker Parteien zum Gegenstand hat, möchte ich daran anknüpfen. Dafür halte ich es aber für notwendig, hinter die verschiedenen Binnenansichten zurückzutreten und in einem ersten Schritt einmal grundlegend über die Voraussetzungen bzw. Barrieren emanzipatorischen Engagements nachzudenken. Emanzipatorisches Engagement möchte ich hierzu bewusst nicht näher definieren bzw. zunächst auch nicht zwischen parteipolitischen Aktivitäten und solchen in sozialen Bewegungen unterscheiden, um den Blick nicht im Voraus zu verengen. In einem zweiten Schritt werde ich dann darzulegen versuchen, welche Hinweise diese Grundlagen für eine Selbstanalyse einer linken Partei liefern können. Eine derartige Analyse scheint mir der unverzichtbare Hintergrund einer angestrebten Hegemoniefähigkeit zu sein.

1. Emanzipatorisches Engagement und seine Voraussetzungen¹

Emanzipatorisches Engagement ist offenbar ein voraussetzungsreicher Prozess, wenn man bedenkt, wie wenige Menschen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung aktiv werden.

Im Folgenden sollen fünf Stufen des Übergangs von einer »gesellschaftlichen Schieflage« zu emanzipatorischem Engagement skizziert werden: (1) Es muss objektiv eine strukturelle Krise, z. B. in Form der Ungleichverteilung von Lebenschancen, vorliegen. (2) Menschen müssen – in welcher Form auch im-

1 Dieser erste Teil des Beitrags beruht auf einem Text, der anlässlich der Proteste in den französischen Banlieues vom November 2005 verfasst wurde. Vgl. dazu Lars Schmitt: Wie ausgeschlossen muss man sein, um zu protestieren? Sozialer Protest und seine Voraussetzungen, in: CCS Working Papers, Heft 1/2006.

mer – unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen leiden. (3) Die Gründe für die Unzufriedenheit bzw. das Leiden müssen external attribuiert werden. Das heißt, es muss zumindest in der Wahrnehmung der potenziell Engagierten ein Adressat für die Vorwürfe, Veränderungsgesuche etc. vorhanden, bzw. es müssen wenigstens »Verantwortlichkeiten« auszumachen sein. Dieser Adressat kann aus »dem Staat« oder Fremdgruppen bestehen, selbst wenn diese »nur« als Sündenböcke fungieren. (4) Wenn all diese Voraussetzungen gegeben sind, bedarf es noch verschiedener Ressourcen bzw. »persönlicher Eigenschaften«, damit der Unmut, dessen Ursachen nicht dem eigenen Verantwortungsbereich zugeschrieben werden, *öffentlich wahrnehmbar* ausgetragen wird und schließlich (5) kollektiv-identitätsstiftender Zuschreibungen, damit die Unmutsäußerungen eine kollektive Form emanzipatorischen Engagements annehmen.

Es gibt in der Bewegungsforschung sehr unterschiedliche Ansätze, die entweder eher auf die Struktur- oder eher auf die Akteursseite fokussieren. Doch besteht erstens weitestgehend Konsens darüber, dass keiner dieser Ansätze allein die »Lücke« zwischen latenter Konfliktsituation und manifestem Engagement zu schließen vermag. Zweitens versuchen neuere Ansätze die Gegenüberstellungen von Struktur und Handlung, Rationalität und Irrationalität, Strategie und Identität zu überwinden.²

1.1. Gesellschaftliche Krise bzw. Ungleichverteilung von Chancen und/oder Ressourcen

Zahlreiche Übersichten zur Protestforschung unterscheiden zwischen einem US-amerikanischen Strang, der seinen Ausgangspunkt in der Massenpsychologie des Collective Behavior hat, und einem europäischen Strang, als dessen Basis die marxistische Geschichtsphilosophie angesehen wird. Letzterer nimmt die Krisenhaftigkeit gesellschaftlicher Zustände bzw. strukturelle Zwänge, sog. Structural Strains (Smelser), zum Ausgangspunkt der Analyse. Protest wird hier als Folge, Ausdruck und/oder Bearbeitung gesellschaftlicher Krisen verstanden.³ Folgt man dieser Perspektive, ist es nahe liegend, die Krisenhaft-

2 Vgl. als Beispiel: Nick Crossley: Making sense of social movements, Buckingham/Philadelphia 2002; zur Übersicht: Thorsten Bonacker, Lars Schmitt: Politischer Protest zwischen latenten Strukturen und manifesten Konflikten. Perspektiven soziologischer Protestforschung am Beispiel der (neuen) Friedensbewegung, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Heft 32/2004, S. 193-213, sowie Kai-Uwe Hellman: Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft, in: A. Klein, H.-J. LeGrand, Th. Leif (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven, Wiesbaden 1999, S. 91-113.

3 Vgl. Karl-Werner Brand, Detlef Büsser, Dieter Rucht: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/M., New York 1986; Dieter Rucht: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt/M. 1994; Alain Touraine: Soziale Bewegungen. Spezialgebiet oder zentrales Problem soziologischer Analyse, in: J. Matthes (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Frankfurt/M., New York 1983; Ulrike C. Wasmuth (Hrsg.): Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegung in der Diskussion, Darmstadt 1989, sowie Thorsten Bonacker, Lars Schmitt 2004, S. 202 ff.

tigkeit gesellschaftlicher Zustände als ein ubiquitäres Phänomen zu betrachten. Eine Ungleichverteilung von Chancen und / oder Ressourcen ist unschwer sowohl weltweit als auch innerhalb von Staaten, etwa der BRD, festzustellen.

1.2. *Das subjektive Leiden an gesellschaftlichen Verhältnissen*

Bourdieu u. a. konnten mit ihrer Studie »Das Elend der Welt« »Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft« sammeln.⁴

Kürzlich ist eine deutsche Replikationsstudie zu diesen Verhältnissen erschienen. Eine Forschungsgruppe um Franz Schultheis, der auch in die »französische Originaluntersuchung« eingebunden war, hat »Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag« diagnostizieren können.⁵ Dies ist insofern nicht selbstverständlich, als dass vielfach Situationen der Benachteiligung von Betroffenen gar nicht als etwas Besonderes empfunden werden. Das hängt u. a. damit zusammen, dass Menschen, die in benachteiligten Milieus, mit der »Zuschreibung« zu benachteiligten Gruppen etc. aufwachsen, diese Verhältnisse verinnerlichen und somit spätere Benachteiligungssituationen als etwas Selbstverständliches, ja zu ihnen Passendes wahrnehmen. Ihr Habitus (Bourdieu) passt zu den sie umgebenden Strukturen.⁶ Die Sozialpsychologie spricht von »oppression as a cooperative game«, um die »Komplizenschaft« der Betroffenen mit den Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen.⁷

1.3. *Wer ist schuld am Elend?*

Selbst wenn Menschen unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen leiden, heißt das noch nicht, dass sie dieses Leiden auch jenen Bedingungen zuschreiben.

Zum einen sind potenzielle Protestgruppen viel weniger direkt aus sozialen Lagen herzuleiten, als dies z. B. noch bei den Arbeiterbewegungen des 19. Jahrhunderts der Fall war. Gesellschaftliche Hierarchien sind heutzutage viel stärker symbolvermittelt. Gerade weil eine Pluralität an Symbolen wie z. B. Kleidungsmöglichkeiten, Musikgeschmack etc. besteht, führen diese scheinbar freien Wahlmöglichkeiten dazu, die Symbolverteilung und die dadurch zum Ausdruck gebrachten Hierarchien eben als »frei gewählt«, natürlich, gerecht, verdient wahrzunehmen. Die Tatsache, dass im Einklang mit dem Habitus

4 Pierre Bourdieu: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens, Konstanz 1997.

5 Franz Schultheis, Kristina Schulz (Hrsg.): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz 2005.

6 Vgl. Lars Schmitt: Wie Soziologie heilen kann. Pierre Bourdieus Sozioanalyse, in: Michael Brie, Bärbel Chrapa (Hrsg.): Im Gedenken an Michael Chrapa. ... sein hundertfach Begonnenes ... Berlin, Halle 2005, S. 27-44; derselbe: Konfliktsoziologie als Sozioanalyse, in: Thorsten Bonacker, Lars Schmitt: Sozialwissenschaftliche Theorien der Konfliktforschung, Studienbrief der Fernuniversität Hagen, 2005 a, S. 31-33.

7 Jim Sidanius, Felicia Pratto: Social dominance. An intergroup theory of social hierarchy and oppression, Cambridge 1999.

(also nicht unabhängig von den sozialen Bedingungen des Aufwachsens) gewählt wird, gerät aus dem Blick, und die soziale Gemachtheit der ablesbaren Hierarchien wird dadurch verschleiert. Anstelle kollektiver Proteste finden deshalb eher individuelle Konkurrenzkämpfe statt.⁸ Diese werden freilich nicht im luftleeren Raum ausgetragen, vielmehr wird in den betreffenden gesellschaftlichen Feldern gekämpft, in denen Menschen agieren. Selbstverständlich stellt auch eine politische Partei ein solches Feld dar.

Zum anderen sorgen verschiedene – aber strukturhomologe – Diskurse in Gesellschaft und Wissenschaft seit Beginn der 80er Jahre dafür, dass das autonome Subjekt im Vordergrund der Betrachtungen steht. Zu nennen ist auf Seiten der Soziologie eine Individualisierungsbefunde zu Individuierungs- und Pluralisierungsbefunden uminterpretierende Ungleichheitssoziologie, wie sie in Teilen der Lebensstilforschung zu beobachten ist.⁹ In den Erziehungswissenschaften ist seit der aus ihrem Kontext heraus nur zu verständlichen Abkehr vom struktur-funktionalistischen Paradigma eine Überbetonung von subjektiver (und v.a. strukturungebundener) Handlungsautonomie zu diagnostizieren.¹⁰ Diesen Diskursen ist es u. a. zu »verdanken«, dass eine Unterscheidung in Gesellschafts- und Parteianalysen Einzug gehalten hat, die sich weder theoretisch noch empirisch rechtfertigen lässt und erst recht nicht im Erleben der Betroffenen vorzufinden ist: Es wird von der sozio-ökonomischen und von der kulturellen Seite als zwei getrennten Dimensionen gesprochen, obwohl soziale Ungleichheit immer über Symbole, d. h. über Kultur, vermittelt ist und erlebt wird. Viele Comedy-Elemente beruhen genau auf dieser Symbolvermittlung. Würden wir hinter verschiedenen Arten sich zu kleiden, zu sprechen, zu handeln etc. nicht die respektiven gesellschaftlichen Gruppierungen wiedererkennen, wäre kaum etwas davon »witzig«. Das Pendant zu diesen »subjekt-autonomen Wissenschaftsparadigmen« auf der Ebene gesellschaftspolitischer, hegemonialer Diskurse ist all das, was unter dem Stichwort »Neoliberalismus« kursiert. Diese Diskurse laden dazu ein, bei der Suche nach Verantwortlichkeiten eher auf die Subjektseite der Eigenverantwortlichkeit als auf die Strukturseite zu schauen. Ein aktuelles, sehr augenfälliges Beispiel ist die Kampagne »Du bist Deutschland«, die folglich nicht nur wegen ihrer nationalistischen Ausrichtung zu kritisieren ist.

8 Vgl. Lars Schmitt 2005 sowie ders. 2005 a.

9 Vgl. hierzu den kritischen Beitrag von Dirk Konietzka: Individualisierung, Entstrukturierung und Lebensstile. Zu einigen konzeptionellen Fragen der Analyse von Lebensstilen, in: J. S. Dangschat, J. Blasius (Hrsg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden, Opladen 1994, S. 150-168.

10 Vgl. hierzu kritisch Ullrich Bauer: Selbst- und /oder Fremdsozialisation. Zur Theoriedebatte in der Sozialisationsforschung. Eine Entgegnung auf Jürgen Zinnecker, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 2/2002, S. 118-142; ders.: Sozialisation und die Reproduktion sozialer Ungleichheit. Bourdieus politische Soziologie und die Sozialisationsforschung, in: U. H. Bittlingmayer u. a. (Hrsg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen 2002a, S. 415-445; ders.: Keine Gesinnungsfrage. Der Subjektbegriff in der Sozialisationsforschung, in: D. Geulen, H. Veith (Hrsg.): Sozialisationsforschung interdisziplinär. Aktuelle Perspektiven, Stuttgart 2004, S. 61-91.

1.4. *Wer hat den Mut, sich zu engagieren?*

Wenn die o. g. Voraussetzungen gegeben sind, d. h. eine Krise vorliegt, die sich in subjektivem Leid widerspiegelt, das fremdattribuiert wird, bedarf es noch weiterer Faktoren, damit politisches Engagement entsteht. Auf individueller Ebene ist – dies gilt zumindest für die BRD – ein Mindestmaß an Bildung, Selbstbewusstsein, kurz: ein relativ »legitimer Habitus« sowie ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Integration zu nennen. Damit hängt u. a. auch die individuelle Möglichkeit zusammen, weitere Ressourcen zu mobilisieren. Der Bewegungsforscher Dieter Rucht kann für Deutschland immer wieder nachweisen, dass Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer überdurchschnittlich gebildet sind.¹¹ Bildung scheint hier allerdings kein Faktor an sich zu sein, sondern ein Element gesellschaftlicher Integration darzustellen.

Dass z. B. Menschen mit Migrationshintergrund in Frankreich im Schnitt besser gebildet sind als Betroffene in Deutschland,¹² kann als Erklärung für die Proteste in den französischen Banlieues vom November 2005 kaum ausreichen, da Banlieue-Bewohnerinnen und Bewohner relativ zur französischen Gesamtbevölkerung wahrscheinlich keine überdurchschnittliche Bildung aufweisen. Dennoch ist auch in diesem Fall ein Mindestmaß an Integration anzunehmen. Sie sind Französinnen und Franzosen, sprechen französisch, und sie werden an Bildung beteiligt. Die Diskrepanz zwischen relativer Integration und den Exklusionserfahrungen in den Banlieues fördert sicherlich die Artikulation von Unmut. In diesem Punkt bestehen allerdings auch große Unterschiede in den Protestkulturen nicht nur im Vergleich z. B. zu Staaten Südamerikas, sondern bereits innerhalb Europas.

1.5. *Vom individuellen Aufbegehren zu kollektivem Protest*

Damit das Aufbegehren nicht auf der individuellen Ebene stehen bleibt, sondern in kollektives Engagement überführt wird, müssen kollektive Identitätsbildungsprozesse stattfinden. Diese werden erleichtert, wenn man das Leid an zugeschriebenen Kollektivmerkmalen wie Ethnie, Religionszugehörigkeit etc. abbilden kann. Interessant für die Art der Konfliktaustragung könnte hierbei die Frage sein, ob es sich um eine positive kollektive Identitätsbildung handelt oder um eine, die aus negativen Attributen hervorgeht. Bei letzterer scheint eine gewaltsame Austragung wahrscheinlicher. Vergleichen wir z. B. die so genannten neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik mit den Jugendprotesten in Frankreich vom November 2005, so werden erstere mit post-

11 Vgl. z. B. Dieter Rucht: Die Friedensdemonstranten – Wer waren sie?, in: Wissenschaft und Frieden, Jahrgang 22, Heft 1/2004, S. 57-59; Dieter Rucht, Mundo Yang: Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4/2004, S. 21-27.

12 Jürgen Baumert u. a.: PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich Opladen 2001.

materiellen Werten wie Selbstverwirklichung in Verbindung gebracht¹³ und sind in Teilen auch von einem »Sendungsbewusstsein« getragen.¹⁴ Dieses Sendungsbewusstsein im Sinne einer Elite, die für eine saubere Umwelt, gesunde Nahrung etc. einsteht, sollte zumindest mit einer positiven Selbsttypisierung einhergehen. Dies zeigen auch Untersuchungen, die die Wertewandelhypothese so eindeutig nicht teilen und auch bei den neuen sozialen Bewegungen »alte Pflichtbewusstseinswerte« ausmachen.¹⁵ Bei den französischen Jugendlichen ist hingegen zumindest die negative Fremdtypisierung offensichtlich.¹⁶

Was diese Analyse der verschiedenen Voraussetzungen emanzipatorischen Engagements nun zu einer Sozioanalyse linker Parteien als Grundlage der Erlangung von Hegemoniefähigkeit beitragen kann, soll im Folgenden kurz umrissen werden.

2. Sozioanalyse als Schritt in Richtung Hegemoniefähigkeit

2.1. Die »objektive« Krise der Erwerbsgesellschaft

Es ist unstrittig, dass es aufgrund der Ungleichverteilung von Chancen und Ressourcen im globalen Maßstab, aber auch innerhalb von so genannten fortgeschritteneren Gesellschaften, eine »objektive« Grundlage für das Wirken linker (emanzipatorischer) Parteien gibt. Nehmen wir als Beispiel die Krise der Erwerbsgesellschaft in der BRD. Aus der Ungleichverteilung von Erwerbsarbeit, einer sehr ungleichen Vergütung derselben und der Abnahme des gesamtgesellschaftlichen Erwerbsarbeitsvolumens lässt sich schließen, dass es einer Loslösung von der Vorstellung der Erwerbsarbeit als einer Institution der gesellschaftlichen Integration und damit von der Idee der Erwerbsgesellschaft bedarf. Dies zeigen sowohl klassische als auch neuere Befunde der Erwerbsgesellschafts- sowie Erwerbslosigkeitsforschung.¹⁷

13 Vgl. Klaus Eder: Die »neuen sozialen Bewegungen« – Moralische Kreuzzüge, politische Pressure Groups oder soziale Bewegung, in: U. C. Wasmuht (Hrsg.): Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegung in der Diskussion, Darmstadt 1989, S. 177-195; Michael Vester: Neue soziale Bewegungen und soziale Schichten, in: ebenda, S. 38-63.

14 Zur Umweltbewegung vgl. Gabriela B. Christmann: Ökologische Moral. Zur kommunikativen Konstruktion und Rekonstruktion umweltschützerischer Moralvorstellungen, Wiesbaden 1997.

15 Vgl. Lars Schmitt: Ökologie und gesellschaftskritisches Bewusstsein. Wie ROT ist eigentlich GRÜN?, Marburg 2002.

16 Hier ist nicht nur ein allgemeiner Rassismus zu nennen, vielmehr dürfte der französische Innenminister Sarkozy mit seiner Bezeichnung der Protestierenden als »racaille« (= »Gesindel«, »Pack«) deren kollektive Identität eher gestärkt als geschwächt haben.

17 Vgl. u. a. André Gorz: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Berlin 1989, sowie ders.: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000; Martin Kronauer, Berthold Vogel, Frank Gerlach: Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt/M. u. a. 1993; Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld, H. Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch, Frankfurt/M. 1975.

Für diese Position gibt es sogar eine »Marktlücke« jenseits des z. T. selbstgefälligen Abgrenzungsspiels »angebotsorientiert vs. nachfrageorientiert«, da fast alle Parteien sich bisher auf die Frage der Arbeitslosigkeit konzentrieren, oder, fataler noch, auf die Frage des Schaffens von Arbeitsplätzen. Hier wäre nicht nur Platz, sondern auch Bedarf für eine alternative Position jenseits erwerbsgesellschaftlicher Integrationsvorstellungen.

2.2. Das subjektive Leiden und die Verinnerlichung von ökonomischer Rationalität und Individualisierungsdiskursen

Vor allem die Befunde der Erwerbslosigkeitsforschung deuten darauf hin, dass Menschen unter der Diskrepanz zwischen den Ansprüchen der Integration mittels Erwerbsarbeit und ihrer Nicht-Erfüllung leiden. Aus der obigen Analyse geht jedoch hervor, dass Menschen die Bedingungen und Diskurse verinnerlichen, in und mit denen sie aufwachsen. Aufgrund der Jahrzehnte währenden Prägung durch den Leitgedanken der ökonomischen Rationalität und jahrelanger Indoktrinierung durch einen neoliberalen Diskurs der Eigenverantwortlichkeit verfügen die meisten Menschen wahrnehmungs- und erlebnistechnisch nicht über alternative Integrationsmuster. Selbst wenn die neoliberale Hegemonie sich sowohl aus dem öffentlichen Diskurs als auch aus politischen Agenden verabschiedet haben sollte, hinken »Kopf und Körper« aufgrund der Verinnerlichung alter Verhältnisse den neuen Bedingungen hinterher. Bourdieu bezeichnet diese Trägheit des Habitus als Hysteresis-Effekt.¹⁸ Spätestens hier wird deutlich, dass sich linke Politik nicht darauf beschränken dürfte, anzuprangern, dass Erwerbsarbeit nicht (mehr) die integrative Funktion erfüllen kann, die sie ohnehin nur zum Schein hatte. Es müsste eine aktive »Wertepolitik« dahingehend betrieben werden, dass die Freisetzung von Zeit durch die Abnahme des Gesamtarbeitsvolumens für alte/neue Momente der Integration genutzt werden muss. Hier spielen klassische Ideen der Nachbarschaftskooperation, der Eigenarbeit, der Solidarität eine Rolle.¹⁹

Dies führt zu einem weiteren – vielleicht noch wichtigeren – Problem linker Parteien:

2.3. Die verinnerlichte Ungleichheit und Voraussetzungen zur Entwicklung und Akzeptanz alternativer Integrationsmuster

Nicht alle Mitglieder (oder bereits Ausgeschlossenen) der Gesellschaft sind gleichermaßen in der Lage, herkömmlichen Vergesellschaftungs- und damit Identifikationsmustern zu trotzen. Gerade (bildungs-)benachteiligte Menschen sind stärker auf bereits vorhandene, vorgefertigte Muster der Integration angewiesen. Verschiedene Habustypen und deren Verklammerung mit der

18 Vgl. Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1982, S. 238 ff.

19 Vgl. André Gorz 1989.

identitätsspendenden Vorstellung von Erwerbsarbeit müssen berücksichtigt werden, sonst profitieren von der Loslösung von der Erwerbsarbeit neben denjenigen, die materiell abgesichert sind, nur jene, die im Besitz höheren kulturellen Kapitals sind, d. h. über legitime bzw. legitimierte Habustypen verfügen. Die in kultureller wie materieller (beide Stränge hängen natürlich zusammen) Hinsicht Benachteiligten haben bei ihrer Suche nach Integrationsmöglichkeiten weniger Freiheitsgrade.²⁰ Dies darf nicht dahingehend missverstanden werden, dass sie nicht über Kultur verfügten. Dies tun sie sehr wohl, aber sie haben keine ausreichende symbolische Macht, ihre möglichen Kultur- und Integrationsmuster als »die legitimen« durchzusetzen. Folglich wird es für eine emanzipatorische Partei wichtig sein, soziale Ungleichheit auch unter dem Gesichtspunkt sozialer Herkunft und Laufbahn, also des Habitus zu betrachten. Dies bedeutet selbstverständlich, dass die Gegenüberstellung von Verteilungs- und Chancengerechtigkeit überwunden werden muss.

2.4. Die verinnerlichte Ungleichheit und die Hassliebe zu Robin Hood und seinen Angeboten der Teilhabe

Wichtig ist, dass auch in einer gegebenen gesellschaftlichen Hierarchie eine Partei nicht neutral ist und alles repräsentiert. Damit ist nicht nur die klassische Parteienverdrossenheit angesprochen, sondern vielmehr die Tatsache, dass Parteien möglicherweise selbst dann nicht als »Sprachrohre« wahrgenommen werden, wenn sie sich genau für das einsetzen, was der/die betreffende Adressat/in gerne hätte, und zwar selbst dann, wenn es der Partei gelingt, genau dies zu kommunizieren (dieses Phänomen ist aus der Protestforschung bekannt²¹). Dies liegt daran, dass Parteien »gebildete Gebilde« sind und PolitikerInnen (auch auf kommunaler Ebene) generell eher über einen legitimen Habitus verfügen. Sie haben die »Sicherheit«, sich zu engagieren, die Stimme zu erheben etc. (selbst wenn es Ausnahmen gibt). Sie werden u. a. von Angehörigen bildungsferner Schichten von daher tendenziell – und nicht zu Unrecht – als privilegiert wahrgenommen.²² Akteure und Akteurinnen in Parteien müssen sich bewusst werden, dass erstens ihre Partei nicht nur auf dem Rechts-Links-Spektrum einzuordnen ist, sondern dass es auch eine vertikale Positionierung im Bordieuschen Sozialraum gibt,²³ die per definitionem eben nicht unten zu finden ist. Zweitens muss sich ein Bewusstsein dafür entwickeln, besagte Habitus-Distanzen wahrzunehmen. Diese liegen selbst bei

20 Vgl. Pierre Bourdieu 1982, sowie Pierre Bourdieu, Jean-Claude Passeron: Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart 1971.

21 Vgl. Lars Schmitt: Kritische Wissenschaft und Friedensbewegung. Soziologische Selbstreflexion zur Stärkung der Bewegung, in: Wissenschaft und Frieden, Jahrgang 22, Heft 3/2004, S. 49-52.

22 Vgl. auch Pierre Bourdieu: Rede und Antwort, Frankfurt/M.1992, S. 174 ff., sowie ders.: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftliche Feldes, Konstanz 1998, S. 70 ff.

23 Vgl. Pierre Bourdieu 1982.

der Übereinstimmung von Inhalten, Ansprüchen, Zielen und Wegen vor und werden dadurch sogar kaschiert und damit noch wirksamer. Diese Punkte der Verschleierung von Herrschaftszusammenhängen berücksichtigend, muss eine linke Partei u. a. dort wachsam sein, wo das Gesellschaftssystem und die Partei selbst Offenheit, Demokratisches und Partizipatorisches verheißen. Dadurch werden vielfach bereits vorhandene und sozial erzeugte Ungleichheiten verleugnet und die aus ihnen resultierenden Unterscheidungen naturalisiert, d. h. auf Begabung, Verdienst, Natur etc. zurückgeführt. Als Beispiel mag hier die formale Demokratie des Schulzugangs genügen.²⁴ Menschen wird – wie gezeigt – nämlich systematisch – d. h. über Strukturen, Situationen und über ihre eigenen Körper (Habitus) – die Möglichkeit verweigert, diese »Freiheiten« bzw. Demokratieangebote zu nutzen. Damit bleibt es bei Unfreiheiten, die als Freiheiten verkauft werden und ein System als demokratisch legitimieren können, was es sowohl theoretisch als auch empirisch nicht ist.

Dieses Bewusstsein mag zwar keine hinreichende Bedingung für eine größere Anschlussfähigkeit der Partei an unter den gesellschaftlichen Verhältnissen leidende Menschen sein, sie ist aber eine notwendige.²⁵ Dies gilt natürlich auch umgekehrt für die Anschlussfähigkeit an vermeintliche Eliten und bezeugt zudem die Notwendigkeit einer Hegemonieentwicklung (im Sinne einer gemeinsam geteilten Habitualisierungsmöglichkeit).

2.5. Eine Partei als Feld von Konkurrenzkämpfen

Aus der Analyse der Voraussetzungen emanzipatorischen Engagements geht hervor, dass individuelle Konkurrenzkämpfe an die Stelle von Klassenkämpfen gerückt sind. Diese Auseinandersetzungen um Anerkennung, Kapitalakkumulation und die Durchsetzung von Definitionen finden in den jeweiligen Feldern statt, in denen Menschen agieren. Auch eine linke Partei lässt sich als ein solches Feld beschreiben. Auch sie ist in sich kein neutrales, interesseloses Gebilde der reinen Vernunft, sondern ein intern umkämpftes Feld. Es gibt solche, die Verteilungen und u. a. Verteilungsregeln (auch symbolischer Güter) aufrechterhalten wollen (»Traditionalisten«) und solche, die an einer Veränderung interessiert sind (»Erneuerer«).²⁶ Ein Bewusstsein darüber kann eine größere Verständigungsbasis schaffen und vor Idealisierungen und damit einhergehenden Enttäuschungen schützen.

24 Vgl. Jürgen Baumert u. a. 2001, Pierre Bourdieu, Jean-Claude Passeron 1971, sowie dies.: Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt/M. 1973.

25 Lars Schmitt 2004.

26 Vgl. Pierre Bourdieu: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft, Konstanz 2001.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Hegemoniefähigkeit eine soziologische Selbstreflexion voraussetzt. Hierbei ist zu beachten, dass erstens soziale Ungleichheit etwas Verinnerlichtes ist und immer über Kultur vermittelt wird. Diese Ebenen dürfen nicht getrennt und Verteilungs- und Chancengleichheit einander nicht gegenübergestellt werden. Zweitens muss eine linke Partei berücksichtigen, dass sie selbst als etwas Gebildetes wahrgenommen wird und eine »Sprachrohrideologie« die vorhandenen Diskrepanzen durch ihre Verschleierung evtl. sogar vergrößert. Demokratie bzw. Partizipation ist folglich nicht nur auf der Angebotsseite anzusiedeln, bzw. dieses Angebot muss auch ein Angebot zur erhöhten Nachfragechance integrieren. Drittens muss eine Partei sich gewahr sein, dass sie selbst ein gesellschaftliches Feld ist, in dem individuelle Konkurrenzkämpfe ausgetragen werden. Aus den genannten Gründen muss sie viertens selbst eine aktive »Bewusstwerdungs- und Wertepolitik« betreiben, um einem Hegemonievakuum oder einer Hegemonieträgheit entgegenwirken zu können.

Die eigenen inneren Grenzen (Habitus) und äußeren Barrieren (Strukturen) zu erkennen, hat neben der Funktion einer wissenschaftlich adäquaten Analyse u. a. eine politische Folgefunktion. Dieser Prozess muss deshalb die Grundlage einer linken Partei darstellen. Bevor sich eine Mauer überwinden lässt, muss sie sichtbar gemacht werden.

Links als kultureller Wert? Acht Thesen¹

These 1

Es gibt nicht »die Linke«. Das Einzige, was Linke eint, ist der Protest gegen die herrschende Politik und gegen gesellschaftliche Strukturen, die soziale Spaltungen produzieren und reproduzieren. Schon die Definition und Bewertung dieser Politik und Strukturen sind sehr unterschiedlich, erst recht das Verständnis und die Praxis von Protest und Opposition. Diese Verschiedenheit wächst, geht es um die Formulierung eigener Ziele und Alternativen. Die Unterschiede haben nicht primär mit den konkreten Lebens- und Kampfbedingungen der Akteure zu tun, sondern mit ihrem *Menschenbild*. Dies divergiert so stark, dass der Satz: »Warum streiten sich die Linken, obwohl sie doch das Gleiche wollen«, schlicht und einfach falsch ist.

These 2

Die Linken in den modernen Gesellschaften oder in den sich modernisierenden Gesellschaften sind in ihrer Wirksamkeit und teilweise sogar in ihrer politischen Existenz bedroht. Die Gefahren gehen vor allem von drei Tendenzen aus:

1. Mit der Kommerzialisierung des gesellschaftlichen Lebens, wachsender Armut und Repression, schwinden Spielräume für selbstbestimmtes Handeln, für Kommunikation und Kooperation. Fehlt es an Einkommen, freier Zeit und nutzbarer Infrastruktur, drohen Vereinzelung oder/und politische Isolation, wird Entsolidarisierung befördert. Das macht politische Arbeit noch schwerer, mancher/manchem unmöglich. Eine Teilnahme an internationalen Treffen ist für zahlreiche Links-Denkende ausgeschlossen. (Das kümmert viele linke

¹ Diese sind nicht zuletzt die Verallgemeinerung von Erfahrungen, die ich gemeinsam mit vielen anderen im ESF-Prozess sammeln konnte. Der Aufsatz ist die überarbeitete Version eines Textes, der bereits im Sommer 2004 entstand.

Weltreisende viel zu wenig. Sie verweisen darauf, dass man ja die Ergebnisse ihrer Beratungen im Internet nachlesen kann – dabei haben in Serbien gerade einmal 7% der Bevölkerung direkten Zugang zum Internet. Im Zuge der ESF-Vorbereitungen konnte man in der lebhaften Diskussion über Redner/innen-Quoten für die Konferenzen »lernen«, dass zwar selbstverständlich Griechenland, Frankreich, Deutschland ... als einzelne Länder zu betrachten seien, ganz Osteuropa hingegen als *ein* Land.)

2. Kommt das GATS wie konzipiert zur Wirkung, wird der 3. Sektor als wesentliche ökonomische Basis der Zivilgesellschaft schrittweise auf ehrenamtliche Arbeit reduziert. Arbeitsmarktformen wie in Deutschland zerstören nicht »nur« die Arbeitslosenbewegung, sondern befördern mit dem Ausbau öffentlich geförderter Niedriglohnarbeit die Verwandlung von Akteuren der Zivilgesellschaft in Akteure der Repression. Weil das schwer verständlich ist, zwei Anmerkungen: a) Frauen- und feministische Bewegungen, Öko-Projekte, Migrant*innenorganisationen u. a. bieten öffentlich geförderte Leistungen an bzw. nutzen sie. Nach dem GATS wäre eine derartige Förderung ungerechtfertigt, was ihnen die Existenz raubt. b) In Deutschland sind die freien Träger der Beschäftigungsförderung aus neuen sozialen Bewegungen hervorgegangen und verstanden sich als Partner von in der Gesellschaft Benachteiligten. Jetzt geht es um das eigene Überleben, und da gibt es ein Umschlagen von Partnerschaft in Gegnerschaft. Man stellt Arbeitslose als billige Jäger auf Schwarzfahrer an und auf jene, die Sozialleistungen beziehen, die ihnen laut Gesetz nicht zustehen.

3. Linke, die es in der Gesellschaft sowieso nicht gerade einfach haben, machen es ihren Gegnern unnötig leicht. Sie bewegen sich vielfach so, dass Betroffene bzw. »normale« Menschen mit ihnen nichts zu tun haben wollen, in ihnen keine Alternative sehen, und das nicht ganz zu Unrecht. Gelingt kein linker emanzipatorischer »Kultursprung«, um ein Wort des früheren Gregor Gysi zu gebrauchen, bleiben linke Kräfte in ihren Räumen oder Kneipen, marginal und marginalisiert, und damit irrelevant für die gesellschaftliche Entwicklung.

These 3

Die Linken sind also vor die Frage gestellt, ob sie helfen wollen, die Gesellschaft demokratisch zu verändern. Ob ihnen dies so wichtig ist, dass sie zur Selbstveränderung und zum Anders-anderen-Gegenübertreten bereit sind bzw. fähig werden.

Das ist ein kulturelles Problem und zugleich die Frage nach der Zukunft der Sozialforen. Die Sozialforen als Räume für den Austausch über Analysen und Alternativen, für die Suche nach Gemeinsamkeit und die Verabredung zu gemeinsamem Handeln haben die *Anerkennung der Gleichwertigkeit aller An-*

wesenden und den Willen zu solidarischem Miteinander zur Voraussetzung. Das ist die Gretchen- bzw. Kernfrage linker Kultur.

Die Idee der Sozialforen geht auf zumindest drei Einsichten zurück:

a) Die Gegenkräfte zur herrschenden Politik und den herrschenden gesellschaftlichen Strukturen sind schwach und heterogen. Ihre Einigung kann nicht gelingen, müssen sich die einen den anderen unterordnen, wird erbittert und rücksichtslos um die führende Rolle gegenüber allen Linken und Entrechteten konkurriert.

b) Der Erfolg der Zapatista aber hat damit zu tun, dass sie keine hierarchischen Strukturen pflegen, die als Preis für Gemeinsamkeit und Teilnahme am Kampf für Gerechtigkeit individuelle Hörigkeit bzw. die Aufgabe der eigenen Persönlichkeit verlangen.

c) Bündnisse oder Versuche, Bündnisse zu schmieden, scheitern, wird nicht zuerst und immer wieder neu der Konsens unter Gleichen gesucht. »Gleich« meint gleichberechtigt, nicht sozial gleich oder bezüglich der / aller politischen Positionen gleich. Um in der Gesellschaft Solidarität mit Schwächeren zu stiften, sind breite Bündnisse sozial Ungleicher vonnöten, in denen die Verschiedenheit und Unterschiedlichkeit der Einzelnen geachtet und solidarisch behandelt wird. Die Frage nach konkreten Bündnissen und ihrer Dauer steht täglich neu und wird nur produktiv beantwortet, stellt man in erster Linie Ansprüche an sich selbst und erst danach an andere.

Diese Einsichten können nur dann das eigene Handeln bestimmen, gibt es die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Analyse, zur Selbstreflexion und Selbstkritik.

These 4

Mehrere der hier Anwesenden schätzen ein, dass die Zukunft der Sozialforen hochgradig gefährdet ist. Denn unter dem Slogan »Sozialforumsprozess« segeln Individuen und politische Organisationen, die sich diese Einsichten und dieses Herangehen nicht angeeignet haben und nicht aneignen wollen. Allerdings sind sie nicht willens oder fähig, das offen zu sagen. Sie verteidigen ihre Störungen mit der Charta von Porto Alegre, gegen die sie unentwegt verstoßen. Dieser Charta liegen zwei Prinzipien zugrunde, die von den Stänkerern nicht akzeptiert werden: Die Forderung »Alle Menschenrechte für jede und jeden!« und der auf Konsens zielende Dialog gleichwertiger Akteure als Weg zu gesellschaftspolitischen Alternativen. Der Streitpunkt ist die Anerkennung dieser beiden Grundprinzipien. Die hiervon abgeleiteten weiteren Konfliktfragen sind insbesondere

- die Bewertung des gescheiterten Staatssozialismus,
- der Umgang mit dem Populismus, nicht zuletzt mit dem »Nationalgefühl«,
- das Herangehen an das Individuum,

- die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und mit von Rechtspopulismus und -extremismus Beeinflussten bzw. Beeinflussbaren,
- die Instrumentalisierung von Menschen und sozialen Bewegungen,
- der Stellenwert von Demokratie im Ringen um gesellschaftliche Veränderungen, das Agieren gegenüber anderen »Linken«.

Wegen der Zeit dazu nur kurz, wenngleich das deklaratorisch anmutet:

Verbrechen gegen Menschen, Verletzungen von Menschenrechten werden nicht dadurch geringer, dass sie im Namen des Sozialismus oder Kommunismus begangen wurden.

Wer Menschen einfache Lösungen für komplizierte Fragen einreden, Macht über sie gewinnen und sie führen will, handelt antiemanzipatorisch.

Emanzipatorisch handeln heißt, auf Aufklärung und individuelle Einsichten, auf individuelle Lernprozesse zielen, sich selbst als Partner und Lernenden sehen, für ein solidarisches Miteinander wirken, das gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen und gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen gerichtet ist. Aufklären bedeutet insbesondere, Menschen zu helfen, ihre Identität zu bestimmen und diese in Bezug zu den Menschenrechten zu setzen. Das geht nicht zusammen mit der Ansprache von Nationalgefühl, die Rassismus und Nationalismus befördert.

Linke Unreife zeigt sich auch und insbesondere in der Gleichsetzung von individueller Ansprache, dem Eintreten für individuelle soziale, politische und kulturelle Rechte mit dem Neoliberalismus. Neoliberalismus bedeutet immer soziale Ausgrenzung von Menschen, wachsende gesellschaftliche Spaltungen.

Die Verteidigung und Stärkung individueller Rechte, die Demokratisierung der Gesellschaft und das Stiften von Solidarität – insbesondere mit Schwächeren – sind der Hauptweg zur Überwindung des Neoliberalismus.

Ringen um Demokratisierung prägt auch die qualifizierte Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, die bereit ist, über das Leben, die Gesundheit und die Würde von Menschen zu gehen. Notwendige Aufklärung darüber kann nur gelingen, werden auch und insbesondere Menschen angesprochen, die sich die Lösung ihrer Probleme durch Gewalt gegen Schwächere und mit der Einschränkung der Rechte anderer vorstellen können.

Der Dreiklang: Aufklärung, Solidarität vor allem mit Schwächeren und Engagement für Demokratie ist nicht vereinbar mit dem Willen zur Instrumentalisierung anderer. Er ist ebenso unvereinbar mit einer Geringschätzung von parlamentarischer Demokratie und Verwalten. Er rechtfertigt in keiner Weise eine Parlaments- oder Staatsfixiertheit und/oder die Gleichsetzung von politischen Kräfteverhältnissen mit Parteienkonstellationen, die primäre Konzentration politischer Arbeit auf Wahlkämpfe, Handeln in Parlamenten und Verwaltungen.

Wer diese Positionen teilt, kann »andere Linke« nicht diffamieren. Kann nicht die Kritik bisheriger Sozialismusversuche als Kapitalismusfreundlichkeit

geißeln. Kann nicht die Diskussion mit von Rechtspopulismus Beeinflussbaren als Zugeständnis an Rechtsextremismus werten, nicht konsequente Demokraten naiv schimpfen und ihnen mangelndes Klassenbewusstsein vorwerfen. Kann nicht die Arbeit an Alternativen durch simple Losungen ersetzen, kann nicht Debatten stören, trixen, manipulieren, intrigieren.

These 5

Links sein ist also eine spezifische Weise, sich in der Gesellschaft zu verhalten, die vom Respekt vor dem Individuum, seinen natürlichen Lebensgrundlagen und vom Willen zur Solidarität geprägt ist. Wer sich selbst, andere Linke und die Menschen im Alltag zuerst als unterschiedliche Individuen, denen gleiche Rechte zustehen, begreift, ist auf Kommunikation, Überzeugung, Einladung zur fairen Kommunikation, zu demokratischer und solidarischer Kooperation aus. Das bedeutet, eine spezifische Kultur zu leben.

These 6

Gelingt es uns, derartige Positionen im Sozialforum-Prozess zu kommunizieren, können sowohl die Sozialforen als auch die (neuen) sozialen Bewegungen für eine andere geistig-kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft sorgen. Das verlangt, es auch immer wieder zu versuchen, Diffamierungen von Menschen, Störungen von Diskussionen und Arbeit nicht zu tolerieren, selbst auf Tricks und Manipulationen zu verzichten.

These 7

Linke Parteien – auch die neue Europäische Linkspartei – können dann helfen, eine andere geistig-kulturelle Hegemonie in Europa zu erwirken, wenn sie erstens ein Links-Sein im skizzierten Sinne verkörpern, gesellschaftspolitische Alternativen zur Diskussion stellen und um diese ringen. Wenn sie sich zweitens überzeugend und erlebbar mit ihrer Geschichte auseinander setzen und drittens konsequent darauf verzichten, die Sozialforen und die sozialen Bewegungen zu instrumentalisieren. Inwiefern das gelungen ist, zeigt der nüchterne Blick auf Äußerungen zum Europäischen Sozialforum, auf politisches Agieren und innerparteiliche Demokratie – auf von linken Parteien praktizierte Kultur.

These 8

Alternativen zur Diskussion zu stellen und erlebbar Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu betreiben, setzt den Willen voraus, Intelligenzfeindlichkeit zu überwinden, sich dialektisches Denken anzueignen. Linke Intelli-

genzfeindlichkeit zeigt sich insbesondere dann, wenn

- Tatsachen nicht anerkannt bzw. ignoriert werden,
- auf Analyse verzichtet wird, die eigene Erklärungsmuster in Frage stellt und Selbstkritik erfordert,
- die Wahrheitssuche aus Angst vor dem Gegner oder politischen Kontrahenten beiseite geschoben wird,
- Tabus errichtet, Diskussionen unterdrückt und folglich Konflikte nicht ausgetragen werden,
- man sich die Beschäftigung mit Widersprüchen und Ambivalenzen und folglich auch Bemühungen erspart, diese in praktischer Politik zu berücksichtigen und produktiv zu machen.

Das sind kulturelle Fragen – erst recht auch der Umgang mit Menschen, die Intelligenzfeindlichkeit ablehnen und gegen diese vorgehen.

Es gibt viel zu viele Beispiele dafür, wie Denkende beleidigt und bekämpft werden, wie mit der eigenen Glaubwürdigkeit gespielt wird. Wie bisherige und potenzielle Partner/innen abgestoßen und häufig sogar in kaum lösbare Konflikte gestürzt werden, denn bei einer Kooperation mit Linken geht es nicht zuletzt um eigene Glaubwürdigkeit und Souveränität. Es gibt viel zu viele Beispiele dafür, wie verantwortungslos auf Möglichkeiten, politisch zu agieren, verzichtet wird.

Linke, die sich so verhalten, können zwar antikapitalistisch sein, leisten aber auch nichts für gesellschaftliche Solidarität und emanzipatorische Kultur.

Wenn jedoch die Linken wirklich eine historische Mission haben, dann ist es die Verteidigung, Entwicklung und Verbreitung einer solchen Kultur und somit die Kritik und Überwindung von gesellschaftlichen Strukturen, die Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde verstellen.

Der Weg ist lang und weit, aber er ist begehbar. Also gehen wir ihn!

Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich?

Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion¹

Das Problem der Beteiligung von Sozialisten und Kommunisten, also jener, deren Ziel die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft ist, an bürgerlichen Regierungen geht, anders als viele meinen, nicht auf das Jahr 1899 zurück, als der französische Sozialist Étienne-Alexandre Millerand der bürgerlichen Regierung in Frankreich unter Waldeck-Rousseau beitrug, sondern auf das Jahr 1848, als Louis Blanc in die Provisorische Regierung eintrat, die in der Februarrevolution gebildet wurde. Seine Versuche der Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse (Aufkauf von Bergwerken und Eisenbahnen, Zentralisierung des Versicherungswesens, Gründung von Genossenschaften, Abschaffung freier Preise, Nationalwerkstätten zur Arbeitslosenversorgung und Recht auf Arbeit²) blieben weitgehend erfolglos. Sein Balanceakt zwischen der deutlichen Vertretung der Arbeiterforderungen und dem Versuch, die »Ordnung« im Sinne der Regierung aufrechtzuerhalten, kostete ihn die Unterstützung der Massen. Schon im Mai 1848 musste er sein Amt verlassen. Mit der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes vom Juni 1848 wurde auch die Durchsetzung seiner letztlich über den Kapitalismus hinauszielenden Reformen unmöglich.³

1 Dieser Aufsatz beruht auf einem Vortrag, den der Autor auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 3. und 4. März 2006 hielt.

2 Marx schrieb 1850 dazu: »Das Recht auf Arbeit ist im bürgerlichen Sinn ein Widersinn, ein elender, frommer Wunsch, aber hinter dem Rechte auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapital die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit, des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses.« Karl Marx: Klassenkämpfe in Frankreich. 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 42.

3 Marvin F. Cox bemerkt über Louis Blanc: »From late February until the decisive decline of his influence in April his standing within the Parisian working class gave him a means for intimidating the moderate majority in the provisional government. Yet rather than use this advantage to force the majority's hand he acquiesced in half-measures which maintained the government's credit among the workers but ultimately worked against the establishment of any kind of social democracy. He thus renounced his demands for a ministry of progress, which would have given him a budget and put functionaries at his disposal, and accepted the presidency of the Luxembourg Commission, which had the circumscribed mission of preparing social legislation for the future constituent assembly. More gravely, he continued to serve in the provisional government even after it created ›national workshops‹ whose

Beteiligungen der Linken an Regierungen, die von anderen Kräften dominiert werden, sind immer umstritten gewesen. Es wurden vor allem fünf Einwände gegen die Regierungsbeteiligung der Linken formuliert – (1) der Kapitalismus könne nicht wesentlich verändert werden, (2) nur eine Revolution könne die grundlegenden Probleme lösen, (3) der Staat sei nur das politische Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse, (4) Regierungsbeteiligung schwäche zwangsläufig die Linke und (5) die Linke mache durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich.

1. Einwand: Der Kapitalismus kann im Wesen nicht verändert werden

Der *erste Einwand* gegen Beteiligungen der Linken an Regierungen ist der, dass sie bisher in keinem Falle zu einer dauerhaften progressiven Überwindung des Kapitalismus geführt haben. Dies aber gilt auch für alle anderen Formen linker Politik, selbst jene, die von den sozialistischen oder kommunistischen Parteien kontrolliert wurden – zumindest, wenn man, wie der Autor, davon ausgeht, dass die im Gefolge der Oktoberrevolution erfolgten Umwälzungen nicht in der Lage waren, eine sozialistische Ordnung hervorzubringen, die den demokratisch-emanzipatorischen Idealen auch nur annähernd gerecht wurde, die Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft bewahrte und ausbaute und dauerhaft eine gegenüber dem Kapitalismus überlegene Entwicklungsweise erzeugte.⁴ Die bei Engels sehr ausdrücklich formulierte Vorstellung, man müsse – von Wahlerfolg zu Wahlerfolg fortschreitend – die Reihe fest geschlossen halten, dürfe keine wesentlichen Kompromisse machen, sich nicht mit dem »System« einlassen und, entweder über die Erzielung einer parlamentarischen Mehrheit dann den Sozialismus einführen (»Reformisten«) oder auf der Basis einer derart geeinten »revolutionären« Arbeiterklasse einen Umsturz durchführen, nach dessen Erfolg die Grundlagen für einen demokratischen Sozialismus gelegt werden (»revolutionäre Sozialdemokraten«),⁵

make-work jobs parodied his plans and discredited his idea of state-fostered industrial employment. After the assembly convened Blanc failed equally significantly to use his remaining credit with the workers to moderate their militancy and save them, and the republic, from the reprisals which he realized would follow defiance of the conservative majority.«
<http://www.ohiou.edu/~Chastain/ac/blanc.htm>.

- 4 Vgl. Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei-sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. Dies gilt m. E. – ungeachtet vieler Erfolge – auch für die VR China, Vietnam oder Kuba.
- 5 Leitfaden einer evolutionären Strategie der SPD waren die Bemerkungen des alten Engels in seiner Einleitung zu Marxens Schrift »Klassenkämpfe in Frankreich«, die er 1895 schrieb: »Was aber auch in anderen Ländern geschehen möge, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und damit wenigstens zunächst auch eine besondere Aufgabe. Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urnen schickt, nebst den jungen Männern und den Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste, kompakteste Masse, den entscheidenden ›Gewalthaufen‹ der internationalen proletarischen Armee. Diese Masse ... nimmt ... unablässig zu. Ihr Wachstum geht so spontan, so stetig, so unaufhaltsam und gleichzeitig so ruhig vor sich wie ein Naturprozeß. Alle Regierungseingriffe haben sich ohnmächtig dagegen erwiesen... Geht das so voran, so erobern wir bis Ende des Jahrhun-

hat nicht funktioniert.⁶ Die Behauptung, dass Regierungsbeteiligungen die Ursache des Scheiterns der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen bei der progressiven Überwindung des Kapitalismus gewesen seien, ist deshalb nicht zu halten.

Die internationale Linke in ihren verschiedenen Gruppen stellt vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen mehr und mehr eine *Strategie der Transformation* in den Vordergrund, um konkrete Reformveränderungen innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft mit einer fundamentalen Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse zu verbinden. Die offene Frage ist, was dies für die außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit bedeutet und welche Rolle dabei Regierungsbeteiligungen zukommen kann oder auch nicht.

Dies wirft vor allem die alte Frage wieder auf, was überhaupt Veränderung des Kapitalismus heißt. Viele Linke beklagen zwar ständig die Rücknahme von zivilisatorischen Errungenschaften in den heutigen Gesellschaften unter dem Angriff des Neoliberalismus und der Durchsetzung des Finanzmarkt-Kapitalismus⁷, erklären zugleich aber den Kapitalismus für reformunfähig. Schlimmer noch, der Weg der Reformen wird als Ursache des Sieges des Faschismus in Deutschland gesehen.⁸

Die klassische Auseinandersetzung mit dem Reformismus geht auf die Debatte zu Bernsteins Artikelserie »Probleme des Sozialismus« (1896-1898) und seine Schrift »Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« (1899) zurück. Rosa Luxemburgs Antwort »Sozialreform oder Revolution«, die zuerst in der *Leipziger Volkszeitung* veröffentlicht wurde, geriet zur herausragenden marxistischen Antwort. Zugleich offenbarte diese Antwort auch Grundprobleme des orthodoxen Marxismus.

Bernstein hatte in starken Gewerkschaften, der Durchsetzung sozialer Reformen und politischer Demokratisierung Bedingungen für eine Veränderung der Qualität der Gesellschaft gesehen, die über den Kapitalismus hinausweist. Rosa Luxemburg verwies nun darauf, dass die Gewerkschaften nichts anderes

der den größeren Teil der Mittelschichten der Gesellschaft, Kleinbürger wie Kleinbauern, und wachsen aus zu der entscheidenden Macht im Lande, vor der alle andern Mächte sich beugen müssen, sie mögen wollen oder nicht. Dies Wachstum ununterbrochen in Gang zu halten, bis es dem gegenwärtigen Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, »diesen sich täglich verstärkenden Gewalthaufen nicht in Vorhutkämpfen aufreiben, sondern ihn intakt zu halten bis zum Tag der Entscheidung,« das ist unsere Hauptaufgabe.« Friedrich Engels: Einleitung zu »Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« von Karl Marx (Ausgabe 1895), in: MEW, Bd. 7, S. 511-527, hier S. 524 f.

6 Es gehört zu den unerledigten Aufgaben der neuen Linken, die mit dem Scheitern dieser beiden Ansätze verbundenen strategischen Diskussion seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts neu zu analysieren.

7 Vgl. dazu: Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen?, in: Supplement zu *Sozialismus*, Heft 3/2006.

8 So heißt es bei Theodor Bergmann: »1918 hatte die SPD statt des unnützen Blutvergießens der Revolution ein »friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus« versprochen. Die blutige Herrschaft des deutschen Faschismus stand am Ende des friedlichen Weges der schrittweisen Reformen.« Theodor Bergmann: Friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation, in: *junge welt*, 14./15. Januar 2006, S. 11.

9 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?, in: *Werke*, Bd. 1.1, S. 389.

tun könnten, als das »kapitalistische Lohngesetz« durchzusetzen. Die Gewerkschaften könnten »...deshalb das Lohngesetz nicht umstürzen; sie können im besten Falle die kapitalistische Ausbeutung in die jeweilig »normalen« Schranken weisen, keineswegs aber die Ausbeutung selbst stufenweise aufheben«⁹. Gleich danach führt sie aus: »Jede technische Umwälzung widerstreitet den Interessen der direkt dadurch berührten Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage, indem sie die Arbeitskraft entwertet.«¹⁰ Dort wo sich Unternehmer und Gewerkschaften zusammentun, um Umfang und Preise der Warenproduktion zu regulieren, sieht sie nichts als den »...solidarische[n] Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft«¹¹.

Die Fabrikgesetze werden durch Rosa Luxemburg nicht als ein Stück gesellschaftlicher Kontrolle und damit »ein Stück Sozialismus« angesehen, wie es bei Bernstein und Konrad Schmidt geschieht, sondern nur als »...Kontrolle der Klassenorganisation des Kapitals über den Produktionsprozess des Kapitals«¹². Begründung ist, dass der Staat »...keine »Gesellschaft« im Sinne der »aufstrebenden Arbeiterklasse«, sondern Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft, d. h. Klassenstaat«¹³ sei. Wo Konrad Schmidt eine Trennung von »Obereigentum« und konkreten Nutznießrechten für möglich hält, wobei ersteres in den Händen der Gesellschaft, letzteres auch in den Händen der Unternehmer ist, nimmt sie an, dass es im Kapitalismus nichts als ein unteilbares Privateigentum gäbe.

Das hinter solchen Positionen stehende Modell einer kapitalistischen Gesellschaft unterstellt implizit, dass in diesen Wirtschaften und in den von ihnen geprägten Gesellschaften und vor allem Staaten ausschließlich kapitalistische Tendenzen wirken (wenn man von nichtkapitalistischen Sektoren der Kleinproduktion absieht) – natürlich bis auf den Fall einer politisch organisierten Arbeiterbewegung, die das ganze System selbst in Frage stellt. Der gewerkschaftliche Kampf bringt nach einer solchen Vorstellung nur das kapitalistische Lohngesetz zur vollen Wirkung, die sozialstaatlichen Regulierungen sichern nichts anderes als die ordentliche Kapitalverwertung, der Staat ist nichts als das Machtinstrument der Kapitalistenklasse, jeder Kampf um Verbesserung auf der Grundlage des Gegebenen ist eigentlich Hilfeleistung gegenüber den Herrschenden.¹⁴

10 Ebenda.

11 Ebenda, S. 390.

12 Ebenda, S. 392.

13 Ebenda.

14 Marx selber hat solchen Vorstellungen in vielen seiner Werke Vorschub geleistet. So heißt es über Forderungen reformerischer Veränderung des Kapitalismus im »Manifest«, diese seien nichts als Bourgeoisozialismus: »Eine zweite, weniger systematische, nur mehr praktische Form dieses Sozialismus suchte der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserung

Karl Marx hatte bezogen auf den von ihm im Ersten Band des »Kapital« dargestellten Kampf um die gesellschaftliche Regulation und Verkürzung des Arbeitstages eine Auffassung entwickelt, die die oben genannten Positionen in Frage stellt:

»Und dennoch war die Periode von 1848 bis 1864 nicht ohne ihre Lichtseite. Hier seien nur zwei große Ereignisse erwähnt.

Nach einem dreißigjährigen Kampf, der mit bewunderungswürdiger Ausdauer geführt ward, gelang es der englischen Arbeiterklasse durch Benutzung eines augenblicklichen Zwiespalts zwischen Landlords und Geldlords, die *Zehnstundenbill* durchzusetzen. Die großen physischen, moralischen und geistigen Vorteile, die den Fabrikarbeitern aus dieser Maßregel erwuchsen und die man in den Berichten der Fabrikinspektoren halbjährig verzeichnet findet, sind jetzt von allen Seiten anerkannt. Die meisten kontinentalen Regierungen nehmen das englische Fabrikgesetz in mehr oder minder veränderter Form an, und in England selbst wird seine Wirkungssphäre jährlich vom Parlament ausgedehnt. Aber von der praktischen Wichtigkeit abgesehen, hatte der Erfolg dieser Arbeitermaßregel eine andre große Bedeutung. Die Mittelklasse hatte durch die notorischsten Organe ihrer Wissenschaft, durch Dr. Ure, Professor Senior und andre Weisen von diesem Schlag, vorhergesagt und nach Herzenslust demonstriert, dass jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit die Totenglocke der englischen Industrie läuten müsse, einer Industrie, die vampirmäßig Menschenblut saugen müsse, vor allem Kinderblut. In alten Zeiten war der Kindermord ein mysteriöser Ritus der Religion des Moloch, aber er ward nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten praktiziert, vielleicht einmal im Jahr, und zudem hatte Moloch keine besondere Liebhaberei für die Kinder der Armen.

Der Kampf über die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von aufgeschreckter Habsucht, in der Tat die große Streitfrage traf, die Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet. Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.«¹⁵

rungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.« Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 489.

15 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW, Bd. 16, S. 10 f.

Als zweite große Lichtseite der Entwicklung seit 1848 nennt Marx die Kooperativbewegung, die bewiesen habe, »daß Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von *Meistern* (masters), die eine Klasse von *Händen* anwendet; daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst, und daß wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenenarbeit so *Lohnarbeit* nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt zu verschwinden vor der *assoziierten Arbeit*, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichen Herzens verrichtet.«¹⁶

Karl Marx hielt es also für möglich, dass mitten in der Blütezeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz Elemente einer »politischen Ökonomie der Arbeiterklasse« – einer Ökonomie der »Kontrolle durch soziale Ein- und Vorsicht« – sowie Ansätze einer alternativen Wirtschaftsweise zur Geltung gebracht werden können, wie eingeschränkt dies auch immer sein möge. Gerade während des fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus wurden diese Tendenzen weit ausgebaut, als Resultat von harten sozialen und politischen Kämpfen, vor dem Hintergrund der Großen Krise und zweier Weltkriege sowie des Faschismus, im Wettbewerb mit dem Staatssozialismus nicht zuletzt auf dem Gebiet der sozialen Frage.¹⁷ Gerade die Rücknahme dieser Errungenschaften stellt das Problem, ob sie mehr oder etwas anderes waren als nur ein Erfolg, den Kapitalismus in seine »normalen« Schranken zu weisen.

In dem Augenblick, wo sozialstaatliche Maßnahmen, tarifliche Vereinbarungen, gesetzliche Regelungen über die elementare Absicherung existenzieller Nöte hinausgehen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse auch unter den Aspekten von sozialer Gerechtigkeit, Verminderung sozialer Ungleichheit und der Stärkung der Macht von abhängig Beschäftigten gestaltet werden, langfristige gesellschaftliche Reproduktionsinteressen auch gegen Interessen kurzfristiger Kapitalverwertung durchgesetzt werden, in diesem Augenblick werden Tendenzen zur Geltung gebracht, die im Widerspruch zur »Kapitallogik«¹⁸ stehen. Diese Tendenzen seien im Folgenden generalisierend als »Soziallogik« bezeichnet. In ihnen werden Interessen der allgemeinen Realisierung der sozialen, kulturellen und politischen Menschenrechte durchgesetzt.

Die implizite Annahme einer solchen Auffassung ist, dass durch die sozialen und politischen Kämpfe, durch die erzwungenen Kompromisse, durch die zeitweilige Einsicht auch von Herrschenden nach ungeheuren Katastrophen

16 Ebenda, S. 11 f.

17 Vgl. Christoph Butterwegge: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden 2005.

18 Unter *Kapitallogik* seien alle die Tendenzen verstanden, die aus der ungehinderten Wirkung der Kapitalverwertungsinteressen und der vollständigen Unterordnung von Arbeit und Gesellschaft unter das Kapital folgen.

Elemente, Strukturen, Tendenzen und Formen des Sozialismus im Schoße der alten Ordnung, d. h. des Kapitalismus, entstehen kann; und dies nicht nur als »antisystemische politische Bewegungen«. Es wird Zeit, endgültig mit dem Widerspruch zwischen der theoriegeleiteten Verachtung gegenüber diesen Elementen und Strukturen im Bestehenden und der gleichzeitigen praktischen Verteidigung derselben zu brechen.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, gerade noch dem Völkermord entkommen und ganz geprägt durch die Erfahrungen »des Intellektuellen in der Emigration«¹⁹, schrieb Theodor W. Adorno: »Unser Leben haben wir der Differenz zwischen dem ökonomischen Gerüst, dem späten Industriekapitalismus, und der politischen Fassade zu verdanken. Der theoretischen Kritik ist der Unterschied geringfügig; allerorten lässt sich der Scheincharakter etwa der angeblichen öffentlichen Meinung, der Primat der Ökonomie in den eigentlichen Entscheidungen dartun. Für ungezählte Einzelne aber ist die dünne und ephemere Hülle der Grund ihrer ganzen Existenz. Gerade die, von deren Denken und Handeln die Änderung, das einzig Wesentliche abhängt, schulden ihr Dasein dem Unwesentlichen, dem Schein, ja dem, was nach dem Maß der großen historischen Entwicklungsgesetze als bloßer Zufall zutage kommen mag. Wird aber dadurch nicht die gesamte Konstruktion von Wesen und Erscheinung berührt? Gemessen am Begriff ist das Individuelle in der Tat ganz so nichtig geworden, wie die Hegelsche Philosophie es vorwegnahm; sub specie individuationis²⁰ aber ist ... das geduldete, gleichsam abnorme Weiterleben selbst das Essentielle. Die Welt ist ein System des Grauens, aber darum tut ihr noch zuviel Ehre an, wer sie als System denkt, denn ihr einigendes Prinzip ist die Entzweiung, und sie versöhnt, indem sie die Unversöhnlichkeit von Allgemeinem und Besonderem rein durchsetzt. Ihr Wesen ist das Unwesen; ihr Schein aber, die Lüge, kraft derer sie fortbesteht, der Platzhalter der Wahrheit.«²¹

Jede emanzipative Gesellschaftstheorie sollte diese Wendung der Kritischen Theorie ernst nehmen. Einerseits wird von Adorno die Auffassung aufgenommen, dass die Gesellschaft unter dem kapitalistischen Primat der Ökonomie ein geschlossenes System ist und das Individuelle durch völlige Unterwerfung verschwindet.²² Das allgemeine Wesen kann dann aber nicht einmal mehr das

19 Theodor W. Adorno: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt/M. 2001, S. 13.

20 D. i.: unter dem Gesichtspunkt der »Selbstwerdung des Menschen, in dessen Verlauf sich das Bewusstsein der eigenen Individualität bzw. der Unterschiedenheit von anderen zunehmend verfestigt«. *Duden. Das Fremdwörterbuch*, Mannheim 1997, S. 355.

21 Theodor W. Adorno: *Minima Moralia*, S. 205 f.

22 In Herbert Marcuses Werk »Der eindimensionale Mensch« wird diese Theorie auf den Begriff gebracht – selbst das Individuellste erscheint nur noch als Bewegungsform einer kapitalistischen Totalität, die völlige Freiheit als die absolute und zugleich lustvolle Unterwerfung: »Die Reichweite gesellschaftlich statthafter und wünschenswerter Befriedigung nimmt erheblich zu; aber auf dem Wege dieser Befrie-

bloße Überleben von Menschen erklären. Dieses verdankt sich dem Schein, auf den »Demokratie« als bloße Fassade reduziert wird. Andererseits: Wenn vom Gesichtspunkt der Einzelnen ihr Überleben das eigentlich Wesentliche ist, dann ist auch die Demokratie nicht nur der »Platzhalter der Wahrheit«, sondern in die Wesensbestimmung der Gesellschaft hineinzunehmen. Eine emanzipatorische Theorie sollte die reale und erlebte Widersprüchlichkeit von Kapitallogik und Soziallogik in Wirtschaft und Politik auch begrifflich ernst nehmen und weder unter der Terminologie vom »Kapitalismus« oder der von der »sozialen Marktwirtschaft« in der einen oder anderen Weise zum Verschwinden bringen. Dies aber würde das Verständnis nicht nur von Kapitalismus, sondern auch von Sozialismus gegenüber dem orthodoxen Marxismus verändern.

Eine solche Herangehensweise bräche endgültig mit der Vorstellung vom Sozialismus als der Gesellschaft eines Monosubjekts, in dem ein einziger gesamtgesellschaftlicher Eigentümer auf der Basis eines zentralisierten gesamtgesellschaftlichen Willensbildungsprozesses über alle produktiven Ressourcen verfügt. Der qualitative Sprung vom Kapitalismus zum Sozialismus wäre der von einer Ordnung, in der die Kapitalverwertung (Kapitallogik) dominiert, hin zu einer gesellschaftlichen Entwicklungsweise, in der die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte zum primären Ziel von Wirtschaft und Politik geworden ist (Soziallogik).

Die freie Enzyklopädie *Wikipedia* führt ihren Artikel zum Stichwort *Sozialismus* mit dem Satz ein: »*Sozialismus* bezeichnet politische und ökonomische Theorien, die die Produktion und Verteilung von Leistungen unter gemeinschaftlicher oder staatlicher Lenkung befürworten.«²³ In dieser Begriffsbestimmung wird unkritisch das gesamte zentralistische Erbe der staatssozialistischen Tradition, wie sie im 19. Jahrhundert vornehmlich in Deutschland entstand, fortgeführt. Sozialismus wird nicht über seine Ziele, sondern über die Dominanz eines – umstrittenen – Mittels, der »gemeinschaftlichen oder staatlichen Lenkung«, definiert. Von hier ist es nur ein Schritt, Sozialismus als eine Ordnung zu bezeichnen, die durch die umfassende zentralisierte Verfügung über das gesamte produktive Vermögen der Gesellschaft (»gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln«) bestimmt wird. So sehr der Staatssozialismus in die Geschichte des Sozialismus gehört, so sehr wäre es falsch, Sozialismus für immer mit dieser besonderen Form zu identifizieren.

digung wird das Lustprinzip reduziert – seiner Ansprüche beraubt, die mit der bestehenden Gesellschaft unvereinbar sind. Derart angepaßt, erzeugt Lust Unterwerfung.« Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Darmstadt und Neuwied 1982, S. 95. Nur von den Geächteten und Außenseitern, den Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen, sei noch »revolutionäre Opposition« zu erwarten (ebenda, S. 267).

23 <http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialismus>. Damit rückt der Sozialismus zwangsläufig in die Nähe aller autoritären Ordnungen.

Ohne hier die historischen Diskussionen um Sozialismus und Kommunismus zu rekonstruieren²⁴ sei zumindest auf die innere Widersprüchlichkeit der ursprünglichen Ansätze verwiesen. Sie zielten immer auf die Einlösung der Freiheitsansprüche der Großen Französischen Revolution, auf die für jedermann (also auch für die untersten Schichten, die über kein Eigentum verfügten, den »vierten Stand« der Gesellschaft) einlösbaren Menschenrechte. Sie verband die Freiheitsrechte mit der sozialen Frage, die formale Gleichheit mit der realen Gleichheit, die Selbstverwirklichung mit der Solidarität. Und um dies zu erreichen, wurden sehr verschiedene Mittel vorgeschlagen, wobei sich von Anfang an der kommunistische Ansatz einer auf dem universellen Gemeineigentum beruhenden Zentralverwaltungswirtschaft und der sozialistische Ansatz solidarisch kooperierender freier Assoziationen gegenüberstanden.²⁵ Der Marxismus verband beide Ansätze in Form unaufgelöster Antinomien und konnte so zugleich für eine bolschewistische Diktatur wie für einen demokratischen Sozialismus als Bezugspunkt dienen. Die Frage, inwieweit eine zentralistische Verfügung über das Eigentum, eine gesamtgesellschaftliche Planwirtschaft tatsächlich dazu führen könnte, dass »die freie Entwicklung jedes einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller« werde, wurde gerade in der kommunistischen Tradition nicht ernsthaft untersucht.

Für Marx war die »kommunistische Gesellschaft« (auf den Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus bei Marx sei hier nicht eingegangen) die einzige, »...worin die originelle und freie Entwicklung der Individuen keine Phrase ist«. Eine solche Gesellschaft brauche (1) bestimmte »ökonomische Voraussetzungen«, (2) die »notwendige Solidarität der freien Entwicklung aller« und (3) die »universelle Betätigungsweise der Individuen auf der

24 Vgl. dazu: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997.

25 So heißt es bei Babeuf: »Es gibt keine wichtigere Wahrheit als die von uns schon angeführte, die ein Philosoph (Morelly – M. B.) mit folgenden Worten verkündete: *Schwätzt soviel ihr wollt über die beste Regierungsform, ihr werdet nichts ausrichten, solange ihr nicht die Keime der Habsucht und des Ehrgeizes zerstört habt.* Deshalb müssen die gesellschaftlichen Institutionen es zuwege bringen, jedem einzelnen die Hoffnung zu nehmen, jemals durch seine Bildung reicher, mächtiger oder vornehmer als seinesgleichen zu werden... Das einzige Mittel, um zu diesem Ziel zu kommen, besteht darin, eine *gemeinschaftliche Verwaltung* einzurichten; das Privateigentum abzuschaffen; jeden Menschen die Fähigkeit und Fertigkeit ausüben zu lassen, auf die er sich versteht; ihn verpflichten, die Frucht seiner Arbeit im gemeinsamen Vorratsspeicher in natura abzuliefern; und eine einfache Verwaltung der Verteilung einzurichten, die über alle Personen und alle Sachen Buch führt und letztere in peinlichster Gleichheit verteilen und in der Wohnung jedes Mitbürgers abgeben läßt.« Gracchus Babeuf: Maifest der Plebejer, in: Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Bd. II: Texte, Leipzig 1975, S. 79 f. Die Saint-Simonisten dagegen, um eine der sozialistischen Strömungen zu nennen, strebten nach einer »*universellen Assoziation*«, nach Verhältnissen, »in denen alle menschlichen Kräfte harmonisch miteinander verbunden sind«. Die saint-simonistische Lehre, in: ebenda, S. 153. Ein Zentralbanksystem, das Prinzip der Verteilung der Arbeit nach den Fähigkeiten und der Ergebnisse nach den Leistungen gehörten dazu. Die Diversität war Ausgangspunkt, ihre solidarische Entfaltung Mittel der freien Entwicklung aller.

Basis der vorhandenen Produktivkräfte«.²⁶ Dazu müssten, so schreibt Marx anderthalb Jahrzehnte später, die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen in den »organischen gesellschaftlichen Leib« verwandelt werden, »worin die Individuen sich reproduzieren als Einzelne, aber als gesellschaftlich Einzelne«.²⁷

Sozialismus kann unter diesen Prämissen nicht als die Auflösung der Spannung von Individualität und Gesellschaftlichkeit (zugunsten zentralisierter Gesellschaftlichkeit in der staatssozialistischen oder zugunsten der Individualität in der anarchistischen Tradition) gedacht werden. *Sozialismus ist, so sei behauptet, der Prozess der Vermittlung, in der die freie Entwicklung jeder und jedes einzelnen Ausgangs- und Zielpunkt ist, die solidarische Entwicklung aller das Mittel, ein Mittel mit hohem Eigenwert.* Wenn dem so ist, dann muss gefragt werden, welcher praktische Prozess nach dem Scheitern des Staatssozialismus die beiden folgenden Zielpunkte sozialistischer Emanzipationsbewegungen einlösen kann: (1) »Der moderne universelle Prozess kann nicht anders unter die Individuen subsumiert werden, als dadurch, dass er unter Alle subsumiert wird.«²⁸ (2) »Mit der Aneignung der totalen Produktivkräfte durch die vereinigten Individuen hört das Privateigentum auf.«²⁹

Eine Rekonstruktion der Marxschen Auffassung vom sozialistischen Eigentum hatte den Autor Mitte der achtziger Jahre zu der Erkenntnis geführt: »Individuelles Eigentum auf der Grundlage höchster Vergesellschaftung, individuelle Aneignung vermittelt durch kollektive und gesellschaftliche Formen des Besitzes an den gemeinschaftlichen Produktionsbedingungen, individuelle Freiheit, deren Bedingung bewusste gesellschaftliche Beherrschung des Produktionsprozesses ist – mit diesen Worten könnte man wesentliche Eckpfeiler des Marxschen Sozialismus-/Kommunismusverständnisses kennzeichnen.«³⁰ Was aber ist der Inhalt des individuellen Eigentums unter den Bedingungen gesellschaftlicher Produktion, welche Besitzformen können es garantieren und wie kann der gesellschaftliche Produktionsprozess so bewusst beherrscht werden, dass es zur solidarischen Entwicklung aller kommt?

Im Zusammenhang mit der Programmdiskussion der PDS wurde durch den Autor gemeinsam mit Dieter Klein, André Brie, Michael Chrapa, Rainer Land, Judith Dellheim u. a. die Auffassung entwickelt, dass das Ziel des Sozialismus und damit das Ziel seiner Eigentumsverhältnisse die freie Entwicklung der Einzelnen ist. Der gesellschaftliche Produktions- und Verteilungsprozess, seine Akkumulations- und Regulationsweise, die Gesamtheit seiner Besitz- und Verfügungsverhältnisse ist entsprechend dieser These dann sozia-

26 Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 424 f.

27 Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 723.

28 Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie, S. 68.

29 Ebenda.

30 Michael Brie: Wer ist Eigentümer im Sozialismus, Berlin 1989, S. 106.

listisch gestaltet, wenn sie auf die Produktion und Reproduktion jener Güter (»Freiheitsgüter«) gerichtet sind, die diese freie Entwicklung ermöglichen, und sie sich jede und jeder frei aneignen kann (was einen aktiven Prozess verlangt).³¹

Unter individuellem Eigentum als zentralem Zielpunkt sozialistischer Produktion und Reproduktion könnte die freie und selbstbestimmte Aneignung dieser Grundgüter durch jede und jeden Einzelnen verstanden werden, die ohne eine bewusste Gestaltung der Gesamtheit der Produktions- und Verhältnisse unmöglich ist. Wenn die grundlegende Bewegungsform des Kapitals die Bewegung G (Geld) – W (Ware) – P (Produktion) – W' (um den Mehrwert bereicherte neue Waren) – G' (um den Profit erweitertes Geldvermögen) ist, dann wäre die allgemeine Formel sozialistischer Reproduktion jene, die von den Individuen ausgeht und bei weiter entwickelten Individuen, bereichert um neue Bedürfnisse, Genüsse, Beziehungen usw., ankommt. Für eine nicht durch den Profit, sondern durch das Ziel freier individueller Entwicklung einer und eines jeden dominierte Produktion und Reproduktion sind öffentliche Güter und Dienstleistungen zumindest nicht weniger wichtig als die Erzeugung von Waren. Es wäre die Bewegung: I (Individuen) – FG (Freiheitsgüter) und für ihre Produktion notwendige andere Güter (nur teilweise in Warenform) – P (Produktion) – FG' (erweiterte Reproduktion der Freiheitsgüter und für ihre Reproduktion notwendiger anderer Güter) – I' (weiter entwickelte Individuen).

Was aber bedeutet dies für die Neuformulierung der Eigentumsfrage? Im Parteiprogramm der Linkspartei.PDS wurde 2003 folgende Position beschlossen: »Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen. Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, sollten gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, sollten zurückgedrängt und überwunden werden.« Beim Kampf um den Sozialismus geht es um eine ökonomische und politische Ordnung, die die materiellen und institutionellen Bedingungen für die umfassende Einlösung der Menschenrechte garantiert. Sozialismus ist seinem Kern nach die universelle Menschenrechtsbewegung der Moderne.³²

31 Vgl. Michael Brie: Sozialismus und Eigentum, in: ders. (Hg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Kritik des Neoliberalismus und Alternativen. Beiträge zum Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 1. Juni 2005, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2006, S. 77-102.

32 »Der politische Anspruch des Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung moderner Gesellschaften mit ihren Institutionen und Machtstrukturen, dass die Durchsetzung der Menschenrechte in der Einheit von politischen, sozialen und individuellen Rechten und ihre Unteilbarkeit für jeden Einzelnen

Eine solche Position hat eine Reihe von Folgerungen: Sie präferiert Produktions- und Besitzformen, die reale individuelle und kollektive Einflussnahme ermöglichen, soweit sie ihre Lebenssituation betreffen; sie sieht die gemeinsame gesellschaftliche Verfügung vor allem in der solidarischen Rahmensezung für individuelles und kollektives wirtschaftliches Handeln, in der Privilegierung bestimmter Ausrichtungen (sozialökologischer Umbau) und der Zurückdrängung und/oder Unterdrückung anderer Ausrichtungen. Die »Einbettung« der Märkte in dieser Rahmensezung, die Ausrichtung von unternehmerischen Handeln an diesen Zielen mit den Mitteln von Struktur- und Regionalpolitik, Kreditvergabe, Mitbestimmung u. a., die Förderung von Innovationen, die diesen Zwecken dienen, die Verwandlung von Mitbestimmung und Miteigentum der Beschäftigten in Mittel der Gestaltung der Produktionsprozesse in Entwicklungsprozesse der Beschäftigten sind die primären Mittel. Nicht die zentralistische Ordnung einer Top-Down-Kooperation, sondern die dezentrale Selbstorganisation in autonomen Netzwerken innerhalb demokratisch gesetzter Rahmenbedingungen solidarischen Wirtschaftens ist die strukturierende Leitidee. Staatliches und suprastaatliches Handeln zielt dann vor allem auf die Durchsetzung dieser Rahmenbedingungen.³³

Wie Bischoff et al. schreiben: »Dabei kann es nicht darum gehen, dirigistisch eine permanente Organisation und Intervention des Staates oder der öffentlichen Institutionen anzustreben, sondern durch Demokratisierung, indirekte Steuerung und ein neues System sozialer Sicherheit Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Selbsttätigkeit der Subjekte zu schaffen.«³⁴ Damit wird das etatistische Sozialismusverständnis durch eine libertäre Sozialismusvision abgelöst.³⁵ Auf den unterschiedlichen Feldern werden geregelte Märkte, Selbstverwaltung, demokratische Partizipation, kollektive Selbstversorgung insbesondere mit humanorientierten Dienstleistungen et al. zu den wesentlichen Vergesellschaftungsformen eines solchen Sozialismus.

und für alle garantiert werden. In diesem Sinne kann Sozialismus auch als Menschenrechtsideologie moderner Gesellschaften bezeichnet werden.« Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, S. 49. Vgl. zur theoretischen Begründung auch: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin 2002.

33 International gibt es sehr verschiedene Ansätze, einen neuen Sozialismus als überzeugende Alternative zum neoliberalen Hightechkapitalismus zu formulieren. Zu den wenigen, die dies mit einer bestimmten Ausstrahlung versuchten, gehört István Mészáros: *Beyond Capital*. London 1995.

34 Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber: *Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernementalität. Anforderungen an eine Rifondazione der Linken*, Ms., S. 15.

35 In der Konsequenz verlangt dies die Aufhebung des libertären Erbes durch den Sozialismus – von den US-amerikanischen »Verfassungsvätern« und Mill bis hin zu den Theorien von Hayek oder des Neoinstitutionalismus.

2. Einwand: Nur eine Revolution kann die grundlegenden Probleme lösen

Da nun aber gegenüber dem orthodoxen Marxismus die Vorstellungen von Kapitalismus wie Sozialismus zu verändern sind, so sind auch diejenigen über den Übergang von dem einen zum anderen zu befragen. Die marxistische Revolutionsauffassung wie auch die der marxistischen Reformen ist durch die Leitidee der Zentralisation und Konzentration geprägt worden. Vom »Manifest« über »Das Kapital« bis hin zur »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«, Bebel's »Die Frau und der Sozialismus« oder Lenins »Die drohende Katastrophe« und »Staat und Revolution« steht immer der Gedanke im Vordergrund, dass es die Tendenz des Kapitalismus sei, Produktion wie Arbeiterklasse in immer größeren Einheiten zu konzentrieren, so dass der betriebswirtschaftliche Anarchismus, der aus dem Privateigentum hervorgehe, in einen unlösbaren Widerspruch zur gesellschaftlichen Betriebsweise tritt. Die sozialistische Revolution, in deren Gefolge alle Produktionsmittel in einer Hand konzentriert werden würden, schien dann nichts anderes als die Vollstreckerin dieser Tendenz zur Zentralisation zu sein. Im Idealfall sei die gesamte Wirtschaft wie die damalige deutsche Post (Lenin) als ein einheitliches Unternehmen oder Fabrik zu regulieren. Die Differenz war nur, ob dies auf dem Wege der Revolution oder dem der Reform zu geschehen habe.

Es ist an der Zeit, die Revolutionsmechanik des dogmatisierten Marxismus endgültig in die lebendige Transformationsdynamik eines libertären Sozialismus zurückzuverwandeln, der seine Kraft aus der Befreiung von Menschen aus Verhältnissen gewinnt, die ihnen zur Fessel ihrer eigenen Entwicklung geworden sind. Dazu sind gesellschaftliche Produktivkräfte wie Produktionsverhältnisse zugleich als Kräfte und Verhältnisse menschlicher Entwicklung und Anerkennung zu begreifen oder, wie Marx schreibt: »Das Verhältnis der Produktionskräfte zur Verkehrsform ist das Verhältnis der Verkehrsform zur Tätigkeit oder Bestätigung der Individuen.«³⁶

Dies verlangt aber nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Revision der orthodoxen marxistischen Geschichtsphilosophie, die dazu tendierte, im Kapitalismus die höchste und schärfste Form von Unterdrückung zu sehen, in ihrer entfremdeten sachlichen Grausamkeit alle vorkapitalistischen Formationen noch übersteigend. Wie an anderer Stelle ausgeführt, sind aber die »großen Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation« (Marx) der Tendenz nach Stufen sukzessiver Befreiung, so beschränkt auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen diese auch war, so sehr sie Hand in Hand mit neuer Ausbeutung gingen. Die jeweils höhere Form der Reichtumsproduktion, auf der sich bestimmte Gesellschaften gegenüber anderen durchsetzen, erzeugt zugleich eine

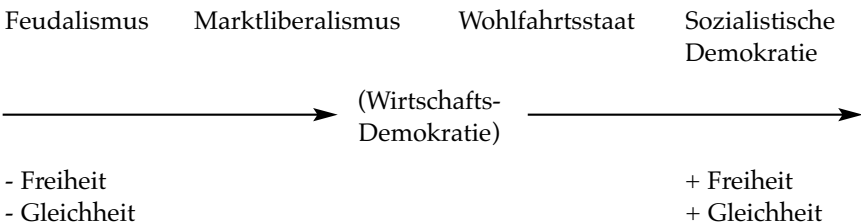
36 Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie, S. 71.

höhere Produktivität wie Individualitätsentwicklung, so ungleich diese auch sozial verteilt wurde. Sie sind deshalb nicht nur ökonomisch stärker, sondern haben auch eine höhere kulturelle Ausstrahlung. Es sind Stufen weltgeschichtlicher Emanzipation.

Von Marx ausgehend, lässt sich zusammenfassend das *formationstheoretische Kriterium* des Fortschritts so bestimmen: Fortschrittlich sind Gesellschaften, die gegenüber anderen eine höhere Produktivität ermöglichen und/oder erzwingen, indem sie eine höhere Freiheit individueller Entwicklung und ein höheres Maß ihrer Verwandlung in gesellschaftliche Produktivkraftentwicklung herbeiführen. Dies ist *erstens* von den Eigentums- und Machtverhältnissen abhängig, die die Verteilung der gesellschaftlichen Funktionen der Produktion des menschlichen Reichtums definieren.³⁷ *Zweitens* ist dies durch die *Vergesellschaftungsformen* bedingt, die die Austauschform des Reichtums bestimmen. Bedingung ist *drittens* jeweils, dass weder Vergesellschaftungs- noch Macht- und Eigentumsstrukturen die »Springquellen allen Reichtums ...: die Erde und den Arbeiter«³⁸, untergraben.³⁹

Eine sozialistische Transformation muss diese welthistorische Tendenz der Emanzipation vorantreiben und darf nicht, wie der sowjetische Staatspartei- sozialismus, hinter den schon erreichten Potentialen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zurückbleiben. Magnus Marsdal verdeutlicht diese Position im folgenden Schema:

Das Schema des Sozialismus⁴⁰



37 Produktionsverhältnisse als Eigentumsverhältnisse sind Verhältnisse der Verteilung der gesellschaftlich erzeugten Produktionsmittel. Wie Marx bezogen auf antagonistische Formationen schreibt: »Jene Verteilungsverhältnisse sind ... die Grundlagen besonderer gesellschaftlicher Funktionen, welche innerhalb des Produktionsprozesses selbst bestimmten Agenten desselben zufallen im Gegensatz zu den unmittelbaren Produzenten.« Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 886.

38 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 530.

39 Vgl. Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei- sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«, in: Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier, Holger Politt (Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig, 19. 9. - 20. 9. 2003. Leipziger Jahrbücher: Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 6, Leipzig 2004, S. 197-233.

40 Magnus Marsdal: Sozialistischer Individualismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 2/2005. (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Marsdal_SozialistischerIndividualismus_d.pdf).

Eine solche Vorstellung von der realen Potenz des historischen Fortschritts lässt bewusst werden, dass Sozialismus Teil eines umfassenden historischen Prozesses des Kampfes um Emanzipation ist, wie er im 15. und 16. Jahrhundert ansetzt, in den großen bürgerlichen Revolutionen und Reformbewegungen sowie den Kämpfen von Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Antisklaverei- und Antirassismusbewegung, von Friedens- und Ökologiebewegung wichtige Etappen hatte. Es ist ein Prozess, der sich positiv an wachsender Freiheit und Gleichheit misst. Sozialistische Dimensionen nimmt er an, wo er durch die bewusste Gestaltung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen die Profitdominanz und repressive Staatlichkeit zurückdrängt und auf die Überwindung von deren Vorherrschaft über das Leben der Menschen zielt. Sozialistische Politik sucht einen Prozess von Transformation zu gestalten, der sich gleichermaßen von traditioneller Reformpolitik wie orthodoxem Revolutionsverständnis unterscheidet.

Rosa Luxemburg hatte den Gegensatz von Revolution und Reform so auf den Punkt gebracht: »Und der Sozialismus selbst ist für die einen das Resultat der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und einer völligen sozialen Umwälzung, für die anderen das Ergebnis unmerklicher Verschiebungen im Schoße der kapitalistischen Unternehmung und des bürgerlichen Ministeriums.«⁴¹ Eine Transformationsstrategie nimmt nun vom Gedanken sozialistischer Reformpolitik wesentliche Elemente einer aktiven Politik der Gestaltung der gegenwärtigen Gesellschaften und des Ausbaus der emanzipatorischen Errungenschaften auf, von einem revolutionären Ansatz den Gedanken eines unvermeidlichen Bruchs mit der Dominanz des kapitalistischen Privateigentums und der Umwälzung der damit verbundenen Machtverhältnisse.

Dieses Transformationsverständnis der neuen Linken wird in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen entwickelt. Beispielfhaft seien dafür vor allem das Weltsozialforum, die im São-Paulo-Forum vereinigten lateinamerikanischen Linksparteien oder die Europäische Linkspartei genannt. Bei letzterer ist der Begriff der Transformation zum Leitbegriff einer grundlegenden, über den Kapitalismus hinausgehenden Veränderung geworden.⁴² In der deutschen Diskussion wurde die damit verbundene Position systematisch an anderer Stelle entwickelt.⁴³

41 Rosa Luxemburg: Zum französischen Einigungskongress, in: Werke, Bd. 1.2, S. 91.

42 Vgl. dazu das programmatische Gründungsdokument der EL: <http://www.european-left.org/about/introduction/extendeddocument.2005-06-30.0350004084> oder die Prinzipien des Weltsozialforums: <http://weltsozialforum.org/prinzipien/index.html>.

43 Vgl. Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe.

Reform, Revolution, Transformation – ein kategorialer Vergleich

| | Reform | altes Revolutionsverständnis | Transformation |
|--|--|---|--|
| <i>Grundbegriff gegenwärtiger Gesellschaft</i> | Marktwirtschaft | Kapitalismus | kapitaldominierte Gesellschaft G-W-P-W'-G' |
| <i>Veränderungsbegriff</i> | Veränderte Regulation des Gegebenen | totaler Bruch | umfassende Demokratisierung und Ausbau nichtkapitalistischer Elemente, Tendenzen und Bereiche sowie nichtkapitalistische Gesamtregulation |
| <i>übergreifendes Veränderungsziel</i> | Zivilisierung der gegenwärtigen Gesellschaften bei Erhalt der Kapitaldominanz | radikaler gesellschaftlicher Bruch mit der Gesamtheit der Verhältnisse gegenwärtiger Gesellschaften und Errichtung einer Gesellschaft des Gemeineigentums | demokratische Selbstverwaltung und freie Entwicklung einer und eines jeden Einzelnen als Bedingung der freien Entwicklung aller |
| <i>ökonomisches Veränderungsziel</i> | soziale Marktwirtschaft | sozial orientierte Staatswirtschaft | Entwicklung und Ausbau der Bereiche einer solidarischen Ökonomie und Unterordnung der Kapitalverwertung unter sozialökologische Ziele I-FG-P-FG'-I' |
| <i>angestrebte Regulationsweise</i> | Marktdominanz und sozialstaatliche Regulation | Zentralistische Planwirtschaft | Dominanz sozialer Vorgaben (Rahmensetzung), Primat sozialer Grundrechte, Präferenz für lokale und regionale Ökonomien (Deglobalisierung) |
| <i>Hauptvorzug gegenüber dem reinen Kapitalismus</i> | höheres Maß an Gleichheit, Demokratie und Zivilisierung | zentralistische Kontrolle aller Lebensbereiche und dadurch Verhinderung von Krisen und Katastrophen | höheres Maß an individueller Selbstbestimmung und Verwandlung derselben in solidarische Entwicklung aller durch bewusste Rahmensetzung |
| <i>Grundwerte</i> | Grundrechte gleicher Teilhabe nach Konditionen einer kapitaldominierten Gesellschaft | Gleichheit innerhalb gemeinwirtschaftlicher Ordnung | gleicher Zugang zu den Freiheitsgütern: Selbstbestimmung und soziale Sicherheit in einer solidarischen Ordnung |

| | | | |
|--|--|--|---|
| <i>Verhältnis zur Kapitalverwertung</i> | soziale Regulierung der Kapitalverwertung | Beseitigung der Kapitalverwertung und Durchsetzung einer reinen Sozialwirtschaft | Überwindung der Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft (Primat der Soziallogik über die Kapitallogik) |
| <i>Verhältnis zum Eigentum</i> | Sozialpflichtigkeit des Privateigentums | Verstaatlichung des Eigentums | Entkommodifizierung der Freiheitsgüter einschließlich der Arbeitskraft; Ausbau genossenschaftlicher Formen insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge; Unterwerfung des Privateigentums an Produktionsmittel unter soziale Zielkriterien |
| <i>soziale Kraft der Veränderung</i> | Bündnis der organisierten Erwerbstätigen und reformorientierter Kräfte des Kapitals | Arbeiter (und Bauern) | Mitte-Unten-Bündnis |
| <i>wichtigste politische Handlungsform</i> | Verhandlungen auf der Grundlage einer eigenen gewerkschaftlichen und Parteimacht (Korporatismus) | Vorbereitung der eigenen Organisation und der Massen auf Revolution | Aufbau eines breiten Netzwerks (wirtschaftlich, sozial, politisch, kulturell) als Grundlage von Widerstand, eigener Gestaltung und von Verhandlungen |
| <i>Demokratieverständnis</i> | repräsentative Demokratie | Volksherrschaft, ausgeübt durch eine Avantgarde | partizipative Demokratie und Grundrecht auf ein selbstbestimmtes Leben |
| <i>Verhältnis zur Globalisierung</i> | Global Governance | Sozialistischer Internationalismus auf der Basis der Interessenübereinstimmung aller Ausgebeuteten | Verbindung von Deglobalisierung und alternativen Regeln globaler solidarischer Kooperation |
| <i>Friedenspolitik</i> | Zivilisierung der Großmächte und Durchsetzung einer von ihnen kontrollierten völkerrechtlichen Ordnung | Beseitigung der Ursachen von Kriegen Abschaffung des Kapitalismus | Entmilitarisierung, Überwindung von Armut, Ausgrenzung, Fremdbestimmung im Rahmen einer Transformationsstrategie |

3. Einwand: Der Staat – nur Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse

Der *dritte Einwand* gegen die Beteiligung sozialistischer und kommunistischer Parteien an Regierungen wurde von Rosa Luxemburg so formuliert: »Während das Parlament ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist, deshalb das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bildet, ist diese Rolle der Arbeitervertreter im Schoße der Regierung von vornherein ausgeschlossen.«⁴⁴ Dafür gibt sie folgende Begründung: »Berufen, das fertige Ergebnis der im Parlament und im Lande ausgefochtenen Parteikämpfe in die Tat umzusetzen, ist die Zentralgewalt vor allem ein Organ der Aktion, dessen Lebensfähigkeit auf innerer Homogenität beruht.«⁴⁵ Die Regierung eines Nationalstaats stellt für sie ein Ganzes dar, das »nur die politische Organisation der kapitalistischen Wirtschaft« sei und zwischen dessen »einzelnen Funktionen volle Harmonie« bestehe.⁴⁶ Da die einzelnen Funktionen der Regierung innerlich untrennbar zusammenhängen, gäbe es eine »solidarische Verantwortlichkeit ihrer einzelnen Mitglieder«⁴⁷ und es sei ein »vollkommen utopischer Plan ... zu denken, ein Ressort der Regierung könne bürgerliche, ein anderes sozialistische Politik betreiben, und die Zentralgewalt könne somit stückweise, nach einzelnen Ressorts, für die Arbeiterklasse erobert werden«.⁴⁸

Rosa Luxemburg relativiert diese Auffassung zumindest insofern, als sie die Beteiligung der Sozialisten an Organen der kommunalen Selbstverwaltung anders behandeln wissen will: »Während die Regierung die zentralisierte Staatsgewalt verkörpert, wächst die Munizipalität aus der lokalen Selbstverwaltung *auf Kosten* der Zentralgewalt, als *Befreiung* von der Zentralgewalt, heraus. Während für die Regierung die spezifischen Mittel der bürgerlichen Klassenherrschaft: der Militarismus, der Kultus, die Handelspolitik, die auswärtige Politik, das eigentliche Wesen ausmachen, ist die Munizipalität speziell zu *kulturellen* und *wirtschaftlichen* Aufgaben berufen, also zu denselben, die dem administrativen Mechanismus der sozialistischen, keine Klassenspaltungen kennenden Gesellschaft entsprechen. Zentralregierung und Gemeinde

44 Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich, in: Werke, Bd. 1.2, S. 58.

45 Ebenda.

46 Ebenda, S. 59. Sie führt dazu weiter aus: »Somit stellt die Zentralregierung eines modernen Staates ein Räderwerk dar, dessen einzelne Teile von allen Seiten ineinandergreifen und gegenseitig ihre Bewegungen bestimmen und regulieren. Der unmittelbare Transmissionsmechanismus, der das ganze Räderwerk in Gang bringt, ist das bürgerliche Parlament, aber die treibende Kraft sind dabei zunächst die Klassen- und Parteiverhältnisse im Lande und in letzter Linie – die Produktions- und Austauschverhältnisse der gesellschaftlichen Wirtschaft. Der kapitalistischen Einheitlichkeit der Ökonomik hier entspricht die bürgerliche Einheitlichkeit der Regierungspolitik dort.« Ebenda.

47 Ebenda.

48 Ebenda, S. 60.

sind deshalb historisch zwei entgegengesetzte Pole in der heutigen Gesellschaft. Der ständige Kampf zwischen der Munizipalität und der Regierung, zwischen dem Bürgermeister und dem Präfekten in Frankreich sind der konkrete Ausdruck dieses geschichtlichen Gegensatzes.«⁴⁹

Aber es gibt nicht nur den Widerspruch zwischen Zentralregierung und Gemeinden (die ja unmittelbar an der Umsetzung der Gesetze und Weisungen der Zentralregierung beteiligt sind), sondern innerhalb *aller* besonderen Organe der Staatsmacht. Die Ursache dafür liegt schon im Charakter der kapitalistischen Ökonomie selbst. Wie oben dargestellt, ist es m. E. ein Fehlschluss, wenn von einer homogenen Ökonomie ausgegangen wird, die nichts anderes als kapitalistisch sei. Es ist die Dominanz der Kapitalverwertung über alle anderen Formen, die eine kapitalistische Ökonomie ausmacht. Dies ist jedoch keinesfalls damit identisch, dass diese Ökonomie nichts anderes ist als Kapitalverwertung. Sie ist, wie Marx im »Kapital« brillant in den Vordergrund gestellt hat, ein Schlachtfeld zwischen Kapital und Arbeit in ihren verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen. Ständig werden dem dominanten Interesse an Kapitalverwertung andere Interessen entgegengestellt und verfochten – die an besseren Arbeitsbedingungen genauso wie an höheren Löhnen, an Umweltschutz, regionaler Entwicklung usw. usf. Die Kapitalverwertung setzt sich in der Reproduktion einer kapitalistischen Wirtschaft gegen andere Tendenzen und zugleich auf das engste mit ihnen verbunden als dominante Tendenz durch. Der Standortwettbewerb der Kommunen um Investoren ist nur ein Beispiel dafür, wie gerade dort, wo die geringsten gesamtgesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten sind, die Dominanz der Kapitalverwertung besonders direkt durchschlägt und jede kommunale Selbstverwaltung in ihrem Handeln wesentlich bestimmt.

Die innere Widersprüchlichkeit der kapitalistisch strukturierten Ökonomie findet ihre politische Bewegungsform in der Struktur des kapitalistisch geprägten Staates. Ganz anders als Rosa Luxemburg behauptet Nicos Poulantzas, dass die Widersprüche zwischen den Fraktionen der dominanten Klassen »im Innern des Staates die Form von internen Widersprüchen zwischen den verschiedenen Zweigen und Apparaten« annehmen.⁵⁰ Da der Staat Klassenkompromisse bearbeitet, um Kohäsion einer in Klassegegensätze gespaltenen Gesellschaft zu ermöglichen,⁵¹ ist er auch im Wirken seiner Exekutive ein Feld von sozialen Kämpfen. Es ist keinesfalls zufällig, dass in Mitte-Links-Regierungen oft das Finanzministerium und die Zentralbank von Personen besetzt werden, die Teil des Establishments des neoliberalen Blocks sind, während für andere Sektoren der Exekutive auch Akteure eingesetzt werden, die Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen nahe stehen. Dies wäre gar nicht

49 Ebenda, S. 62.

50 Nicos Poulantzas: Staatstheorie, Hamburg 1978, S. 123.

51 Ders.: Klassen im Kapitalismus. Berlin (West) 1975, S. 138.

notwendig, wenn die Exekutive zwangsläufig homogen wäre. Die Verdrängung von Lafontaine aus der Schröder-Regierung war deshalb ein notwendiger Zug, um die Verschärfung neoliberaler Politik in Deutschland unter Rot-Grün erst zu ermöglichen. Der Staat selbst ist zugleich Kristallisationsraum wie Terrain sozialer Konflikte und Kämpfe.⁵²

Die Linke steht dem Staat deshalb auch nicht als Belagerungsarmee gegenüber, die keinerlei Einfluss auf die Besetzung der belagerten Burg hat. Zwangsläufig werden ihre Kämpfe durch den Staat, seine legale, institutionelle, kulturelle Form enorm beeinflusst, wie jeder Beobachter verschiedener nationaler linker Kulturen erkennen kann. Dies bedeutet auch, dass der Kampf immer wieder neu aufgenommen werden muss, den Staat selbst zu demokratisieren und zu sozialisieren. Joachim Hirsch benennt fünf grundlegende Tendenzen des bürgerlichen Staates, die seiner Funktion der Konservierung der Profitdominanz in der Wirtschaft und der Gesellschaft adäquat sind: (1) Die Präferenz von sozialen »Praktiken (Bürokratie, Parteien, Wahlmodus, Repräsentation, Rechtssystem), die *Isolations- und Vereinzelungseffekte* der kapitalistischen Vergesellschaftung bestätigen und festschreiben«⁵³; (2) Behinderung der Überwindung der Spaltungen in den beherrschten und Schaffung von Einheit in den herrschenden Klassen insbesondere durch die relative Autonomie und widersprüchliche Einheit des Systems der Staatsapparate und die begrenzte Abschottung gegenüber gesellschaftlichen Einflüssen; (3) der Verzicht auf Instrumente, um die Profitdominanz ernsthaft in Frage zu stellen; (4) die Herausbildung des Staatspersonals als besonderer Schicht und (5) die systemisch bedingte Abhängigkeit der Handlungsfähigkeit des Staates von Steuern, deren Aufbringung vom relativ störungsfreien Verlauf der Kapitalverwertung abhängig ist. In jedem dieser Felder ist die Linke gefordert, Alternativen zu formulieren und in die Reform des Staates, seiner ökonomischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Grundlagen, zu überführen.

Die Linke muss deshalb um eine Veränderung der Staatsform kämpfen, durch die die genannten und andere herrschaftssichernde und die Dominanz der Kapitalverwertung bewachende Strukturen emanzipatorisch überwunden werden, ohne dabei die Errungenschaften moderner Wirtschaft und Politik zu zerstören. Der Neoliberalismus hat bewiesen, wie entscheidend der Kampf um die öffentlichen Dienstleistungen, die Art und Menge der Erhebung von Steuern, die Verfasstheit der Staatsbank usw. ist, um einen Richtungswechsel von Politik zu erzwingen. Ein zentrales Projekt der Linken, das in Brasilien geboren wurde, ist der Übergang vom Monopol des Parlaments auf den Haushalt zum Bürgerhaushalt.⁵⁴ Auch die grundlegende Reform der Erbringung öf-

52 Ders.: Staatstheorie, S. 117 ff.

53 Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Geschichtstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg 1990, S. 45.

54 Vgl. dazu die sehr informative Website, die viele weiterführende Texte enthält und auch theoretische einführt: <http://www.brangsch.de/partizipation/haushalt.htm>.

fentlicher Dienstleistungen als Teil der Herstellung lokaler partizipativer und solidarischer Räume muss einen zentralen Platz auf der Tagesordnung der Linken einnehmen.

Transformationspolitik, die bei den gegenwärtigen Widersprüchen ansetzt und über sie hinaus führt, hat diesen Kampf auch in den Staat selbst hineinzutragen. Damit wird der Staat nicht zum einzigen, ja, nicht einmal zum wesentlichsten Ort – dieser ist und bleibt die Zivilgesellschaft und der Kampf um die Hegemonie in ihr –, aber wer ihn links liegen lässt, wird die Macht dieses Staates zu spüren bekommen, ohne die vorhandenen Möglichkeiten genutzt zu haben, ihn zu verändern.

4. Einwand: Die Regierungsbeteiligung schwächt die Linke

Ein vierter Einwand behauptet, nur außerhalb der Regierung sei etwas zu bewegen, Regierungsbeteiligung schwäche zwangsläufig. Wie Rosa Luxemburg schreibt: »Allein, weit entfernt, praktische, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition vielmehr für jede Minderheitspartei im Allgemeinen, ganz besonders aber für die sozialistische, das einzige wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.«⁵⁵ Konzessionen könne man der bürgerlichen Mehrheit nur auf drei Wegen entreißen: »...indem sie mit ihren am weitesten gehenden Forderungen den bürgerlichen Parteien eine gefährliche Konkurrenz bereiten und sie durch den Druck der Wählermassen vorwärtsdrängen; dann, indem sie die Regierung vor dem Lande bloßstellen und sie durch die öffentliche Meinung beeinflussen; endlich, indem sie durch ihre Kritik in und außerhalb der Kammer immer mehr die Volksmassen um sich gruppieren und so zu einer achtungsgebietenden Macht anwachsen, mit der Regierung und Bourgeoisie rechnen müssen«⁵⁶.

Regierungsbeteiligung, so Rosa Luxemburg, mache Kritik der Regierung und damit Aufklärung der Massen unmöglich, führe dazu, dass Kompromisse um jeden Preis gemacht werden würden und liefere so die Linke an die bürgerliche Mehrheit aus und schwäche die außerparlamentarische Kraft derselben, so dass nicht etwa mehr, sondern viel weniger erreicht würde als aus der Opposition.

Richtig an Rosa Luxemburgs Darstellung ist sicherlich, dass eine Art von Regierungsbeteiligung, die die autonome Kraft der Linken ganz auf die Regierung fixiert und alle anderen Handlungsformen unterdrückt, die auf öf-

55 Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich, S. 32.

56 Ebenda, S. 33. Hans Heinz Holz formuliert dies so: Die Linkspartei »ist der institutionelle Kanal, in den die gärende Unruhe der sozialen Bewegungen abgeleitet werden soll. Sie dient als Bremse der außerparlamentarischen Aktivitäten, denn die herrschende Klasse weiß sehr wohl, dass Veränderungen der politischen Macht nicht in Parlamenten, sondern auf der Straße erstritten werden.« Hans Heinz Holz: Linke in Deutschland, <http://www.kominform.at/article.php?story=20051110200041369>.

fentliche Darstellung der Widersprüche dieser Beteiligung und die Analyse der vorhandenen Rahmenbedingungen und Schranken verzichtet, die den Stachel weitertreibenden Handelns erstickt anstatt ihn zu entfachen, in die Falle der Vereinnahmung geht. Aber ist dies unvermeidlich?

Die wichtigste Bedingung, um dieser Falle jeder Regierungsbeteiligung zu entgehen, ist die Stärke der Linken außerhalb staatlicher Einrichtungen, ihrer Macht als soziale Bewegungen und emanzipatorische Organisationen sozialer Interessen der subalternen gesellschaftlichen Klassen sowie solidarisch orientierter Mittelschichten. Parteien können letztlich nur innerhalb einer solchen Linken und nicht als deren monopolistische Repräsentanten wirklich starke linke Kräfte sein.⁵⁷

Karl Liebknecht fasst dies 1918 so: »Wenn der Eintritt in die parlamentarische Opposition der einzige Stein ist, den eine Partei – z. B. die Regierungssozialisten – im Brette hat, so kann man begreifen, dass sie ihn zurückhalten möchte, denn mit seinem Ausspielen ist sie sofort – matt gesetzt. Nur schade, dass dies auch der Regierung und jedem nicht auf den Kopf Gefallenen bekannt ist. Woraus folgt, dass sich mit der Drohung des Übergangs zur parlamentarischen Opposition nichts Rechtes erreichen lässt, ja dass alle Versuche dazu regelmäßig damit enden, dass die Möchte-gern-Wucherer – geprellt werden. Will man auch nur parlamentarische Erfolge erzielen, so kommt alles darauf an, dass die parlamentarische Opposition nicht das letzte, sondern nur der erste, nicht der stärkste, sondern der schwächste Trumpf, nicht der Schluss, sondern der Anfang ist, dass die Partei eine außerparlamentarische Macht hinter sich hat, die sie, aller Niederlagen ungeachtet, in unerschöpflicher Mannigfaltigkeit und Schlagfertigkeit der Methoden mit stets zunehmender Energie in den Kampf einzuwerfen fähig und entschlossen ist, und dass dies dem Gegner durch die Tat ... demonstriert wird. Anders wird in der politischen – auch parlamentarischen! – Arena weder Respekt erworben noch Erfolg erzielt. Jene Taktik aber führt bestenfalls einen Scheidemann zum Posten des Johann auf dem Reichskutschbock.«⁵⁸

Die Stärke oder Schwäche der außerparlamentarischen Linken ist nicht direkt von linken politischen Parteien abhängig,⁵⁹ aber sie können dazu beitra-

57 In einer Analyse der Regierungsbeteiligung der sozialistischen Linken Norwegens kommt Dag Seierstad zu dem Schluss, dass die Stärke der Linken in der Regierung vor allem dem Wirken der Gewerkschaften wie auch alternativen sozialen Bewegungen zu verdanken ist: »The two main factors behind the electoral success in 2005 are nevertheless of importance also in other countries: a trade union movement attacking the policies of the social democratic party from the left – and the existence of a sufficiently strong party to the left of the social democrats identifying to a great extent with the demands of the trade union movement.« Dag Seierstad: *The recent development of the Norwegian left: Challenges and prospects*. Beitrag für den Workshop der RLS »Akteure im Umbruch – Transformationsprozesse linker Parteien« in Berlin vom 16. bis 18. Dezember 2005.

58 Karl Liebknecht: *Gesammelte Reden und Schriften*, Band IX, Berlin 1982, S. 462.

59 Kritiker von Regierungsbeteiligung unterstellen oft, außerparlamentarische Kräfte seien zu jeder Zeit stark und zu mobilisieren und würden dadurch primär durch die Parteien in Regierung behindert. Oft

gen. Sie können (1) die direkte, solidarische, wenn auch keinesfalls unkritische Kooperation auf der Basis eines intensiven Dialogs zu einem zentralen Schwerpunkt ihrer Strategie machen, (2) gemeinsame Projekte entwickeln, sich in den außer- wie innerparlamentarischen Auseinandersetzungen bis hin zu Gesetzesvorhaben wechselseitig zu unterstützen, (3) Formen der personellen Integration finden (vor allem bei Wahllisten der Linken), (4) Ressourcen einsetzen, um gemeinsam die außerparlamentarischen Kräfte zu stärken, die gegenüber Parteien immer diskriminiert sind. (5) Wichtig ist auch der gemeinsame Kampf gegen gewerkschaftsfeindliche Politik und Gesetzgebung sowie umgekehrt für neue gesetzliche Regelungen, die zivilgesellschaftliche Kräfte und Organisationen insbesondere der subalternen Klassen stärken, um so das Handlungsungleichgewicht zu verringern.⁶⁰ Die parteipolitische Linke in Regierung darf sich deshalb keinesfalls auf diese eine Rolle beschränken⁶¹ und die außerparlamentarische Linke sich nicht der Logik von Repräsentation unterordnen.

Dies hat Konsequenzen für den Charakter linker Politik, wie Joachim Hirsch schon 1990 gegen Rot-Grün einwandte: »Sozialdemokratischer« wie »grüner« Staatsreformismus bleibt notwendiger Bestandteil eines »radikalen Reformismus«, insoweit er Spielräume und Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen sichert und deren Auswirkung, d. h. die Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse, im staatlichen Machtapparat zum Ausdruck bringt. Aber sie *schafft* diese Veränderungen nicht. Politik, die sich auf Partei und Staat reduziert, hat sich sozialrevolutionärer Ansprüche von vornherein begeben. Den *praktischen* Ansätzen und Formen eines alternativen, gegenüber den Institutionen der kapitalistischen Herrschaftsapparate autonomen sozialen und politischen Handelns kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu.«⁶² Nur sind auch 15 Jahre später die realen Erfolge gering.

Die entscheidende Frage ist zweifelsohne, wie die Linke als Ganze zu einer hegemonialen Kraft entwickelt werden kann, die in der Lage ist, ihre eigenen

fallen auch hohe Wahlergebnisse linker Parteien mit einer geringen Mobilisierungsfähigkeit linker Akteure und vor allem der Bürgerinnen und Bürger zusammen oder lassen auch linke Organisationen in ihrer Mobilisierung nach, weil sie auf linke Regierungen vertrauen und den Weg des Konsenses hinter verschlossenen Türen suchen, um ihre Regierungspartner nicht zusätzlich zu der Auseinandersetzung mit den Rechten weiteren öffentlichen Konflikten auszusetzen.

60 »Linke Parteien müssen ... ihrem Machtvorsprung gegenüber anderen Formationen (der Linken – M. B.) systematisch entgegenwirken. Sie müssen Macht teilen. Ein Zusammenwirken mit Bewegungen und parteinahem Umfeld ist eine Einbahnstraße, wenn diesen nicht Einfluss auf Entscheidungen verschafft wird, zu denen die Partei aufgrund ihrer Privilegierung Zugang hat. Bewegungen und Umfeld werden linke Parteien nicht stützen, wenn sie keinerlei Garantien dafür erhalten, dass betreffende Partei auch nach der Wahl Rücksicht auf die Positionen der Bewegung nimmt.« Christoph Spehr: Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch, Berlin 2005, S. 59.

61 Die PDS-Führung in Berlin musste es zum Beispiel erst lernen, dass Regierungsbeteiligung auf regionaler Ebene keinesfalls den Verzicht der Landesminister auf Teilnahme an Demonstrationen gegen einen Regierungsbesuch von George W. Bush verlangen müsse. Bei den Aktionen gegen die Hartz-IV-Gesetze waren sie dann auf der Straße.

62 Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg 1990, S. 193.

parteilpolitischen Formationen (innerhalb oder außerhalb von Regierungen) zu integrieren und der Gesamtstrategie unterzuordnen. Linke Parteien müssen dabei vor allem ihre privilegierte Stellung und den Integrationszog, der vom parlamentarischen System ausgeht, reflektieren und eigene Strategien entwickeln, dem aktiv entgegenzuwirken – nach innen wie nach außen. Die Kultur einer kritisch-solidarischen Kooperation ist dafür die *sine qua non*.⁶³

5. Einwand: Die Linke macht durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich

Rosa Luxemburg hatte um die Wende zum 20. Jahrhundert einen fünften Einwand gegen jede Regierungsbeteiligung der Linken erhoben: »Die Minister-schaft Millerands bedeutet ..., weit entfernt, eine neue Ära der Sozialreformen in Frankreich zu inaugurierten, das Aufhören des Kampfes der Arbeiterklasse um sozialen Reformen, bevor er noch begonnen hatte, das heißt die Erstickung desjenigen Elements, das einzig der verknöcherten französischen Sozialpolitik ein gesundes modernes Leben einflößen könnte.«⁶⁴ Und über hundert Jahre später heißt es mit Blick auf die Regierung Lula in Brasilien: »Alle volkswirtschaftlichen Interventionsinstrumente waren längst aus der Hand gegeben – doch die ökonomische Krise zwang dazu, einen größeren gesellschaftlichen Konsens zu suchen. Mit einer von der traditionellen Rechten Brasiliens geführten Regierung war das ausgeschlossen. Es drohten Aufruhr und Unregierbarkeit wie in Argentinien oder Bolivien. Da kam das in Jahrzehnten erworbene Vertrauenskapital der Arbeiterpartei und ihres Kandidaten gerade recht, um neoliberale Politiken zu recyceln.«⁶⁵

Linke Kräfte kommen zumeist in zwei Fällen an die Regierungsmacht: Erstens kann es zu Konstellationen kommen, in denen ein De-facto-Bündnis (Mitte-Links-Bündnis) zwischen einer dominanten sozialdemokratischen Gruppierung und linken Kräften entsteht, das das Ziel hat, einen rechten Neoliberalismus (oft in besonders parasitären Formen) zu besiegen oder zu verhindern. In einer solchen Konstellation ist die Tendenz sehr stark, dass wirtschaftspolitisch das Programm des Neoliberalismus weiterverfolgt wird und es zu Modifikationen vor allem auf den Gebieten der Demokratie, der internationalen Zusammenarbeit, der Achtung der Menschenrechte und – sehr partiell – der Sozialpolitik kommt. Zweitens kann es nach einer Delegitimation auch des gemäßigten sozialdemokratischen Neoliberalismus (reale oder absehbare Wahlniederlage als Signal) dazu kommen, dass breite Schichten der Bevölke-

63 Vgl. Michael Brie: Die Linke im Konflikt, in: Neues Deutschland vom 25. Februar 2006.

64 Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich, S. 57.

65 Luis Fernando Novoa: Lulas Brief an die Banken, in: Freitag vom 6. 1. 2006 (<http://www.freitag.de/2006/01/06010301.php>).

rung aus der Mitte und dem Unten der Gesellschaft eine deutlich linke Option präferieren und politische Kräfte in der Repräsentation (und Umsetzung) der damit verbundenen Erwartungen an einen Richtungswechsel ihre langfristige strategische Chance erkennen.⁶⁶ Wie der Fall Venezuela zeigt, kann ein Mitte-Links-Bündnis in Krisen zerbrechen und den Weg frei machen für eine konsequentere antineoliberale Politik.⁶⁷

In beiden Fällen gilt: Linke Regierungspolitik hat es in vielfacher Hinsicht mit Tatsachen und Rahmenbedingungen zu tun, die der Neoliberalismus auf Dauer gestellt hat.⁶⁸ Schnelle Veränderungen insbesondere in den Kernbereichen von Wirtschafts- und Sozialpolitik sind deshalb unmöglich. Linke Regierungspolitik, will sie den Rahmen des Neoliberalismus verlassen, muss ausgehend von diesen Rahmenbedingungen und durch ihre schrittweise Veränderung die regionalen, nationalen und internationalen Voraussetzungen einer solidarischen demokratischen Politik erst schaffen. Die Bedingungen einer Krise des Neoliberalismus sind nicht identisch mit den unmittelbaren Voraussetzungen für einen Einstieg in eine soziale und demokratische Transformation. Es gibt nicht zuletzt einen Widerspruch zwischen wachsenden sozialen Kräften, die den Neoliberalismus von seinen Zielen und Mitteln her ablehnen (auch größere Teile der Bevölkerungen) und der Unfähigkeit, in einer Krise oder bei Regierungsübernahme über einen sozialdemokratischen Neoliberalismus hinauszugehen.

Diese hier vertretene These geht von der Annahme aus, dass ein direkter Bruch mit dem Neoliberalismus unmöglich ist, da er enorme Ressourcen verlangen oder die gesellschaftliche Ordnung zerstören würde in einem bürgerkriegsähnlichen Kampf. In der Mehrheit der Fälle muss linke Regierungspolitik deshalb zunächst die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität sichern bzw. wieder herstellen. Ein Teil der linken Regierungen stellt des-

66 Darauf hofft offensichtlich auch Wolfgang Fritz Haug, wenn er von der neuen Linkspartei schreibt: »Im Zusammenspiel mit – und vor allem angetrieben von – der ›sozialen Bewegung der Bewegungen‹ könnte sie die Kräfteverhältnisse in einer Weise ändern, die auch die Sozialdemokratie wieder auf einen Kurs zöge, der ihrem Namen entspricht.« Wolfgang Fritz Haug: Untergang der deutschen Linkspartei – Aufstieg der Linkspartei, in: *Das Argument*, Nr. 256, November 2005, S. 451.

67 Aber selbst in diesem Fall, wo an der klaren Absicht des venezuelanischen Präsidenten Chavez, eine umfassendere gesellschaftliche anti-neoliberale Transformation einzuleiten, nicht gezweifelt werden kann, sind die positiven Konturen einer anderen Wirtschaft und Politik erst in Ansätzen erkennbar, von tiefen Ambivalenzen gekennzeichnet und basieren auf der Nutzung stark gesteigener Erdöleinkommen. Vgl. dazu im Detail: Dorothea Melcher: Venezuelas Erdöl-Sozialismus, in: *Das Argument* 262 (47. Jg.) Heft 4/2005, S. 506-520. Dabei wird sich auch zeigen, ob die Versuche, sich auf Basisbewegungen und Produktionsgenossenschaften als Grundlage einer neuen Ökonomie zu stützen, wie sie von I. Mészáros, als Alternative zum Kapitalismus und alten Sozialismus gesehen werden, Erfolg haben werden.

68 So wird für Brasilien festgestellt: »Neoliberalismus ist weder nur eine Ideologie oder ein Standpunkt neben anderen in einer demokratischen Debatte. Die ›Reformen‹ haben durch die Transformationen, mit der sie die brasilianische Wirtschaft und Gesellschaft umgeschmiedet haben, eine materielle Basis für die Reproduktion des Neoliberalismus geschaffen.« Lecio Moraes, Alfredo Saad-Filho: Lula and the Continuity of Neoliberalism in Brazil: Strategic Choice, Economic Imperative or Political Schizophrenia?, in: *Historical Materialism*, vol. 13:1, S. 11 (engl.).

halb (zunächst?) Regierungsfähigkeit vor Veränderungsfähigkeit und wählt zunächst vor allem die folgende Strategie: Politiken der Einbindung von zumindest einem Teil der herrschenden Gruppen, der Haushaltssanierung, Inflationsbekämpfung (Hochzinspolitik und hohe Bewertung der eigenen Währung), Exportorientierung, Gewinnung von ausländischem Kapital. Zugleich werden Maßnahmen der aktiven Linderung besonderer sozialer Problemlagen (Versorgung mit Grundgütern, Bekämpfung von Hunger, Elend, Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität) in Angriff genommen und Programme entwickelt oder gefördert, die zwar nicht den grundsätzlichen Charakter der Wirtschaft berühren, aber die Lage der Betroffenen verbessern.

Die Frage steht, ob es dazu eine grundsätzliche Alternative gibt, die nicht zu Destabilisierung, Einbruch des Bruttosozialprodukts, Möglichkeiten der offenen US-Intervention in Ländern der Dritten Welt führt. Es ist erst noch zu beweisen, dass ein Einstieg in den Ausstieg aus dem Neoliberalismus völlig der neoliberalen Mittel entsagen kann. Die bisherigen Erfahrungen scheinen nahe zu legen, dass dieser Einstieg eine Strategie zu verlangen scheint, die zumindest fünf Elemente enthält: *Erstens* wäre dies der Bruch mit besonders parasitären Formen des bisherigen Regimes (Apartheid, Berlusconis parasitärer Finanzkapitalismus usw.), eine dosierte Abschüttelung neoliberaler Fesseln (siehe Argentinien: starke Abwertung der Auslandsschulden, aber auch evtl. von Binnenschuldung) soweit dies zu keiner destabilisierenden Konfrontation führt. *Zweitens* wäre dies die Erschließung endogener Ressourcen wirtschaftlicher Entwicklung mit hohem Wachstumspotential, die relativ kurzfristig Arbeitslosigkeit senkt, Einkommen zumindest bei Teilen der Mittelschichten und der Arbeiter im formellen Sektor erhöht, die staatlichen Einnahmen steigert usw. *Drittens* gehört zu einer solchen Strategie das Ergreifen von Maßnahmen, um den vom Neoliberalismus am stärksten negativ betroffenen Gruppen zu helfen: Unterstützung von solidarischer Ökonomie (Landreform, Kooperativen, Selfmanagement usw.), Sanierung bzw. Stärkung der Systeme öffentlicher Daseinsvorsorge, Elemente von Grundsicherung. *Viertens* bedarf es des systematischen Aufbaus einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft, der Schaffung von Rahmenbedingungen, die solidarisch-emanzipative Akteure eines Mitte-Unten-Bündnisses fördern und ihnen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des demokratischen Prozesses einräumen. *Fünftens* wäre mit der Verallgemeinerung von Einstiegsprojekten in eine andere Ökonomie und soziale Entwicklung, in eine neue Gestalt von Demokratie, die breite Partizipation und das gesellschaftliche Primat des Sozialen über die Kapitalverwertung sichert, in ein kooperatives solidarisches internationales System zu beginnen. Erst die Erfüllung dieser Aufgaben würde dann die Bedingungen schaffen, um den Rahmen des Neoliberalismus dauerhaft zu verlassen.

Die Linke kann und muss danach streben, auch (aber nicht nur) aus der Regierung Wege einer grundlegenden Transformation einzuleiten. Wie an ande-

rer Stelle dargelegt,⁶⁹ muss sie sich jedoch mit drei Konflikten zugleich auseinander setzen: Sie ist mit Tendenzen einer offenen Barbarisierung konfrontiert, steht im grundsätzlichen Widerspruch zu wirtschaftsliberalen, autoritären und imperialen Politikansätzen und in Auseinandersetzung mit einer sozialdemokratischen oder sozialliberalen Politik auf der Basis des gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus. Die heutige Sozialdemokratie ist zugleich Bündnispartner im Kampf gegen die beiden ersten Ansätze und Gegner, insoweit sie die Grundlagen der gegenwärtigen Krisen nicht zu überwinden sucht.

Wie ambivalent die Ergebnisse der jüngsten Regierungsbeteiligungen sind, zeigen die lateinamerikanischen, indischen und südafrikanischen Erfahrungen. Aber auch in Europa wird deutlich: Positiven Einzelergebnissen steht bisher zumeist die Unfähigkeit gegenüber, eine stabile gegenhegemoniale Formation zu schaffen, die den Neoliberalismus in seinen Grundelementen herauszufordern und einen stabilen Pfad der Transformation einzuschlagen vermag. Dies aber ist die nächste Aufgabe. Rosa Luxemburg schrieb 1900: »So kehrt das Schiff des dogmenfreien Sozialismus aus seiner ersten Probefahrt auf den Gewässern der praktischen Politik mit zerbrochenen Masten, zertrümmertem Steuer und Leichen an Bord in den Hafen zurück.«⁷⁰ Heute ist eine Linke in Neugründung dabei, das neue Schiff einer transformatorischen sozialistischen Linken zu bauen. Das Studium der Schiffbrüche der Vergangenheit ist dabei genauso wichtig wie die Analyse der neuen Bedingungen.

69 Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen?

70 Rosa Luxemburg: Der Abschluss der sozialistischen Krise in Frankreich, in: Werke, Bd. 1.2, S. 179.

Die Veränderungen des deutschen Parteiensystems

Das deutsche Parteiensystem war nach seiner Neuformierung nach dem Zweiten Weltkrieg einer Reihe von Veränderungen unterworfen, die zwar nicht im Sinne einer Systemtransformation zu einem völlig neuen Typus geführt, aber seine Gestalt deutlich gewandelt haben. Im Folgenden sollen die Charakteristika des heutigen Parteiensystems und die Unterschiede zu früheren Systemphasen aus der Perspektive der quantitativ-empirischen international vergleichenden Parteiensystemforschung heraus analysiert werden. Parteiensysteme werden dort durch eine Reihe von Systemeigenschaften charakterisiert, die unterschiedliche Dimensionen des Beziehungsgeflechts zwischen den das System bildenden Parteien widerspiegeln. Strukturieren lässt sich die Gesamtheit dieser Eigenschaften durch eine Typologie, die einerseits nach den bei der Untersuchung politischer Parteien üblicherweise herangezogenen Analyse-dimensionen und andererseits nach den beiden zentralen Ebenen des Parteienwettbewerbs differenziert. Unterschieden wird dabei eine strukturelle und inhaltliche Analysedimension auf der parlamentarisch-gouvernementalen und der elektoralen Wettbewerbsebene.

Aus der Gesamtheit der zur Analyse eines Parteiensystems heranziehbaren Systemeigenschaften sollen hier nur diejenigen herausgegriffen werden, die zur Charakterisierung des deutschen Parteiensystems absolut notwendig sind. Im Strukturbereich sind dies das parlamentarische Format sowie die elektorale Fragmentierung und Asymmetrie, im inhaltlichen Bereich die Polarisierung und Segmentierung auf beiden Wettbewerbsebenen.

Das Format eines Parteiensystems auf der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene wird schlicht und einfach durch die Anzahl der parlamentarisch repräsentierten Parteien bestimmt. Auf der elektoralen Ebene ist dies nicht ganz so einfach. Hier reichen die Indikatoren von der Gesamtzahl der an Wahlen teilnehmenden Parteien bis hin zu unterschiedlichen Relevanzkriterien zur Inklusion bzw. Exklusion von Parteien. Sehr viel relevanter zur Beschreibung der Struktur eines Parteiensystems auf der elektoralen Ebene ist jedoch der Grad seiner Fragmentierung, also seiner Zersplitterung oder Konzentration.

Diese Eigenschaft stellt neben der reinen Anzahl der Parteien auch auf deren – durch die Stimmenanteile bei Wahlen gemessenen – Größenverhältnisse ab. Zu ihrer Operationalisierung wurde eine ganze Reihe von Indizes vorgeschlagen, wobei die »effective number of parties« die größte Verbreitung gefunden hat. Die effektive Anzahl der Parteien in einem Parteiensystem entspricht der realen Anzahl, wenn alle Parteien den gleichen Stimmenanteil aufweisen, also ein ausgeglichenes Machtverhältnis existiert. Je ungleicher das Machtverhältnis ist, desto geringer ist die effektive im Vergleich zur realen Anzahl, und bei Dominanz nur einer Partei nähert sich der Index dem Wert 1.

Der Fragmentierungsindex berücksichtigt alle Parteien eines Parteiensystems. Unter bestimmten Analysegesichtspunkten erscheint es jedoch sinnvoll, zusätzlich die Größenrelation nur der beiden größten Parteien zu betrachten. Wenn Parteiendemokratie als System potenziell alternierender Parteiregierungen gesehen wird, so kommt der prinzipiellen Chancengleichheit zum Machtgewinn überragende Bedeutung zu, und das Ausmaß, in dem diese Chancengleichheit durch längerfristige strukturelle Vorteile einer Partei im Machtwettbewerb gefährdet ist, wird durch den Grad an struktureller Asymmetrie eines Parteiensystems angezeigt. Gemessen wird diese Eigenschaft einfach durch die Differenz der Stimmenanteile der beiden dominierenden Parteien.

Die Struktureigenschaften werden ergänzt durch inhaltliche Charakteristika. Hier ist zunächst die Polarisierung zu nennen, die auf die ideologisch-programmatische Distanz zwischen den Parteien abstellt. Bei der Analyse dieser Eigenschaft muss zwischen ihrer Dimensionalität und ihrer Stärke unterschieden werden, d. h.: Es ist zum einen danach zu fragen, welches die zentralen inhaltlichen Konfliktdimensionen sind, durch die der Parteienwettbewerb charakterisiert werden kann, und zum anderen muss festgestellt werden, wie homogen oder heterogen das gesamte Parteiensystem in Bezug auf diese Dimensionen ist. Ergänzt wird diese Eigenschaft durch die in enger Beziehung zur Polarisierung stehende Segmentierung eines Parteiensystems. Die Segmentierung gibt den Grad der gegenseitigen Abschottung in Bezug auf Koalitionen wieder. Extrem segmentierte Parteiensysteme sind durch eine deutliche Abschottung der Parteien gegeneinander gekennzeichnet, während in nicht segmentierten Systemen alle Parteien untereinander prinzipiell koalitionsfähig sind. Beide Systemeigenschaften können sowohl auf der elektoralen Ebene – also durch die Orientierungen und das Verhalten von Wählern – als auch auf der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene – also durch die Orientierungen und das Verhalten von Parteieliten – gemessen werden.

Wie lässt sich nun das momentane deutsche Parteiensystem anhand dieser Eigenschaften charakterisieren? Zusammenfassend kann es als fluides Fünfparteiensystem bezeichnet werden. Der Terminus stellt auf die zentralen Struktureigenschaften des Parteiensystems ab: Vom parlamentarischen Format her

ist es ein Fünfparteiensystem aus den beiden großen Parteien CDU/CSU (CDU und CSU werden in Systemanalysen als eine Partei gezählt) und SPD sowie der FDP, der Linkspartei.PDS und den Grünen. Es spricht einiges dafür, dass das auch in absehbarer Zeit so bleiben wird, da auch die drei kleinen Parteien mittlerweile stark genug verankert zu sein scheinen, um die zum Erreichen der parlamentarischen Repräsentation notwendige Fünf-Prozent-Hürde bei den Wählerstimmen überwinden zu können. Für die Linkspartei.PDS gilt dies jedoch nur, wenn die angestrebte Fusion mit der WASG auch in naher Zukunft tatsächlich stattfindet. Das Hinzukommen einer sechsten Partei in Gestalt der NPD oder einer ähnlichen Formation ist – trotz einiger spektakulärer Erfolge bei Landtagswahlen – aus einer Reihe von Gründen auf der Bundesebene relativ unwahrscheinlich.

Auf der elektoralen Ebene besteht im Parteiensystem eine – im Vergleich zu früher – relativ starke Fragmentierung. Bezeichnend für die Größenverhältnisse der fünf Parteien ist zum einen eine gesunkene Mobilisierungsfähigkeit der beiden Großparteien CDU/CSU und SPD und zum anderen eine offene Wettbewerbssituation zwischen den drei kleineren Parteien, d. h. es steht bei Wahlen nicht von vornherein fest, wer dritte Kraft im Parteiensystem ist. Zudem gibt es heute keine strukturelle Asymmetrie zwischen den beiden Großparteien mehr, d. h. die jahrzehntelang bestehende strukturelle Vorteilsposition der Union gehört der Vergangenheit an. Daher existiert nicht nur zwischen den drei kleineren, sondern auch zwischen den beiden großen Parteien eine offene Wettbewerbssituation. Das Beiwort »fluide« bei der Kennzeichnung des heutigen Parteiensystems bezieht sich auf diese offene Wettbewerbssituation zwischen den relevanten Parteien im Gegensatz zu dem früheren starren Gefüge.

Neben seinen Strukturcharakteristika zeichnet sich das momentane deutsche Parteiensystem durch spezifische inhaltliche Charakteristika aus. Es besteht eine zweidimensionale Polarisierung, d. h. der Parteienwettbewerb wird durch zwei wesentliche Konfliktdimensionen geprägt: eine sozio-ökonomische – vor allem in Gestalt des Sozialstaatskonflikts – und eine politisch-kulturelle Konfliktdimension, die in Zukunft in Gestalt des Konflikts zwischen abendländischer Kultur und Islam verstärkt werden könnte. Im Rahmen des Sozialstaatskonflikts bilden die Linkspartei.PDS und die FDP die beiden Pole, die beiden Großparteien – aber auch die Grünen – haben in neuerer Zeit mehr oder minder große Schwierigkeiten, sich eindeutig zu positionieren und dies den Wählern zu vermitteln. An den von der inhaltlichen Verortung der Parteien her prinzipiell möglichen Nahtstellen im Parteiensystem existieren momentan noch zwei Segmentierungslinien: diejenige zwischen Union/FDP und den Grünen, und diejenige zwischen SPD/Grünen und der Linkspartei. Die zukünftige Mehrheitsfähigkeit sowohl von schwarz-gelben als auch von rot-grünen Koalitionen ist jedoch extrem unsicher. Daraus ergibt sich auf der

Ebene der Partieliten ein starker machtstrategischer Anreiz zur Erweiterung der Koalitionsoptionen, der mittelfristig tendenziell zu einer abnehmenden Segmentierung des Parteiensystems – sprich: neuen Koalitionskonstellationen – führen dürfte, wenn die bestehende Segmentierung auf der elektoralen Ebene in Form von gegenseitigen Abneigungen zwischen den Wählerschaften einiger Parteien abgebaut werden kann.

Im Folgenden soll diese Kurzcharakterisierung des momentanen Parteiensystems mit einigen Daten (vgl. dazu auch die Tabelle am Ende des Beitrags) und weiteren Überlegungen unterfüttert werden.

Das parlamentarische Format des deutschen Parteiensystems war zwei wesentlichen Veränderungsprozessen unterworfen. Bei der ersten Bundestagswahl zogen zehn Parteien in den Bundestag ein, in den 50er Jahren reduzierte sich die Zahl dramatisch und mündete in eine Dreiparteienkonstellation aus Union, SPD und FDP, die sich erst mehr als zwei Jahrzehnte später durch das Hinzukommen der Grünen veränderte und nach der Wiedervereinigung durch das Hinzukommen der PDS zu einem Fünfparteiensystem wurde.

Der Rückgang der Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien in den 50er Jahren war zurückzuführen auf einen starken Konzentrationsprozess des Parteiensystems auf der elektoralen Ebene, d. h. eine – durch die bundesweite Einführung der Fünf-Prozent-Klausel begünstigte – Konzentration der Wählerstimmen auf wenige Parteien, die zu einem wesentlichen Rückgang der Fragmentierung führte. Seit den 80er Jahren steigt jedoch die Fragmentierung wieder an, und heutzutage ist das Parteiensystem wieder stärker zersplittert als Anfang der 50er Jahre. Dies ist wesentlich auf einen Rückgang der Mobilisierungsfähigkeit der beiden Großparteien zurückzuführen. Konnten sie zu ihrer Hochzeit in den 70er Jahren 82 Prozent der Wahlberechtigten für sich mobilisieren, so waren es bei der Bundestagswahl 2005 nur noch 53 Prozent. Dies ist nach 1949 der schlechteste Wert, den die beiden Parteien zusammengenommen je erreicht haben.

Die drei kleinen Parteien haben sich in den Wahlergebnissen so stark angenähert, dass zwischen ihnen eine prinzipiell offene Wettbewerbssituation um den dritten Platz im Parteiensystem entstanden ist. Durch den Aufstieg der PDS in den 90er Jahren waren sie sich schon im Jahre 1998 sehr nahe. Mit der Bundestagswahl 2002 schien sich die PDS dann aber aus dem Rennen um die dritte Kraft verabschiedet zu haben. Allerdings war diese Wahl ein Ausnahmefall, weil es die Partei – von den früheren Erfolgen verwöhnt – versäumte, zu Beginn des neuen Jahrtausends die personellen, inhaltlich-programmatischen und koalitionsstrategischen Voraussetzungen für eine Verstetigung ihres Wählerpotenzials zu schaffen und daher an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und nur noch mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Parlament vertreten war. Mit einem Führungswechsel und der Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms als innerparteilicher Voraussetzung und einer auf die Präsenta-

tion als einziger Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Protests gegen den Sozialabbau ausgerichteten Wahlkampfstrategie konnte sie sich bei der Europawahl 2004 jedoch ihren Platz im bundesweiten Parteiensystem zurückerkämpfen, und durch die Zusammenarbeit mit der westdeutsch geprägten WASG in Form der Platzierung von WASG-Mitgliedern auf einer offenen Liste einer in »Die Linkspartei.PDS« umbenannten PDS etablierte sie sich bei der Bundestagswahl 2005 als ernstzunehmende Mitbewerberin um die Rolle als dritte Kraft im deutschen Parteiensystem. Diese Rolle ist jedoch solange gefährdet, wie es nicht gelingt, den endgültigen Zusammenschluss mit der WASG zu realisieren und auf diese Weise die Voraussetzung für eine dauerhafte Überwindung der Schwäche in Westdeutschland zu schaffen.

Die prinzipiell offene Wettbewerbssituation galt ganz zu Anfang der Bundesrepublik auch für die Union und die SPD. Beide erreichten bei der ersten Bundestagswahl 1949 annähernd den gleichen Stimmenanteil. In den 50er Jahren vollzog sich jedoch ein Konzentrationsprozess zugunsten der Union, der sie schon ab Mitte des Jahrzehnts gegenüber der SPD in eine strukturelle Vorteilsposition brachte. Die Gründe hierfür lagen darin, dass die Union einerseits als Regierungspartei den gesellschaftlichen Wandel und die ökonomische Prosperitätsphase (Wirtschaftswunder) sehr viel stärker für sich nutzen konnte als die SPD und andererseits eine aktive Integrationsstrategie betrieb, die auf das gesamte bürgerliche Wählerpotenzial zielte und das bürgerlich-konservative Parteienspektrum weitgehend absorbierte. Die strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union – die vielbeschworene »bürgerliche Mehrheit« – hielt bis Mitte der 90er Jahre an. In diesen vier Jahrzehnten konnte die SPD die Union nur ein einziges Mal knapp schlagen: bei der Bundestagswahl 1972, wo die beiden kurzfristigen Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens, die Kandidaten- und die Sachthemenorientierung maximal zugunsten der SPD und zu Lasten der Union wirkten. Die nach einem gescheiterten konstruktiven Misstrauensvotum der Union gegen Willy Brandt vorgezogene Bundestagswahl wurde zum Vertrauensvotum der Wähler für den beliebten Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger stilisiert, und die thematische Ausrichtung des Wahlkampfes auf die neue Ostpolitik führte zu einer starken Mobilisierung der Bevölkerung einschließlich eines Teils der bürgerlichen Klientel zugunsten der SPD.

Erst 1998 konnte die SPD die Union wieder überflügeln, und diesmal sehr deutlich. Dies ist sicherlich auch auf eine Reihe von kurzfristigen Faktoren zurückzuführen, vor allem darauf, dass es der SPD gelang, eine Allianz der modernisierungsorientierten bürgerlichen Wählerschichten der »neuen Mitte« mit ihrer Traditionswählerschaft aus dem Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu zu schmieden. Der Machtverlust der Union war jedoch nicht nur auf kurzfristige Einflussfaktoren zurückzuführen, sondern auch Ausdruck langfristiger Entwicklungen. Aufgrund ihrer historischen Wurzeln in der konfessionell-

religiösen Konfliktlinie besteht, trotz ihres Gründungsanspruchs als konfessionsübergreifender Partei, die traditionelle Kernklientel der Union aus den kirchengebundenen Katholiken. Dieser Kern schmolz aufgrund der sozio-kulturellen Wandlungsprozesse in den letzten Jahrzehnten jedoch zusehends und ist durch das Hinzukommen der ostdeutschen katholischen Diaspora noch deutlich kleiner geworden. Neben der Erosion des Katholischen verliert die Union immer stärker eine Reihe von weiteren Machtressourcen, die ihr in der Vergangenheit erlaubt hatten, eine breite Koalition bürgerlicher Wählerschichten zu schmieden: Der forsche Wirtschaftsliberalismus eines Teils der Führungsschicht teilt das christlich-bürgerliche Lager, mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Ansteuern der politischen Mitte durch die SPD entfiel der Antikommunismus als integrative Klammer der verschiedenen bürgerlichen Milieus, und der Anteil der im goldenen christdemokratischen Zeitalter der Adenauer-Ära politisch sozialisierten und an die Union gebundenen Generation an der Wählerschaft schrumpft zusehends. Hinzu kommen spezifische Mobilisierungs-, Identitäts- und Organisationsprobleme der CDU in Ostdeutschland.

All dies deutet darauf hin, dass die jahrzehntelange strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union in Zukunft nicht mehr bestehen wird. Sie wird in Zukunft wohl auch nicht durch eine neue Asymmetrie zugunsten der SPD ersetzt werden, da beide Parteien auf die Treue ihrer Wähler immer weniger zählen können. Vielmehr haben wir es mit einer offenen Wettbewerbssituation der beiden Großparteien zu tun.

Wenden wir uns nun den inhaltlichen Charakteristika des Parteiensystems zu, und zwar zunächst der Dimensionalität und Stärke der Polarisierung. Das deutsche Parteiensystem ist durch eine zweidimensionale Konfliktstruktur gekennzeichnet. Der Wettbewerb zwischen den politischen Parteien wird von zwei grundlegenden Dimensionen von Wertekonflikten über leitende Prinzipien politischen Handelns bzw. fundamentale politische Zielvorstellungen dominiert, nämlich: (1) eine sozio-ökonomische Konfliktdimension zwischen der Betonung des Primats der Politik auf der einen und des Primats der Ökonomie auf der anderen Seite, und (2) eine politisch-kulturelle Konfliktdimension zwischen libertären und autoritären Wertvorstellungen.

Die Gründe für die Herausbildung libertärer und autoritärer Wertesysteme werden im sozio-ökonomischen Wandel von der klassischen Industriegesellschaft zur globalisierten postindustriellen Gesellschaft gesehen. Deren zentrales Kennzeichen ist die gleichzeitige Zunahme von Chancen und Risiken. Die Auswirkungen für die Menschen sind jedoch ungleich verteilt, d. h.: Je nach ihren mentalen Kapazitäten und nach ihrer konkreten Lebenswelt nehmen Individuen eher die neuen Chancen wahr oder aber fürchten die Risiken. Dies trägt entweder zu einer libertären »Öffnung« hin zu moralischer und kultureller Permissivität bei oder aber zu einer schutzsuchenden »Schließung« mit

Hilfe autoritärer Schemata. Spezifische Konfliktlinien in diesem Bereich, die durch politische Auseinandersetzungen in den letzten Jahren konkretisiert wurden, sind z. B. der Kulturkonflikt (Hegemonität der eigenen Kultur vs. Multikulturalität) und der Lebensstilkonflikt (Anpassung an Traditionen vs. Leben nach eigenen Vorstellungen).

Die sozio-ökonomische Konfliktdimension stellt sich in den modernen Gesellschaften als Wertekonflikt um die Frage dar, wem das Primat zukommt: der Wirtschaft oder der Politik. Auf dem einen Konfliktpol wird die Auffassung vertreten, dass die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen gänzlich dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb überantwortet werden soll, während auf dem anderen Pol für eine Korrektur von ungleichen Verteilungsergebnissen des Marktes durch politische Interventionen plädiert wird. Dabei wird von beiden Seiten primär mit unterschiedlichen Konzeptionen des Grundwerts der Gerechtigkeit argumentiert, aber auch auf die beiden anderen Grundwerte der Freiheit und Gleichheit Bezug genommen. Nach der traditionellen Gerechtigkeitskonzeption sind Verteilungsergebnisse des Marktes, die nach bestimmten Grundregeln zustande kommen (Achtung fremden Eigentums, Einhaltung in Freiheit eingegangener Verträge), auch gerecht. Politik hat demnach nur – durch Gewährleistung der Marktfreiheit – die Einhaltung der Grundregeln zu sichern. Damit wird auf den Grundwert der Freiheit rekurriert, und Gerechtigkeit stellt sich als Leistungsgerechtigkeit dar.

Im Rahmen der Gegenpositionen, die für politische Interventionen eintreten, lassen sich drei Begründungszusammenhänge unterscheiden: (1) der sozialstaatliche Interventionismus: Hier werden materiell ungleiche Marktergebnisse als sozial ungerecht angesehen, es wird auf den Grundwert der Gleichheit rekurriert, und Gerechtigkeit stellt sich als Verteilungsgerechtigkeit dar; (2) der ökologische Interventionismus: Hier werden gegenwärtige Markttransaktionen gegenüber den zukünftigen Marktteilnehmern als ungerecht angesehen, da sie die Kosten der Umweltschädigung nicht mit einbeziehen, und Gerechtigkeit stellt sich als Generationengerechtigkeit dar; (3) der protektionistische Interventionismus: Hier werden die unter den Bedingungen globaler Marktfreiheit zustande kommenden Verteilungsergebnisse als gegenüber dem eigenen Volk ungerecht angesehen, das im Sinne einer protektionistischen Gerechtigkeitsvorstellung vor dem globalisierten Markt geschützt werden muss.

Der Wettbewerb zwischen den politischen Parteien spielt sich in diesen beiden Konfliktdimensionen ab, und in den letzten Jahren wurde eine ganze Reihe von spezifischen Konfliktlinien durch konkrete politische Auseinandersetzungen um konfliktäre Themen relevant. Von überragender Bedeutung ist jedoch die sozio-ökonomische Konfliktdimension in Gestalt des Sozialstaatskonflikts, der durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates lange Zeit in seiner Bedeutung zurückgedrängt war, spätestens seit den 90er Jahren aber durch drei wesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen revitalisiert wurde: die

Globalisierung des Marktgeschehens, den demographischen Wandel in Gestalt der zunehmenden Alterung der Gesellschaft und die deutsche Vereinigung mit ihren zunehmenden finanziellen Folgelasten.

Die beiden Großparteien SPD und Union haben zu lange nicht auf die Veränderung der Realität reagiert. Dann haben beide Parteivorsitzenden versucht, die Positionierung ihre Parteien im Rahmen des Sozialstaatskonflikts in Richtung des Marktfreiheitspols zu verschieben und in ihrer realen Politik – siehe die Agenda 2010 von Gerhard Schröder, bzw. in ihrer politischen Konzeption Angela Merkels Programm auf dem Leipziger Parteitag – sozialstaatliche Interventionen zurückgefahren und stärker auf die Freisetzung der Marktkräfte gesetzt. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 hat sich die SPD – unter Ausnutzung strategischer Fehler der Union – wieder stärker als Sozialstaatspartei profiliert und durch ein klassisches »negative campaigning« die Union mit dem Stigma des Verrats am Grundwert der sozialen Gerechtigkeit belegt. Keine der beiden Großparteien hat sich jedoch im Sozialstaatskonflikt schon eindeutig positioniert. Weder die SPD noch die Union haben bisher eine innerparteilich breit akzeptierte, wertmäßig fundierte und in eine konkrete Politikkonzeption gegossene Antwort auf die dramatisch veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen gefunden und ihren Wählern in einer sinnvollen Weise vermittelt. Vor allem diesem Umstand ist die deutliche Verringerung der Mobilisierungsfähigkeit der Großparteien bei der Bundestagswahl 2005 zuzuschreiben.

Auch die Grünen haben ihre Position noch nicht wirklich gefunden, die inhaltliche Diskussion aber erst einmal vertagt. Die klarste Verortung weisen die Linkspartei und die FDP auf, die sich im gegenwärtigen deutschen Parteiensystem in Bezug auf die sozialstaatliche Konfliktlinie als die beiden Polparteien positioniert haben. Sie befinden sich damit in vollem Einklang mit ihrer Wählerschaft: Danach gefragt, welchem gesellschaftlichen Grundprinzip man den Vorzug gibt, einer solidarischen Gesellschaft oder einer reinen Leistungsgesellschaft, sprechen sich mehr als vier Fünftel der Anhänger der Linkspartei, aber nur ein knappes Drittel der FDP-Anhänger, für das Solidarprinzip aus. Fast zwei Drittel der FDP-Anhänger, aber nur ein Achtel der Anhänger der Linkspartei, sind für das Leistungsprinzip. Zudem war für die Wähler der Linkspartei die soziale Gerechtigkeit mit weitem Abstand das wichtigste Thema für ihre Wahlentscheidung (Daten aus den Vorwahlbefragungen und der Wahltagsbefragung von Infratest dimap).

Unklarer ist für die Linkspartei dagegen noch die Verortung auf der politisch-kulturellen Konfliktdimension, d. h. in Bezug auf die Konflikte zwischen libertären und autoritären Wertvorstellungen. Im Wahlkampf gab es in dieser Hinsicht widersprüchliche Signale, wenn man z. B. an die Fremdarbeiter-Äußerungen Lafontaines und die Reaktionen darauf denkt. Hier ist noch Positionierungsarbeit zu leisten, auch im Hinblick darauf, dass diese Konfliktdimension in Zukunft wohl an Relevanz zunehmen wird.

Die inhaltliche Positionsbestimmung der Parteien auf den beiden Konfliktlinien geht einher mit der Frage, wie sich die Segmentierung des Parteiensystems und damit die Koalitionsarithmetik in naher Zukunft entwickeln wird. Momentan gibt es an den von der inhaltlichen Verortung der Parteien her prinzipiell möglichen Nahtstellen im Parteiensystem zwei zentrale Segmentierungslinien: zum einen die zwischen Union/FDP und den Grünen, und zum anderen die zwischen SPD/Grüne und der Linkspartei. Angesichts der beschriebenen Strukturcharakteristika des Parteiensystems ist die zukünftige Mehrheitsfähigkeit von Zweierkoalitionen – jenseits einer Großen Koalition – also sowohl von Schwarz-Gelb als auch von Rot-Grün – jedoch extrem unsicher. Daraus ergibt sich für die Parteieliten ein starker machstrategischer Anreiz zur Erweiterung der Koalitionsoptionen.

Nachdem eine mögliche Koalition zwischen Union und Grünen bisher immer nur fiktiv diskutiert worden war, erhielt diese Option nach der Bundestagswahl durch die Spekulationen und Gespräche um eine »Jamaika-Koalition« aus Union, FDP und Grünen erstmals einen realen machtpolitischen Hintergrund. Auch wenn die Gespräche diesmal noch sehr schnell scheiterten, werden die strategischen Überlegungen in dieser Richtung weitergehen. Zu vermuten ist, dass – wenn sich von den rechnerischen Mehrheitsverhältnissen her eine Gelegenheit ergibt – wie in anderen Fällen auch die Landesebene aus bundespolitischer Sicht als Experimentierfeld dienen wird, um die Funktionsfähigkeit einer schwarz-grünen Koalition auszutesten. Allerdings ist es mit einer Überwindung der Segmentierung auf der Ebene der Parteieliten nicht getan, da die elektorale Segmentierung auf Bundesebene hier noch sehr deutlich ist, wie die ersten Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage nach der Bundestagswahl 2005 im Rahmen des u. a. vom Verfasser geleiteten Forschungsprojekts »Bürger und Parteien« zeigen: Insbesondere die Wählerschaften von Grünen und CSU halten von der jeweils anderen Partei herzlich wenig.

Auch bei der SPD, den Grünen und der Linkspartei gibt es Stimmen, die fordern, die Segmentierung zwischen diesen Parteien zu überwinden und die von den Wahlergebnissen her seit 1998 rechnerisch existierende »linke Mehrheit« in absehbarer Zukunft auch koalitionspolitisch umzusetzen. Erleichtert werden könnte dieser Prozess durch die Tatsache, dass die koalitionspolitische Inklusion der Linkspartei auf Landesebene in mehreren Bundesländern schon vollzogen ist. Auch hier ist jedoch zu beachten, dass zwar die Wählerschaft der Linkspartei nach den Ergebnissen des obigen Forschungsprojekts einer solchen Option nicht wirklich ablehnend gegenübersteht, bei den Grünen- und insbesondere den SPD-Wählern aber deutliche Aversionen gegenüber der Linkspartei.PDS bestehen, sodass noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden müsste, um eine rot-rot-grüne Koalitionsoption auf der elektoralen Ebene abzusichern.

Tabelle 1:
Die Entwicklung des Parteiensystems 1949-2005

| Jahr | Bundestagswahlergebnisse (in %) | | | | | | MOB | FRA | ASY | PF |
|------|---------------------------------|------|------|-------|-----------------|--------|------|------|------|----|
| | CDU/ CSU | SPD | FDP | GRÜNE | PDS (Linke.) | Sonst. | | | | |
| 1949 | 31,0 | 29,2 | 11,9 | - | - | 19,1 | 45,8 | 4,84 | 1,8 | 10 |
| 1953 | 45,2 | 28,8 | 9,5 | - | - | 16,5 | 61,6 | 3,31 | 16,4 | 6 |
| 1957 | 50,2 | 31,8 | 7,7 | - | - | 10,3 | 69,2 | 2,76 | 18,4 | 4 |
| 1961 | 45,3 | 36,2 | 12,8 | - | - | 5,7 | 68,7 | 2,83 | 9,1 | 3 |
| 1965 | 47,6 | 39,3 | 9,5 | - | - | 3,6 | 73,6 | 2,56 | 8,3 | 3 |
| 1969 | 46,1 | 42,7 | 5,8 | - | - | 5,4 | 75,7 | 2,50 | 3,4 | 3 |
| 1972 | 44,9 | 45,8 | 8,4 | - | - | 0,9 | 82,0 | 2,39 | -0,9 | 3 |
| 1976 | 48,6 | 42,6 | 7,9 | - | - | 0,9 | 82,0 | 2,36 | 6,0 | 3 |
| 1980 | 44,5 | 42,9 | 10,6 | 1,5 | - | 0,5 | 76,7 | 2,54 | 1,6 | 3 |
| 1983 | 48,8 | 38,2 | 7,0 | 5,6 | - | 0,4 | 76,8 | 2,55 | 10,6 | 4 |
| 1987 | 44,3 | 37,0 | 9,1 | 8,3 | - | 1,3 | 67,9 | 2,87 | 7,3 | 4 |
| 1990 | 43,8 | 33,5 | 11,0 | 5,0 | 2,4 | 4,3 | 59,4 | 3,13 | 10,3 | 5 |
| 1994 | 41,5 | 36,4 | 6,9 | 7,3 | 4,4 | 3,5 | 60,6 | 3,15 | 5,1 | 5 |
| 1998 | 35,1 | 40,9 | 6,2 | 6,7 | 5,1 | 6,0 | 61,7 | 3,31 | -5,8 | 5 |
| 2002 | 38,5 | 38,5 | 7,4 | 8,6 | 4,0 | 3,0 | 60,2 | 3,21 | 0,0 | 5 |
| 2005 | 35,2 | 34,2 | 9,8 | 8,1 | 8,7 | 4,0 | 53,1 | 3,77 | 1,0 | 5 |

MOB = Mobilisierungsfähigkeit der beiden Großparteien

(Anteil der CDU/CSU- und SPD-Wähler an den Wahlberechtigten);

FRA = Fragmentierung (effektive Anzahl der Parteien);

ASY = Asymmetrie (Differenz der Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD in Prozentpunkten);

PF = parlamentarisches Format (Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien).

Quelle: eigene Berechnungen auf der Basis der amtlichen Wahlstatistik.

Lose verkoppelte Anarchie: Die Linkspartei im deutschen Föderalismus

In diesem Beitrag soll es um die Wechselwirkungen zwischen politischen Parteien und dem institutionellen Handlungsrahmen, in dem sie agieren, gehen. In der Literatur wird zumeist der Einfluss der Parteien auf ihre institutionelle Umgebung behandelt, in Deutschland also auf den Föderalismus. Parteien gelten in Deutschland gleichsam als Garanten des Funktionierens des Föderalismus, da sie eine Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Systems innehaben.¹ Die Frage, welche Wirkung der Föderalismus auf die deutschen Parteien hat, ist demgegenüber bislang eher vernachlässigt worden.² Dieser Frage soll hier am Beispiel der Linkspartei nachgegangen werden. Ähnlich wie die anderen deutschen Parteien ist die Linkspartei dezentral organisiert. Das hohe Maß an Autonomie der Landesverbände der deutschen Parteien geht nicht zuletzt auf die im Grundgesetz verankerte bundesstaatliche Ordnung zurück.³ Auch die Linkspartei macht hier keine Ausnahme.⁴ Es erscheint jedoch besonders reizvoll, die Auswirkungen des deutschen Föderalismus am Beispiel der Linkspartei zu untersuchen.

Die Rolle der Linkspartei im deutschen Föderalismus ist deshalb von besonderem Interesse, weil von ihr ein maßgeblicher Regionalisierungsschub für das deutsche Parteiensystem ausgeht. Während Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie vor 1990 nur eine nachgeordnete Rolle spielten, kann seit der Wiedervereinigung von einer Territorialisierung der deutschen Politik gesprochen werden.⁵ Die Linkspartei mit ihrem eindeutigen Schwerpunkt in den

1 Heinz Laufer, Ursula Münch: Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997, S. 190 f.

2 Nicht zufällig heißt das einschlägige Kapitel in dem zitierten Föderalismuslehrbuch »Auswirkungen des Parteiensystems auf die bundesstaatliche Ordnung«. Vgl. ebenda.

3 Vgl. Thomas Poguntke: Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt?, in: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2002, S. 253-273, hier S. 264 und 266.

4 Vgl. Dan Hough: The Fall and the Rise of the PDS in Eastern Germany, Birmingham 2002, S. 126-129.

5 Vgl. Charlie Jeffery: Party Politics and Territorial Representation in the Federal Republic of Germany, in: West European Politics, Jg. 22, H. 1 (1999), S. 130-166, sowie Klaus Detterbeck, Wolfgang Renzsch:

neuen Bundesländern hat diese Entwicklung wie keine andere Partei befördert.⁶ Ebenso wie die anderen deutschen Parteien ist die Linkspartei von internen Spannungen durchzogen.⁷ Aufgrund dieser internen Differenzen lassen sich zwischen den einzelnen ostdeutschen Landesverbänden bemerkenswerte Unterschiede feststellen.⁸ Diese Spannungen kulminierten in der Vergangenheit vor allem um das Thema der Regierungsbeteiligung auf Länderebene. Dieser zunächst eher theoretische Streit ist seit 1998 zu einer konkreten Auseinandersetzung geworden, als die Linkspartei erst in Mecklenburg-Vorpommern und dann 2001 auch in Berlin Regierungsverantwortung übernahm.

Der deutsche Föderalismus ist einerseits die Voraussetzung für markante Unterschiede zwischen den einzelnen regionalen Gliederungen der deutschen Parteien. Andererseits ist jedoch ein Minimum an Koordination zwischen den Landesverbänden unabdinglich, sollen die Parteien ihre eingangs erwähnte Funktion als Scharnier zwischen den Ebenen des politischen Systems wahrnehmen können. Am Beispiel der Linkspartei soll deshalb im Folgenden untersucht werden, wie diese heterogene Partei, die die Regionalisierung der deutschen Politik maßgeblich befördert hat, mit dieser Herausforderung umgegangen ist. Wie haben sich die Beziehungen der Landesverbände entwickelt? Gab es Wendepunkte? Welche Rolle spielten die beiden Regierungsbeteiligungen? Als Hypothese lässt sich formulieren, dass vor allem die Abwahl aus dem Bundestag 2002 eine wichtige Rolle für das Verhältnis der Landesverbände zueinander gespielt haben dürfte. Um eventuelle Veränderungen besser wahrnehmen zu können, werden zunächst drei Begriffe vorgestellt, mit deren Hilfe sich Interaktionen von Landesverbänden analysieren lassen: Uneindeutigkeit, lose Kopplung und Hypokrisie.

Politischer Wettbewerb im deutschen Föderalismus, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2002, Baden-Baden 2002, S. 69-81.

- 6 Es lässt sich nun streiten, inwiefern der Charakter der Linkspartei als ostdeutsche Regionalpartei (Dan Hough 2002) durch die geplante Vereinigung mit der WASG konterkariert wird. Da die Vereinigung bislang jedoch noch nicht vollzogen ist und im Gegenteil in einigen ostdeutschen Bundesländern, vor allem in Berlin, auf große Widerstände stößt, bleibt eine solche Spekulation zum jetzigen Zeitpunkt müßig.
- 7 Michael Brie unterscheidet vier Gruppierungen innerhalb der Partei: Zunächst moderne Sozialisten, die den Staatssozialismus für gescheitert halten und stattdessen Reformen von Marktwirtschaft, Demokratie und internationalem System umsetzen wollen, daneben die sozialen und linksliberalen Pragmatiker, die vornehmlich an Realpolitik und Problemlösungen interessiert sind. Drittens nennt Brie die restaurativen Ideologen, die am Staatssozialismus bis hin zum Stalinismus festhalten und viertens eine radikalalternative Strömung, deren Vertretern es vor allem um eine antiparlamentarische und antiautoritäre Opposition geht. Vgl. Michael Brie: Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS – empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 9-38, hier S. 28 ff.
- 8 Vgl. Michael Koß, Dan Hough: Between a Rock and many Hard Places – The PDS and Government Participation in the Eastern German Länder, in: German Politics, Jg. 15, Heft 1/2006.

1. Uneindeutigkeit, lose Kopplung und Hypokrisie auf der dritten Ebene

Die hier vorzustellenden Analysekatogorien gehen auf Elmar Wiesendahl zurück und wurden von diesem eingeführt, um die Organisationswirklichkeit politischer Parteien realitätsnäher beschreiben zu können.⁹ Grundsätzlich sind Parteien keine unitarischen Akteure, d. h. zwischen ihren einzelnen Gliederungen können sich sowohl vertikal (zwischen nationaler und regionaler Ebene) als auch horizontal (zwischen den verschiedenen regionalen Ebenen) Konflikte ergeben.¹⁰ Dass dies in föderalen politischen Systemen wie der Bundesrepublik besonders der Fall ist, dürfte unmittelbar einleuchtend sein. Wie eingangs erwähnt, sollen hier vor allem die horizontalen Beziehungen zwischen Landesverbänden untersucht werden. In Anlehnung an die Begrifflichkeit Wiesendahls lassen sich drei Möglichkeiten unterscheiden, wie Parteien potenzielle Konflikte zwischen ihren regionalen Gliederungen umgehen können.

1. Uneindeutigkeit: Konflikte zwischen Parteigliederungen können dadurch kaschiert werden, dass keine bindende Entscheidung gefällt wird. Auf diese Weise bleibt es jedem Landesverband unbenommen, divergierende Interessen zu verfolgen. Uneindeutigkeit ist gleichsam die organisatorische Voraussetzung für informelle politische Führung: Wenn die Ziele politischen Handelns nur ungenau präzisiert werden, liegt deren Ausgestaltung in weiten Teilen in den Händen der Parteiführer und ist der Kontrolle der Basis entzogen.¹¹

2. Lose Kopplung bezieht sich auf »everything that maybe tied together either weakly or infrequently or slowly or with minimal interdependence«.¹² Lose Kopplung stellt gleichsam eine institutionalisierte Form der Uneindeutigkeit dar, denn sie garantiert ein hohes Maß an Unabhängigkeit von Suborganisationen, hier: Landesverbänden, voneinander. Die Landesverbände können dank loser Kopplung ihre Identität bewahren und eigene Ziele verfolgen, da die Notwendigkeit der Koordination mit anderen Subeinheiten auf ein Minimum beschränkt wird. Die Hauptfunktion von loser Kopplung ist, ähnlich wie die von Uneindeutigkeit, die Begrenzung von innerparteilichen Konflikten. Ein klarer Indikator für lose Kopplung wäre der Wandel einer Subeinheit (hier: eines Landesverbandes), der eine andere Subeinheit nicht beeinflusst.¹³

3. Hypokrisie bezeichnet die in Parteien unabdingliche Notwendigkeit, die eigenen Entscheidungen von den Diskussionen darüber zu trennen: »Hypocrisy is a fundamental type of behaviour in the political organisation: to talk in

9 Vgl. Elmar Wiesendahl: *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Opladen 1998.

10 Vgl. Kris Deschouwer: *Political Parties in Multi-Layered Systems*, in: *European Urban and Regional Studies*, Jg. 10, Heft 3/2003, S. 213-226.

11 Vgl. Elmar Wiesendahl 1998, S. 220.

12 Vgl. Karl E. Weick: *Educational Organizations as Loosely Coupled Systems*, in: *Administrative Science Quarterly*, Jg. 17, Heft 1/1976, S. 1-19, hier S. 5.

13 Vgl. Elmar Wiesendahl 1998, S. 231 f.

a way that satisfies one demand, to decide in a way that satisfies another, and to supply products in a way that satisfies a third.«¹⁴ Parteien müssen zwar ergebnisoffen und kontrovers diskutieren, letztlich aber verbindliche Entscheidungen treffen. Deshalb müssen sie ihre internen Diskussionen und ihre Handlungen entkoppeln, da sie niemals, auch in der Regierungsverantwortung nicht, alles das tun können, was sie diskutiert haben. Hypokrisie ist also in allen Parteien anzutreffen, da die Entscheidungen der Parteiführung die Interessen der Basis nie vollständig widerspiegeln können.¹⁵ Je größer die Diskrepanz zwischen den Interessen der Basis und den Entscheidungen der Parteiführung, desto größer das Maß der Hypokrisie. Bezogen auf die hier untersuchten Beziehungen zwischen Landesverbänden wäre von einem hohen Maß an Hypokrisie dann zu sprechen, wenn die Basis eine bestimmte Form der Kooperation der Landesverbände bevorzugen würde (eng – weniger eng), die Parteiführung sich jedoch anders verhielte.

Uneindeutigkeit, lose Kopplung und Hypokrisie geben Aufschluss über die horizontale Integration einer Partei, definiert als die (institutionalisierte) Koordination ihrer Subeinheiten, hier: Landesverbände. Je stärker Uneindeutigkeit, lose Kopplung und Hypokrisie ausgeprägt sind, desto geringer ist das Maß der horizontalen Integration.¹⁶ Die Ebene der Koordination der Bundesländer und ihrer Angelegenheiten untereinander wird im deutschen Föderalismus traditionell als dritte Ebene bezeichnet. Untersucht man nun am Beispiel der Linkspartei Uneindeutigkeit, lose Kopplung und Hypokrisie auf der dritten Ebene, so lassen sich drei Phasen unterscheiden.

2. Lose verkoppelte Anarchie: Die Landesverbände der PDS bis 1998

In den 1990er Jahren waren die Beziehungen der PDS-Landesverbände geprägt von einem hohen Maß an Uneindeutigkeit und loser Kopplung. Die Landesverbände koordinierten ihr Verhalten formal lediglich in jährlichen Sitzungen, die von der Bundestagsgruppe organisiert wurden. Die Koordination fand sowohl auf der Fach- als auch auf der Führungsebene statt. Zum einen organisierten die Sprecher der einzelnen Politikbereiche Treffen mit ihren Pendanten aus den ostdeutschen Landtagsfraktionen. Zum anderen kamen die Führungsgremien der Landtagsfraktionen und der Bundestagsgruppe in der sogenannten Winterscheider Runde zusammen. Eine Koordination ausschließ-

14 Nils Brunsson: The Organization of Hypocrisy. Talk, Decisions and Actions in Organizations, Chichester u. a. 1989, S. 27.

15 Vgl. Elmar Wiesendahl 1998, S. 239.

16 Dabei sollte festgehalten werden, dass keine der drei Analysekatgorien per se negativ konnotiert ist. Uneindeutigkeit, lose Kopplung und Hypokrisie dienen Parteien dazu, mit ihren inhärenten organisatorischen Defiziten umzugehen, d. h. mit der unvermeidlichen Vielfalt ihrer intern geäußerten Interessen. Insbesondere auf der horizontalen Ebene, also zwischen den Landesverbänden, ermöglichen Uneindeutigkeit, lose Kopplung und Hypokrisie die Flexibilität politischer Parteien.

lich auf der dritten Ebene (also ohne Beteiligung der Bundesebene) fand, abgesehen von sporadischen gemeinsamen Sitzungen von Landtagsfraktionen, nicht statt.

Das vornehmliche Ziel aller dieser Treffen war vor allem der Austausch von Informationen, nicht aber das Herbeiführen verbindlicher Entscheidungen. 1996 etwa beschlossen die Führungsgremien von Landtagsfraktionen und Bundestagsgruppe, die PDS sei zu parlamentarischer und außerparlamentarischer Zusammenarbeit bereit.¹⁷ Dies konnte alles bedeuten – und, so wird man vermuten dürfen, sollte es wohl auch. Eine Lösung der zu diesem Zeitpunkt immer virulenter werdenden Debatte darüber, wie die Partei zu einer eventuellen Regierungsbeteiligung stehe, wurde jedenfalls so nicht gefunden. Stattdessen wurden die Gegensätze hinter Formelkompromissen wie dem der Zusammenarbeit auf der parlamentarischen und der außerparlamentarischen Ebene (Stichwort: Uneindeutigkeit) verborgen, nicht zuletzt, weil die institutionellen Voraussetzungen für eine Lösung dieses Konflikts der Länder untereinander (Stichwort: lose Kopplung) schlicht fehlten.

War es bis 1994 das wichtigste Ziel der PDS, wieder im Bundestag vertreten zu sein, brachen nach dem erfolgreichen Wiedereinzug die innerparteilichen Konflikte umso stärker auf.¹⁸ In der Tat hatten sich in Folge des hohen Maßes an Autonomie der Landesverbände und disparaten innerparteilichen Flügeln deutliche Differenzen zwischen den einzelnen Landesverbänden herauskristallisiert. Am eindrucksvollsten belegt dies eine kurze Gegenüberstellung der mecklenburg-vorpommerschen und der sächsischen PDS.¹⁹ Im Nordosten Deutschlands unternahm die Partei bereits Mitte der 1990er Jahre erste zaghafte Schritte in Richtung Regierungsbeteiligung. Dies ging vor allem auf zwei Faktoren zurück. Zum einen auf die unangefochtene Führungsposition des Vorsitzenden Helmut Holter, der ebenso beharrlich wie pragmatisch nach »Lösungen für die Leute hier im Land« suchte.²⁰ Zum anderen auf die für die PDS günstigen Rahmenbedingungen des mecklenburg-vorpommerschen Parteiensystems, namentlich das frühe Ausscheiden der FDP aus dem Landtag (durch das die PDS im neu entstandenen Dreiparteiensystem deutlich aufgewertet wurde) und das gute Verhältnis zwischen Holter und seinem Pendant bei der SPD, Harald Ringstorff. In Sachsen hingegen war die PDS deutlich oppositioneller eingestellt, vor allem aber von internen Auseinandersetzungen zerrieben. Eine unangefochtene Führungsfigur wie Holter in Mecklenburg-

17 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24. August 1996.

18 Vgl. Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS. Organisation, Geschichte, Wähler, Opladen 1996, S. 67.

19 Vgl. Michael Koß, Dan Hough: Zurück in die Zukunft? Die Linkspartei.PDS und die Verlockungen des Populismus, in: Uwe Jun, Henry Kreikenbom, Viola Neu (Hrsg.), Das Innovationspotenzial von kleinen Parteien und Wählergemeinschaften, Frankfurt/M., New York 2006b, i. E.

20 Vgl. Helmut Holter: Mehrheiten gewinnen durch eine Politik für Mehrheiten. Rede auf dem Landesparteitag der PDS Mecklenburg-Vorpommern am 25. 11. 2000 in Greifswald, in: Pressedienst, Nr. 48/2000.

Vorpommern gab es in Sachsen nicht, stattdessen lieferten sich der traditionalistische Leipziger und der progressive Dresdner Stadtverband Grabenkämpfe. Auch trug es nicht zur Öffnung der sächsischen PDS bei, dass der Landesverband im Landtag von der übermächtigen CDU wie von der schwachen SPD stigmatisiert wurde.

Kurzum, die Strategien und Ziele der PDS-Landesverbände wichen zur Mitte der 1990er Jahren erheblich voneinander ab. Uneindeutigkeit und lose Kopplung erschienen als angemessen, um ein Auseinanderdriften der Partei zu vermeiden. Bemerkenswerter Weise hatte auch die Bundespartei keinen Einfluss auf die Belange der einzelnen Landesverbände. 1994 etwa weigerte sich ein Landesparteitag in Sachsen, eine Kandidatin der Bundespartei auf die Liste für die Bundestagswahlen zu setzen und gab stattdessen einer Vertreterin des »Altlasten-Flügels« den Vorrang.²¹ Im Vorfeld der Landtagswahl 1998 scheiterten auch Gregor Gysi und Lothar Bisky bei ihrem Versuch, die mecklenburg-vorpommerschen Landesverband zu einer klaren Koalitionsaussage zugunsten der SPD zu veranlassen.²² Den Landesverbänden ging die eigene Autonomie offensichtlich vor jeder Form von Koordination. Auch nachdem die PDS 1998 in Mecklenburg-Vorpommern in die Regierung eingetreten war, wurde am System der (faktisch nicht vorhandenen) horizontalen Integration nur wenig verändert. Lediglich die Abgleichung von politischen Initiativen zwischen den Landesverbänden spielte eine etwas größere Rolle, um die regierende PDS in Mecklenburg-Vorpommern nicht durch Forderungen anderer Landesverbände zu brüskieren, die deren Linie entgegenstanden. Auf diese Weise wurde zwar die Uneindeutigkeit geringfügig reduziert, das hohe Maß an loser Kopplung wurde aber beibehalten, da es zu keinen institutionellen Veränderungen in den Beziehungen der Landesverbände kam.

3. Zunehmende Anarchie zwischen 1998 und 2002

Zwischen 1998 und 2002 nahm die horizontale Integration der PDS nochmals ab, was vor allem auf zunehmende innerparteiliche Konflikte zurückzuführen war. Die internen Auseinandersetzungen nahmen aus drei wesentlichen Gründen zu. Erstens wurde vor allem die Steuerreform der Bundesregierung von 2000 von vielen in der PDS als Schritt in die Richtung einer neoliberalen Politik der SPD gesehen, die einer parlamentarischen Zusammenarbeit der beiden Parteien im Wege stand. In der Tat hatte die SPD nach dem Rücktritt Lafontaines als Finanzminister von den keynesianistischen Prinzipien ihrer Wirtschaftspolitik Abschied genommen. Der Unmut darüber innerhalb der PDS entzündete sich deshalb vor allem an der großen Steuerreform, weil die

21 Vgl. Albert Funk: Traditionsverein im Feindesland, in: Tagesspiegel, 14. März 1994.

22 Vgl. Diethart Goos: PDS überrascht Sozialdemokraten, in: Die Welt, 18. August 1998, sowie Dieter Wenz: Wir fühlten uns an DDR-Zeiten erinnert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. August 1998.

Koalition in Schwerin – und damit auch die PDS – dieser im Bundesrat zugestimmt hatte.

Zweitens wurde zum selben Zeitpunkt die Bundesebene als Moderator der Konflikte zwischen den Landesverbänden geschwächt. Lothar Bisky, die unangefochtene Integrationsfigur der Partei, hatte nach dem Münsteraner Parteitag des Jahres 2000 angekündigt, nicht wieder für das Amt des Parteivorsitzenden zu kandidieren. Bezeichnend für die Machtverhältnisse in der PDS war es, dass die Wahl eines Nachfolgers maßgeblich von den ostdeutschen Landesvorsitzenden vorgenommen wurde. Die Entscheidung für Gabriele Zimmer signalisierte vor allem eins: Den Unwillen der mächtigen Landesverbände, ein höheres Maß an Interventionen von der Bundesebene zu akzeptieren. Zimmers Macht war auf Thüringen beschränkt, ihr gelang es in der Folge nicht, sich von den Landesfürsten der Partei zu emanzipieren. Die Bundesebene fiel damit als innerparteiliche Koordinationsinstanz zunehmend aus. Die Macht in der PDS lag noch mehr als zuvor in einem informellen Führungszirkel (vornehmlich von Landespolitikern), der naturgemäß ein Interesse an Uneindeutigkeit als Voraussetzung informeller politischer Führung hatte. Die gestiegene Bedeutung der Landesverbände (deren Personal immer wichtiger für den Kurs der Gesamtpartei wurde) wurde nicht institutionell abgefedert oder durch eine verstärkte Kooperation der Landesverbände reflektiert. Anders formuliert änderte sich also auch an der losen Kopplung innerhalb der PDS nichts.

Drittens schließlich trat die PDS zu Beginn des Jahres 2002 in Berlin in eine weitere Koalitionsregierung mit der SPD ein. Wie kein anderer Landesverband wurde die Berliner PDS von modernen Sozialisten geprägt,²³ was ihr einen Sonderstatus in der Partei einbrachte. Die PDS legte in Berlin schon 1997 Sparprogramme vor,²⁴ sie unterschied sich nicht zuletzt aufgrund der strukturellen Unterschiede zwischen der ehemals geteilten Großstadt Berlin und den anderen ostdeutschen Bundesländern signifikant von den anderen Landesverbänden der Partei.²⁵ Hinzu kam, dass die Haushaltslage der hoch verschuldeten Stadt noch weniger Spielraum für klassische staatsinterventionistische Politiken ließ als im chronisch finanzschwachen Mecklenburg-Vorpommern.

23 Vgl. Michael Koß, Dan Hough 2006 a.

24 Beispielsweise beschloss die Berliner PDS bereits 1997 ein »reformpolitisches Sofortprogramm«, in dem für die PDS-Klientel schockierende Forderungen wie die nach einer Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst ohne vollen Lohnausgleich festgelegt wurden. Vgl. Tobias Miller: »Wir wollen Magdeburger Verhältnisse«, in: Berliner Zeitung, 24. November 1997. Im Wahlkampf 2001 gingen die Sparforderungen der PDS deutlich weiter als die von Grünen, SPD und CDU. Vgl. Uwe Rada: PDS spart am besten, in: Tageszeitung, 25. Juni 2001.

25 So setzt die Berliner PDS verstärkt auf Liberalität und versucht die bislang den Grünen nahe stehenden Wähler aus den Innenstadtbezirken zu gewinnen. Internationalität, Vielfalt und Kreativität sollen neben wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit Schwerpunkte des Landesverbandes werden. Vgl. Harald Wolf: Zwei entscheidende Jahre. Plädoyer für eine Fortsetzung der rot-roten Koalition über 2006 hin- aus (<http://www.pds-berlin.de/partei/deba/2004/0409226wolf.html>).

Viele Entscheidungen, die der Landesverband im Berliner Senat fällte oder mit trug, brachten ihm denn auch erhebliche innerparteiliche Kritik ein. Die schärfste Kritik kam erwartungsgemäß aus Sachsen: Schon bei der Präsentation des Programms für die Abgeordnetenhauswahlen 2001 bemerkte der sächsische Fraktions- und Landesvorsitzende Peter Porsch, die PDS dürfe nicht »zur PR-Agentur werden, die dem Osten die SPD-Sparpläne verklickern soll«. ²⁶ In Sachsen, wo die PDS aufgrund der Stärke der CDU strukturelle Schwierigkeiten hatte, Mehrheiten zu gewinnen, fürchtete man offensichtlich, dass die opponierenden Landesverbände in den Ruch der Zweitklassigkeit geraten könnten.

Brachten der Kurswechsel der SPD und einige Entscheidungen der regierenden Landesverbände das mühsam austarierte innerparteiliche Gleichgewicht bereits bisweilen ins Schwanken, so verloren die innerparteilichen Kritiker der Regierungsbeteiligungen nach dem verpassten Wiedereinzug in den Bundestag 2002 vollends die Contenance. In einem offenen Brief forderten die Landes- und der Fraktionsvorsitzende aus Sachsen, Cornelia Ernst und Peter Porsch, die mecklenburg-vorpommersche PDS auf, »die Arbeit in der Koalition ernsthaft zu überdenken«. ²⁷ Die Konflikte spitzten sich im Vorfeld des Geraer Parteitages weiter zu. Vor allem der sächsische Landesverband gab den modernen Sozialisten, allen voran Wahlkampfmanager Dietmar Bartsch, die Schuld an der Wahniederlage der Partei und forderte dessen Rücktritt. ²⁸ Die Sachsen stärkten Gabi Zimmer den Rücken, die ihrerseits vom Reformflügel der Partei für die Niederlage verantwortlich gemacht wurde. ²⁹

Der Geraer Parteitag wurde denn auch zu einem Desaster für die modernen Sozialisten in der PDS. Zimmer wurde wieder als Parteivorsitzende gewählt, die Kandidaten der Reformer fielen durch. Am Ende war der Bruch zwischen den Parteiflügeln offensichtlich. Eines der wenigen bekannten Gesichter im neuen Parteivorstand war – kaum überraschend – Peter Porsch. Der alte Parteivorstand war, mit der Ausnahme Gabi Zimmers, komplett abgewählt worden. Nun fanden sich dort nahezu ausschließlich Vertreter des linken Flügels, mit denen die Reformer jegliche Zusammenarbeit ablehnten. Helmut Holter verbat sich jede Einmischung des Bundesvorstandes in die Angelegenheiten Mecklenburg-Vorpommerns. ³⁰

26 Vgl. Wolfgang Hübner: Letztlich zählen nur die Prozente, in: Neues Deutschland, 12. Juni 2001.

27 Cornelia Ernst, Peter Porsch: Keine Alternative zur Überwindung der Stagnation der PDS von innen heraus, in: Pressedienst 39/2002. Die mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahlen hatten am selben Tag stattgefunden wie die Bundestagswahl, und der Landesverband hatte Einbußen von einem Viertel der Wählerstimmen hinnehmen müssen.

28 Vgl. Rico Gebhardt: Sächsischer PDS-Landesvorstand fordert Bartsch-Rücktritt, in: Pressedienst 39/2002.

29 Vgl. Reiner Burger: Noch kein Futter für Hyänen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. November 2002; Sabine Beikler: Berliner PDS rückt von Zimmer ab, in: Tagesspiegel, 9. Oktober 2002; Hendrik Lasch: Delegierte aus Sachsen sollen Gabi Zimmer unterstützen, in: Neues Deutschland, 9. Oktober 2002.

30 Vgl. Jörg Michel: Tiefe Risse in der PDS, in: Berliner Zeitung, 14. Oktober 2002.

Ganz egal, wie man die Ereignisse von Gera bewertet, sie offenbarten, dass Uneindeutigkeit und lose Kopplung in offene Anarchie umgeschlagen waren. Der PDS fehlte Ende 2002 schlicht das Instrument, die in der Partei latent schon lange um sich greifende Unzufriedenheit aufzufangen. Aufgrund der mangelnden horizontalen Integration der Partei wurde der sächsische Landesverband so jedoch an die Spitze der Revolte gegen den reformistischen Parteimainstream katapultiert. Am Ende des Jahres hatte die PDS die beiden einzigen Gremien, die zuvor noch für Ausgleich zwischen den Landesverbänden gesorgt hatten, verloren: Die Bundestagsfraktion im Zuge der Wahlniederlage und den Bundesvorstand, weil er von Beginn an von den Reformern nicht akzeptiert wurde.

4. Das Ende der Uneindeutigkeit? Die Landesverbände der PDS nach 2002

Nach 2002 erreichte die innerparteiliche Koordination und Kooperation auf der dritten Ebene eine neue Intensität. Zum ersten Mal begannen die Landesverbände, bewusst miteinander zu kooperieren, ihre Pendanten nicht nur zu kritisieren, sondern deren Arbeit auch konstruktiv zu begleiten. Schon kurz nach der Bundestagswahl 2002 intervenierte der sächsische Landesverband offen für die Wiederwahl Helmut Holters als Landesminister in Mecklenburg-Vorpommern.³¹ In einem Brief an die Delegierten des mecklenburg-vorpommerschen Landesparteitages führten Ernst und Porsch aus, dass Holter »als Konstrukteur der ersten rot-roten Landesregierung in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit untrennbar verbunden [sei] mit der Fähigkeit der PDS, für ein Land Regierungsverantwortung zu tragen.«³² Offensichtlich wirkte die Gefahr des völligen Bedeutungsverlusts der PDS (nach der Abwahl aus dem Bundestag stellten der Zugriff auf den Verwaltungsapparat in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin eine nicht zu unterschätzende Informationsressource für die PDS dar) Wunder hinsichtlich des inneren Zusammenhalts der Partei.

Auch in anderer Hinsicht schlossen sich die ostdeutschen Landesverbände nach der Wahl Zimmers zur Parteivorsitzenden enger zusammen. Je deutlicher wurde, dass der Parteivorstand unter Zimmer nur eingeschränkt handlungsfähig war,³³ desto mehr präsentierten sich die Landesverbände durch konzertierte Aktionen als das eigentliche Machtzentrum der Partei. Die Vorsitzenden der brandenburgischen und der sachsen-anhaltinischen PDS, Ralf Christoffers und Rosemarie Hein, übernahmen dabei eine Führungsrolle. Die

31 Holter musste von einem Parteitag als Minister bestätigt werden, seine Wiederwahl war aufgrund der bereits erwähnten Kritik am Reformflügel der Partei alles andere als gewiss.

32 Cornelia Ernst, Peter Porsch: Sächsische PDS-Spitze für Holters Wahl, in: Pressedienst 44/2002.

33 Offensichtlich wurde die mangelnde Handlungsfähigkeit des neuen Parteivorstandes in der Diskussion um die Gegenvorschläge der PDS zu den Sozialreformen der Regierung, als Zimmer sich im Vorstand nicht durchsetzen konnte und die Bundespartei damit faktisch blockiert war. Vgl. Sabine Beikler: Die heimliche Opposition, in: Tagesspiegel, 16. Juni 2003.

sächsische PDS beteiligte sich nicht aktiv an dieser de facto Entmachtung Zimmers, ließ sie aber geschehen. Auch wenn die lose Kopplung also beibehalten wurde, wurde doch die bis dahin zwischen den Landesverbänden vorherrschende Uneindeutigkeit durch gemeinsame, zwar informelle, aber dauerhafte Entscheidungsprozesse ersetzt. Im Mai 2003 schließlich hatten die Landesvorsitzenden ihr Ziel erreicht: Ein Sonderparteitag wurde anberaumt, der über einen neuen Vorsitzenden entscheiden sollte. Die Wahl Lothar Biskys – bezeichnenderweise erneut durch die Landesvorsitzenden – zeigte, dass es der Partei vor allem um Konsolidierung, um die Wiederherstellung des Status quo vor der Übernahme des Vorsizes durch Gabi Zimmer ging. Dies mag Ausdruck der akuten Krisensituation gewesen sein, in der die PDS sich befand, könnte aber genauso gut auf das ausgeprägte Autonomiestreben der Landesparteien zurückgegangen sein.

Allerdings gab es nach dem Wechsel an der Spitze der PDS zu Bisky auch Anzeichen dafür, dass die Landesverbände durchaus bereit waren, sich auch institutionell enger aneinander zu koppeln. Im August 2003 tagte erstmals die so genannte Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK), das erste Gremium der PDS, das exklusiv auf der dritten Ebene angesiedelt war. Nachempfunden wurde die FVK im Wesentlichen dem Beispiel der anderen deutschen Parteien, die über ähnliche Koordinationsinstanzen verfügten. Mitglieder der FVK waren die Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer der ostdeutschen Landtage, die beiden Bundestagsabgeordneten und die Vorsitzende der PDS-Gruppe im Europaparlament. Ursprünglich zur Vorbereitung des Chemnitzer Programmparteitages gegründet, entwickelte sich die FVK zu einer wichtigen Schnittstelle, die den Verlust der Bundestagsfraktion und ihres Apparates zu kompensieren suchte. Die FVK befasste sich seit ihrer Gründung mit so vielfältigen und zentralen Themen wie Hartz IV, den Regierungsbeteiligungen, der Gesundheits-, Föderalismus- und Rentenreform und der EU-Verfassung. Auch strategische Fragen wurden nicht ausgeklammert, auch wenn sie zumeist nicht in der FVK entschieden wurden. Der wichtigste Nutzen der FVK scheint denn auch weniger in dem zu liegen, was dort beraten wird, als darin, *dass* überhaupt beraten wird. Anstatt voneinander aus den Medien zu erfahren, begannen die Landesverbände, sich gegenseitig über ihr Handeln zu informieren. Auf diese Weise gelang es (bisher), Konflikte zwischen den Landesverbänden im Vorfeld zu entschärfen und den erneuten Anbruch einer langen Phase der Sprachlosigkeit zu vermeiden, die 2002 zu fatalen Folgen für die gesamte Partei geführt hatte.

In der Tat scheint sich auch hinsichtlich des bis dato konfliktträchtigsten Themas innerhalb der Linkspartei eine Art informeller Konsens herausgebildet zu haben, nämlich in der Stellung der Partei zu Regierungsbeteiligungen. Seit 2003 ist kein Landesverband mehr in einen Wahlkampf gegangen mit der klaren Aussage, regieren oder gar eine Koalition mit der SPD eingehen zu wol-

len. Stattdessen steht überall der Widerstand gegen die Sozialreformen der Bundesregierung, vor allem gegen die Hartz IV-Gesetze, im Vordergrund. Strategisch scheint sich damit der sächsische Landesverband durchgesetzt zu haben, dessen Vordenker Bernd Rump gefordert hatte, die PDS dürfe sich nicht mehr in »Konstellationsfallen« begeben.³⁴ Das Vermeiden solcher Konstellationsfallen, d.h. klarer Koalitionsaussagen zugunsten der SPD im Vorfeld von Wahlen, hat die Linkspartei seit 2003 tunlichst vermieden.³⁵

Fazit

Wir haben gesehen, dass auch nach dem Eintritt in die erste Landesregierung 1998 das überaus geringe Maß an horizontaler Integration innerhalb der PDS zunächst unverändert blieb. Die einzelnen Landesverbände wichen in zentralen strategischen Fragen zum Teil erheblich voneinander ab, dies führte aufgrund der losen Kopplung der Landesverbände jedoch zu keinen Irritationen. Als 2002 die beiden einzigen Koordinationsinstitutionen (die Bundestagsfraktion und der Bundesvorstand) ebenfalls entfielen, brach zunächst innerparteiliche Anarchie aus. In diesem Sinne war die Krise der PDS von 2002/03 also auch dem Wegfall der Koordinationsinstanzen geschuldet. Durch die Schaffung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz wurde 2003 die zwischen den Landesverbänden herrschende Uneindeutigkeit verringert und ihre horizontale Kopplung intensiviert. Ausdruck dessen waren vor allem die relativ ähnlichen Wahlkämpfe, die die Linkspartei seit 2003 führte.

Erst als die Zukunft der Partei auf dem Spiel stand, begannen die Landesverbände der PDS also, ihre Kooperation zu intensivieren – das sagt viel über die interne Kooperationsbereitschaft von Parteiorganisationen aus. Dass diese wenig ausgeprägt ist, darauf deutet auch der Befund hinsichtlich der dritten, bislang unerwähnten Analysekatgorie für die Interaktionen von Landesverbänden, der Hypokrisie, hin. Hypokrisie scheint hinsichtlich der Kooperation der Landesverbände nie eine Rolle gespielt zu haben. Anders formuliert: Es gab in den Gliederungen der Linkspartei keine Anzeichen für einen Gegensatz zwischen der innerparteilichen Diskussion über eine Koordination der Landesver-

34 Vgl. Bernhard Rump: Haben die besseren Papiere – und die besseren Leute!, in: Disput 9/2003.

35 Den Wandel der Linkspartei im Zuge dieser strategischen Neuausrichtung illustriert am besten der brandenburgische Landesverband: Ursprünglich war die PDS in Brandenburg sehr stark in landespolitische Entscheidungen eingebunden (»Brandenburger Weg«), bereits 1994 unterbreitete der damalige Landesvorsitzende Helmuth Markov der SPD ein Koalitionsangebot (allerdings mit einer sehr langfristigen Perspektive, vgl. Michael Mara: Ein unerwartetes »Koalitionsangebot für die Zukunft, in: Tagesspiegel, 29. November 1994). Nachdem die Stolpe-SPD sich 1999 für die CDU als Koalitionspartner entschieden hatte, wurde der Politikstil der PDS deutlich konfrontativer, der Wahlkampf 2004 schließlich wurde in so scharfer Abgrenzung zur SPD geführt, dass eine spätere Regierungsbeteiligung wenig wahrscheinlich war. Vgl. Oskar Niedermayer: Die brandenburgische Landtagswahl vom 19. September 2004. Reaktionen der Wähler auf Hartz IV, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 36, Heft 1/2005, S. 3-19, hier S. 76.

bände und den tatsächlichen Kooperationsbemühungen. Eine Kooperation über das existierende Maß hinaus wurde in der Partei – zumindest mehrheitlich – nie gewünscht. Offensichtlich bewerten die Landesverbände ihre eigene Autonomie höher als jegliche Einflussnahme auf andere Landesverbände.

Zwei Gründe dürften hinter dieser Präferenz für die eigene Autonomie stehen. Zum einen der deutsche Föderalismus, der den Ländern ein hohes Maß an Autonomie gewährt, und zum anderen die vielen Spannungslinien innerhalb der PDS, die die Kosten jeglicher Koordination in die Höhe treiben. Angesichts der internen Spannungslinien und des beharrlichen Pochens auf die eigene Autonomie innerhalb der Linkspartei scheint die ursprünglich auf die SPD gemünzte Charakterisierung als »lose verkoppelte Anarchie«³⁶ mindestens ebenso gut auf die Linkspartei zu passen.

Die Krise der PDS von 2002/03 veranschaulicht, dass zu große Diskrepanzen zwischen den Landesverbänden insbesondere im Fall von externen Schocks (wie z. B. Wahlniederlagen) zu existenzbedrohenden Situationen führen können. Die eingangs formulierte Hypothese konnte also bestätigt werden. Ein Mindestmaß an horizontaler Integration und Koordination in Parteien ist unabdingbar. Nach dem Wechsel an der Parteispitze und dem Wiedereinzug in den Bundestag verfügt die PDS jetzt wieder über drei Koordinationsinstanzen zur Schlichtung innerparteilicher Auseinandersetzungen: die Bundestagsfraktion, den Bundesvorstand und die Fraktionsvorsitzendenkonferenz (die wohl nach der Bundestagswahl mit der Bundestagsfraktion als Mitglied fortgesetzt werden wird³⁷). Damit hat die Linkspartei nun ähnlich komplexe Koordinierungsmechanismen im Föderalismus zur Verfügung wie die anderen deutschen Parteien.³⁸

Allerdings, so ist abschließend festzustellen, mangelt es auch nicht an neuem – altbekanntem – Konfliktstoff: Während die mecklenburg-vorpommersche Linkspartei sich mit Aussagen zur Fortsetzung der rot-roten Koalition bewusst bedeckt hält, hat der Berliner Landesverband bereits 2004 angekündigt, die Koalition mit der SPD über 2006 hinaus fortsetzen zu wollen.³⁹ Der Zusammenschluss mit der WASG führt vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin zu Konflikten, auch hier geht es einmal mehr um die Frage der Regierungsbeteiligung. Inwieweit diese Entwicklungen zu innerparteilichen Auseinandersetzungen führen werden, bleibt abzuwarten. Grundsätzlich ist die Linkspartei jedoch heute besser für interne Auseinandersetzungen gewappnet als 2002. Solange sie sich allerdings über die Grundzüge ihrer Politik nicht einig ist, bleibt ihre Zukunft ungewiss.

36 Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992.

37 Interessanterweise ist ein Konflikt darüber entbrannt, ob die Bundestagsfraktion der FVK angehören oder sie leiten soll – gegen letztere Variante haben die Landesverbände große Vorbehalte, da sie eine Bevormundung durch die Bundestagsfraktion fürchten.

38 Vgl. Uwe Leonardy: Parteien im Föderalismus der Bundesrepublik Deutschland. Scharniere zwischen Staat und Politik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 33, Heft 1/2002, S. 180-195.

39 Vgl. Harald Wolf 2004.

Meinhard Meuche-Mäker

Die PDS im Westen

1. Vorbemerkung

Von Anfang an wurde der PDS in den westdeutschen Bundesländern keine Entwicklungschance eingeräumt. Wissenschaftliche und publizistische Beobachter und Akteure ganz unterschiedlicher politischer Couleur konstatierten immer wieder das Scheitern der PDS im Westen.

Weshalb ist die PDS im Westen gescheitert? Oder, um es präziser zu formulieren: Warum ist sie scheinbar gescheitert? Warum wurde die PDS im Westen nicht akzeptiert und konnte sich nicht als erfolgreiche politische Kraft etablieren? Wer die Ursachen, also gewissermaßen die großen Schwächen und die kleinen Stärken der PDS in den westdeutschen Bundesländern näher kennt, könnte Schlussfolgerungen ziehen, die im Neuformierungsprozess von Nutzen sind. Für Akteure in Umbruchsprozessen könnte dies von Vorteil sein.

Dieser Beitrag untersucht Erfahrungen aus 15 Jahren PDS-Existenz in den westdeutschen Bundesländern unter dem Gesichtspunkt der Ursachen ihres – scheinbaren – Scheiterns. Die Ergebnisse sind Teil einer Studie, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegeben und im Oktober 2005 fertiggestellt wurde.¹

2. Das scheinbare Scheitern der PDS im Westen

Drei Thesen sollen die Frage des scheinbaren Scheiterns der PDS im Westen verdeutlichen:

These 1:

Die PDS hat ihre grundlegenden Ziele nicht erreicht.

¹ Vgl. Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990-2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005. Im Text *kursiv* gesetzte Teile geben Zitate aus den für die Studie vorgenommenen Befragungen von Funktionären der PDS in Westdeutschland wieder.

1. Es ist ihr nicht gelungen, die Partei in den westdeutschen Bundesländern in dem notwendigen Umfang aufzubauen, dass sie aus sich selbst heraus existenzfähig gewesen wäre.
2. Sie ist in der Gesellschaft weitgehend nicht akzeptiert und
3. hat keinen ausreichenden elektoralen Zuspruch erhalten.

Die PDS ist in ihrer Entwicklungsgeschichte durch die Herausbildung ungeklärter innerer Probleme und – wie Michael Chrapa es genannt hat – »Asymmetrien« gekennzeichnet. Eine davon ist, dass von den Mitgliedern nicht einmal zehn Prozent im Westen wirken, dort allerdings vier Fünftel der Gesamtbevölkerung leben. Die Wahlergebnisse bewegen sich durchschnittlich im Ein-Prozentbereich im Westen und im 20-Prozentbereich im Osten. Die Akzeptanz innerhalb der Mehrheitsgesellschaft ist minimal und die Durchsetzungschancen eigener Projekte und Forderungen sind verschwindend gering. Die Chancen zur Übernahme öffentlicher Ämter sind nicht der Rede wert. Berücksichtigt man nur diese drei Erfolgskriterien: Wählerstimmen (Votes), öffentliche Ämter (Offices) und politischer Einfluss (Policies), wäre die PDS im Westen – oder zumindest ihr bisheriges Konzept – augenfällig gescheitert.

These 2

Die PDS hat sich trotzdem in den westdeutschen Bundesländern relativ lange als politisch handlungsfähige Organisation behauptet, wenn auch auf niedrigem Niveau, und hat – zumindest spärliche – Erfolge vorzuweisen.

Die PDS ist im Westen keine erfolgsverwöhnte Partei. Sie war in allen Jahren ihrer Existenz eine marginalisierte politische Kraft. Sie ist sehr wohl ein Faktor der westdeutschen Linken – aber nur einer unter und neben vielen anderen.

Ihre Akteure sind es gewohnt, trotz feindlicher Umgebung kontinuierlich politisch aktiv zu sein. Sie können auf hohen persönlichen Einsatz, erhebliches Engagement und persönliche Courage, kleine Erfolge und große Enttäuschungen zurückblicken.

Als Beispiel sei die Kommunalpolitik benannt: Dort, wo sie aktiv in kommunalen Parlamenten tätig ist, ist sie ein politischer Faktor und verfügt über kommunalpolitisches Know-how, stabilere Parteigliederungen und meistens eine erprobte Bündnisstruktur mit außerparlamentarischen Initiativen, Vereinen und Organisationen. Erfolge sind möglich: Im Frankfurter Römer gelang es, das Cross-Border-Leasinggeschäft mit der Frankfurter U-Bahn zu verhindern. Die potenziellen Chancen der Linkspartei.PDS in Köln sind in dieser Woche sogar durch die bundesweite Presse gegangen.

These 3

Die PDS im Westen ist nur scheinbar gescheitert. Denn eine Gesamtwertung muss neben obigen Erfolgskriterien zumindest dreierlei zusätzlich berücksichtigen:

1. Die PDS ist, zumindest unter ihren bislang geltenden Prämissen, immer eine bundesweit agierende Partei gewesen – stark im Osten, schwach im Westen. Die PDS im Westen ist nie als selbständig und unabhängig existierender Teil der Gesamtpartei angesehen worden.

2. Das Engagement der Akteure war auch beim Ausbleiben der Erfolge nicht unsinnig. Wie Franz Walter feststellt, sind Sinn und Drang nach Macht die zwei entscheidenden Motive politischen Handelns. Der Sinn politischen Handelns ist Motivation für außerparlamentarische Proteste, widerständische Praxen, Zweifel an herrschender Alternativlosigkeit, Solidarität und vieles mehr gewesen, ohne welches das Fundament, auf dem Veränderungen entstehen können, noch viel schwächer sein würde.

3. Ohne die Landesverbände der PDS in den westlichen Bundesländern hätte es in der Kürze der Zeit keine organisatorische Grundlage für die notwendigerweise rasche Konstruktion der Linkspartei. PDS – unter Einbeziehung von Kandidaten der WASG – gegeben. Ihre Existenz lieferte die organisationspolitischen Voraussetzungen dafür, dass das ordentliche Wahlergebnis der Linkspartei. PDS bei der Bundestagswahl überhaupt erreicht werden konnte. Die PDS im Westen hat sich nicht organisationsegoistisch und ideologisch borniert verweigert, sondern ist offen gewesen für die neuen Entwicklungen in der demokratischen Linken.

Vielleicht ist es ein Ergebnis fünfzehnjähriger Entwicklung der PDS, das in seiner Tragweite weit über die bisherige Existenz der PDS hinausreicht:

Das scheinbare Scheitern der PDS im Westen, als Chance zur notwendigen Transformation der demokratisch-sozialistischen Linken.

3. Die Ursachen des Scheiterns

Wenn die erwünschten Erfolge überwiegend ausblieben, interessiert die Frage, worin die Ursachen dafür zu suchen sind. Offensichtlich ist für das scheinbare Scheitern ein aufeinander einwirkendes Ursachenbündel verantwortlich. Dabei ist zwischen externen Faktoren, die in der Regel kaum oder nicht beeinflussbar sind, und internen Faktoren, die zumindest teilweise durch Entscheidungen und Handlungen aus der Partei heraus beeinflussbar sind, zu unterscheiden. Zu den externen Faktoren zählen

- die gesellschaftlichen Bedingungen des Umbruchs 1989/1990,
- die kulturelle Fremdheit der PDS in der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft,
- die Wirksamkeit des Antikommunismus und die Krise der westdeutschen Linken.

Als interne Faktoren werden

- Probleme der uneindeutigen politischen Orientierung der PDS,
- der mangelnden Strategiebildung und
- mangelnden Auseinandersetzung mit den konservativen Teilen der PDS-Mitgliedschaft gesehen.

3.1. Gesellschaftliche Umbrüche – Krise der Linken

Tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche, die die Lebens- und Produktionsweise in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften veränderten, wirkten sich auch auf die politische Sphäre aus. Diese Phase der krisenhaften Erosion der fordistischen Formation des Nachkriegskapitalismus trug wesentlich zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegungen, aber auch der eurokommunistischen und der Intellektuellenbewegung bei. Es war bei weitem nicht nur das realsozialistische System, das in den Jahren 1989/1991 unterging. Auch die Idee des Sozialismus und der historische Versuch einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft waren diskreditiert.

Alle Gruppierungen der Linken, inklusive der reformistischen Linken und der Gewerkschaften, befanden sich in der Defensive. Die sog. neuen sozialen Bewegungen der 70er Jahre – und erst recht die traditionelle soziale Bewegung mit ihren Gewerkschaften – befanden sich im Abschwung. Andererseits sind linke Parteien in der Vergangenheit immer aus Bewegungen heraus entstanden. Das gilt selbstredend für die Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert, aber auch für die Grünen, die Anfang der 80er des 20. Jahrhunderts aus Ökologie-, Anti-AKW- und Friedensbewegung heraus entstanden. Auch die Intellektuellenbewegung mit ihren Parteigründungen der 70er Jahre war von der Studentenbewegung 1968 ff. geprägt.

In dieser Zeit löste sich die DDR auf, und ihre Bürger schlossen sich der Bundesrepublik an. Dabei warfen sie zugleich die demokratischen Potentiale des Aufbruchs in der DDR über Bord. Die PDS befand sich wohl oder übel in der ungeliebten Bundesrepublik, wenngleich sie in keiner Weise angekommen war. Und die war auf sich allein zurückgeworfen. Keine Partei kann aber eine neue Bewegung erschaffen. Claudia Gohde hatte schon 1996 darauf hingewiesen, dass die PDS als Anachronismus erscheint, weil keine der Bedingungen erfüllt war, die in den vergangenen Jahren der BRD die Herausbildung linker Organisationen befördert hatten. Anders ausgedrückt: Es gab keinen nennenswerten gesellschaftlichen Bedarf für eine PDS in der alten Bundesrepublik.

3.2. Kulturelle Fremdheit im großen Deutschland

Der Aufschwung der PDS seit dem Untergang der DDR war mit Sicherheit die sensationelle Erfolgsgeschichte des deutschen Parteiensystems in den 90er Jahren. Eine der wesentlichen Ursachen bildet die Fremdheit der zwei deutschen

kulturellen Milieus in Ost und West. Die Ignoranz des Westens gegenüber dem Osten, der rücksichtslose Export des eigenen Erfolgsmodells mit den katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen waren ursächlich mitverantwortlich für die elektoralen Erfolge der PDS in den neuen Bundesländern.

Jens König hat in seiner Gysi-Biographie zu Recht auf Folgendes hingewiesen: »Die PDS stand plötzlich nicht mehr am Rand der ostdeutschen Gesellschaft, sondern mittendrin. Natürlich war die Partei nicht mit Ostdeutschland identisch. Aber sie verkörperte wichtige Elemente des ostdeutschen Lebensgefühls: Sehnsucht nach Heimat, Nostalgie, Selbstbehauptung, Protest und, gerade bei Jüngeren, die Verachtung der westdeutsch geprägten Gesellschaft, die die 68er und die Grünen mit einschloss. Sie war die einzige Partei, die konsequent bis zur Rücksichtslosigkeit ostdeutsche Interessen vertrat. Sie war die einzige Partei, die nicht westdeutsch dominiert war.«²

Diese Vorzüge waren zugleich jedoch auch Ursache ihrer kulturellen Fremdheit in der bundesrepublikanischen Mehrheitsgesellschaft. Im Selbstbild trägt die PDS das Positive der untergegangenen DDR weiter, im westdeutschen Fremdbild verkörpert sie als SED-Nachfolgepartei genau das Negative der zu Recht untergegangenen DDR. Sie vertrat eine Programmatik, die ostdeutsche Interessen in den Mittelpunkt stellte, und sie wurde von Leuten geführt, die nicht zum westdeutschen Politikestablishment gehörten. Sie war – wie Gysi betonte – in gewisser Weise doppelt fremd: »Doch noch immer wirkt die PDS im Westen eher wie eine ausländische Partei.«³ Und sie gab ihren sozialistischen Anspruch nicht auf. Und das, obwohl es in der Bundesrepublik doch über Jahrzehnte kein größeres Bedürfnis nach einer parlamentarisch vertretenen Partei links von der SPD gegeben hatte.

3.3. Stigmatisierung, Diffamierung, Antikommunismus

Die PDS wird als »extremistische« und mit kommunistischen und totalitären Einsprengseln belastete Partei gebrandmarkt und damit in vielfältiger Weise ausgegrenzt. Nachdem Anfang der 90er Jahre namhafte CDU-Politiker das Verbot der PDS gefordert hatten, wurde zuerst in Bayern eine an die »Berufsverbote« erinnernde Praxis eingeführt. Diese Praxis ist nicht in allen westdeutschen Bundesländern übernommen worden, dennoch spielt es eine Rolle, ob sich Menschen, zumal Berufstätige im Öffentlichen Dienst, in der PDS engagieren. Selbst noch 1996 wurde in einem FAZ-Kommentar bedauert, dass es versäumt worden ist, die PDS zu verbieten.

Die »Rote-Socken-Kampagne« der CDU in Ostdeutschland hat insbesondere im Wahlkampf 1994 dazu beigetragen, dass das der PDS verbundene Milieu eher zum schützenden Zusammenrücken und zur Solidarität mit der PDS

2 Jens König: Gregor Gysi. Eine Biographie, Berlin 2005, S. 282 f.

3 »Die PDS kommt im Westen nicht an«, in: Der Tagesspiegel vom 17. 5. 2005, Interview mit Gregor Gysi.

veranlasst wurde. Diesen Polarisierungsgewinnen entgegengesetzt war das Ergebnis in Westdeutschland. Hier entfalteten diese Maßnahmen ihre Wirkung. Obwohl seit dem Untergang des realen Sozialismus kein Bedarf an der Staatsdoktrin des Antikommunismus der frühen Jahre der Bundesrepublik bestand, verstärkte sie die Stigmatisierung der PDS als undemokratische und außerhalb des Verfassungsbogens stehende Partei. Der tief verwurzelte Antikommunismus hat seine bisherige Wirkungsmacht nicht gänzlich verloren.

Nach Gesprächen von Oskar Lafontaine mit Gregor Gysi im Jahr 1999 schrieb Günter Gaus: »Wie will er [Lafontaine – d. V.] den totalitären Antikommunismus überwinden: Eine fugenlose, abgekapselte, keine Relationen akzeptierende Weltanschauung, die, ich schrieb es schon, die deutsche Art des gegenwärtig weltweiten Fundamentalismus ist. Gegen eine solche Geisteshaltung ist kein Kraut gewachsen; sie ist von jeder Aufklärung gänzlich unberührt. Sie braucht für ihr Andauern so wenig Kommunisten, wie der Antisemitismus Juden braucht.«⁴

Die Wirkungsmächtigkeit des Antikommunismus reicht auch in der Gegenwart in die gesamte Gesellschaft hinein, beispielsweise auch in die Gewerkschaften. Es »...bleibt das Problem, dass wir als PDS nicht der geborene Gesprächspartner der Gewerkschaften sind. ... Das erkläre ich mit dem tiefsitzenden Antikommunismus hierzulande. Selbst die DGB-Führung scheint gegenüber der größten Partei ostdeutscher Prägung abstinent zu sein. ... Und das setzt sich fort in Teilen des Gewerkschaftsapparates, in Unkenntnis dessen, was wir als PDS tun, wofür wir stehen. Das Vorurteil wird weiter gedacht.«⁵

Eine neue Variante der Diffamierung ist verstärkt im Jahr 2004 im Zuge der Proteste gegen die Hartz-Gesetze aufgetreten. Diffamierung deshalb, weil nicht der vorgeblich antikapitalistische Protest der Rechtsextremen und ihr Anhängen an die Protestaktionen problematisiert werden, sondern weil der PDS vorgehalten wird, gemeinsam Front mit Rechtsextremen von DVU und NPD zu machen. Nicht nur von rechtskonservativen Medien, sondern auch im Flaggschiff des liberalen Bürgertums wurde die Parole ausgegeben: »Gestern Saarland, morgen Sachsen: Bisky, Gysi, Lafontaine und die Rechten schüren die Ängste, von denen sie profitieren. ... 35 bis 40 Prozent könnten sich am 19. September in Brandenburg und Sachsen für die Anti-Hartz-Front aus PDS, NPD und DVU entscheiden.«⁶

Adressat ist weniger die Wählerschaft in den ostdeutschen Bundesländern, als die westdeutsche Leserschaft, Multiplikatoren, Intellektuelle und Eliten. In den ostdeutschen Ländern greift das Argument weniger, im Westen ist die Totalitarismusthese »Rot = Braun«, die Legende, Kommunisten und Nationalso-

4 »Aberglaube. Lafontaine und die PDS«, in: Freitag vom 5. 3. 1999.

5 »Eine Flasche Rotkäppchen bei 1,5 Prozent«, in: Neues Deutschland vom 19. 5. 2005, Interview mit Bodo Ramelow.

6 »Aufstand der Unanständigen«, in: DIE ZEIT, Nr. 38/2004.

zialisten hätten gemeinsam (!) die Weimarer Republik zerstört, zum ständig reproduzierten Allgemeingut geworden. Und die Behauptung, die PDS sei in Wirklichkeit nicht sozialistisch, sondern national orientiert, zieht auch im jüngeren, links-alternativen Milieu.

3.4. *Unattraktive PDS für abstinente Westlinke?*

Die PDS macht es den linken Milieus nicht leicht: Den einen (z. B. den Mehrheitsströmungen von SPD und Gewerkschaften) ist sie zu weit links, den anderen (z. B. linken Intellektuellen, Globalisierungskritikern, linken Gewerkschaftern) ist sie entweder zu Ost-lastig oder zu wenig rebellisch oder zu traditionell oder zu langweilig. Auf alle Fälle gibt es ausreichend Gründe, sich nicht mit der PDS einzulassen. Warum auch? Westdeutsche Linke würden, neben allen anderen Problemen, eine Vergangenheit und Kultur erben, die nicht die eigene ist.

Die Zurückhaltung gegenüber der PDS korrespondierte mit dem weitgehenden Desinteresse an den Vorgängen in der DDR. Wie im Kapitel über die Entwicklungsgeschichte gezeigt wurde, war das Interesse gering und die Stimmung schlecht: Den einen ist ihr bisheriges revolutionär-utopisches Lebensgefühl abhanden gekommen, den anderen verschwand mit der DDR auch noch der sog. »dritte, unsichtbare Tarifpartner«, wieder andere bekamen unerwünscht ein großes Deutschland. Und all dies, weil die DDR sich auflöst, die Menschen »zur D-Mark hasten«, und irgendwie ist da auch noch eine Partei, die das alles zwar nicht zu verantworten hat, aber doch als zuständig betrachtet wird.

Der Umbruch von 1989 verursachte auf der Seite der Unterlegenen – und die werden hier als wesentlich umfänglicher verstanden als Anhänger von SED und realem Sozialismus – politische Verhaltensweisen, die häufig nur im Abschwören oder in lernunfähiger Halsstarrigkeit bestanden. Genau hier hätte die PDS einen Ort bieten können, der nicht die Ausweglosigkeit dieser beiden Pole, sondern eine Neubefassung mit den theoretischen Grundlagen und einer Erneuerung einer radikalen Reformpolitik angeboten hätte. Dazu war die PDS in den westlichen Bundesländern nicht in der Lage, wichtige Akteure auch nicht bereit. Andererseits standen viele linke Intellektuelle abseits, nutzten nicht die Chance, für die PDS »Partei zu ergreifen« und eben diese notwendigen Diskurse zu führen. Ursächlich hat dies nicht nur mit der Beschränktheit der PDS, sondern auch mit ihrer eigenen Krisenverarbeitung nach 1989 zu tun.

André Brie antwortete 1999 in einem Interview auf die Bemerkung: »Es bleibt die Skepsis in der Westlinken, die Kultivierung einer vornehmen Zurückhaltung nach dem Motto: Nun turn uns mal was Schönes vor.« Brie: »Das Bild ist nicht schlecht. Die westdeutsche Linke muss auch aus der Zuschauerdemokratie gegenüber der PDS heraustreten.«⁷

7 »Profilierung links von der SPD. Diskussion mit André Brie über Wahlerfolg und Chancen sozialistischer Politik gegenüber Rotgrün«, in: Sozialismus, Nr. 11/1998.

Wendet man den Blick von den nicht erreichten Adressaten zur PDS selbst, stellt sich die Frage nach den internen Ursachen dieser Unattraktivität der PDS im Westen.

Das 1993 beschlossene Parteiprogramm, das fast zehn Jahre Gültigkeit hatte, war durchzogen von der »Perspektive des Zusammenbruchs, des Niedergangs und der Verfolgung ... es dient der Selbstbehauptung und -verteidigung. Seine entscheidende Schwäche liegt genau darin: Es kommuniziert ostdeutsche Erfahrungen, begründet für Ostdeutsche, wozu sie eine demokratisch-sozialistische Partei gebrauchen könnten, aber eben nicht für Westdeutsche.«⁸ Das Programm war für die Gewinnung und Überzeugung von Menschen im Westen zumindest mangelhaft.

Kritisch ist die intellektuelle Ausstrahlung der PDS – insbesondere im Westen – auf die außerparlamentarische und intellektuelle Linke zu sehen. »Es hapert gewaltig an der Adaption und offenen Sichtung der Quellen und Instrumente, die uns zur Erarbeitung einer modernen sozialistischen Strategie zur Verfügung stehen. Weitgehend gibt es Nichtbefassung, zum anderen wird oft eben auch darauf verzichtet, die Quellen und Mittel offen zu legen.«

Obwohl die PDS die einzige auch parlamentarisch vertretene linke Partei ist, verfügt sie über keine Medien, vornehmlich Zeitschriften, die in der Linken eine Rolle spielen. Die einflussreicheren linken Medien berichten sehr PDS-skeptisch. Die PDS hat es nirgendwo geschafft, Debatten zu initiieren und damit Bezugspunkt gesellschaftlicher Bewegungen zu sein.⁹

PDS-Prominente sind natürlich ab Mitte der 90er Jahre auch in den Medien ausreichend zu Wort gekommen, aber freundliche Talkshow-Beiträge heben kurzfristig die Stimmung, können jedoch den »kulturellen Konservatismus«¹⁰ der West-PDS nicht verdecken und reichen denen nicht aus, die von Sozialdemokratie oder ehemals linken Grünen enttäuscht sind und deshalb eine Partei suchen, die ihnen intellektuell-politisch attraktiv erscheint.

Aber es gibt auch viele »gute Gründe«, warum auch Menschen mit linksgrün-alternativen Einstellungen eher an einer rot-grünen Landesregierung interessiert sind, als der PDS ihre Proteststimme zu geben. Es sind nicht nur die kulturelle Fremdheit der PDS und die Unvollkommenheit ihrer westdeutschen Landesverbände. Häufig sind es auch diejenigen, die in von öffentlicher Förderung abhängigen Projekten, sozialen und kulturellen Einrichtungen tätig sind und hoffen, dass Einsparungen und Mittelstreichungen bei Rot-Grün – aufgrund deren vermeintlich höherer Druckanfälligkeit – weniger gravierend ausfallen als bei CDU, CSU und FDP.

8 Horst Kahrs: Was kommt nach den »Reformern« in der PDS?, in: UTOPIE kreativ, Sonderheft zur PDS-Programmdiskussion, 2000, S. 6.

9 Vgl. Dietmar Bartsch, zit. nach: »Strategieworkshop Forum Zweite Erneuerung 17./18. 1. 03« (Ms.).

10 André Brie, zitiert nach: »Nichts als Kampf gegen alte und neue Windmühlen?«, in: Das Parlament vom 27. 9. 1996.

3.5. Unklare Strategische Optionen der PDS

Die PDS ist nach außen nicht programmatisch kohärent aufgetreten. Die regionalen Unterschiede – die alle Parteien vorweisen – waren zumeist auch ideologische. So ist die PDS auch vom interessierten Publikum wahrgenommen worden. Es ging aber nicht nur um reale oder vermeintliche Unterschiede zwischen den Landesverbänden. Als Ursache mangelnden Zuspruchs für die PDS machte Michael Brie sowohl ihre »unzureichende libertäre Orientierung« und ihre Wahrnehmung als »traditionelle sozialdemokratische Partei mit starker und autoritärer Staatsfixierung (als) auch eine zu starke Annäherung an die SPD bzw. der Verdacht einer Anpassung mit dem Bestreben, schnell zu einer Regierungsbeteiligung zu kommen«¹¹, aus.

»Es wäre die Aufgabe der Westlinken gewesen, sich mit der europäischen Unionierung auseinander zu setzen. Die vorherrschende Fixierung auf den Nationalstaat hat uns aber den Blick für die Vorzüge, die eine europäische Zivilgesellschaft entwickeln kann, verstellt. Die durch die reale Entwicklung der europäischen Unionierung hervorgerufenen Fragen, an denen wir uns hätten abarbeiten müssen, um eine wirklich moderne Strategie zu entwickeln, sind im Großen und Ganzen ignoriert worden.«

Neben diesen Ursachen liegt es immer noch daran, dass die »Tradition der PDS als Ostpartei, als Nachfolgepartei der SED, der Ruf, zu unkritisch gegenüber der eigenen Geschichte zu sein«, nicht vollständig überwunden ist. Es gibt viele linke Menschen, denen diese Grundfrage, das Verhältnis zum Stalinismus, entscheidend für ihr Engagement ist. Sie betrachten die Pflege der Traditionsunternehmen in der PDS mit Unbehagen. Und es ist »insgesamt die Diskreditierung des ›realen‹ Sozialismus«.

PDS als Sammlungsbewegung der Linken?

Ein Konfliktfeld, das seit dem Entstehen der Linken Liste bzw. der PDS insbesondere in den ersten Jahren bestand, war die Frage, ob die PDS die Partei aller Linken werden soll. 1995 meinte Wolfgang Gehrcke in einem ZEIT-Interview: »Seitdem hat die PDS ›ein Sektiererproblem«. Die linke Bündelung hat mehr Stimmen gekostet als gebracht.«¹²

Die PDS, die nach dem Bruch mit der SED zumindest den Anspruch hatte, ihre Geschichte und deren Ursachen aufzuarbeiten, konnte auch von den Westlinken ein hohes Maß selbstkritischer Reflexion ihrer Geschichte, von Theorie und Praxis der sozialistischen Bewegungen erwarten. »Es ging nicht darum, allen, die nach der Implosion des realen Sozialismus keine Heimat mehr hatten und an der Idee des Sozialismus festhalten wollten, ein neues Zuhause zu bieten.«¹³

11 Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? Analyse und Perspektiven (Ms.), Mai 2003, S. 25.

12 »Links, deutsch, skurril«, in: Die ZEIT vom 7. 5. 1995.

13 Claudia Gohde: Im Westen was Neues?, in: Heinz Beinert (Hg.): Die PDS – Phönix oder Asche?, Berlin 1995, S. 76.

Dieser Konflikt entzündete sich beispielsweise an der Aufstellung von Wahllisten oder an der Frage, mit Organisationsbündnissen zu Wahlen anzutreten. Organisationen wie DKP, MLPD und Arbeiterbund versuchten Druck auf die PDS auszuüben und Einfluss zu gewinnen. Oftmals fand sich die auf Bundesparteitag beschlossene Schwerpunktsetzung und Programmatik der PDS in der konkreten Praxis der Wahlpolitik nicht wieder.

Hier sei die Frage erlaubt, ob die Mitglieder wirklich den Übergang von einer Klassenkampfpartei alten Typs zu einer modernen sozialistischen Partei schaffen wollten, die die unterschiedlichen Widerspruchsverhältnisse in der Gesellschaft akzeptiert, die Möglichkeiten zur freien Entfaltung der Persönlichkeit bejaht und stärker als bislang die Rolle der Subjekte in der Politik betont, anstatt auf den objektiven Gang der Geschichte zu verweisen, als dessen Vollstrecker man sich wähnt.

Es gab unterschiedliche Versuche, die PDS im Westen für andere Organisationen bzw. Milieus zu öffnen. Zwei seien genannt:

1999 unternahm Dieter Dehm Vorstöße, die DKP für eine wahlpolitische Enthaltensamkeit zu gewinnen und sie in die PDS zu integrieren.¹⁴ Der Gedanke erfuhr entrüstete Ablehnung seitens der DKP, die auf Eigenständigkeit und inhaltliche Differenzen verwies, genauso wie bei Mitgliedern der West-PDS,¹⁵ die ebenfalls geringe inhaltliche Schnittmengen monierten, aber auch ihre negativen Erfahrungen mit der DKP vor Ort anführten.

Mit dem Austritt von fünf Bürgerschaftsabgeordneten aus der GAL-Fraktion sowie einzelner Bezirksversammlungsabgeordneter und der anschließenden Bildung der Parlamentsgruppe »Regenbogen – für eine neue Linke« in Hamburg im Mai 1999 stellte sich die Frage, wie die PDS auf diese linksalternativ-grüne Abspaltung von den Bündnisgrünen reagieren solle. Teile der reformsozialistischen Strömung in Hamburg setzten auf Kooperation mit der möglichen Perspektive der Integration in die PDS. Dies hätte allerdings eine deutliche Wandlung der Hamburger PDS-Verhältnisse und des Selbstverständnisses einer Mehrheit der Hamburger Mitglieder vorausgesetzt und war letztendlich nicht durchsetzbar. Auch Teile von Regenbogen hätten nie auf die Option PDS gesetzt, obwohl in zahlreichen Sach- und programmatischen Fragen eine hohe Schnittmenge existierte. Die Hamburger Ergebnisse der Europawahl 1999 lassen vermuten, dass die skizzierte Orientierung nicht chancenlos gewesen wäre. Dafür spricht auch der Übertritt des niedersächsischen Landtagsabgeordneten

14 Vgl. »DKP zum Wahlverzicht aufgefordert«, in: Neues Deutschland vom 18. 10. 1999; »Wir schlagen Wurzeln in der Gesellschaft«, in: Neues Deutschland vom 12. 11. 1999, Interview mit Dieter Dehm; vgl. Dieter Dehm: Vor-schläge zum Stärkerwerden – auch im Westen! (Manuskript), Januar 1999, S. 3.

15 »Der Vorstoß von Dehm erwecke den Eindruck, als sei die DKP eine Hauptzielgruppe der PDS, sagte Udo Wolf. Wie andere Bundesvorstandsmitglieder vertrat Wolf die Ansicht, dass DKP-Anhänger nicht automatisch PDS wählen, wenn die DKP keine Kandidaten aufstellt.«, zit. nach: »Keine Aufforderung an die DKP zur Selbstauflösung«, in: Neues Deutschland vom 19. 10. 1999.

Christian Schwarzenholz von den Bündnisgrünen zur PDS am 8. 1. 1999. Die PDS hatte damit »ihren« ersten Landtagsabgeordneten im Westen.

Problematisch »sind nicht die hier beispielhaft genannten Versuche an sich gewesen, sondern dass es ab Ende der 90er Jahre innerhalb der PDS keine transparente Debatte um diese Fragen gab. Notwendig wäre der Versuch gewesen, die Basis der PDS in den westdeutschen Ländern substanziell zu verbreitern. Damit hätte sich allerdings auch die Frage der programmatischen und strategischen Ausrichtung gestellt. Auf der Grundlage unterschiedlicher Mehrheitsverhältnisse wurde die Frage innerhalb der PDS regional unterschiedlich beantwortet.

Die Hoffnung auf den Durchbruch – Mangel an Analyse und Verbindlichkeit

Viel zu oft wurde in den ersten Jahren der Existenz der PDS erwartet, von einer bestimmten Idee, von einer bestimmten Maßnahme würde der Durchbruch im Westen abhängen. Dies war bereits bei der Gründung der Linken Liste so, erst recht bei dem Versuch, bei den Bürgerschaftswahlen 1995 ins Bremer Landesparlament einzuziehen. Die Losung von dem »Milliönchen« Wählerstimmen, die im Westen geholt werden müssten, begleitete den ersten Bundestagswahlkampf. Je höher die Erwartungen geschraubt wurden, desto tiefer war der anschließende Absturz in die Frustration – sowohl bei den Akteuren im Westen, als auch bei den Solidarität übenden PDS-Mitgliedern im Osten. Verständliche Wünsche und Hoffnungen ersetzen notwendige realistische Analysen.¹⁶

Und obwohl auch in der PDS-Führung das Problem thematisiert wurde,¹⁷ blieb es bestehen.¹⁸ Mangelhafte Analyse einerseits¹⁹ und mangelnde Verbindlichkeit andererseits, die Beschlüsse auch umzusetzen, verbanden sich. Insbesondere vor Entscheidungen, zu Kommunal- oder Landtagswahlen anzutreten, vermochten PDS-Gliederungen in den westdeutschen Landesverbänden häufig nicht, ihre Chancen realistisch einzuschätzen. Der Versuch der Partei-

16 Der frühere Bundeswahlleiter André Brie formulierte scharf: »Die beständigen Versuche des PDS-Parteivorstandes und einiger westlicher Landesverbände sich und der Partei in dieser Hinsicht etwas vorzumachen, verschärfen durch ihren Voluntarismus und illusionären Charakter sowie die ständigen unvermeidlichen (und immer wieder ignorierten) Enttäuschungen das Problem zusätzlich.« André Brie : Die PDS in Ost und West – Fakten und Argumente statt Vermutungen (Manuskript), Berlin 2000, S. 5.

17 »Ich gebe auch zu, daß ich mir viele Illusionen gemacht habe, vielleicht nüchterne Analysen durch Wünsche ersetzt habe. Das ist politisch nicht in Ordnung, aber menschlich vielleicht nachvollziehbar. Wir haben zu wenig analysiert, unter welchen spezifischen Bedingungen auch Linke im Westen sich der PDS nähern oder nicht.« zit. nach: Wolfgang Gehrcke: »Die PDS – eine Partei im Wandel«, Interview mit Wolfgang Gehrcke in: DISPUT, Heft 5/1997, S. 4.

18 Bei der Landtagswahl 1999 in Schleswig-Holstein kommunizierte die PDS wiederum unrealistische Zielvorstellungen. Vgl. »Kurs Fünf Prozent«, in: Neues Deutschland vom 2. 11. 1999.

19 »Ein spezielles Konzept ist für die Entwicklung der PDS in Westdeutschland erforderlich. Dazu liegen nunmehr ein Parteitagbeschuß zu wesentlichen, vor allem praktischen Fragen sowie eine Ist-Bestimmung der quantitativen und strukturellen Situation vor, noch keine gemeinsame und gemeinsam diskutierte Analyse des politischen Zustandes und der Probleme.«, zit. nach: Lothar Bisky, André Brie: »Deutschland braucht eine neosozialistische Alternative«, in: Neues Deutschland vom 21. 2. 1995.

führung, Kriterien für die Kandidaturen zu entwickeln, wurde aus unterschiedlichen Gründen unterlaufen.

Zwilling des Zweckoptimismus war der Zweckpessimismus. Über die Ursachen der Niederlagen – beispielsweise bei der Bürgerschaftswahl 1995 in Bremen – herrschte kein Konsens in den westdeutschen Landesverbänden. Entgegen externen Beobachtern wurde nicht das Scheitern des Westaufbaus konstatiert, sondern nur eine Niederlage des innerparteilichen Gegners goutiert.²⁰ Selten ging es um eine vorurteilsfreie Analyse des Entwicklungsstandes und der möglichen gemeinsamen Perspektiven, häufiger um Verteilung von Mitteln und Ressourcen und um Deutungshoheit im Westen.

Mangelnde Analyse ist das Eine, der Verzicht auf Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer strategischer Überlegungen zur Entwicklung der PDS in den westlichen Bundesländern das Andere. Auf dem 4. Parteitag (27.-29.1.1995), auf dem die Debatte zur Entwicklung im Westen eines der geplanten Schwerpunkte war, wurde der Beschluss gefasst, dass es keinen »Königsweg« in den West-Landesverbänden gibt.

Ein sinnvoller Gedanke, wenn er zu transparentem, koordiniertem Experimentieren mit unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkten, Wahlbeteiligungsvarianten und Entwicklungsperspektiven genutzt worden wäre. Wurden die bisherigen Konzepte evaluiert, welche Formen des Erfahrungsaustausches, der Vernetzung existierten? Wie wurde der Gebrauchswert der PDS im Westen bestimmt? Die Praxis machte allerdings eher den Eindruck, hier sei ein gern zitierter Formelkompromiss geschlossen worden, der den jeweiligen Mehrheiten in den Landesverbänden ihr eigenbrötlerisches Agieren garantierte.

3.6. PDS-Mitglieder in der Diaspora

Die PDS hat von Beginn an auch Anziehungskraft auf Gruppen und Organisationen ausgeübt, die sich von jeher nur für Antworten und nicht für Fragen zuständig fühlten. Sie stilisierten daraus ein »Bündnis der Linken« unter dem Dach der PDS. Den Erneuerungsbemühungen der PDS wurde damit nicht nur ein Bärendienst erwiesen, sondern sie wurde, wie Steffen Lehndorf 1990 schrieb, »unversehens mit einer wirksamen Abstandswaffe für das Gebiet der Ex-BRD ausgestattet«.²¹ Diese Ansicht hat bereits im Gründungsjahr zahlreiche Linke davon abgehalten, sich am Projekt Linke Liste bzw. PDS zu beteiligen.

Teile der Mitglieder brachten ihre Debatten und Feindseligkeiten mit in die PDS und führten sie dort fort. Vermutlich trugen diese Herkünfte und Verhaltensstandards dazu bei, dass neue, jüngere Mitglieder hiervon abgeschreckt

20 »Aber schon gibt es wieder innerparteiliche Pfiffikusse, die sich über das bremische Resultat freuen, weil sie es fälschlich für eine Niederlage nur des Gysi-Flügels halten.« Zit. nach Georg Fülberth: Erste Welt und fünftes Rad. Überlegungen zum gegenwärtigen Zustand der PDS und zu ihrer Stellung in Parteiensystem und Gesellschaft der BRD, in: Konkret, Nr. 5/2005, S. 27.

21 Steffen Lehndorf: Ein Trabbi ist kein Sattelschlepper, in: Sozialistisches Forum, Aug. 1990, S. 3.

wurden und die PDS relativ häufig wieder verließen. Neue Mitglieder fanden kulturelle und Diskussionsstrukturen vor, die oftmals von Menschen geprägt worden waren, die in eher abgeschotteten Milieus beheimatet waren. Nach innen gerichtete Selbstvergewisserung und die Erfahrung von Gemeinsamkeiten standen als Bedürfnis obenan.

Die PDS war für den größten Teil der westdeutschen Linken nicht attraktiv, allerdings für die übrig gebliebene traditionskommunistische, linksradikale und K-Gruppen-Szene sowie den besonders traditionalistischen Teil innerhalb der linken Sozialdemokratie. Die damalige PDS-Führung kam ihnen weit entgegen – Alternativen waren auch nicht in Sicht. Seitdem ist die PDS im Westen ein Sammelbecken für Teile der antiquierten Linken geblieben.

Die Tatsache allein wäre aber nicht problematisch gewesen. Auch bei den Grünen, SPD und Gewerkschaften finden sich genügend Menschen dieser Milieus. Problematisch waren ihre Dominanz innerhalb der PDS und die Passfähigkeit zu einem großen Teil des Kernmilieus der Partei im Osten. Michael Brie hat im Jahr 2000 zu den Konflikten in der PDS darauf hingewiesen: »Die kommunistischen und orthodox sozialistischen Opponenten der bisherigen Führungsgruppe sind nicht hegemoniefähig, da ihre Durchsetzung auch nach Ansicht der Mehrheit der Mitglieder der PDS mit einem völligen Bedeutungsverlust der PDS verbunden wäre. Zugleich haben sie eine starke und relativ komfortable Veto-Macht, die nicht an praktische Erfolge der Arbeit nach außen gebunden ist. Ein Angriff auf sie erscheint immer als Angriff auf die Identität der Mehrheit der Mitglieder.«²²

Ein scharfer Diskurs bzw. die Durchsetzung von Beschlusslagen der Bundesparteitage unterblieb oftmals. Die Bekämpfung der PDS-Führung,²³ aber auch unliebsamer Mitglieder vor Ort, bis hin zur persönlichen Diskriminierung, wurden in Kauf genommen, und damit auch der Rückzug von Mitgliedern bzw. der sog. Drehtüreffekt bei neuen Mitgliedern.

Die nahe liegende Vermutung, dass die Herkunft der dominierenden Funktionsgruppe der Mitglieder im Westen allein ausschlaggebend gewesen sind, und man bräuchte »nur 2 000 Mitglieder im Westen (zu) verlieren, um 20 000 zu gewinnen«, greift zu kurz. Entscheidend ist nicht die Frage, in welcher Organisation ein heutiges PDS-Mitglied vor 15 Jahren organisiert war, sondern ob es lernfähig und lernwillig ist. Und zwar in dem Sinne, ob ein wirklicher Bruch mit den Schatten der Vergangenheit vollzogen wurde. Ich stimme aus-

22 Brie, Michael: Die PDS- Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität (Ms.), 30. 5. 2000, S. 24.

23 Außerhalb der PDS, bei WählerInnen, aber auch weit darüber hinaus, hatte Gysi hohe Sympathiewerte. Es darf nicht übersehen werden, dass es bei nicht wenigen Mitgliedern – insbesondere, aber nicht nur im Westen – gegenteilige Auffassungen gab. Nicht selten kollidierten die Auffassungen von Sympathisanten und neuen Mitgliedern (pro Gysi) mit denen etablierter Kader (contra Gysi). In seltener Offenheit begründete der frühere Hamburger PDS-Landesgeschäftsführer Andreas Grünwald 1997 seinen Austritt aus der PDS mit der »Hetzkampagne seitens solcher Schwätzer und Parvenüs wie Gysi, Brie u. a.«

drücklich Klaus Kinner und Wladislaw Hedeler zu, die 2002 schrieben: »Wer meint, alles sei gesagt und die linken Utopien könnten bruchlos weitergesponnen werden, irrt. Die Kenntnisse über den Stalinismus oder gar Ansätze seiner historischen Erklärung stehen in einem umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung in der neueren Geschichte.«²⁴

4. Fazit

Die PDS in den westdeutschen Bundesländern hat in den Neuformierungsprozess eine Reihe von Erfahrungen einzubringen. Einerseits ist es die Erfahrung erfolgreichen Handelns, insbesondere im kommunal- und bündnispolitischen Bereich. Andererseits ist es die Erfahrung des Scheiterns ihrer grundlegenden Konzepte auf dem Weg zu einer »normalen Partei«. Diese Erfahrungen sind wertvoll und können helfen, beim Neuformierungsprozess Fehler nicht zum zweiten Mal zu begehen.

Die PDS im Westen hat nicht den geringsten Grund zur Selbstzufriedenheit, nur muss auch nicht übersehen werden, dass es in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten auch keiner anderen linken Partei²⁵ gelungen ist, zu nennenswertem gesellschaftlichen Einfluss zu gelangen.

Diese Situation kann sich jetzt für die Linke grundlegend ändern. Ändern, weil sich auch die gesellschaftlichen Bedingungen und politischen Konstellationen verändert haben und absehbar zukünftig weiter verändern werden.

Die PDS im Westen stand während ihrer gesamten Existenz vor der paradoxen Situation: Sie brauchte neue Mitglieder, um eine bessere Politik machen zu können, andererseits war eine bessere Politik die Voraussetzung dafür, neue Mitglieder zu gewinnen.

Vielleicht ergibt sich jetzt, für die sich wandelnde demokratisch-sozialistische Linke, die Chance, beides zu bekommen: neue Mitglieder *und* eine neue, bessere Politik.

24 Wladislaw Hedeler, Klaus Kinner: *Stalinscher Terror 1934-1941*, Berlin 2002, S. 7

25 Die Qualität der heutigen Situation besteht auch darin, dass mit dem Abspalten eines relevanten Teils der SPD, seiner Formierung in der WASG und der Kooperation mit der Linkspartei.PDS, in der Bundesrepublik zum ersten Mal seit den fünfziger Jahren eine Kraft links der SPD auch im parlamentarischen Bereich zumindest in die Nähe der Fünf-Prozent-Marke gerückt ist. Bislang sind alle sich politisch links von der SPD verorteten Kräfte, die sich um substanzielle Unterstützung in der Bevölkerung und um bundesweite parlamentarische Repräsentanz bemüht haben, ebenfalls gescheitert. Das betrifft die traditionskommunistischen Parteien nebst ihren Wahlbündnissen (KPD, DFU, ADF, DKP, Friedensliste), die kommunistischen Parteiprojekte der Intellektuellenbewegungen der 70er Jahre (sog. K-Gruppen etc.), die Demokratischen Sozialisten, die sich Anfang der 80er Jahre aus Protest gegen die Regierung Schmidt gründeten, die linksgrün-alternativen Projekten wie Regenbogen, die sich Ende der 90er von den Bündnisgrünen abspalteten - bis hin zur Wahlalternative (NRW).

Was bewegt die Partei? Erfahrungen mit Fusion und Parteireform

Es geschah im Wonnemonat Mai 2005. Das Fräulein PDS holte sich wieder mal einen Korb bei ihrem Auserwählten. Diesmal sollte der Bräutigam aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland NRW kommen. Doch am Tag der Brautwerbung, am 22. Mai,¹ wandte sich der Umworbene anderen zu, und Fräulein PDS stand, wie schon seit 15 Jahren, wieder allein und fragte sich, mit wem sie den großen Septemberball² besuchen sollte, den der Bundeskanzler gerade ausgerufen hatte. Sie war nahe dran, sich damit abzufinden, allein alt zu werden, harderte mit dem Schicksal und hätte fast den Moment verpasst, als der wackere Herr WASG vorbeiritt und dem Fräulein PDS einen kecken Blick zuwarf. Herr WASG war erst vor kurzem in der Gesellschaft aufgetaucht und machte sich gerade überall bekannt. Er fand Fräulein PDS zunächst ein bisschen angestaubt und mauerblümchenhaft. Doch bald erkannte er ihr gutes, mütterliches Wesen und war auch ihrer Mitgift nicht abgeneigt. So kam es in kurzer Zeit zu einem Antrag, und nach der Verlobung wurde aus Fräulein PDS »Frau Linkspartei, geborene PDS«. Das kurz darauf geborene gemeinsame Kind im Bundestag wurde *Die Linke* getauft. Allerdings gab es auch schon zahlreiche große und kleine Kinder und viele weitere Familienangehörige in den 16 Ländern, die sich teilweise vertrugen, aber teilweise auch pubertär und eifersüchtig stritten, miteinander und darum, wer den besseren Papa oder die bessere Mama hat.

Nun wird die Hochzeit vorbereitet. Und wir fragen uns: War es Liebe auf den ersten Blick, womöglich nur ein Strohfeuer, das zu einer schnellen Verlobung führte, oder eine Vernunfthehe? Mussten die beiden heiraten, weil schon das Kleine unterwegs war? Wie werden die beiden Großfamilien miteinander klarkommen? Und vor allem: Hält diese Verbindung in guten und in schlechten Tagen?

1 Landtagswahl NRW 2005.

2 Bundestagswahl 2005.

Das fragen sich die über vier Mio. Wählerinnen und Wähler und wir uns auch. Darum will ich im Folgenden vier Fragen nachgehen. Dabei habe ich vorsichtshalber eine Partnerberatung hinzugezogen.

1. Frage: War es eine Vernunft Ehe...

Wie bei einer ordentlichen Vernunft Ehe haben auch beim Zusammengehen von PDS und WASG zwei »Patriarchen«, nämlich die beiden Spitzenpolitiker Gysi und Lafontaine, dafür gesorgt, dass zusammenwächst, was auch zusammengehört. Gysi kündigte Anfang Juni 2005 seine Kandidatur an, und Lafontaine erklärte eine Woche später, dass er zu einer Kandidatur bereit wäre, wenn PDS und WASG bei der Bundestagswahl im September zusammengehen würden. Darüber entfachten die Medien einen so starken Druck, dass die Unterhändler auf beiden Seiten kein Scheitern mehr riskieren konnten.

Vernünftig ist die Verbindung auch deshalb, weil sie erfolgreich ist, weil beide Parteien alleine kaum Chancen auf eine Fraktion im Bundestag gehabt hätten, und weil sich beide Parteien regional ergänzen. Während die Linkspartei vor allem im Osten stark ist, ist die WASG in fast allen westlichen Bundesländern stärker. Beide Parteien beziehen sich auf die gleiche soziale Bewegung gegen die »Agenda sozial« von Gerhard Schröder, stellen sich gegen deutsche Militäreinsätze im Ausland und suchen die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.³

Dann sprechen inzwischen auch zwei rechtliche Argumente für die Vernunft Ehe: Zum einen dürfen die beiden Parteien nirgendwo gegeneinander kandidieren, weil dann die gemeinsame Fraktion im Bundestag gefährdet wäre. Zum anderen lässt das deutsche Wahlrecht keine Parteienverbindungen bei Kandidaturen zu, darum muss, bis zum Abschluss der Fusion, bei jeder einzelnen Wahl in den Ländern und Kommunen entschieden werden, welche Partei jeweils antritt. Und jedes Mal muss ausgehandelt werden, wie viele und welche Kandidaten der jeweils anderen Partei mit auf die Liste der genommen werden. Dieses Konfliktpotenzial wird durch die Fusion erheblich reduziert.

Vom Standpunkt der Vernunft spricht also sehr viel für diese Fusion.

Die Partnerberatung bestätigt, dass solche Ehen mit vielen Gemeinsamkeiten, aber auch komplementären, also sich ergänzenden Eigenschaften, haltbar sind. Nicht umsonst ist in früheren Zeiten, als noch die Familienoberhäupter die Ehen ihrer Kinder aushandelten, aus mancher Vernunft Ehe auch Liebe geworden. Aber natürlich ist das gegen jede Selbstbestimmung. Darum stellt sich die nächste Frage:

3 Vgl. dazu das Heft Programmvergleich der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

2. Frage: ...oder ist auch Leidenschaft mit im Spiel?

Ja, Leidenschaft und Emotion auf jeden Fall, Liebe vielleicht seltener. Es gibt Regionen, da würden die Parteien lieber heute als morgen fusionieren, sie wählen im Überschwang schon gemeinsame Vorstände; in bestimmten Kreisverbänden in NRW treten Mitglieder der WASG in die Linkspartei ein, um ihren eigenen Fusionspartner zu stärken, in Sachsen werden dem kleineren Partner Büros finanziert und mancherorts selbst internste Informationen zur Verfügung gestellt. Anderswo steht man dagegen schon fast vor Gericht, es wurde und wird erbittert um Listenplätze gestritten, man kommuniziert über »Offene Briefe« oder überhaupt nicht.

Dabei sind die meisten Blockaden nicht politisch motiviert, sondern organisationsbedingt. In den allermeisten Konflikten geht es um Anerkennung, Angst vor Vereinnahmung und Kontrollverlust, um Identität und gegenseitige Wertschätzung. Dabei gilt: je kleiner der Verband, desto größer der Konflikt. Im Westen wurden die kleinen Verbände der Linkspartei im Wahlkampf mit einem Schlag bedeutend, weil sie auf einmal Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen konnten, die eine gute Chance auf Einzug in den Bundestag hatten. Diese Bedeutung müssen sie nun im Zusammengehen mit der WASG teilen. Die WASG hingegen hatte als Partei einen geradezu kometenhaften Aufstieg – gerade wenn man das mit der PDS-Entwicklung im Westen vergleicht. Nun möchte sie nicht in der personell viel stärkeren Linkspartei aufgesogen werden.

Die Antwort auf all diese Probleme lautet als erstes: Respekt, Würdigung, Anerkennung. Einer der meistgenannten Wünsche in den Verhandlungen ist, »auf gleicher Augenhöhe« zu reden. Das meistgebrauchte Wort der Befürchtung ist: »Wir werden am Nasenring herumgezogen.« Und man kann feststellen: Wo auf gleicher Augenhöhe miteinander geredet wird, obwohl die Größenverhältnisse total ungleich sind, da lebt die Fusion. Wo Anerkennung und Respekt verweigert werden, ist der Streit groß.

Und selbstverständlich werden in einer politischen Partei die Konflikte sofort politisiert, auch wenn die Herkunft ganz anderer Natur ist. Natürlich gibt es zwischen den Parteien unterschiedliche Haltungen zur Frage der SED-Geschichte, zur Regierungsbeteiligung, zum sozialistischen Selbstverständnis, zur Ökonomie und vielen anderen Fragen. Doch all diese Widersprüche finden sich in den Parteien selber wieder, und ich denke, sie gehören in die pluralistische Breite einer modernen linken Partei. So ist es nicht verwunderlich, dass in der WASG manche Ex-PDS-Mitglieder anzutreffen sind, die nun mit der Fusion auch die politischen Mehrheiten in der Linkspartei verändern wollen. Ebenso hoffen in der Linkspartei manche Regierungsgegner auf Unterstützung aus der WASG, und in Berlin sind deshalb die Probleme am größten. Dennoch lässt sich keine Aussage belegen, dass die Probleme zwischen WASG und Linkspartei vor allem politische Linienkämpfe abbilden.

Die Partnerberatung meint: So wie in einer Ehe der Streit um die Zahnpastatube ungeeignet ist, die Größe der Liebe zu beweisen, so wenig ist in Parteien jeder Konflikt ein politischer Grundsatzstreit. Auch Parteien wären gut beraten, mehr die sozialen, kulturellen und kommunikativen Dimensionen zu berücksichtigen. Manches Mal würde durch die Bewältigung zwischenmenschlicher Konflikte erst der Raum geschaffen für politische Handlungsfähigkeit.

3. Frage: Müssen die beiden heiraten, weil schon ein Kind da ist?

Ja, das kann man wohl so sagen. Ich habe schon die rechtliche Seite beschrieben: Die Fraktion ist gefährdet, wenn die beiden Parteien gegeneinander antreten; Wahlbündnisse gehen aus rechtlichen Gründen auch nicht. Schauen wir uns die verschiedenen Triebkräfte, die die Kooperation beider Parteien voranbringen, einmal genauer an:

Die atemberaubende Geschwindigkeit, in der die öffentliche Erwartung und die anstehenden Wahlen Veränderungen in der PDS bewirkten, steht in keinem Verhältnis zu der Trägheit, mit der die Partei in den vergangenen Jahren andere Veränderungen angegangen ist. Die Programmdiskussion schleppte sich quälende fünf Jahre hin, nicht minder die Parteireform oder das Mitgliederprojekt. Es ist ein seltsamer Widerspruch: Wenn die Partei sich selber Veränderungen auf die Fahne schreibt, selbstbestimmt, im selbstgewählten Maß, nach eigenem Zeitplan, dann geht das alles ganz furchtbar langsam und schwerfällig, die Trägheit ist lähmend, der Tanker kaum zu bewegen. Während aber die viel kritisierten »bürgerlichen« Medien ihr Augenmerk auf die Partei richten und das stark verbesserungsbedürftige parlamentarische System Bedingungen setzt, kommt auf einmal Bewegung in die Partei. In Blitzesschnelle veränderte die PDS ihren Namen, verständigte sich auf den Fusionskurs, öffnete ihre Listen und überhaupt die Partei für neue, zunächst recht unbekannte Leute.

Und: Die Fusion wird etwas anderes ergeben als nur die Addition der Parteien PDS und WASG. Deshalb wird auch von einem Parteibildungsprozess und nicht von einer Fusion gesprochen. Es wird einen neuen Namen, ein neues Programm, eine neue Satzung und eine neue Organisationsstruktur geben. Das ist wirklich ein Wagnis, daraus spricht Mut, Optimismus und auch Risikofreude. Mehr als man der alten Tante PDS in den letzten Jahren zuge-
traut hatte.

Was sind die Triebkräfte dieser Veränderung?

Im Inneren sind es Unzufriedenheit, Leidensdruck, auch Einsicht in die Notwendigkeit, etwas zu ändern, weil die Mitglieder weniger werden, der Erfolg im Westen ausbleibt, die Verankerung in den Bewegungen unzureichend ist.

Die Triebkräfte von außen sind öffentliche Erwartung, die Erfordernisse des parlamentarischen Systems, es sind die Meinungsumfragen, und es ist das

Wahlervotum. Und natürlich sind es auch die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, deren Meinung zu Parteien allerdings schwer zu interpretieren ist.

Diese Mischung der Triebkräfte von außen und innen könnte man durchaus als ökologische Gesundheit der Partei deuten. Ein ökologischer Organismus muss in der Lage sein, eine eigene Identität auszubilden, aber auch Impulse von außen aufzunehmen und in Energie für die eigene Weiterentwicklung umzusetzen.

Was sagt die Partnerberatung:

Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen. Gemeinsames Windmühlenbauen, sich der Umwelt aussetzen und sie gemeinsam zu gestalten, ist sicher eine gute Voraussetzung, um die Verbindung der beiden lebendig und handlungsfähig zu erhalten.

4. Frage: Wird die Verbindung in guten und schlechten Zeiten Bestand haben?

Diese Frage entscheidet sich wohl schon in der langen Verlobungszeit. Denn die Integration der beiden Großfamilien ins gemeinsame Unternehmen ist die erste Feuerprobe. Was ist denn nötig, um heutzutage eine große Organisation handlungsfähig zu machen?

Nötig sind

- Pluralismus, verbunden mit Konflikt- und Kompromissfähigkeit;
- Selbstorganisation, Mitgliederorientierung und Offenheit gegenüber dem Umfeld;
- die Fähigkeit zur Selbstreflexion und damit zum kollektiven Lernen.

Diese Anforderungen sind die entscheidende Voraussetzung dafür, den Raum zwischen Partei und Bewegung oder zivilgesellschaftlichen Organisationen zu füllen. Für die neue Linkspartei wird es gerade darauf wesentlich ankommen. Es muss ihr gelingen, die klassische Bindung der Gewerkschaften an die Sozialdemokratie aufzubrechen und sich ein eigenes Umfeld zu schaffen. Gleiches gilt für die traditionelle wahlmäßige Bindung der Migranten-Communities an die SPD. Ohne Verankerung in den zivilgesellschaftlichen Institutionen der westdeutschen Gesellschaft, zu denen die PDS zu wenig Zugang hatte, kann die parlamentarische Präsenz nicht ausreichend wirksam werden.

Bevor nun auch hier der Rat der Partnerberatung kommt, mache ich noch eine Anleihe bei der Unternehmensberatung. In der Wirtschaft scheitern die meisten Fusionen, die Misserfolgswahrscheinlichkeit liegt bei 60 bis 70 Prozent. Die Unternehmensberatungen empfehlen als so genannte Post-merger-Integration die Orientierung auf Vision und Erfolg. Das scheint mir auch für die Integration beider Parteien eine richtige Orientierung zu sein: Der Wahlerfolg im September 2005 war und ist das wichtigste empirische Argument für

die Fusion. Die gemeinsame Vision ist noch diffus, aber die gemeinsame Aufgabe, nämlich Politik für die Menschen zu machen, die uns gewählt haben, ist dafür konkreter. Diese Aufgabe ist der entscheidende Anker, um sich in den vielen kleinen und großen Konflikten um Anerkennung und Bedeutungsverlust wieder auf das Gemeinsame zu orientieren und die Konflikte zu überwinden.

Und was sagt zu dieser Frage die Partnerberatung:

Lebenslange Bindungen sind out, Parteien werden nicht mehr für die Ewigkeit gemacht, sie müssen sich im Konkreten bewähren. Solange die neue Vereinigung das schafft, wird es eine fruchtbare, abwechslungsreiche, vielleicht auch lustvolle Verbindung. Und: Patchworkfamilien sind in. Darum sollte die neue Verbindung bei aller Stabilität auch Offenheit zeigen, die klassische Rollenverteilung – hier Patriarch, da emsige Parteiarbeiterinnen, und lernen müssen nur die Neuen – aufgeben. Lebenslanges Lernen, Respekt, Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Familienmitgliedern und Solidarität sind gute Bedingungen, um so viel Ausdauer zu entwickeln, dass diese neue Familie – natürlich zusammen mit ihren vielen Verwandten in Europa und Übersee – dazu beiträgt, diese Welt besser zu machen.

Emanzipative soziale Bewegungen in Deutschland

These 1:

Soziale Bewegungen sind zunächst offen für linke und rechte, emanzipatorische oder konservative Entwicklungen und reflektieren gesellschaftliche Konfliktlinien vor allem in Umbruchsphasen.

Sie entstehen in spezifischen historischen Kontexten gesellschaftlicher Umbruchsphasen und verlieren ihre Dynamik mit erfolgreicher Stabilisierung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse. Ihre Entstehungsgeschichte, ihr Wirken und ihre Aufhebung vollziehen sich entlang gesellschaftlicher Bruchlinien in zyklischen Prozessen ständiger Selbstveränderung. Soziale Bewegungen sind mobilisierende kollektive Akteure, die mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgen, sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen. Soziale Bewegungen sind sowohl Ausdruck sozialen Wandels als auch dessen Motor, Begleiter oder Retadeur und können in diesem Sinne emanzipativ, konservativ oder reaktionär sein.

Zum Ausgang des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert prägten liberale, demokratische, nationale, religiöse und völkisch-konservative Bewegungen, die Arbeiterbewegung, die Friedensbewegung, Jugend- und Lebensreformbewegungen das Bild sozialer Bewegungen in Deutschland und anderen Ländern Europas. Sie reflektierten die vier zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien: die Herausbildung von Nationalstaaten und die damit entstehenden neuen Konflikte zwischen nationalen Zentren und Peripherie (1), zwischen Staat und Kirche um politische und kulturelle Hegemonie (2), die sozioökonomischen Konflikte zwischen städtisch-handwerklichen und ländlich-agrarischen Interessen (3) und Arbeitern und Unternehmern bzw. Kapital und Arbeit (4).

Die größte Protest- und Emanzipationsbewegung in dieser Zeit war die Arbeiterbewegung. Sie formulierte den Anspruch, mit der Durchsetzung ihrer

Interessen die Interessen aller zu vertreten, indem sie eine Gesellschaftsform anstrebte, bei der die Befreiung des Einzelnen die Voraussetzung für die Befreiung aller ist und in der »jeder nach seinen Fähigkeiten« tätig sein und »jedem nach seinen Bedürfnissen« der produzierte Reichtum offen stehen sollte. Erreicht werden sollte dieses Ziel über revolutionäre Kämpfe – über Reformen oder Revolutionen – unter der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Zur klassischen Arbeiterbewegung in Deutschland gehörten vor allem die Gewerkschaften, gesellschaftliche Zusammenschlüsse wie Bildungs-, Sport- und Gesangsvereine, Naturfreunde, soziale Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt und der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und schließlich Genossenschaften, die vorrangig der Versorgung der Arbeiter mit Nahrungsmitteln, Wohnungen u. ä. dienten. Sie war als soziale und kulturelle Kraft der entscheidende Motor zur Durchsetzung sozialer Reformen wie der Verkürzung von Arbeitszeit u. ä. Ihr Verhältnis zu anderen Bewegungen war einerseits geprägt durch das Selbstverständnis ihrer historischen Mission – der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats –, andererseits vom Selbstverständnis sozialer, bürgerlicher Bewegungen zur Durchsetzung politischer und bürgerlicher Rechte wie Wahlrecht, Presse- und Meinungsfreiheit. Insbesondere zur Friedensbewegung war ihr Verhältnis widersprüchlich, obwohl der Gedanke von Gerechtigkeit und einer globalen friedlichen Rechtsordnung, eines Friedensvölkerrechts, dem »objektiven Interesse« der Arbeiterklasse entsprach. Während die Theoretiker der Arbeiterbewegung die Ursachen von Krieg und Gewalt analysierten und propagierten, war die Haltung großer Teile der Arbeiterbewegung vor und während des Ersten Weltkriegs durch Anfälligkeit für nationalistische Politik, für Korporatismus und Faschismus, für einen »Burgfriedenschluss« zwischen Kapital und Arbeit im Interesse der Kriegführung geprägt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, nach der Zerschlagung des Faschismus, veränderte sich in widersprüchlichen Prozessen ihr Verhältnis zu Faschismus, Nationalismus und Krieg.

These 2:

Die Auflösung fordristisch geprägter Produktions- und Lebensweisen führt zur Ausprägung neuer politisch-kultureller Konflikte, in deren Kontext sich neue soziale Bewegungen herausbilden. Ihr Selbstverständnis als soziale und kulturell gesellschaftsverändernde Kraft und ihr Verhältnis zu traditionellen Bewegungen bestimmt ihre politische Handlungsfähigkeit.

Mit dem Übergang von der fordristischen zur postfordristischen Gesellschaft und unter den Bedingungen eines in Deutschland patriarchalisch geprägten, funktionierenden Sozialstaates verändern sich Produktions- und Lebensweisen: Quer zur sozioökonomischen Konfliktlinie bildete sich Ende der 70er Jahre eine neue politisch-kulturelle Konfliktlinie heraus: libertäre versus autoritäre

Wertesysteme. Unmittelbarer Ausdruck dieser Linie waren die Studentenproteste der 60er Jahre, die auch in Deutschland zu einer explosiven Ausbreitung neuer sozialer Bewegungen seit den 70er Jahren führte, deren soziale Trägerchaft der Mittelstand prägte. Es entstanden: die Ökologie- und Umweltschutzbewegung, Dritte-Welt- und Antifa-Gruppen, Bürgerinitiativen und alternative Lebensprojekte. Die Themen umfassten Hochschulpolitik, Geschlechterverhältnisse, Umweltschutz und Ökologie, Frieden und Sicherheit, Anti-Atomkraft, internationale Solidarität und vieles mehr.¹ Sie waren stark ideologisiert, aber nicht mehr auf der Grundlage in sich geschlossener Weltbilder, und rangen gleichermaßen um die Durchsetzung einzelner politischer Forderungen wie um kulturelle Alternativen zur bestehenden Gesellschaft, zur Veränderung ihrer dominanten kulturellen Codes.² Sie waren gekennzeichnet durch thematische Vielfalt, geringe organisatorische Strukturen, hohe Variabilität in den Aktionsformen, Autonomie und Unabhängigkeit vom Staat. Das Verhältnis zwischen den sozialen Bewegungen produzierte mit einer neuen Qualität des Zusammendenkens unterschiedlicher gesellschaftlicher Konflikt- und Bruchlinien neue Politik- und Handlungsansätze. Die neue Symbiose von politischen Forderungen und politischer Kultur prägte die Friedensbewegung in Deutschland als Bewegung an der unmittelbaren Grenze der beiden gesellschaftlichen Systeme. Sie vor allem konnte, die existenzielle Bedrohung des Friedens durch die Blockkonfrontation reflektierend, mit der Aufnahme von Traditionen, Kampf- und Protestformen der Arbeiterbewegung und der neuen sozialen Bewegungen, den Raum für zumindest zeitweise gemeinsamen Protest und Aktionen schaffen. So standen die Ostermärsche in der Tradition der Arbeiter- und Jugendbewegung und wandelten sich zum Schmelztiegel einer Richtung der bundesdeutschen »Neuen Linken«, welche sich die Protestformen der alten Linken und des Pazifismus kreativ aneignete.³ Wichtige Akteure in der Friedensbewegung waren auch die Grünen; ihr Aufstieg fiel mit den Höhepunkten der Friedensbewegung in den 80er Jahren zusammen.

Unter diesen politisch und kulturell veränderten Bedingungen für Protest und öffentliche Artikulation vertreten auch zunehmend Organisationen von Migranten und Flüchtlingen öffentlich ihre Interessen und verweisen auf die Lagen von Migranten in Deutschland.

So schlossen sich in den 70er Jahren bundesweit Migrant*innenorganisationen in so genannten Kindergeldkomitees gegen die Kürzung des Kindergeldes zusammen und forderten ein Ende der Diskriminierung am Arbeitsplatz, im Er-

1 Vgl. Sebastian Haunss: Geschichte und Perspektiven sozialer Bewegungen, in: Bernd Hüttner, Gottfried Oy, Norbert Schepers: Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen, Neu-Ulm 2005, S. 27.

2 Vgl. ebenda, S. 37.

3 Vgl. Holger Nehring: Die Anti-Atom-Proteste in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Zur Entwicklung der Ostermarschbewegung 1957-1964, in: Von der APO zu ATTAC: Politischer Protest im Wandel. Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftskritik, Heft 4/2003, S. 27.

ziehungs- und Bildungssystem sowie bei der Wohnungsvergabe. Sie forderten gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer. Seit Sommer 1974 führte dies zu Demonstrationen in verschiedenen Städten und dann im November zu einer bundesweiten Demonstration in Frankfurt. Vor allem seit den 80er Jahren haben sich zahlreiche Organisationen gegründet, die sich für die Rechte von Migranten und Flüchtlingen einsetzen. So konstituierte sich 1985 mit der Arbeitsgemeinschaft »Pro Asyl« eine Organisation, zu der Vertreter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe, des Deutschen Roten Kreuzes, von Amnesty International, Terre des Hommes, der UNO-Flüchtlingshilfe in Deutschland, der IG Metall, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Gesellschaft für bedrohte Völker und die Arbeiterwohlfahrt gehören, in der alte und neue Bewegungen miteinander arbeiten. Der 1998 gegründete Ausländerbeirat vertritt als Dachorganisation von 13 Landesverbänden und 450 kommunalen Beiräten die Interessen von Migranten und Flüchtlingen. Zu seinen Zielen gehört u. a. ein kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländer, die Abschaffung des Ausländerzentralregisters, das Migranten zu gläsernen Menschen macht und mit dem Grundgesetz und Datenschutz nicht vereinbar ist, und in den letzten beiden Jahren die Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie in deutsches Recht.

These 3:

Der flexible, auf neue Weise globalisierte Kapitalismus formiert sich als neoliberales, hegemoniales Projekt und umfasst alle Bereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Die sich als Gegenmacht entwickelnden sozialen Bewegungen müssen sich deshalb mit der neoliberalen Aufnahme, Integration und Umdeutung ihrer Forderungen im globalisierten Kontext auseinandersetzen.

Die Herausbildung eines flexiblen, auf neue Weise globalisierten Kapitalismus, und vor allem die Ausprägung neoliberaler Hegemonie in den 90er Jahren, veränderten die klassischen wie auch »neuen« sozialen Bewegungen. Gestützt auf ein Produktionsparadigma der Freisetzung der Potenziale entfesselter Märkte, hat sich die neoliberale Hegemonie als soziales und kulturell verankertes Projekt die kulturellen Umbrüche seit den 60er Jahren zu eigen gemacht, grundlegende Forderungen der sozialen Bewegungen aufgegriffen und in den neoliberalen Diskurs integriert, sie in ihrer Bedeutung verändert und ihres zum Teil radikalen gesellschaftskritischen Inhalts beraubt. So führt die Aufnahme grundlegender Forderungen der Frauenbewegungen, wie formale Gleichstellung, unterstützende Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie u. a. über Flexibilisierung der Arbeitszeiten, bis hin zum Gender-Mainstreaming und Gender-Budget – die geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen – zur Veränderung der Wirkungsmöglichkeiten dieser Bewegungen. Analog der Ökologie- und Bürgerrechtsbewegung agieren auch sie an

den Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft, Staats- und Verwaltungshandeln und sind einem Prozess der Institutionalisierung unterworfen, der sie als Teil des gesellschaftlichen Systems integriert. Die sich in NGO's organisierenden Bewegungen stehen vor dem Problem, dass einerseits ihre innovativen Potenziale genutzt, ihr Norm- und Wertesystem zunehmend staatlich und gesellschaftlich anerkannt und zumindest scheinbar übernommen werden und ihr Platz in der Gesellschaft recht hohe moralische Anerkennung erfährt. Damit aber werden andererseits ihre radikalen gesellschaftskritischen Potenziale zu grundlegender Veränderung von Gesellschaft nachrangig. Mit der Pervertierung ihrer Forderungen, wie Biodiversität als kommerzielles Gut, Ökologie als Teil der Marketingstrategie in der Politik wie bei McDonald, der Mutation des Diskurses um nachhaltige Entwicklung zur ökologischen Dimension des »Standorts Deutschland«, wird das Problem der Bearbeitung einzelner Issues wieder neu ins Bewusstsein gerückt. Die in den 80er und 90er Jahren z. T. ausgeblendetes Zusammenhänge von ökologischen Voraussetzungen und Folgen kapitalistischen Wirtschaftens stehen auch in Folge der Globalisierungsdiskussion zu Umweltproblematik und globalen Machtverhältnissen erneut auf der Tagesordnung.

These 4:

Widerstand gegen neoliberale Politik heißt zunächst Verteidigung sozialer und politischer Rechte, Verteidigung der Grundnahrungsmittel gesellschaftlichen Lebens über nationale Grenzen hinaus. Für die sozialen Bewegungen in Deutschland und Europa bedeutet dies die Europäisierung und Internationalisierung ihres Protestes gegen Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, gegen den Abbau sozialer und politischer Rechte.

In Europa vollzieht sich, vermittelt über ein politisches Mehrebenensystem auf der Grundlage eines gemeinsamen Binnenmarktes, die Europäisierung wesentlicher Politikfelder. Mit der Strategie von Lissabon: »Europa zum dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« zu entwickeln, wird die Durchsetzung europaweiter neoliberaler Reformen beschleunigt. Konzepte des gesellschaftlichen Umbaus zugunsten eines »aktivierenden« Sozialstaates mit »aktivierender« Beschäftigungspolitik werden in den meisten europäischen Ländern wie Frankreich, Belgien, Dänemark, Irland, den Niederlanden über entsprechende Beschäftigungsprogramme realisiert: Was für Deutschland das »Jobaktivgesetz« als Vorläufer der Hartz-Gesetze war, war für Frankreich der »Plan zur Rückkehr in Arbeit« (»Plan d'aide au retour à l'emploi«).

Dazu gehört als ein weiterer wesentlicher und prägender topos die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge über Rentenreform und Reform des Gesundheitswesens. Die Rentenreformen Anfang der 90er Jahre in Griechenland mit der Herabsetzung des Rentensatzes von 80 % auf 60 % und der Erhöhung

des Rentenalters von 60 auf 65 Jahre vollziehen sich analog in Deutschland, Frankreich, Italien. Die Reform der Gesundheitsvorsorge wird verknüpft mit der Schaffung eines europäischen Gesundheitsmarktes. Ab 2006 soll europa-weit der soziale Schutz – Renten, Gesundheitsversorgung und Altenpflege – zusammengefasst und entsprechend dem Diktat neoliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik gestaltet werden. Entsprechend kennzeichnet die »sozialpolitische Agenda 2007-2013« die einzuschlagende Richtung: Verlängerung des Arbeitslebens, Modernisierung der Sozialschutzsysteme, Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten, Gewährleistung von Flexibilität und Sicherheit, Arbeit lohnenswert machen u. ä. Komplementär dazu beinhaltet der Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie (der so genannten Bolkestein-Richtlinie⁴) die Abschaffung staatlicher Vorschriften zur Regulierung aller – auch sozialer – Dienstleistungen bis 2010 mit der Folge, direkt in die Gesundheitssysteme und die sozialen Dienste sowie Versorgungssysteme der europäischen Länder einzugreifen.

Der Widerstand gegen neoliberale Politik wächst in Europa. 2003 und 2004 durchzogen Streikwellen Frankreich, Österreich, Italien, Deutschland. Millionen streikten 2003 in Frankreich und Italien gegen die Kürzung der Renten. Spanische Werft- und Automobilbauer streikten gegen die Schließung der Werften und Fabriken. Aber nicht nur seitens der Arbeiter formiert sich Protest. Die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge entwickelt sich zum Kampffeld alter und neuer Bewegungen, getragen sowohl von jenen, die als Beschäftigte unmittelbar betroffen sind, als auch von jenen, denen der Zugang zu öffentlichen Gütern zunehmend verwehrt wird, wie partiell auch von jenen, die bereits ausgeschlossen sind. 40 000 Beschäftigte forderten in Griechenland 2005 landesweit den Stopp von Privatisierungen öffentlich-rechtlicher Unternehmen. In den Niederlanden legten Ärzte und Schwestern 2005 gegen Reformen im Gesundheitswesen die Arbeit nieder. Millionen Menschen meldeten sich 2005 in ganz Europa gegen die europäische Verfassung, gegen die Festschreibung neoliberaler Politik zu Wort. Das französische »Non« und kurz darauf das »Nein« der Niederländer wurden zu einem internationalen vieltimmigen linken »Nein«. Es war ein gemeinsamer europäischer Protest einer pluralen europäischen Linken, der die sonst wirksame »Ungleichzeitigkeit« und die Unverbundenheit sozialer Bewegungen und Proteste alter und neuer sozialer Bewegungen erstmals erfolgreich überwinden konnte.

Seit November 2002 entwickeln sich neben den Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden und sozialen Bewegungen die europäischen und regionalen

4 Die Richtlinie wurde nach dem sie entwerfenden EU-Kommissar Fritz Bolkestein benannt. Ziel dieser Richtlinie ist die vollständige Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes für Dienstleistungen bis 2010, einschließlich von Gesundheitsdienstleistungen. Ihr strategischer Kern ist das Herkunftsprinzip, d. h. der Dienstleistungserbringer ist lediglich den Rechtsvorschriften des Landes der Niederlassung verpflichtet.

Sozialforen zu eigenständigen, selbstbewussten Akteuren. In der Tradition der Weltsozialforen von Porto Alegre werden aus europäischer Sicht die Herausforderungen der Globalisierung diskutiert, die Folgen neoliberaler Politik analysiert und die politische, soziale und wirtschaftliche Verantwortung Europas eingefordert. Eine andere Welt, die möglich ist, braucht ein anderes Europa. Deshalb versammelten sich auf den europäischen Sozialforen in Florenz 2002, Paris 2003 und London 2004 insgesamt mehr als 200 000 Vertreter aus über 150 Ländern, um nach alternativen Wegen europäischer Entwicklung zu suchen. Dort beschlossene europäische Aktionstage richten sich gegen die Militarisierung Europas und die europaweite Politik des Sozialabbaus und haben stattdessen ein friedliches, demokratisches, soziales Europa zum Ziel. 120 000 Menschen, darunter zahlreiche Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Vertreter linker Parteien, nahmen am 19. März 2005 am europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau und die Durchsetzung der Dienstleistungsrichtlinie Bolkestein in Brüssel teil.

These 5:

Die Europäisierung neoliberaler Strategien und deren konkrete Umsetzung in den einzelnen Ländern befördert den nationalen und europäischen Widerstand. Auch in Deutschland wird die neoliberale Hegemonie brüchig.

Die Anwendung der neoliberalen Strategie von Lissabon auf die Verhältnisse in Deutschland fand ihren konzentrierten Ausdruck in der von der Sozialdemokratie formulierten »Agenda 2010«. Mit der darin verankerten Politik des Sozialabbaus, der Deregulierung, der Privatisierung öffentlicher Güter und der Daseinsvorsorge wird der seit den 50er Jahren etablierte Sozialstaatskompromiss nicht nur hinsichtlich seines Inhalts, sondern gleichermaßen als demokratisches Instrument zur Aushandlung der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit in Frage gestellt. Parallel hierzu verliert die christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik im bürgerlichen Lager als integratives Randthema fast vollständig ihre Bedeutung, so dass die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie im neoliberalen Bündnis konzeptionell und realpolitisch neoliberale Politik durchsetzen und verteidigen: Danach schafft Wachstum Arbeit, und Reformen sichern den aktivierenden Sozialstaat.

Dennoch bleibt es auch 2005 bei ca. 5 Millionen Arbeitslosen. Auch deshalb trauen 67% der Deutschen keiner Partei mehr zu, die Probleme des Landes zu lösen.⁵ Wachsende Wahlverweigerung prägte die Wahlen auf Bundes- und Landesebene Ende der 1990er Jahre. Der sich formierende Protest konnte seit 1989 weitgehend durch die PDS links gebunden werden und verhinderte die

5 Vgl. Steffen Twardowski: Kein Konzept, keine Alternative – keine Stimme, in: Neues Deutschland vom 1. 9. 2005, S. 6.

Entwicklung einer rechten sozialen Bewegung in Deutschland im Unterschied zu Frankreich oder Italien. Die Sozialdemokratie verlor seit 2002 in fast allen Bundesländern die Mehrheit. Nur noch 44% ihrer Anhänger waren vor den letzten Bundestagswahlen davon überzeugt, dass ihre eigene Partei für soziale Gerechtigkeit eintritt; folgerichtig verlor die Sozialdemokratie auch bei den vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 die Mehrheit. Knapp eine Million SPD-Wähler gaben ihre Stimme der sich neu formierenden Linkspartei, die mit 8,7% als gesamtdeutsches linkes Projekt in den Bundestag einzog, d. h., der soziale Protest hat sich politisch nach links orientiert, eine Orientierung, die jedoch in sich fragil und bisher nicht auf Dauer gestellt ist, so wie sich das neue parteipolitische Projekt als ein linkes Projekt erst noch wird beweisen müssen.

Zugleich entwickeln sich im Umfeld der globalisierungskritischen Bewegung Netzwerke von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen von Flüchtlingen, Migranten, deren Kampf für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte auf einem antiimperialistischen und antirassistischen Selbstverständnis basiert. Sie fordern das Bleiberecht für Flüchtlinge, soziale und politische Partizipationsrechte. Organisationen wie »Kein Mensch ist illegal«, Kanak-Attac, Karawane, Respect Bargeld fordern, neben einem auch sozial abgesicherten Bleiberecht, Bargeld statt Gutscheine und Chipkarten, Wohnungen statt Wohnheime, medizinische Betreuung und setzen sich in eigenständigen Projekten und Kampagnen, wie der Kampagne gegen Frauenhandel oder die spezifische Situation von Aupairs mit den Arbeitsbedingungen von Migrantinnen z. B. in privaten Haushalten und in der Reinigungsindustrie auseinander.

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen spiegeln bisher nur zaghaft die Entwicklungen des sozialen Protestes gegen die Durchsetzung der aktivierenden Arbeitsmarktgesetze (Hartz-Gesetze) – als Kern der »Agenda 2010«. Zwischen November 2003 und Oktober 2004 entstand eine der bedeutendsten Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik. Den Auftakt dafür bildete die Demonstration gegen Sozialabbau am 1. November 2003 in Berlin mit mehr als 100 000 Menschen, obwohl die Gewerkschaftsspitzen diese Demonstration ablehnten.⁶ Mehr als eine halbe Million Menschen ging am 3. April 2004, dem europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau, gegen die rot-grüne Agenda auf die Straße. Ab August 2004 wuchs Woche für Woche die Zahl der sich selbst organisierenden »Montagsdemonstrationen«⁷ in den ostdeutschen Bundesländern gegen die Arbeitsmarktreformen. Betroffene, Nichtorganisierte waren es zunächst, die ihre Wut auf Flugblätter schrieben, diese verteilten und mit selbstgefertigten Plakaten spontan auf die Straße gingen. Im Herbst 2004 fanden diese Demonstrationen mit mehr als 100 000 Teilnehmern in über 150

6 Peter Wahl, Pedram Shahyar: Bewegung in der Bewegung, Hamburg 2005, S. 39.

7 Diese selbst organisierten Demonstrationen leiteten 1989 in der DDR die transformatorische Wende ein.

Städten, vor allem im Osten Deutschlands statt, dort, wo die Wirkungen der Hartz-Gesetze auf die Folgen der Deindustrialisierung seit 1990 *und* auf die sich gleichzeitig vollziehende Umgestaltung und Flexibilisierung der Arbeit und Dezentralisierung großer Unternehmen seit 1990 treffen. Bewusst wurde an Formen und Begriffe des Protestes angeknüpft, die 1989 die transformatorische Wende einleiteten und die mit einem nun neuen Selbstverständnis verbunden sind: Betroffene als eigenständige, souveräne Akteure, unabhängig von ihrer politischen oder gesellschaftlichen Bindung. 87% der Protestierenden hatten jemand in Familie oder Bekanntenkreis, der von den Arbeitsmarktreformen betroffen war; mindestens 40% waren selbst betroffen. Es waren vor allem Arbeiter und Angestellte, mehr Männer als Frauen, vorwiegend zwischen 45 und 64, ein Großteil von ihnen in hochqualifizierten Berufen tätig oder tätig gewesen.⁸

Die Spitzen der Gewerkschaften standen diesen Protesten ambivalent gegenüber: Einerseits entsprach der Protest auch gewerkschaftlicher Kritik, andererseits hemmte die Nähe zur Sozialdemokratie aktiven Protest.⁹ Der Dachverband der Gewerkschaften in Deutschland (DGB) rief deshalb nicht zur Unterstützung der Proteste auf, sondern überließ die Entscheidung zur Teilnahme an den Protesten den einzelnen Mitgliedsorganisationen und Gliederungen, die sich mit unterschiedlichem Gewicht beteiligten, letztlich aber das erfolglose Abflauen dieser Protestwelle Ende 2004 mit bewirkten.

Insgesamt war es während der Proteste gegen die Hartz-Gesetze nicht gelungen, Hartz IV als Armuts- und Erpressungsprogramm, um Löhne zu drücken und Belegschaften einzuschüchtern, als Türöffner für einen gesamten gesellschaftlichen Umbau darzustellen, qualifizierte Gegenvorschläge auf den Tisch zu legen und kreativ in die Öffentlichkeit zu bringen. Nach der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 gab es kaum noch wahrnehmbare Proteste. Die dennoch bleibende Unzufriedenheit wurde erst wieder mit den Wahlergebnissen bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (NRW) und den vorgezogenen Bundestagswahlen Jahr 2005 deutlich. In NRW verlor die Sozialdemokratie 50 000 Stimmen an die neu gegründete, gegen neoliberale Politik, und vor allem gegen die Hartz-Gesetze protestierende linke Partei »Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit« (WASG), eine Million frühere SPD-Wähler gaben bei den Bundestagswahlen ihre Stimmen der Linkspartei.

These 6:

Mit der Entwicklung der Sozialforen kann in Anknüpfung an Erfahrungen früherer gesellschaftlicher Bündnisse und Allianzen auch in Deutschland der Raum für neue gesellschaftliche Bündnisse geschaffen werden.

8 Dieter Rucht, Mundo Yang: Pressepapier Hartz IV vom 21. 9. 2004, 4 Seiten, http://www.interconnections.de/id_11472.html.

9 Michael Sommer, Vorsitzender des DGB, begründete dies in dem Film »Die neue Wut« mit der großen Nähe von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Vgl. hierzu: www.neueWut.de.

Die neuen sozialen Bewegungen müssen – wenn sie emanzipativ sein wollen – den Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten um individuelle und gesellschaftliche Emanzipation der 60er Jahre ebenso aufgreifen wie die Erfahrungen mit der ökologischen und alternativen Modernisierungspolitik der 70er Jahre. Zugleich sind die Erfahrungen der Friedensbewegung insbesondere auch seit den 50er Jahren bis hin zur pazifistischen Bewegung der 80er Jahre, ihr scheinbares Scheitern im Kampf gegen die Militarisierung der BRD 1955, gegen den Nato-Doppelbeschluss 1982, gegen die Neutronenwaffen, gegen den Irak-Krieg am 15. 2. 2003 zu verarbeiten sowie ihre Integrationskraft für alte und neue soziale Bewegungen neu zu bestimmen. Dazu ist es auch sinnvoll, die Erfahrungen gesellschaftlicher, thematisch zusammenfassender Diskurse wie im konziliaren Prozess »Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« aufzunehmen. Die Frage ist, wie sich ein solcher Prozess, an dem sich über ein Jahrzehnt alle christlichen Konfessionen und Traditionen beteiligt haben, unter gegenwärtigen Bedingungen neu führen lässt, ob er im Rahmen oder Umfeld des Sozialforums konstruktiv aufgegriffen werden kann auch angesichts der unübersehbaren Kommerzialisierung der Kirchentage. Wo lassen sich Ansätze auch für die in Deutschland etablierte NGO's finden, deren Projekte zunehmend in Frage gestellt oder mit internationaler Unverbindlichkeit wie der Folgekonferenz von Rio konterkariert werden? Lässt sich die Verarbeitung und Reduzierung des ehemals politischen Anspruchs zur »kulturelle Identität« bis zu seiner Unkenntlichkeit neu beleben? Kann der virtuelle Raum gesellschaftsreflektierender Debatten in der Mehrzahl der NGO's in Deutschland um den realen Raum gesellschaftskritischer Diskurse und realer sozialer Proteste auf Straßen und Plätzen erweitert werden, auch um das vorhandene Wissen und Kompetenzen in diese neuen Diskurse einzuspeisen? Und wie vor allem lässt sich ein kontinuierlicher Diskurs zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften entwickeln?

Zu den Vorläufern der Sozialforen gehören auch die Protestaktionen der inzwischen bereits zwanzigjährigen globalisierungskritischen Bewegung, deren Protestaktionen in Deutschland 1985 mit Demonstrationen von rund 30 000 Demonstranten gegen den G7-Gipfel in Bonn begannen und sich drei Jahre später im September 1988 in Berlin mit 80 000 Teilnehmern gegen die Tagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds fortsetzten und die sich auch in Deutschland am Kampf gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) beteiligte. Letztlich bewirkte das Scheitern des MAI vor dem Hintergrund der Asienkrise in Frankreich die Gründung von Attac. In Deutschland trafen sich 1999 die ökumenische Initiative KAIROS Europa, die christliche Friedensbewegung Pax Christi und die NGO's wie WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) zur Vorbereitung der Gründung eines globalisierungskritischen Netzwerkes in Deutschland. Ein Jahr später tagte erstmalig ein »Netzwerk zur Demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte« – eine der Geburtsstunden von Attac Deutschland.

Nach den Erfolgen der Weltsozialforen seit 2001 und den europäischen Sozialforen 2002 in Florenz, 2003 in Paris und 2004 in London entwickelte sich dieser Prozess auch in Deutschland. Mehr als 35 regionale und lokale Foren gründeten sich in den letzten zwei Jahren, erstmals fand im Sommer 2005 ein nationales Sozialforum statt. Ca. 200 Organisationen führten ca. 300 Veranstaltungen durch; insgesamt beteiligten sich am Forum ca. 5000 Teilnehmer. Angesichts der relativen Schwäche der sozialen Bewegungen in Deutschland ist jedoch nicht die Quantität entscheidend, sondern die Tatsache, dass es überhaupt stattfand und sich maßgebliche Organisationen, wie die IG Metall, der Deutsche Gewerkschaftsbund Thüringen, die Gewerkschaft des Öffentlichen Sektors (verdi), Attac, Brot für die Welt und andere kirchliche Gemeinschaften an der Vorbereitung und Durchführung beteiligten. Erstmals war es möglich, dass sich eine solche Breite sozialer Bewegungen, Verbänden, kirchliche Organisationen, Gewerkschaften in einem selbstgeschaffenen Raum zusammenfand. Dazu mussten zunächst in einer komplizierten Phase der Vorbereitung die Bedeutung und Besonderheit eines solchen Forums, seine Chancen und Möglichkeiten, seine Anbindung an bisherige Arbeits- und Vernetzungsstrukturen geklärt werden.

Aus der Notwendigkeit dieser Foren auf internationaler, europäischer und lokaler Ebene ergab sich nicht zwangsläufig die Notwendigkeit für die nationale Ebene. Denn je mehr das Sozialforum an die Realität der Menschen herangebracht wird, desto stärker kann es sich im bestehenden gesellschaftlichen und politischen Leben verankern, so dass sich die Frage nach dem Gebrauchswert des Forums über bestehende Bündnisarbeit, Kongresse, Sommerakademien etc. hinaus stellt. Was heißt es, wenn ein Forum sich selbst organisiert, sich vor allem als Raum versteht, und was bedeutet es, die Charta von Porto Alegre in Deutschland unter den Bedingungen des Wahlkampfes und eines sich neu formierenden linken Projekts anzuwenden? Bei der Beantwortung dieser Fragen ging es um die Vermittlung des Forumsgedankens gegenüber jenen, die diesen Prozessen bisher fern standen: Es geht um die Konstituierung eines Raumes; Beschlüsse werden nicht gefasst, und niemand kann im Namen des Forums sprechen. Und es ging um die Verteidigung eines hochpolitischen Diskursraumes unter den Bedingungen und Aushandlungsprozessen sozialer und politischer Akteure in Deutschland. Erstmals entwickelte sich unter dieser Prämisse ein Diskussionszusammenhang zwischen Erwerbslosen-Initiativen und Gewerkschaften, Jugendlichen, Studenten und Frauenbewegungen, MigrantInnen, Umweltschützern, zivilgesellschaftlichen Initiativen, die es in dieser Form bisher nicht gab.

Die Angebote des Forums waren nach fünf thematischen Schwerpunkten gebildet worden: 1. Arbeit und Menschenwürde, 2. Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt, 3. Menschenrechte und politische Teilhabe, 4. eine lebenswerte Welt – anders leben, 5. EU-Europa: In welcher Verfassung sollte es sein. Darüber hinaus gab es einen Frauenraum.

Der Streit um die neue, andere Welt wurde verbunden mit den Fragen von Mindestlohn, Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung und der konkreten Ausgestaltung dieser Forderungen. Die Erklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen wurde von den Teilnehmern auf dem Forum selbst erarbeitet. Darin wird ein grundsätzlicher Wandel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gefordert, eine Grundsicherung für alle, weltweit friedliche statt militärische Konfliktlösung und der Ausstieg aus der Atomenergie. Die Bedeutung dieser Erklärung liegt jedoch vor allem in den konkreten Vorschlägen für die weitere gemeinsame Praxis.

Dennoch bleiben offene Fragen: Warum war es nicht möglich, das Umfeld des Sozialforums und die Bevölkerung der Stadt Erfurt stärker in das Forum einzubinden? Warum war es nicht möglich, die Abschlussdemonstration zu einem der Höhepunkte des Forums zu entwickeln? Warum waren wichtige Themen nur marginal vorhanden, wie das Thema Migration? Warum fehlten wichtige Akteure, wie z. B. die autonome Linke, oder beteiligten sich nur mit minimalem Angebot, wie die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)?

Es war ein guter Anfang, der jedoch auch die relative Schwäche der sozialen Bewegungen in Deutschland im Unterschied zu Italien oder Frankreich deutlich machte.

These 7:

Die grundsätzliche Schwäche der sozialen Bewegungen in Deutschland muss – trotz aller Bemühungen um ein neues Verhältnis zueinander – im verbleibenden Nebeneinander der Akteure und in der bisher fehlenden gesellschaftlich wirksamen Gegenstrategien gesehen werden.

Es wächst zwar die durchschnittliche Zahl der am Protest beteiligten Organisationen und Gruppen, aber diese Tendenz ist nicht mit einer Ausweitung protestierender Bevölkerungsteile verbunden. Ob die Protestwelle gegen die Hartz-Gesetze Ausnahme oder der zaghafte Beginn einer neuen Tendenz ist, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig wirkt außer Attac – zumindest in der Öffentlichkeit wahrnehmbar – kaum eine basisdemokratische Organisation in die Mehrheitsgesellschaft hinein, obwohl das Interesse an internationalen Prozessen und Fragen nach alternativer Gestaltung von Gesellschaft wächst.¹⁰ Es wächst das Interesse an theoretischen Reflektionen, an Seminaren und Workshops, am persönlichen Austausch, wie sie auf der Sommerakademie von Attac und der Jahrestagung des BUKO angeboten und genutzt werden. Und es wächst das Bedürfnis nach mehr Freiraum und Selbstbestimmung, was dasjenige nach sozialer Sicherheit einschließt. Wie lassen sich nun unter diesen Be-

¹⁰ Der letzte Kongress der Bundeskoordination für Internationalismus erfährt nun nach seiner Hochphase Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre wieder regen Zuspruch.

Vgl. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/buko2.html>.

dingungen weitere Potenziale sozialer Bewegungen für die Herausbildung einer Formation gegen neoliberale Politik in Deutschland erschließen?

Noch sind die sozialen Träger der Forumsprozesse überwiegend Bewegungen der Mittelstandsklasse. Erst wenn es gelingt, das Forum auch zum attraktiven Ort der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und der Nichtorganisierten wie der Protestierenden gegen die Hartz-Gesetze zu machen, erst wenn es zum Raum der gesamten Breite der sozialen und politischen Linken, zu einem Mitte-Unten-Bündnis wird, kann das Forum tatsächlich Optionen für gesellschaftlich mehrheitsfähige alternative Projekte öffnen. Welches aber sind die notwendigen Bedingungen dafür, dass der Montagsdemonstrant und der Streikende gegen die Schließung einer Bosch-Niederlassung in Niedersachsen in den Sozialforen auch seinen Ort für Protest, Vernetzung und für die Suche nach Wegen zu einer gerechteren Gesellschaft sieht und das Thema: Arbeit in Würde selbst besetzt? Das Spektrum der Betroffenheit durch soziale Konflikte und sozial orientierter Werthaltungen ist breit.¹¹ Wie aber führt Betroffenheit zum Handeln, zum Selbst-aktiv-werden? 40% in Deutschland erklären ihre Bereitschaft zu persönlichem Handeln, wenn Erfolgsaussichten dieses Handelns erkennbar sind. Zu den begünstigenden Faktoren gehören außerdem die durch Alltagserfahrung und Werte gestützten Interessen, die gemeinsame Situationsdeutung in Wechselwirkung mit der öffentlichen Meinung, die Legitimierung des Handelns. Das setzt voraus, die Individualisierung von Leidenserfahrung aufzubrechen und die Vision einer anderen, gerechteren Gesellschaft zu verknüpfen mit konkret erfahrbaren Verbesserungen des eigenen Lebens und dem wachsenden Verständnis des Wirkens sich gegenseitig bedingender globaler, europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Konflikte.

Gerade auch die Analysen und das Wissen um die Wechselbeziehungen unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Ebenen und Akteurskonstellationen, ihre Eigenlogik, sind Voraussetzungen sowohl für linke – auch systemübergreifende – Kritik als auch für die Bündelung von Protest und die Konzipierung von Alternativen. In diesem Sinne haben sich in Deutschland in den vergangenen Jahren vor allem Attac und BUKO als systemkritische Aufklärer von globalen Prozessen im 21. Jahrhundert verstanden und engagiert. Und dort, wo die Vernetzung mit Akteuren verschiedener gesellschaftlicher, auch politischer Ebenen möglich war, waren sie gleichermaßen diskurs- und handlungsfähig. So war auf dem Erfurter Sozialforum das Problem der Privatisierung des Wassers sowohl Thema der Allianz der Bürgerinitiativen in Erfurt selbst, Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen der Landtage u. a. in Thüringen und Berlin – hier vor dem Hintergrund der Privatisierung der Wasserbetriebe unter Regierungsbeteiligung der Linken – als auch Gegen-

11 Vgl. Michael Chrapa, Judith Dellheim: Akteure, in: Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003, S. 279.

stand globaler Prozesse der Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge insbesondere Lateinamerikas, mit der Darstellung eines Lösungsansatzes am Beispiel Uruguays. D. h., der Diskurs muss an bisherige Diskussionsprozesse, an vorhandene Strukturen, Arbeitsergebnisse und an – wie auch immer gestaltete – Erfahrungen der Akteure anknüpfen, muss sie auf neue Weise vernetzen, europäisieren bzw. internationalisieren, ohne ihre lokalen, regionalen Wurzeln zu vernachlässigen. Nur scheint zunächst die Attraktivität von Reform oder gar Revolution auf anderen Kontinenten größer zu sein – die Utopie verliert sich dort nicht im alltäglich Notwendigen und Mühseligen –, ein Problem, vor dem Attac in Deutschland steht.

These 8:

Entscheidend für die Formierung eines neuen gesellschaftlichen Blocks gegen neoliberale Politik ist gewerkschaftliche Ablösung von der Sozialdemokratie – als Voraussetzung neuer Allianzen.

In Deutschland gibt es seit 1945 eine Arbeitsteilung zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie durch eine besondere Ausgestaltung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit in Form der Sozialpartnerschaft und des dualen Systems von betrieblichen Arbeitsbeziehungen und Tarifbeziehungen. Während die Aufgaben der Gewerkschaften in ihrer Schutzfunktion (Arbeits- und Lebensbedingungen), der Verteilungsfunktion (Anpassung der Löhne und Gehälter an Produktivität und Wachstum) und Partizipationsfunktion (Mitbestimmung bis zur Montan- bzw. Paritätischen Mitbestimmung) besteht, ist es Aufgabe der Betriebsräte, gebunden an ihre »Friedenspflicht« in den Unternehmen, alle innerbetrieblichen Angelegenheiten im Interesse der Arbeitnehmer möglichst im Konsens zu klären. Kern der Sozialpartnerschaft war die Tarifautonomie, d. h. der Staat mischt sich nicht in die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Hier können die Gewerkschaften bei unzureichenden Ergebnissen auf die klassischen Kampfmittel, insbesondere die Arbeitsniederlegung, zurückgreifen. Dieses Kampfmittel darf jedoch in Deutschland nicht aus politischen Gründen in Anspruch genommen werden. D. h., Gewerkschaften können sich zwar an Demonstrationen gegen neoliberale Reformen beteiligen, dürfen hierzu aber nicht zum Streik aufrufen: Politische Streiks sind in Deutschland verboten. Als politischer Ansprechpartner der Gewerkschaften verstand sich bisher die Sozialdemokratie. Ihre Politik stand – zumindest wurde dies so wahrgenommen – bis Anfang der 80er Jahre für die Wahrnehmung und Verteidigung der Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Dieses Verständnis von »Arbeitsteilung«, verbunden mit dem entsprechenden Selbstverständnis der Gewerkschaften als mehrheitlich der Sozialdemokratie nahe stehend, verhinderte in der Vergangenheit das Abdriften der SPD nach

rechts, zugleich aber auch die Zuspitzung und Politisierung gewerkschaftlicher Kämpfe und Auseinandersetzungen bis hin zur Tabuisierung von Systemkritik, Macht- und Eigentumsfragen. Zugleich verstärkten die europäisierten Bedingungen der Arbeit und die Folgen der Globalisierung den Druck auf die Tarifpolitik der Gewerkschaften. Das Problem der Konkurrenz sowohl innerhalb der als auch zwischen den nationalen Arbeitnehmergruppen stellte sich in neuer, weit verschärfter Form. So hat sich unter dem Druck der Standortkonkurrenz eine neue Form des »Concession Bargaining« herausgebildet, bei der die Arbeitnehmerseite im Rahmen betrieblicher Standort- und Wettbewerbspakte im Austausch für eine relative Beschäftigungssicherheit mehr oder weniger weitreichende Zugeständnisse bei Löhnen, betrieblichen Sozialleistungen, Arbeitszeiten und anderen arbeitsorganisatorischen Angelegenheiten macht, wobei nicht selten überbetriebliche Solidaritäten aufkündigt werden. Die damit verbundene Schwächung der Gewerkschaften führte letztlich in den 90er Jahren endgültig zum Stillstand von Verhandlungen zur kollektiven Arbeitszeitverkürzung mit Einkommensausgleich. Stattdessen wurden in vielen Unternehmen befristete Arbeitszeitverkürzungen – auch in Gestalt flexibler Arbeitszeiten in Verbindung mit Einkommensenkungen – vereinbart, um Entlassungen zu vermeiden. Im Gegenzug erhielten die Arbeitnehmer Beschäftigungsgarantien. Die Gewerkschaften konnten dieser Entwicklung nur begegnen, indem ihre Tarifpolitik den Betrieben vielfältige Optionen offen ließ, Umfang und Lage der Arbeitszeit zu variieren. Die Regelungskompetenz wird auf diese Weise auf die betriebliche Ebene verlagert, d. h. Verbetrieblung der Tarifpolitik oder der industriellen Beziehungen ist die Konsequenz.

Mit der Durchsetzung insbesondere der Arbeitsmarktgesetze unter Regierungsverantwortung der Sozialdemokratie stehen auch die Gewerkschaften vor der Frage, ob eine Partei, die mit Einrichtung von so genannten Ein-Euro-Jobs (1,50 Euro pro Stunde) de facto die Tarifbestimmungen aushebelt, tatsächlich noch Arbeitnehmerinteressen vertritt. Dies vor allem war der Grund für die Teilnahme von zahlreichen Einzelgewerkschaften an den sozialen Protesten gegen diese Arbeitsmarktreform. Auf den Montagsdemonstrationen traf man sich: Gewerkschafter, Vertreter von sozialen Bewegungen, Verbänden, linken Parteien: PDS und WASG. Es ging dabei nicht nur um Abwehrkämpfe, sondern es wurden zentrale Forderungen erhoben wie: Mindestlohn, Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung und die Neuordnung des Steuersystems. Zunehmend wird auch das Problem der Prekarisierung von Arbeit, die Ausweitung von Armut bei Arbeit bzw. Vollbeschäftigung Gegenstand gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen.

These 9:

Gesellschaftliche Bündnisse gegen neoliberale Politik müssen eine neue Parlamentarismuskritik und ein konstruktives Verhältnis zu linken Parteien entwickeln, so wie

linke Parteien ihrerseits die gesellschaftsverändernden Potenziale nur gemeinsam mit sozialen Bewegungen verwirklichen können.

Emanzipative soziale Bewegungen sind Bewegungen, deren Wirken auf Selbstermächtigung zu mehr Freiheit und Gerechtigkeit gerichtet sind. Zu ihrem Selbstverständnis gehört, dass sie ihre Interessen außerhalb des parteipolitischen Systems artikulieren, da ihnen der Zugang zum institutionalisierten System der Macht versperrt ist. Sie entstehen und verorten sich entlang neuer gesellschaftlicher Bruch- und Konfliktlinien und greifen auf Protestformen zurück, die sich jenseits der Kanäle institutionalisierter Politik abspielen.¹² Das galt für Bewegungen, die in den 60er/70er Jahren entstanden und für die Herausbildung neuer sozialer Bewegungen wie der Bürgerrechts-, Friedens-, Anti-Atomkraft- und der ökologischen Bewegung in den 80er Jahren. Dennoch unterliegen auch sie, in ständigen Auseinandersetzungen mit den vorhandenen Institutionen des politischen Systems, dem Sog der Institutionalisierung und Integration und verändern diese damit selbst. D. h., auch sie müssen selbstreflektierend immer wieder ihren eigenen Anspruch zu den gegenwärtigen Herausforderungen ins Verhältnis setzen, auch sie – also nicht nur die Parteien als Teil des politischen und parlamentarischen Systems – sind nicht per se vor politischer Häutung geschützt, wie das die Partei der Grünen vom radikalen Kritiker zum Stabilisator des Systems erfahren hat.¹³

Die Positionen sozialer Bewegungen zum parlamentarischen System reichen von völliger Ablehnung als systemerhaltend und -stabilisierend bis zur Forderung, parlamentarischer Arm der Bewegung zu sein. Kontrovers diskutiert werden die Möglichkeiten und Gefahren, Chancen und Risiken oder gar die Funktion einer linken Partei im Parlament, eine Diskussion, die in den linken Parteien selbst kontrovers und mit der Hoffnung auf ein gesamtdeutsches linkes, parteipolitisches Projekt mit neuer Dynamik und Heftigkeit geführt wird. Über 200 Einzelpersonen und Gruppen formulierten in einem offenen Brief an die Vertreter der Linkspartei ihre inhaltlichen Erwartungen an dieses neue parteipolitische Projekt, insbesondere zu jenen Themenfeldern, deren Artikulation im Wahlkampf missverständlich oder unterrepräsentiert war, wie Fragen der Migrationspolitik, des Antirassismus und Antifaschismus. Auf dem Flugblatt der Initiative »Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links!« wird auf den gemeinsamen Kampf gegen Sozial- und Rentenkürzungen, gegen die Hartz-Gesetze verwiesen. Damit werden einerseits, unter Berücksichtigung der »unterschiedlichen Realitäten«, in denen soziale Bewegungen und Parteien agieren, gemeinsame Handlungsfelder benannt, deren Aktionsradius mit der Präsenz einer linken

12 Vgl. Sebastian Haunss 2005, S. 29 f.

13 Vgl. Elmar Altvater: Das ewige Haar in der Suppe. Protest und Parlament. Warum die Linkspartei in den Bundestag gehört und was dabei zu bedenken ist – eine Erwiderung auf Raul Zelik, in: Wochenzeitschrift Freitag vom 16. 9. 2005, <http://www.freitag.de/2005/37/05370401.php>.

Kraft im Bundestag größeres Gewicht erhalten könnte, andererseits werden die Erfahrungen systemstabilisierender Integrationskraft wachgerufen und daraus notwendige Konditionen für ein erfolgreiches Wirken einer linken parlamentarischen Kraft abgeleitet: Die linke Fraktion braucht ein »nichtinstrumentelles Verhältnis« zu den sozialen Bewegungen, dessen Basis nur Vertrauen sein kann. Dies kann sich nur entwickeln, wenn die Parteien für sich selbst programmatisch wie strukturell politische Pluralität als konstituierendes Moment begreifen und politikfähig machen und damit anschluss- und bündnisfähig werden für plurale soziale Bewegungen. Dazu gehören kompetente, kontinuierliche und kritische Arbeitskontakte, durch hochkarätige Angebote einer für soziale Bewegungen und linke Intellektuelle geöffneten Linkspartei¹⁴ und die Verzahnung von Politikfeldern mit den politischen Ansätzen außerparlamentarischer Kräfte. Dass dies nicht widerspruchsfrei sein wird, zeigt bereits jetzt die Debatte um Bedingungsloses Grundeinkommen vs. Bedarfsorientierte Grundsicherung. Dass die Linkspartei als Gegengewicht zur parlamentarischen, systemintegrierenden Kraft starke soziale Bewegungen braucht, ist für die parteipolitische Linke selbst unstrittig. Das Problem ist nur, dass gegenwärtig die sozialen Bewegungen in Deutschland einen gewissen Verlust an Dynamik erleiden und sich »ein Gefühl strategischer Orientierungslosigkeit« abzeichnet, das möglicherweise auf den Abschluss eines Bewegungszyklus verweist.

Ungeachtet dessen bleibt es eine der wichtigsten Aufgaben der Linkspartei als Teil des parlamentarischen Systems, mit der Kraft sozialer Bewegungen die politikgestaltenden Räume parlamentarischer Demokratie gegen die Tendenzen ihrer Aushöhlung durch Verlagerung von Entscheidungen in die Exekutive zu verteidigen und zu erweitern. Das wird der Linkspartei, als Teil des Systems im Deutschen Bundestag und in Regierungsverantwortung auf Länderebene, nur gelingen, wenn sie ebenso wie die sozialen Bewegungen ihr Demokratieverständnis als Lebensform, als beständigen Emanzipationsprozess aufgreift und politikfähig macht und sich selbst dabei immer wieder reflektiert und für gesellschaftliche Bewegungen offen bleibt.

Was Rosa Luxemburg mit Blick auf die Sozialdemokratie sagte, gilt heute wohl mindestens ebenso sehr für das Projekt einer neuen Linkspartei: »Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.«¹⁵

14 Vgl. André Brie: Große Herausforderungen. Sechs Thesen zur Perspektive der Linkspartei: Chancen, offene Fragen, Probleme, <http://www.rosalux.de/cms/index.php>.

15 Rosa Luxemburg: Taktische Frage, in: Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 252.

Die neuen Möglichkeiten der alternativen Linken erfordern ihre tiefgreifende Wandlung

Vom französischen und sogar niederländischen Nein zum Vertragsentwurf über eine Verfassung für Europa, über die Gründung der deutschen Linkspartei, den wachsenden Zuspruch der Europäischen Sozialforen bis hin zu der Tatsache, dass sich in zahlreichen Ländern soziale Bewegungen formieren – all dies deutet darauf hin, dass die politische Landschaft Europas einem spürbaren Wandel unterliegt. Nunmehr können sich nicht allein die Befürworter eines reinen politischen Machtwechsels Gehör verschaffen und auf Anerkennung durch die öffentliche Meinung hoffen, sondern verstärkt auch die alternativen Kräfte. Gleichzeitig scheinen diese Kräfte längst noch keine wirkliche Alternative bieten zu können. Sie laufen in mehrfacher Hinsicht Gefahr, sich in einer Sackgasse wieder zu finden, was auf das linke Spektrum einen alles andere als positiven Einfluss hätte, da es eher die bestehende Zersplitterung zu verstärken und so die Bewegung über kurz oder lang zu demobilisieren droht.

In die erste Sackgasse würde die unzureichende Analyse der Gründe für den Vormarsch der alternativen Linken führen, zumal sie dadurch behindert würde, strukturelle Veränderungen innerhalb der Bewegung selbst vorzunehmen. Diese sind jedoch unerlässlich, wenn sie im Einklang mit der heutigen Gesellschaft und den neuen Gegebenheiten der sozialen Bewegung stehen will.

1. Ursachen und Grenzen des Vormarsches der alternativen Linken

Das große Paradoxon der Politik Europas und vermutlich auch derjenigen anderer Kontinente besteht darin, dass einerseits die neoliberale Politik und ihre sozialen Auswirkungen, die für große Teile einer jeden Gesellschaft zunehmende Unsicherheit bedeuten, auf wachsende Ablehnung stoßen (was zunehmend auch für die etwas gemäßigtere, sozialliberale Form zutrifft) und vor allem die Jugend neue Wege anstrebt, dass sich jedoch andererseits für die große Mehrheit der Bürger im Zuge ungehinderter Globalisierungsprozesse und mit Blick auf das gegenwärtig funktionierende Europa vom Gefühl her keine glaubwürdige Alternative zu dieser neoliberalen Politik abzeichnet. Unter die-

sen Umständen stellt sich die Frage, ob die positiven Wahlergebnisse der Linken jenseits einer sozialliberalen Ausrichtung im Moment nicht eher als Ablehnung aller übrigen politischen Angebote zu begreifen sind und nicht als Befürwortung eines Projektes, von dem man noch nicht so recht weiß, was es beinhaltet. Als absolut notwendig erweist sich hierbei die Erkenntnis, dass das weitreichendste politische Phänomen der letzten zehn Jahre die massive Abkehr der einfachen Bevölkerung von der traditionellen Linken ist. Dieser harten Realität müssen sich in großem Umfang Deutschland, Italien, Frankreich, aber auch Großbritannien stellen. Tony Blair gewann die letzten Wahlen mit der Befürwortung von nur etwa 36 Prozent der Stimmberechtigten, bei einer Stimmenthaltung von 45 Prozent. Allerdings gelang es der alternativen Linken in den drei erstgenannten Ländern nicht, die von der Politik zunehmend enttäuschte Wählerschaft von sich zu überzeugen; sie legte nur um wenige Stimmen zu. Seit etwa zehn, zwanzig Jahren äußert sich die Politikverdrossenheit dieser einfachen Bevölkerung im Wesentlichen durch Stimmenthaltung oder – in einigen wenigen Fällen (die in Frankreich umfangreicher waren) – durch rechtsextreme oder rechtspopulistische Protestwahl.

2. Die Sackgasse der Identität

Unter diesen Umständen überzeugt die alternative oder radikale bzw. sogar antikapitalistisch eingestellte Linke, obgleich für ihre Entschlossenheit respektiert und frei von Korruptionsskandalen, ihre Wähler nicht so sehr durch das, was sie ist oder vorschlägt, sondern durch die Möglichkeiten, die sie eröffnet. Viele ihrer Befürworter sehen in ihr einen Weg, feste Fronten aufzuweichen, die Kräfteverhältnisse für gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu verbessern oder den Gang der Sozialdemokratie, vielleicht sogar den der Sozialliberalen, zu beeinflussen. Allerdings wird sie nicht als Bewegung wahrgenommen, die gewillt ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen, sondern eher als eine notwendige Ergänzung zu einer moderaten Linken. Zweifellos kann sich diese Situation auf lokaler Ebene, vor allem in Frankreich und Italien, auch durchaus anders darstellen.

Es wäre also völlig falsch anzunehmen, das plötzliche Interesse für linke radikale Kräfte entspreche mehr oder weniger einer Verbundenheit mit den klassischen Theorien der europäischen Arbeiterbewegung oder mit den traditionellen linksextremen Strömungen bzw. dem historischen Kommunismus. In Frankreich jedenfalls deutet nichts darauf hin, dass der politische Einfluss der kommunistischen Partei größer wird. Die Tatsache, dass sich zwei trotzkistische Strömungen (je nach Art der Wahl mit sehr unterschiedlichen Wahlergebnissen) etabliert haben, ist nicht auf die ideologische Verbundenheit mit klassischen trotzkistischen Thesen zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Tatsache, dass diese Kräfte angesichts eines politischen Vakuums für eine be-

stimmte Zeit als Sammelbecken fungieren. Das recht erfolgreiche Abschneiden des Kandidaten Olivier Besancenot bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2002 (die PCF war damals Teil der Regierung von Lionel Jospin) lässt sich durch die wachsende Akzeptanz der globalisierungskritischen Bewegung in Frankreich erklären: Viele ihrer Anhänger fühlten sich von keiner politischen Kraft ehrlich vertreten und ließen so das junge Element der Revolutionären Kommunistischen Liga (LCR) zum symbolischen Träger ihrer Geisteshaltung werden.

In diesem Zusammenhang wäre es ebenfalls völlig falsch zu glauben, die extreme Linke könne für die einfache Bevölkerung automatisch zu einer Alternative werden (die Rede ist vor allem von den ärmsten und in großer sozialer Unsicherheit lebenden Schichten), weil ihre Abkehr von den sozialliberalen Kräften oder gar ihre Wut auf deren Politik ein Umschwenken nach links begünstigen würde. Dies anzunehmen hieße den tiefen Graben zu unterschätzen, der zwischen diesen Bevölkerungsschichten und staatlichen Institutionen bzw. politischen Vertretern entstanden ist. Im Gegenzug ist es durchaus denkbar, dass sich diese Bevölkerungsschichten in größerer Zahl politischen Kräften mit radikalerer Tonart anschließen, sobald sich für sie die Möglichkeit einer glaubwürdigen Alternative abzeichnet. Anders formuliert bedeutet das, obgleich Worte stets auch Zündstoff bergen, dass diese Teile der Bevölkerung eine alternative Linke wollen, keine neue linksextreme Kraft, und dass sie auch den Kommunismus in seinen historischen Dimensionen nicht wiederhergestellt sehen wollen. Dies sollte für sämtliche potenzielle Partner einer solchen alternativen Linken Anlass sein darüber nachzudenken, dass mit vereinten Kräften vieles, allein jedoch nichts bewegt werden kann. Leider scheint sich diese Erkenntnis im linken politischen Spektrum Frankreichs noch nicht durchgesetzt zu haben, vor allem wenn es um die Vorbereitung der nächsten Präsidentschaftswahl geht, die fürwahr sehr stark auf die Herausbildung einer Identität ausgerichtet ist, was zu Lasten der Schaffung eines Bündnisses geht. Die Herausbildung einer Identität, die für jede Gruppe oder Gruppierung auf der Illusion beruht, dass jeweils nur die eigene Stärkung den gesamten Prozess voranzubringen vermag, auch auf die Gefahr hin, dass durch diese Selbstbestätigung der gesamte Prozess zu scheitern droht. Diese Sichtweise setzt die völlig überholte Auffassung einer selbsternannten Avantgarde fort, die in der einen oder anderen Form weiterbesteht, selbst in Kreisen, die sich inzwischen frei davon wähnen. Wir werden noch einmal darauf zurückkommen, denn diese Haltung ist eine der Hauptursachen dafür, dass für die Schaffung einer Alternativkultur und neuer Organisationsformen unerlässliche kulturelle Veränderungsprozesse auf der Stelle treten.

3. Die Sackgasse der Unterordnung oder der Selbstisolation

Führt man diese Gedanken weiter, stellt sich die Frage nach dem künftigen Verhältnis zwischen alternativen und traditionellen sozialdemokratischen Kräften. Zunächst einmal müssten die alternativen Kräfte klar zum Ausdruck bringen, dass sie sich den sozialdemokratischen oder gar sozialliberalen Bewegungen nicht politisch unterordnen. Ebenso wenig dürfen sie sich in die Rolle eines einfachen Anhangs drängen lassen, sondern müssen klar zu ihrem Konkurrenzanspruch stehen. Auf der anderen Seite besteht die nicht minder große Gefahr, dass Gegensätze systematisch betont werden bis hin zu der abschließenden Feststellung, dass die gegenwärtig bestehenden linken Bewegungen nicht miteinander kompatibel sind.

Diese Ansicht mag angesichts der Tatsache, dass sozialdemokratische Regierungen zum Helfer der kapitalistischen Globalisierung werden und im Zuge der Anpassung an die neuen Normen ihre Gesellschaftsverträge aufkündigen, die lange Zeit Kernstück nationaler Politik waren, in gewisser Weise nachvollziehbar erscheinen. Sie beinhaltet jedoch keinerlei effiziente Grundlage zur Schaffung einer Alternative. Um hierin vorwärts zu gelangen, muss der sozialliberale Denkansatz innerhalb der Gesellschaft mittel- und langfristig zurückgedrängt werden, er muss aber auch in der Sozialdemokratie eingedämmt bzw. in seiner Dominanz abgeschwächt werden, denn ohne Sozialdemokratie scheint eine Regierungsperspektive, die dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt, unmöglich. Gelingt dies nicht, wird sich die einfache Bevölkerung zunehmend demobilisieren, wovon vor allem die sozialliberalen Kräften in hohem Maße profitieren werden. Eine weitere Gefahr, die von der Theorie der Unvereinbarkeit linker Strömungen ausgeht, besteht in der Vorstellung, dass es die sogenannte vernünftige Linke mit Verantwortungsbewusstsein gibt und dann eine weitere, unrealistische, die sich mit der Rolle des Stachels begnügt, ohne selbst in irgendeiner Weise Verantwortung zu übernehmen. Diese Gegenüberstellung scheint übertrieben, ist aber fest in den Köpfen verankert, sogar in denen von Wählern der radikalen Linken. In einigen Fällen entspricht diese Vorstellung aber auch der gängigen Praxis. Solange diese Auffassung, die zwangsläufig zur Selbstisolation führt, bestehen bleibt, werden ernsthafte Fortschritte ausbleiben. Aus diesen Erwägungen heraus ergeben sich für die alternative Linke mehrere mögliche Wege; gleichzeitig sind sie Voraussetzung für ihre Zukunftsfähigkeit.

4. Ein neues Verhältnis zur Macht schaffen

Die alternative Linke darf nicht die klassischen Schemata zentralisierter Machtausübung reproduzieren. Die erste umfassende kulturelle Neuerung bestünde darin, ein für allemal von der Vorstellung abzulassen, dass eine Gesellschaft in erster Linie durch zentrale Machtstrukturen geformt werden kann.

Schließlich sind es in Wahrheit die Bewegungen und Strömungen innerhalb einer Gesellschaft, die eine Veränderung gleich welcher Art auszulösen vermögen. Die politische Macht gäbe in diesem Fall Impulse, bildete den äußeren Rahmen und gäbe für diese konkreten Vorschläge ihre Unterstützung. Die zweite bedeutsame kulturelle Neuerung müsste darin bestehen, die Vorstellung von einer »Macht über« zugunsten der von einer »Fähigkeit und Kraft zu« aufzugeben. Die Macht dürfte demzufolge nicht mehr als Instrument der Beherrschung angesehen werden, sondern als Befähigung, ein Mandat wahrzunehmen. Die Notwendigkeit, von hierarchischen, einander unterordnenden Strukturen abzulassen, besteht ebenfalls für die interne Organisation der einzelnen politischen Gruppierungen oder Bewegungen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet könnte die radikale Linke in hohem Maße von einer gründlichen Analyse des weltweiten Siegeszuges globalisierungskritischer Bewegungen profitieren. Während in der Vergangenheit die Arbeiterbewegung, die sozialistische oder auch die gewerkschaftliche Bewegung im Wesentlichen durch die stets wiederkehrende Dissoziation in Revolutionäre/Reformer, Marxisten/Nicht-Marxisten, Befürworter der Zentralisierung/der Selbstverwaltung usw. funktionierte, wächst die globalisierungskritische Bewegung durch den Zulauf von oftmals sehr unterschiedlichen Menschen. Das betrifft sowohl ihre Befindlichkeiten, die gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen sie stammen, als auch ihre Beweggründe und ihr Engagement. Die globalisierungskritische Bewegung weiß ganz genau, dass jedwede Rückkehr zur Dissoziation unweigerlich ihr eigenes Ende einläuten würde. Dieser Umstand lässt Prozesse und Entscheidungen zweifellos sehr viel komplexer werden als bei einer hierarchisch aufgebauten und zentral gesteuerten Organisation; ungeachtet dessen sind in sehr kurzer Zeit Optionen aufgezeigt worden, die an den verschiedensten Orten unseres Planeten etwas bewegen. Bei der Aufstellung von Wahlprogrammen und Kandidaten müsste vermutlich auf andere Weise vorgegangen werden, ungeachtet dessen sollte man sich von diesen neuen Ideen inspirieren lassen.

5. Ein neues Verhältnis zur sozialen Bewegung und zur Bürgerbewegung schaffen

Nach klassischer Auffassung ragt die politische Sphäre als eine Art Vorsprung aus dem Fels der sozialen Bewegung heraus, sozusagen als selbsternannte Höhe. Sobald allerdings die Auffassung vertreten wird, soziale Bewegungen und Bewegungen innerhalb einer Gesellschaft seien maßgeblich am gesellschaftlichen Wandel beteiligt, muss ein radikales Umdenken hinsichtlich dieses Verhältnisses und der hierarchischen Struktur erfolgen. Dies erfordert einen ständigen Dialog mit den sozialen Bewegungen. Man muss ihnen politische

Perspektiven aufzeigen, jedoch darf nicht der Versuch unternommen werden, sie zu instrumentalisieren. Soziale Bewegungen stehen nicht im Dienst der Politik. Vielmehr muss die Politik bestrebt sein, den sozialen Bewegungen zu dienen und ihr Zusammenwachsen herbeizuführen. Lange Zeit galt die Auffassung, soziale Bewegungen agierten im kleinen Rahmen, im Interesse Einzelner, und die Politik im großen, im Interesse der Allgemeinheit. Zum Teil ist dem nach wie vor so, in zunehmendem Maße jedoch verstehen sich soziale Bewegungen auch als Struktur mit politischem Anspruch, obgleich nicht auf allen Gebieten. Die alternative Linke interessiert sich bereits für die sozialen Bewegungen, zum Teil hat sie sich ihnen bereits angeschlossen. Im Hinblick auf eine Bewegung, wie sie sich unter Jugendlichen der Pariser Vororte formiert hat, ist sie jedoch machtlos und ohne jeglichen politischen Einfluss. Es besteht folglich keine Gewissheit darüber, ob die radikale Linke in Fällen derart übersteigerter Gereiztheit überhaupt in der Lage ist, ein nutzbringendes Verhältnis zu diesen neu entstehenden Bewegungen aufzubauen. Hierüber sollte schnellstens nachgedacht werden. Dessen ungeachtet bestünde eine Neuerung darin, Vereine, Gewerkschaften und koordinierende Stellen sozialer Bewegungen als gleichwertige, in Sachen Verantwortung mit Politikern gleichberechtigte Partner zu begreifen, wenn es darum geht, Programme und Projekte auszuarbeiten. Als weitaus schwieriger erweist sich die Antwort auf die Frage, ob man die Benennung von Kandidaten bei den verschiedenen Wahlen auch künftig ausschließlich Parteimitgliedern überlassen sollte. Wäre nicht vielleicht auch eine Art Vorwahlsystem für Bürger denkbar? In Frankreich wurde Verfechtern dieses Vorschlages im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen des Öfteren vorgeworfen, auf diese Weise der PS (sozialistische Partei) in die Hände zu spielen. Um diese Gefahr zu betonen, wird gern der Erfolg Romano Prodis, also der politischen Mitte, bei den italienischen Vorwahlen zur Benennung eines gemeinsamen Kandidaten der Linken und des Mitte-Links-Spektrums angeführt. Wäre es, ungeachtet der Tatsache, dass in Frankreich Vorwahlen zur Benennung eines gemeinsamen Kandidaten der Linken derzeit nicht vorstellbar sind, nicht doch möglich, gemeinsam mit den Bürgern einen Modus auszuarbeiten, der es ermöglicht, einen gemeinsamen Kandidaten für das gesamte alternative Linksspektrum zu ernennen? Dieser hätte sicherlich gute Aussichten, in die politische Debatte einzugreifen; gleichzeitig könnte besagter Modus mit Blick auf die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung ausgeweitet werden. Leider haben in der linken politischen Diskussion derzeit immer noch der klassische parteibezogene Ansatz und der Wille, sich voneinander abzugrenzen, das Sagen. Auch die Gefahr, auf diese Weise große Teile einer links eingestellten und nach Alternativen suchenden Bevölkerung schwer zu enttäuschen, ändert daran nichts. Diese Schwierigkeit besteht ja gerade in der Zeit vor Wahlen. Sollte in Frankreich allerdings tatsächlich (rein hypothetisch) ein Kandidat der Sozialisten die nächsten Präsi-

dentschaftswahlen gewinnen, könnte dies erneut zu einer Zersplitterung der alternativen Kräfte führen, indem jede ihre eigene Strategie verfolgte: die einen gingen knallhart in Opposition, andere signalisierten Zustimmung ohne aktive Beteiligung, während wiederum andere dann doch eine politische Beteiligung anstrebten. Sollte dies eintreten, böte genau diese Zersplitterung der PS die Möglichkeit, auch künftig ihre Hegemoniestellung zu behaupten. Dieses Beispiel zeigt, welche Bedeutung der Fähigkeit zukommt, auf eingefahrene, identitätsstiftende Denkschemata zu verzichten, sowie der Fähigkeit, traditionelle Auffassungen von Partei und politischer Machtausübung zugunsten neuer Ansätze aufzugeben. Gleichzeitig wird deutlich, dass es sich hierbei nicht um abstrakte theoretische Fragen handelt, sondern um Probleme, die in direktem Zusammenhang mit den großen politischen Herausforderungen unserer Zeit stehen.

Die jüngsten Entwicklungen der norwegischen Linken: Herausforderungen und Perspektiven der Mitte-Links-Regierung

1. Die Wahlen von 2001 und 2005

1.1. 2001: Die schockierende Niederlage der Arbeiterpartei

Die Parlamentswahlen fanden am 10. September 2001 statt – am Tag vor den terroristischen Angriffen gegen das World Trade Center und das Pentagon.

Die wichtigsten Ergebnisse waren eine historische Niederlage der regierenden Arbeiterpartei und eine Verdoppelung der Zahl der Stimmen für die Sozialistische Linkspartei im Rahmen eines allgemeinen Rechtsrucks: Die Arbeiterpartei hatte fast zwei Mal soviel Stimmen verloren, wie die Sozialistische Linkspartei gewonnen hatte.

In Tabelle 1 wurden die Parteien in die traditionellen Kategorien von Links, Zentrum und Mitte gruppiert.

Während des Wahlkampfes befürwortete die Sozialistische Linkspartei eine engere und stabile politische Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterpartei, der Sozialistischen Linkspartei und der Zentrumspartei im neuen Parlament – in der Hoffnung, so die Basis einer Mehrheit für eine neue Regierung zu schaffen, entweder durch eine politische Übereinkunft zwischen den drei Parteien oder durch die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Bis 2001 hatten diese drei Parteien stets eine bequeme Mehrheit im norwegischen Parlament gehabt. Eine der Hauptveränderungen bei den Wahlen in 2001 war, dass diese Mehrheit wegen des schwachen Ergebnisses der Arbeiterpartei verloren ging.

Als Folge der Wahlen im Jahre 2001 wurde eine Minderheitsregierung aus dem Zentrum und der Rechten gebildet. Die parlamentarische Basis war extrem schwach, 44 von 165 Sitzen.

Die Zentrum-Rechts-Regierung hatte eine Mehrheit von Ministern der »Rechten« (der konservativen Partei), der Ministerpräsident jedoch war Kjell Magne Bondevik von der Christlichen Volkspartei. »Die Linke« (die liberale Partei) war die dritte Partei in der Regierung mit nur zwei Sitzen im Parlament.

Die neue Regierung war auch schwach, weil sie von großen inneren Spannungen heimgesucht war. Die Rechte (die konservative Partei) war in der Lage, große Steuersenkungen durchzusetzen, gegen den Willen der beiden Parteien der Mitte der norwegischen Politik. Diese hätten der Regierung gerne ein soziales Profil gegeben und sich somit den Forderungen der linken Parteien genähert.

Die neue Zentrum-Rechts-Regierung konnte nur mit der Unterstützung der unberechenbaren und gemäßigt fremdenfeindlichen »Fortschrittpartei« gebildet werden. Die meisten Wähler erhält diese Partei durch ihr populistisches soziales Profil: Sie macht großspurige Versprechungen, die Leistungen für alle Bedürftigen zu verbessern, insbesondere für ältere und kranke Menschen.

Tabelle 1

| | Stimmen | | | Abgeordnete | | |
|---|---------|------|------|-------------|------------|------------|
| | 1997 | 2001 | 2005 | 1997 | 2001 | 2005 |
| <i>Die Linke:</i> | 42,7 | 38,0 | 41,5 | 74 | 66 | 76 |
| Die Arbeiterpartei | 35,0 | 24,3 | 32,7 | 65 | 43 | 61 |
| Die Sozialistische Linkspartei | 6,0 | 12,5 | 8,8 | 9 | 23 | 15 |
| Die Rote Wahlallianz | 1,7 | 1,2 | 1,2 | - | - | - |
| <i>Das Zentrum:</i> | 26,1 | 21,9 | 19,2 | 42 | 34 | 32 |
| Die Zentrumspartei | 7,9 | 5,6 | 6,5 | 11 | 10 | 11 |
| Die Christliche Volkspartei | 13,7 | 12,4 | 6,8 | 25 | 22 | 11 |
| »Die Linke« (liberale Partei) | 4,5 | 3,9 | 5,9 | 6 | 2 | 10 |
| <i>Die Rechte:</i> | 29,6 | 35,8 | 36,2 | 48 | 64 | 61 |
| »Die Rechte« (die Konservative Partei) | 14,3 | 21,2 | 14,1 | 23 | 38 | 23 |
| Die Fortschrittspartei (Populistische Rechte) | 15,3 | 14,6 | 22,1 | 25 | 26 | 38 |
| <i>Splitterparteien:</i> | 1,6 | 4,3 | 3,1 | 1 | 1 | 0 |
| Summe | | | | 165 | 165 | 169 |

1.2. Konfliktdimensionen im Parteienspektrum Norwegens

Die Hauptkonfliktdimensionen in der norwegischen Parteienstruktur scheiden die Parteien auf eine Art und Weise voneinander, die viele ausländische Beobachter – und viele norwegische WählerInnen – eher verwirren.

- In *sozialen Fragen*, zum Beispiel Fragen der Steuerpolitik, der Sozial- und Gesundheitsfürsorge, des Arbeitsrechts etc., dominiert die übliche Rechts-Links-Dimension. Aber die Parteien der Mitte kommen oft den Parteien der Linken nahe, und auch die Fortschrittspartei unterstützt von Zeit zu Zeit »linke« Sichtweisen.

- In Fragen der *Strukturveränderungen* in der Wirtschaft (Privatisierung, Begünstigung von Marktlösungen in sektoraler und Regionalpolitik, Mitgliedschaft in der EU) umfasste der neoliberale Pol der norwegischen Politik, zusätzlich zu den beiden Parteien der Rechten, auch die dominierenden Strukturen der Arbeiterpartei. Die Arbeiterpartei hat versucht, ihr Abgleiten Richtung neoliberale Lösungen so gut zu verbergen, wie sie konnte. Ihre Führer sind in dieser Hinsicht Jospin näher als Schröder oder Blair. Die Zentrumspartei hat im letzten Jahrzehnt in vielen Politikbereichen Positionen entwickelt, die denen der Sozialistischen Linkspartei sehr nahe sind, und hat sich definitiv links von der Arbeiterpartei platziert. Die beiden anderen Parteien der politischen Mitte sind, ähnlich wie die Arbeiterpartei, Richtung neoliberale Positionen gedriftet.

- In *Umweltfragen* und Fragen der *internationalen Solidarität* (Entwicklungshilfe, Flüchtlingspolitik) finden wir die drei Zentrumsparteien und die Sozialistische Linkspartei auf einer Seite: Sie kämpfen für eine grünere Politik und mehr Solidarität mit Menschen außerhalb Norwegens. Diese vier Parteien sind auch gegen die norwegische Mitgliedschaft in der *Europäischen Union*.

In den 90er Jahren war es das strategische Ziel der Sozialistischen Linkspartei, in Bezug auf spezifische Fragen der Strukturpolitik, Umwelt und Solidarität politische Allianzen mit den Parteien der Mitte zu schließen. Die Idee war, Druck auf die Arbeiterpartei auszuüben, um sie daran zu hindern, weiter Richtung neoliberale Positionen abzugleiten – und auch, um die zwei Parteien der Rechten zu isolieren.

Die Strategie war nur teilweise erfolgreich, hauptsächlich gegenüber der Zentrumspartei, der traditionellen Partei der Bauern Norwegens. Die Zentrumspartei wurde allmählich eine verlässliche Unterstützerin des öffentlichen Sektors, die sich gegen Privatisierung und Marktlösungen auf lokaler/städtischer Ebene wandte.

Wichtiger war jedoch die politische Umorientierung in der Gewerkschaftsbewegung. In der Vergangenheit hat die Hauptgewerkschaftsbewegung (LO) traditionell enge Bindungen an die Arbeiterpartei gepflegt, so enge, dass sie als »siamesische Zwillinge« angesehen wurden.

Während der 90er Jahre mussten viele Branchengewerkschaften ebenso wie die zentrale Gewerkschaftsleitung feststellen, dass der Arbeiterpartei in vielen

Fragen von großer Bedeutung für die Gewerkschaften – wie die Markt-orientierung und Privatisierung von Telekommunikation, Post, Eisenbahn und anderen öffentlichen Dienstleistungen – kein Vertrauen mehr geschenkt werden konnte. Mehreren Zweiggewerkschaften gelang es nur durch Verhandlungsführer der Sozialistischen Linkspartei, dass die Gruppe der Arbeiterpartei im Parlament den Klagen und Vorschlägen der Gewerkschaften überhaupt Gehör schenkte.

Diese Veränderung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Sozialistischen Linkspartei wurde besonders während der letzten Monate vor der Wahl 2001 deutlich erkennbar. So wurde im Mai 2001 erstmals der Chef der Sozialistischen Linkspartei zum zentralen Gewerkschaftskongress eingeladen. Derselbe Kongress stimmte auch, gegen den Rat der Führungsgremien, dafür, der Sozialistischen Linkspartei einen Teil des Geldes zu geben, das als Beitrag zum Wahlkampf der Arbeiterpartei geplant war. Dies erhöhte das Wahlkampfbudget der Sozialistischen Linkspartei um 25%. Und, was am Wichtigsten war: Die Zentrale Gewerkschaft und viele Branchengewerkschaften erklärten öffentlich, dass die WählerInnen ihre Interessen am besten vertreten, wenn sie entweder die Arbeiterpartei oder die Sozialistische Linkspartei wählen.

1.3. Die Wahlen von 2005

Die katastrophalen Ergebnisse der Wahlen von 2001 und der Druck verschiedener Teile der Gewerkschaftsbewegung zwangen die Führung der Arbeiterpartei zur Änderung ihrer Wahlstrategie. Die zentrale Gewerkschaft (LO) begann bereits im Herbst 2004 den sogenannten »langen Wahlkampf« mit dem Ziel, nach den Wahlen im September 2005 eine linke Mehrheitsregierung einzusetzen.

Der Führer der Arbeiterpartei, Jens Stoltenberg, erklärte öffentlich, dass die Arbeiterpartei bereit sei, zum ersten Mal in ihrer Geschichte in eine Koalitionsregierung mit anderen Parteien einzutreten, wenn möglich mit der Sozialistischen Linkspartei und der Zentrumspartei. Parteikongresse der drei Parteien billigten das Ziel im Frühjahr 2005.

Die drei Parteien der Zentrums-Links-Allianz bestritten den Wahlkampf mit verschiedenen politischen Programmen, aber mit einer gemeinsamen, weithin publik gemachten Absicht, eine gemeinsame Regierung zu bilden, sollte es ihnen gelingen, eine Mehrheit im Parlament zu erzielen.

Die Mitte-Links-Allianz aus Arbeiterpartei (den Sozialdemokraten), Sozialistischer Linkspartei (SV) und Zentrumspartei (der früheren Bauernpartei), die sich »Rot-Grüne Allianz« nannte, ging siegreich aus den Parlamentswahlen am Montag, dem 12. September, hervor.

Der Sieg war knapp (87 zu 82 im gegenwärtigen Parlament). Nur wenige Tausend WählerInnen in ein paar Wahlbezirken hätten gereicht, um die mühsam errungene Mehrheit in eine Minderheit zurück zu verwandeln.

In Tabelle 2 haben wir die Parteien nach den beiden Wahlalternativen bei den Wahlen in 2005 angeordnet.

Tabelle 2

| | 2001 | 2005 | Mandate |
|---|------|------|---------|
| <i>Mitte-Links-Bündnis</i> | 42,4 | 48,0 | 87 |
| Arbeiterpartei | 24,3 | 32,7 | 61 |
| Sozialistische Linkspartei (SV) | 12,5 | 8,8 | 15 |
| Zentrumspartei | 5,6 | 6,5 | 11 |
| <i>Parteien der vormaligen Regierung</i> | 37,5 | 26,8 | 44 |
| Die Rechte (vergleichbar den EPP-Parteien) | 21,2 | 14,1 | 23 |
| Christliche Volkspartei | 12,4 | 6,8 | 11 |
| »Die Linke« (eine liberale Partei) | 3,9 | 5,9 | 10 |
| »Fortschrittspartei« (populistische Rechte) | 14,7 | 22,1 | 38 |
| »Rote Wahlallianz« (links von der SV) | 1,2 | 1,2 | 0 |

Die Sozialistische Linkspartei (SV) verlor im Vergleich zu den Wahlen 2001 schwer – und sogar noch mehr im Vergleich zu den Meinungsumfragen. Im Zeitraum 2001 bis August 2005 lag die Sozialistische Linkspartei bei Meinungsumfragen meist zwischen 14 und 18 %. Die Hauptregierungsparteien verloren sogar noch mehr, da viele ihrer WählerInnen zur populistischen Rechten überwechselten.

Für den Verlust an Wählerstimmen für die Sozialistische Linkspartei gibt es mehrere Gründe. Hier sind vier von ihnen:

1. Zusammen mit den Gewerkschaften vermochte es die Sozialistische Linke in den letzten Jahren, die Arbeiterpartei zu einer radikaleren Politik zu zwingen – etwa ihrer vorigen Politik der Privatisierung und der Einführung von Marktelementen im Gesundheits- und Sozialdienstsektor eine Absage zu erteilen. Das ließ die Führer der Arbeiterpartei im Wahlkampf wie Linkssozialisten klingen. Die Situation verschärfte sich dadurch, dass sich die prominentesten Wahlkämpfer nicht klar zu den strategisch wichtigen und bleibenden politischen Unterschieden zwischen der Sozialistischen Linken und der Arbeiterpartei insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik und in Fragen der Wirtschaftsstrukturpolitik äußerten.

2. Die Opponenten auf der Rechten griffen die Arbeiterpartei hauptsächlich an, indem sie die Sozialistische Linkspartei angriffen. Sie versuchten, die WählerInnen durch eine wilde Kampagne gegen die »rote Gefahr« zu schrecken, in der sie alle möglichen wahren und unwahren Anschuldigungen erhoben, die die Linken zu sehr in die Defensive drängten. Zwar gelang es mit dieser Abschreckungskampagne nicht, den Wahlsieg von Mitte-Links zu verhindern, aber ein Teil der Linkspartei-WählerInnen wählte doch die Arbeiterpartei.

3. Viele WählerInnen wollten zunächst einmal die augenblickliche Regierung loswerden und wählten die Arbeiterpartei, um dieses Ziel zu erreichen.

4. Gewisse Teile der Wahlkampagne der Linkspartei trugen zu dem Rückschlag bei, indem sie die Aufmerksamkeit auf Fragen von – sowohl für die Wähler als auch für die Partei selbst – geringer Wichtigkeit lenkten und dadurch Angriffe der politischen Opponenten und der Medien auf sich zogen, die die Linkspartei in Rückzugsgefechte und erfolglose Versuche zur Selbstrechtfertigung verwickelten.

1.4. Die Verhandlungen und die Bildung der Mitte-Links-Regierung

Die Verhandlungen zwischen den drei Parteien dauerten drei Wochen und waren außerordentlich schwierig. Die Wahlen hatten der Arbeiterpartei mehr als doppelt so viele WählerInnen verschafft wie den beiden kleineren Parteien zusammen (32,7% gegenüber 15,3%) – und daher eine starke Verhandlungsposition.

Die Resultate der Verhandlungen waren in vieler Hinsicht überraschend.

1. Die Regierungsvereinbarung (Plattform) ist ein 74 Seiten langes, ausführliches und zu vielen Fragen überraschend konkretes Dokument – weit entfernt von der kurzen, allgemeinen Erklärung, die den Interessen des dominierenden Partners in der Regierung genügt hätte.

2. Die 19 Ministerposten sind so verteilt: 10 für die Arbeiterpartei, 5 für die Sozialistische Linkspartei und 4 für die Zentrumsparterie; auf diese Weise hat die Arbeiterpartei die kleinstmögliche Mehrheit in der Regierung.

3. Die Sozialistische Linkspartei erhielt das Finanzministerium, das Bildungsministerium, das Umweltministerium, das Ministerium zur Modernisierung der öffentlichen Dienstleistungen und das Ministerium für Entwicklungshilfe und Konfliktvorbeugung.

4. Die Plattform ist in vieler Hinsicht definitiv links vom Wahlprogramm der Arbeiterpartei. Das trifft sowohl auf die internationale als auch auf die Wirtschafts-, Regional- und Sozialpolitik zu.

5. Die wichtigste Veränderung der Politik besteht in der Verpflichtung, sowohl die Deregulierung der öffentlichen Dienstleistungen im Staatssektor zu beenden als auch dasselbe in den Beziehungen zu Entwicklungsländern zu realisieren und dafür innerhalb internationaler Institutionen wie Weltbank und Vereinten Nationen zu wirken.

2. Die Plattform der Mitte-Links-Regierung (Die Soria-Moria-Erklärung)

In meiner Zusammenfassung der Regierungserklärung konzentriere ich mich auf das Kapitel zur Außenpolitik, Teil 2 der Plattform. Auf die restlichen Kapitel 3-17 werde ich nur sehr kurz eingehen, da ihr konkreter Gehalt schwierig zu bewerten ist, ohne im Detail die wirtschaftliche und soziale Situation in Norwegen und den politischen Hintergrund für die spezifischen Vorschläge zu erklären.

2.1. Außenpolitik

Einige der Hauptmeinungsunterschiede zwischen den drei Parteien bestanden – und bestehen noch – in Fragen der Außenpolitik, den Beziehungen zur EU, der globalen Liberalisierung, der NATO und den Kriegen in Afghanistan und im Irak.

Der außenpolitische Kompromiss beruht auf drei Elementen, die in der Plattform so ausgedrückt werden: »Die Hauptrichtungen der norwegischen Außenpolitik stehen ganz fest, darunter die starke Unterstützung der UNO und des Völkerrechts, Norwegens Mitgliedschaft in der NATO, das EEA-Abkommen (European Economic Area) und Norwegens Nicht-Mitgliedschaft in der EU.«

Das heißt, dass die Arbeiterpartei die Tatsache akzeptiert, dass Norwegen nicht in die Europäische Union eintritt (für die Dauer der Regierung), dass die Sozialistische Linkspartei akzeptiert, dass die Regierung auf Norwegens Mitgliedschaft in NATO und EEA beruht und dass die Zentrumspartei, ihrerseits eine starke Anhängerin der NATO-Mitgliedschaft, akzeptiert, dass die Regierung auf der Mitgliedschaft in der EEA beruht (siehe unten).

Keine Bewerbung Norwegens um Mitgliedschaft in der EU

Es wird explizit gesagt, dass »die Regierung sich nicht um eine EU-Mitgliedschaft Norwegens bemühen wird«. Dies war die sowohl von der Sozialistischen Linkspartei als auch von der Zentrumspartei geforderte Vorbedingung für den Eintritt in eine Koalitionsregierung mit der Arbeiterpartei.

Seit 1994 ist Norwegen Mitglied der *European Economic Area*, und zwar durch eine Übereinkunft mit der EU, die Norwegen zum Teil des EU-Binnenmarktes macht. Zur EEA wird gesagt: »Es muss sicher gestellt werden, dass Norwegens Interessen effektiver wahrgenommen werden können, und zwar in einem so frühen Stadium, dass wir in der Lage sind, für Norwegen wichtige EU-Entscheidungen zu beeinflussen, sei es durch das EEA-Abkommen oder auf andere Weise. Wenn andere Maßnahmen fehlschlagen, wird die Regierung erwägen, Vorbehalte anzumelden, die aus dem EEA-Abkommen folgen, wenn norwegische Interessen von besonderer Wichtigkeit durch Gesetzesakte bedroht werden, deren Aufnahme in das EEA-Abkommen geplant ist.«

»Die Regierung wird gute Umweltinitiativen der EU annehmen und die besten Aspekte der EU-Umweltschutzgesetzgebung umsetzen, auch solche, die nicht vom EEA-Abkommen gedeckt sind. Die Regierung wird nachdrücklich auf der Ausnahmeregelung bestehen, die uns im EEA-Abkommen gewährt wurde, der zufolge die norwegischen Behörden entscheiden, welche genetisch modifizierte Produkte nach Norwegen eingeführt, auf den Markt gebracht und verkauft werden dürfen.«

»Die Regierung wird daran arbeiten sicherzustellen, dass die EU keine Dienstleistungsrichtlinie umsetzt, die zu Sozialdumping führt.«

Eine kritische Haltung zur Globalisierung

Als Teil der globalisierungskritischen Bewegung hat die Sozialistische Linke gemeinsam mit ATTAC Norwegen und der breiten NGO-Front im Norwegischen Sozialforum die norwegische Politik in der WTO, Weltbank und IMF streng kritisiert. Die Zentrumsparterie teilt einen Teil dieser Kritik, während die Arbeiterpartei Politikmuster angenommen und – in ihren eigenen Regierungszeiten – ausgeführt hat, die von der Politik anderer europäischer Länder und der USA ununterscheidbar waren.

Obwohl einige führende Mitglieder der Arbeiterpartei von Zeit zu Zeit Lippenbekenntnisse zu einer Kritik der globalen Liberalisierung abgegeben haben, verursachten einige der nun folgenden Punkte – zitiert aus der Regierungserklärung – große Überraschung bei der globalisierungskritischen Bewegung.

Eine Veränderung der norwegischen Politik hinsichtlich der Liberalisierung durch Weltbank und IMF

»Die Regierung wird daran arbeiten,

- sicherzustellen, dass die multilaterale Hilfe mehr und mehr von der Weltbank zu Entwicklungsprogrammen und Nothilfemaßnahmen unter der Schirmherrschaft der UN-Agenturen überstellt wird. Norwegische Hilfe sollte nicht in Programme fließen, die Auflagen zur Liberalisierung und Privatisierung enthalten;
- eine Demokratisierung der Weltbank und des IMF zu unterstützen. Entwicklungsländer müssen weitaus größeren Einfluss erhalten, unter anderem dadurch, dass das Wahlrecht nicht ausschließlich an Kapitalbeiträge gebunden ist;
- Wege des Schuldenerlasses für die ärmsten Länder zu finden bzw. den Erlass ausstehender Schulden in Übereinstimmung mit der internationalen Schuldenhilfeinitiative sicherzustellen. Die Kosten des Schuldenerlasses dürfen nicht in eine Reduzierung der norwegischen Hilfe münden, vgl. den angenommenen Schuldenrückzahlungsplan. Privatisierungsaufgaben dürfen nicht zur Bedingung für den Schuldenerlass gemacht werden.«

Eine Veränderung der norwegischen Politik in der WTO

»Exportsubventionen der reichen Länder sind augenblicklich sehr schädlich für arme Länder und Länder mit mittlerem Einkommen, sowohl was ihre Binnenmärkte als auch was ihre Exportmöglichkeiten angeht. Die Regierung wird die Ächtung aller Exportsubventionen durch die WTO unterstützen.

Die grundsätzliche Position der Regierung ist, dass die WTO-Regeln arme Länder nicht um die Entscheidungsrechte und -möglichkeiten bringen dürfen, die wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung auch unserer eigenen Gesellschaft zu einem Wohlfahrtsstaat bildeten.

Was Handel und Dienstleistungen im Rahmen des GATS- Abkommens angeht, wird die Regierung die norwegischen Positionen überprüfen und anpassen. Norwegen sollte keine Forderungen an arme Länder stellen, die eine Schwächung der Möglichkeiten der Entwicklung starker öffentlicher Dienstleistungen in Gesundheit und Bildung nach sich ziehen würden. Auch sollte Norwegen kein Übereinkommen begünstigen, das die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Norwegen nach sich ziehen könnte.

Entscheidende Wichtigkeit muss, im Zusammenhang mit den internationalen Verhandlungen zu handelspolitischen Aspekten internationaler Eigentumsrechte (dem TRIPS-Abkommen), dem Zugang zu Niedrigpreismedizin gegen lebensgefährliche Krankheiten (HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose) in armen Ländern eingeräumt werden.

Die Regierung wird:

- alle Forderungen überprüfen und neu ansetzen, die Norwegen Entwicklungsländern gestellt hat;
- größere Offenheit hinsichtlich der Forderungen, die Norwegen an andere Länder in den GATS- Verhandlungen stellt, walten lassen und der Öffentlichkeit Zugang zu den Forderungen verschaffen, die an Norwegen gerichtet werden, insofern dies im Rahmen der WTO-Verhandlungen möglich ist;
- sicher stellen, dass Norwegen daran arbeitet, dass die Länder des Südens genug Handlungsfreiheit bekommen, um Entwicklungsstrategien zu wählen, die ihre speziellen Möglichkeiten und ihren Entwicklungsstand in den WTO-Verhandlungen zu Landwirtschaft und Marktzugang für andere als landwirtschaftliche Produkte berücksichtigen;
- daran arbeiten, dass das Recht eines Landes an der Nahrungsmittelproduktion für seine eigene Bevölkerung in den WTO-Verhandlungen sichergestellt wird;
- dazu beitragen, dass arme Länder genug politische Freiheit haben, ihre eigene Nahrungsmittelproduktion schützen;
- die Importquoten für arme Länder, einschließlich der entwickelteren (non-LDC), erhöhen. Die Regierung wird ihre Hilfen darauf richten, die am wenigsten entwickelten Länder (LDC)¹ dazu zu befähigen, ihre Handelspräferenzen auszuüben;

1 LDC: Least developed countries, d. h. die von der UNO als die ärmsten eingestuftten Länder.

- international an einer Überprüfung vorheriger WTO-Runden arbeiten, bevor die Verhandlungen auf neue Gebiete erweitert werden.«

Ein klares UNO-Mandat als Voraussetzung der norwegische Teilnahme an internationalen Militäroperationen

Alle drei Parteien wollen, dass Norwegen aktiv an friedensschaffenden Missionen der UN teilnimmt. Darum: »Die Regierung wird eine Überprüfung der norwegischen Verpflichtungen, was norwegische Truppen in EU und NATO-Aufgaben als auch andere internationale Operationen angeht, durchführen. Wir werden die norwegische zivile und militärische Teilnahme an friedensschaffenden Maßnahmen der UNO erhöhen, mit besonderer Betonung Afrikas.«

Der schwierigste Teil der Verhandlungen zwischen den drei Parteien war die Frage internationaler Missionen. Die Führung der Arbeiterpartei wollte größeren Handlungsspielraum, als die Sozialistische Linkspartei zuzugestehen bereit war.

Der Hauptpunkt war, ob ein klares UNO-Mandat eine Vorbedingung für eine norwegische Teilnahme an internationalen militärischen Operationen sein sollte. Die Verhandlungsführer der Arbeiterpartei argumentierten bis zur letzten Nacht für schwächere Konditionen wie »in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht« oder »in Übereinstimmung mit dem UN-Pakt«, nahmen jedoch schließlich Vorschläge der Sozialistischen Linkspartei an, die »ein klares UN-Mandat« verlangte.

Das allgemeine Prinzip eines UN-Mandats erhielt diese Formulierung: »Eine Beteiligung an internationalen Missionen muss in der UN-Charta begründet sein und ein klares UN-Mandat haben. Die UNO ist die einzige internationale Körperschaft, die Gewaltanwendung legitimieren kann. Für die Anwendung militärischer Gewalt muss eine hohe Schwelle bestehen. Norwegen sollte nicht an präventiven Angriffen teilnehmen, die nicht von der UN autorisiert sind.«

Zu Irak und Afghanistan wurde auch ein Durchbruch für Forderungen der Sozialistischen Linkspartei als der einzigen Partei im Norwegischen Parlament erzielt, die vor einer militärischen Antwort der USA auf den 11. 9. 2001 gewarnt hatte, die es ablehnt, dass Norwegens NATO-Mitgliedschaft ein automatisches Ja zum US-Krieg gegen Afghanistan bedeutet, und als der einzigen Partei im Parlament, die die Friedensbewegung vertritt und die breite Mehrheit der norwegischen Öffentlichkeit, die gegen die US-Angriffe auf den Irak im Jahr 2003 war.

Es kann daher als ein Durchbruch für die Sozialistische Linkspartei betrachtet werden, wenn in der Regierungsplattform übereingekommen wird:

»Die Regierung wird

- norwegische Staboffiziere und Trainingspersonal aus dem Irak zurückziehen,
- die norwegische Teilnahme an ISAF in Afghanistan stärken. Auf dieser Grund-

lage werden wir die norwegische Teilnahme an Operation Enduring Freedom nicht verlängern, wenn die Mandatsperiode für diese Kräfte ausläuft.«

2.2. Strukturpolitik: Eigentum, Privatisierung, Wettbewerb

In mehrerer Hinsicht erklärt die Regierung, dass sie die politischen Änderungen wieder rückgängig machen will, die von allen norwegischen Regierungen, seien dies sozialdemokratische oder andere, vorgenommen wurden, seit die erste rechtsgerichtete Regierung 1981 an die Macht kam.

Die Regierung wird:

- ein starkes öffentliches und nationalisiertes Eigentum bewahren, um wichtige politische Ziele zu erreichen und Profit und Einkommen in die Gemeinden zu bringen;
- einen starken öffentlichen Sektor im Bereich der Wasser- und Ölressourcen erhalten;
- Anteile an wichtigen Firmen wie Telenor, Norsk Hydro, Statoil nicht privatisieren oder verkaufen;
- Fischereirechte nicht privatisieren;
- das obere Limit für die Fischzucht reduzieren;
- die Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Bildung, Gesundheit und sozialen Diensten stoppen.

2.3. Arbeitsrecht

Die neue Regierung wird alle Veränderungen, die die vorherige Mitte-Rechts-Mehrheit im Mai 2005 am Arbeitsrecht vorgenommen hat, wieder zurücknehmen. Hier sind einige der wichtigsten Punkte:

- Zurücknahme des ausgeweiteten Rechtes für Arbeitgeber, Zeitarbeit anzubieten;
- Zurücknahme der schwächeren Regelungen für Arbeitsplatzsicherheit;
- die Obergrenze für legale Überstunden wird auf das Niveau von 2003 zurückgenommen.

Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaftsrechte werden verbessert:

- Örtlichen Gewerkschaftsvertretern wird das Recht auf Einsicht in die Löhne und Arbeitsbedingungen von Subunternehmern gewährt.
- Bei allen öffentlichen Ausschreibungen werden norwegische Löhne und Arbeitsbedingungen zur Voraussetzung gemacht.
- Arbeitnehmer erhalten dieselben Rechte bei der Überführung von Rechten nach Ausschreibung wie nach Transfer an neue Eigentümer.
- Die Rechte von Arbeitnehmern, die sich über unerträgliche Bedingungen am Arbeitsplatz beschwerten, werden gestärkt.
- Wenn eine Firma neue Arbeitnehmer anstellt, werden die Rechte von Teilzeitarbeitnehmern, in Vollzeitstatus überzugehen, gestärkt.

2.4. Soziale Gerechtigkeit

Die Regierung wird:

- die Steuerlast auf ihrem Niveau von 2004 belassen;
- Steuern auf Aktividenden wieder einführen und Kapitaleinkommen im selben Maße besteuern wie das Höchstmaß an Steuern auf Löhne und Gehälter;
- in 2007 im ganzen Land Zugang zu Hochgeschwindigkeitsinternet (ADSL) gewährleisten;
- die Geldzuweisungen für regionale und lokale Gebietskörperschaften bedeutend erhöhen;
- eine geographisch differenzierte Betriebssteuer auf Arbeitskräfte wieder einführen, mit wenig oder niedrigen Steuern in von Entvölkerung bedrohten Bezirken;
- das Ausmaß der sozialen Sicherungsleistungen erhöhen;
- das Recht auf Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, im Gegensatz zu den Vorschlägen der vormaligen Regierung, nicht schwächen;
- die Reduzierung des Arbeitslosengeldes zurücknehmen;
- die Zuzahlungen der Patienten für Gesundheitsleistungen reduzieren und sie auf niedrigem Niveau halten.

Die Sozialistische Linkspartei musste – als Teil des Verhandlungskompromisses – die Entscheidung zur Rentenreform annehmen, die von einer breiten Mehrheit im Parlament im Mai 2005 getroffen worden war. Diese Reform wird ab 2020 zu Rentenkürzungen führen.

2.5. Die ersten 50 Tage der Mitte-Links-Regierung:

Was ist bereits erreicht worden?

- Ein Teil der multilateralen Entwicklungshilfe wurde im Budget von 2006 von der Weltbank zu Entwicklungsprogrammen unter UN-Schirmherrschaft überführt.
- Die norwegische Entwicklungshilfe wird im Jahre 2006 nahe bei 1 % des BIP liegen.
- Norwegische Forderungen in den GATS-Verhandlungen, dass Entwicklungsländer ihre Grenzen für internationalen Wettbewerb in Bildungsdienstleistungen, Elektrizitätsversorgung und Wasser öffnen sollen, sind zurückgezogen worden.
- Alle norwegischen Forderungen in den GATS-Verhandlungen an die rückständigsten Länder (LDCs) wurden zurückgenommen.
- Norwegisches Stabs- und Trainingspersonal ist aus dem Irak zurückgezogen worden.
- Norwegische Spezialeinheiten als Teil der Operation Enduring Freedom in Afghanistan sind zurückgezogen worden.
- Alle Vorschläge unter Punkt C: Arbeitsrecht sind bereits angenommen worden.

- Die Steuerlast im Haushalt 2006 ist auf derselben Höhe wie 2004.
- Die Steuer auf Aktiendividenden ist wiedereingeführt worden und Kapitaleinkommen wird auf demselben Niveau besteuert wie die Maximalhöhe der Steuer auf Lohneinkommen.
- Die Transfers für regionale und örtliche Gebietskörperschaften sind für das Jahr 2006 um fast 6 Mrd. Norwegische Kronen erhöht worden.

Die Medien haben die Regierungsparteien dennoch dafür kritisiert, ihre Versprechungen nicht einzuhalten. Der Großteil der Kritik bezieht sich nicht auf Versprechen in der Regierungserklärung, sondern auf die Parteiprogramme der drei Parteien. Überwiegend richtet sich die Kritik gegen die Sozialistische Linkspartei, die von den Medien und den Mitte-Rechts-Parteien als die »schwache Seite« der augenblicklichen Regierung definiert wird.

Diese Kritik ist in sich unlogisch. Die Minister der Sozialistischen Parteien werden dafür angegriffen, »Versprechen« aus dem Parteiprogramm der Sozialistischen Linkspartei nicht zu halten, entweder weil deren Verhandlungsführer es nicht geschafft haben, dass diese in die Regierungsplattform aufgenommen wurden, oder weil deren Minister in der Regierung niedergestimmt wurden. Die Minister aus der Linkspartei werden gleichzeitig angegriffen, weil ParteiaktivistInnen außerhalb der Regierung öffentlich radikalere Lösungen fordern als die in der Regierungsplattform enthaltenen oder von der Regierung verfolgt und weil sie nicht schon im Jahr 2006 in der Lage sind, die Versprechen in der Regierungserklärung zu verwirklichen, die erst Schritt für Schritt in der Periode bis 2009 verwirklicht werden sollen.

Die aggressivsten Angriffe gegen die Sozialistische Linkspartei richten sich gegen die Teile des Parteiprogramms, die langfristig grundlegende, aber tatsächlich sehr vorsichtige Veränderungen in der norwegischen Gesellschaft anpeilen, zum Beispiel:

- die Verkürzung der Arbeitszeit auf einen 6-Stunden-Arbeitstag oder eine 30-Stunden-Arbeitswoche;
- das Recht der ArbeitnehmerInnen in Arbeitsstätten mit mehr als 200 Beschäftigten, VertreterInnen zu wählen, die zusammen über mehr als 40 Prozent der Stimmen in der Vollversammlung der Aktionäre der Aktiengesellschaft im Besitz der Arbeitsstätten verfügen sollen.

Das Ausmaß und die Intensität der Angriffe auf die Sozialistische Linkspartei nach den Wahlen werfen die Frage auf: Werden die Parteimitglieder – und die WählerInnen – die Teilnahme an dieser Regierung weiterhin gutheißen, wenn die fünf Minister auf vielen Gebieten Maßnahmen durchsetzen müssen, die die Parteimitglieder nicht verteidigen können?

Auf dem Parteikongress im April 2005 wurde die Entscheidung, auf eine Koalitionsregierung gemeinsam mit der Arbeiterpartei und der Zentrumspar- tei hinzuarbeiten, einstimmig getroffen. Es gab tatsächlich innerhalb der Partei keinen Zweifel daran, dass dies vor der Wahl die richtige Strategie war. Die

Entscheidung, in die Regierung einzutreten, wurde vom Nationalrat (einem Organ mit 40 Mitgliedern) auf der Grundlage der ausgehandelten Regierungsplattform (der Soria-Moria-Erklärung) getroffen – und einmal mehr einstimmig.

Aber was für Diskussionen werden in der Sozialistischen Linkspartei aufkommen, sobald die immense Anzahl kleiner und großer Kompromisse – und Verluste – in der täglichen Arbeit der Regierung in Erscheinung treten? Das hängt in hohem Maße davon ab, ob die eigenen Ansichten der Partei durch die VertreterInnen der Partei in Regierung und Parlament klar vertreten werden, und ob Parteimitglieder auf allen Ebenen das Recht haben, öffentlich und nicht nur in der Partei, für eine Politik zu kämpfen, die die Minister in der Regierung nicht durchsetzen können.

3. Die neue Mitte-Links-Regierung und die Perspektiven eines Stops neoliberaler Herausforderungen innerhalb Norwegens und weltweit

Die Mitte-Links-Regierung hat unter traditionellen linken WählerInnen und in der Gewerkschaftsbewegung Hoffnungen darauf erweckt, dass die anhaltende und anscheinend unwiderstehliche Welle der neoliberalen Reformen angehalten und sogar teilweise umgedreht werden kann. Gibt es Gründe für solche Hoffnungen?

Zwei Umstände machen Grund zur Hoffnung:

1. Die Ölwirtschaft Norwegens und das stetige Wachstum sogar der so genannten »Festlandwirtschaft« (d. h. der norwegischen Wirtschaft minus Öl- und Gassektor) geben jeder norwegischen Regierung mehr Aktionsfreiheit, als andere europäische Regierungen haben.
2. Die Gewerkschaften stehen fest hinter den Forderungen nach einer Politik, die darauf abzielt, die neoliberale Politik des letzten Vierteljahrhunderts anzuhalten und umzukehren.

Aber es gibt auch Realitäten, die die Mitte-Links-Regierung daran hindern könnten, ihre proklamierten Ziele, wie sie in der Regierungserklärung enthalten sind, zu erreichen. Manche von diesen sind internen Ursprungs:

1. Die Wählerschaft war im September 2005 nahezu in zwei gleichgroße Teile gespalten, und dies bei einer Wahl, bei der viele Faktoren einen Mitte-Links-Gewinn begünstigten. Ein paar Tausend WählerInnen, die sich in einigen Randbezirken zu rechteren Parteien bewegen, könnten 2009 eine Mitte-Rechts- oder sogar eine Rechtsregierung herbeiführen.

2. Die drei Regierungsparteien haben Meinungsverschiedenheiten, die die Arbeit der gemeinsamen Regierung erschweren können: (1) zu außenpolitischen Fragen (die norwegische Beteiligung an internationalen Operationen spaltet die Parteien), (2) zur Gewichtung von Umwelterwägungen vs. wirtschaftlicher Vorteile des Bohrens in nördlichen arktischen Gewässern, und

(3), ob man die Vorbehaltsrechte im EEA-Abkommen gegen EU-Gesetze, die norwegische Interessen bedrohen, nutzen kann. Es gibt noch weitere Differenzen zwischen den drei Parteien, einige von ihnen von grundsätzlicher Bedeutung, aber die drei erwähnten sind kurzfristig (in den nächsten vier Jahren) diejenigen, die in kritischen Situationen zu einem Zerbrechen der Regierung führen können.

3. In dieser Regierungskoalition macht die Arbeiterpartei eine Politik, an deren Richtigkeit – auf vielen Gebieten – viele ihrer Parteiführer selbst nicht glauben. Sie glauben nicht wirklich, dass es möglich ist, gegen eine Politik vorzugehen, die anderswo in Europa vorherrscht, und sich an mächtige Liberalisierungskräfte national und international anzupassen. In den 1990er Jahren bestand der einfache Ausweg für die Arbeiterpartei darin, nach Partnern zur Rechten zu gucken. Nach der dramatischen Niederlage bei den Wahlen von 2001 war es der einfachere Weg, nach Partnern zur Linken zu schauen, auf der Grundlage der Erkenntnis, dass die Gewerkschaften – und die WählerInnen – sich nach links bewegt hatten.

4. Die neue Regierung gründet ihre Industriepolitik auf die Idee, dass die Wettbewerbsfähigkeit der norwegischen Wirtschaft grundsätzlich ein Resultat der kooperativen Tradition in den Fabriken und Firmen ist, im Gegensatz zu konfliktbeladeneren Traditionen in vielen anderen Ländern. Diese Tradition der Kooperation hat den Gewerkschaften beträchtlichen Einfluss auf die Art und Weise verschafft, auf welche technologische und organisatorische Veränderungen an den Arbeitsplätzen eingeführt werden. Diese Tradition der Zusammenarbeit ist nun für einige Zeit schon von neuen »go-it-alone«-Strategien eines Teils der Arbeitgeber untergraben worden. Wenn sich diese Tendenz fortsetzt, könnte diese Basis der norwegischen Konkurrenzfähigkeit der Vergangenheit angehören. Dadurch würde auf industriellem Gebiet und bei Fragen der Wirtschaftsdemokratie die Aktionsfreiheit der neuen Regierung beschnitten werden.

Andere Realitäten sind allgemeiner Natur und stellen schwierige Herausforderungen für jede linke Regierung in Europa dar:

1. Der öffentliche Sektor muss ständig reformiert und effizienter gemacht werden, um der Bevölkerung die Dienstleistungen anzubieten, die sie verdient und mehr und mehr auch verlangt. Die neue Regierung hat versprochen, den öffentlichen Sektor effizienter zu machen, indem sie die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zu einer engen Zusammenarbeit einlädt, die Arbeitsplätze so zu ändern, dass sie sich ändernden und schwierigeren Herausforderungen gerecht werden – anstatt einer Auslagerung mit dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit und Privatisierung als Methode zur »Modernisierung« des öffentlichen Sektors, was die Hauptstrategie im letzten Jahrzehnt war. Wenn dieses Projekt der engen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im öffentlichen Sektor nicht erfolgreich sein sollte, werden die rechten Parteien 2009 die Nutznießer sein.

2. Die grundsätzlichen Prinzipien der Europäischen Union, die freie Bewegung der Produkte, Dienstleistungen und von Kapital und Arbeit in Kombination mit dem Recht auf Niederlassung ohne Diskriminierung, schränken die Aktionsfreiheit jeder Regierung ein, die »Marktversagen« auf effiziente Weise zu korrigieren sucht. Norwegen ist in dieser Hinsicht in keiner Weise anders als die EU-Länder, und zwar wegen seiner Mitgliedschaft in der EEA, die es an alle Regeln des Binnenmarktes bindet.

3. Die Option, Firmen und Produktionsstandorte unter den Bedingungen der Bewegungsfreiheit des Kapitals in andere Länder und Kontinente zu verlagern, erlegt der Möglichkeit der Regulierung der Aktionsfreiheit der Kapitalbesitzer durch die Regierung strenge Grenzen auf. Kapitalflucht ist eine potenzielle Gefahr – obwohl dies oft übertrieben wird.

4. Die allgemeine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung schafft strategische Nachteile für jedes linke Projekt in Europa. Diese Schwächung hat viele Ursachen: die lange Zeit der Massenarbeitslosigkeit, die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur von der Industrie weg hin zu Dienstleistungen, neue Formen der Arbeitsorganisation, Dezentralisierung von Industriebeziehungen in Richtung von Verhandlungen an der Arbeitsstätte mit der Entwicklung von so genannter »wildcat«-Kooperation auf Firmenebene, wodurch die Arbeitnehmer reduzierte Löhne und längere Arbeitszeiten im Austausch für eine längere feste Anstellung akzeptieren. Auf europäischer Ebene gibt es immer noch sehr wenige Anzeichen einer gemeinsamen Gewerkschaftsstrategie, mit der den neoliberalen Kräften Widerstand geleistet werden könnte.

Einige vorläufige Schlussfolgerungen

Die Mitte-Links-Regierung in Norwegen wird gegen große Herausforderungen zu kämpfen haben. Die Regierung könnte vielleicht nicht einmal bis zu den nächsten Wahlen 2009 durchhalten. Sie könnte noch nicht einmal in der Lage sein, die Versprechen zu erfüllen, die in der Regierungserklärung (der Soria Moria-Plattform) enthalten sind, geschweige denn den Erwartungen der linken WählerInnen genügen. Sie könnte die Wahlen 2009 verlieren, selbst wenn sie den größten Teil der Regierungsplattform erfüllt.

Wenn die Regierung wirklich erfolgreich ist, d. h. ihre politischen Versprechen erfüllt, die neoliberale Offensive in wichtigen Bereichen stoppt und ihre Popularität bei den WählerInnen erhalten kann, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Arbeiterpartei 2009 mehr vom Wahlgewinn absahnt. Wenn die Sozialistische Linkspartei als Verliererin aus der Wahl von 2009 hervorgeht, gibt es keine Garantie, dass die neue Regierung den in der Soria-Moria-Plattform vorgezeichneten Weg weiterverfolgt. Das hängt auch von Entwicklungen außerhalb Norwegens und den Erfahrungen in anderen europäischen Ländern ab.

Sollte es der Regierung jedoch gelingen, die neoliberale Flut einzudämmen, könnte gerade dieser Erfolg die Perspektiven innerhalb der Arbeiterpartei verändern. Sogar SozialdemokratInnen können durch die Praxis verändert werden.

Die beiden Hauptfaktoren des Wahlerfolgs 2005 sind nichtsdestoweniger auch in anderen Ländern von Wichtigkeit: eine Gewerkschaftsbewegung, die die Politikmaßnahmen der sozialdemokratischen Partei von links her angreift – und die Existenz einer hinreichend großen Linkspartei links von den Sozialdemokraten, die sich weitgehend mit diesen Forderungen der Gewerkschaften identifiziert.

Aus dem Englischen von Carla Krüger

New Labours zweite Legislatur oder: Der lange Weg zum solidar-gesellschaftlichen Denken

Im Folgenden soll versucht werden, einen Eindruck davon zu geben, wie soziale Lage und politische Situation in der britischen Gesellschaft der zweiten Blair-Regierung einander beeinflussen und welche Probleme bei der Thematisierung der sozialen Frage sich daraus für die britische Linke ergeben.

1. Blairs forciertes Sozialabbauprogramm in der zweiten Legislatur

Die makroökonomische Strategie der Regierung Blair setzt in vielem die restriktive Sozialpolitik der vorangegangenen konservativen Regierungen fort: Auch in der zweiten Legislaturperiode der Regierung Blairs gibt es an der Politik der Haushaltsrigidität bei gleichzeitiger Akzeptanz der immer größeren sozialen Spaltung im Land keine Abstriche.¹ Merkmale der zweiten Legislaturperiode waren das Vorantreiben der *public sector reforms*, die die Einführung eines Billiglohnssektors im öffentlichen Dienst (u. a. bei den Sozialdiensten) genauso durchgesetzt hat wie die weitere gezielte Auslagerung von Rentenfonds der im öffentlichen Dienst Beschäftigten aus der staatlichen Finanzierung.² Alle diese Maßnahmen sind im privaten Wirtschaftssektor bereits durchgesetzt: Bleibende Unsicherheit unter den lohnabhängig Beschäftigten bezüglich ihrer Absicherung im Alter und im Krankheitsfall sind hier schon lange Realität, wie auch, zumindest im unteren Drittel der Bevölkerung, relativer Kaufkraftverlust durch weiter zurückgehende Reallöhne. Im Rahmen des ›Welfare-to-work‹-Programms werden die Sozialsysteme finanziell weiter ausgehöhlt, so dass der Arbeitszwang, der jetzt in Deutschland mit Hartz IV droht, für Langzeitarbeitslose in Großbritannien bereits Realität ist.

1 Vgl. z. B. Polly Toynbee, David Walker: Credit where it's due? Blair's balance sheet, Guardian, January 31, 2005.

2 Weitere Belege fortdauernder Blair'scher Privatisierungsfixierung waren die Gesetze zur De-facto-Privatisierung der leistungsstärksten Krankenhäuser (2003) sowie das Gesetz zur Einführung von Studiengebühren (2004).

Dass die New-Labour-Regierung hier nicht nur auf »Globalisierungszwänge« reagiert, wie immer von ihren Verteidigern zu vernehmen ist, zeigt ihr Agieren auf internationaler Ebene, besonders im Europäischen und EU-Ministerrat gerade in dieser Legislaturperiode: Landete Blair noch 1997 einen populären Coup, als er das Sozialkapitel des Maastricht-Vertrags für Großbritannien anerkannte, so wurde jetzt die Aufnahme der neuen europäischen Sozialcharta in die neue EU-Verfassung insbesondere durch die britische Regierung verhindert. Die Implementierung der EU-Arbeitszeit-Richtlinie, die Blair immer bekämpft hat, wurde durch eine Unzahl von nationalen Opt-out-Regeln unterlaufen. Die Regierung Blairs weigerte sich auch beharrlich die 7-Jahre-Sperrregelung für die Freizügigkeit von Arbeitskräften im Gefolge der EU-Erweiterung umzusetzen, was jetzt z. B. großen Busunternehmen ermöglicht, ab diesem Jahr in Größenordnungen polnische Arbeitskräfte anzuwerben und diese gegen die meist gewerkschaftlich organisierte Belegschaft in den Busunternehmen auszuspielen.³ Die flächendeckende Einführung von Billiglohnverhältnissen war nach der neoliberalen Orthodoxie der Preis, der für die Arretierung der Arbeitslosigkeit auf relativ niedrigem Niveau gezahlt werden musste. Blair bezahlte ihn.

2. Welche Wahrnehmungen und Einstellungen herrschen in der britischen Gesellschaft gegenüber der »sozialen Frage«?

Hier muss man *vorläufig* ein für die Linke negatives Resümee ziehen: Peter Mandelson, eine der grauen Eminenzen von New Labour, hat das 2001 auf den Punkt gebracht, als er sagte: »We're all Thatcherites now« (Wir sind jetzt alle Thatcheristen) – damit beschrieb er die Tiefe, in der neoliberale Ideologeme nicht nur in der Labour Party, sondern in der Alltagskultur Großbritanniens inzwischen verankert sind. Zu einem wesentlich größeren Teil als in anderen westeuropäischen Ländern hat es die Rechte verstanden, neoliberale Leitbilder zu naturalisieren und zu »nationalisieren« – Selbstverwirklichung, Selbstverantwortung, Sich-Durchsetzen-können gegen andere, Tough-sein und dadurch Erfolg erringen, werden in den Medien fortdauernd als typisch britische Eigenschaften dargestellt und ständig neu positiv besetzt. Sie sind heute zu einem großen Teil in den Familien besonders der Mittelschichten, aber auch

3 Es ist genau diese Art von Problemen, die im Moment vor der linken Europapolitik stehen, wenn die ELP in den kommenden Monaten eine gesamteuropäische Strategie entwickeln muss. Ich würde diese Probleme als den »Widerspruch zwischen Territorialität und Vision« bezeichnen: Das Agieren der neoliberalen Eliten schafft ständig dort negative Präzedenzfälle der Angleichung europäischer Sozialstandards nach unten, wo das mit Verweis auf die »Standortvorteile« in jeweils benachbarten Regionen durchgesetzt werden kann – durch dieses zynische Spiel wird der parteipolitischen Linken in der EU ständig ein strategisches Dilemma von Vision (»menschenswürdige Lebensbedingungen für alle«) und Territorialität (Interessenvertretung für die Wähler der europäischen Links-Parteien) aufgedrückt.

der Arbeiterschaft, akzeptiert und gehören zu den Fixpunkten der Ausrichtung des eigenen Lebenswegs.

Die neoliberale Strategie der Regierung Blairs reproduziert politische Apathie und Zynismus, auch unter denen, die einem neu gefassten Mitte-Links-Projekt nicht unaufgeschlossen gegenübergestanden hätten: 1997, unter dem Eindruck des Blair-Wahlsiegs, waren noch über 70 % bereit, für eine Verbesserung öffentlicher und sozialer Dienste auch mehr Steuern zu zahlen. In einer Umfrage im Sommer 2004 waren dagegen zwar 80 % dafür, Rentnern und alleinstehenden Eltern mehr finanzielle Hilfe zukommen zu lassen, jedoch lehnten es 60 % davon ab, dafür mehr eigene Steuern zu zahlen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen sind in Großbritannien traditionell sehr zahlreich, politisch jedoch nur begrenzt von Gewicht: Die Bereitschaft vieler dieser Organisationen, sich über ihren *Single Issue* hinaus politisch zu engagieren, ist noch schwächer entwickelt als in Deutschland und trägt einem gewissen abstrakten politischen Individualismus Rechnung, der Kennzeichen der angelsächsischen Mittelklassen ist. Sofern diese Organisationen sich der sozialen Frage zuwenden (wie z. B. die Obdachlosen-Hilfsorganisation *shelter*) werden sie auch als Puffer benutzt, um den Rückzug des Staates z. B. aus der Obdachlosenversorgung zu decken. Obendrein muss man gerade für Großbritannien konstatieren, dass zivilgesellschaftliches Engagement mitnichten stets emanzipatorische Ziele verfolgen muss: Die *Countryside Alliance*, die sich die ›Erhaltung der traditionellen englischen Landschaft‹ auf die Fahnen schreibt, konnte vor Wochen 300 000 Menschen mobilisieren, um in London gegen ein Verbot der Fuchsjagd zu demonstrieren.

Zusammenfassend könnte man sagen, dass sich die Masse der lohnabhängig Beschäftigten und gesellschaftlich Bedürftigen im Moment in einer Phase der politischen Desillusionierung befindet. Solidargesellschaftliches Denken und Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit werden derzeit mehrheitlich nicht als persönlich praktikierbar bzw. real erwartbar angesehen. Was sich am anderen Ende dieser Desillusionierung befindet, ist noch unklar.

Eine wichtige Ausnahme bilden hier jedoch die ethnischen Minderheiten des Landes – durch gleiche Probleme (Alltagsrassismus, eigenständige kulturelle Milieus, aber auch Aufstiegswillen) verfügt die mittlerweile dritte im Lande aufwachsende Generation über eine gemeinsame Agenda für politische und kulturelle Veränderungen, die die vollständige Emanzipation dieser Minderheiten zum Gegenstand hat. Hier haben sich auch eigene Interessenvertretungsorganisationen mit einer sehr guten Infrastruktur gegründet wie zum Beispiel die *Muslim Association of Britain*. Diese Organisationen sind durch die hohe Mobilisierbarkeit ihrer Mitglieder und durch eine relativ straffe Organisation auch in der Lage, öffentlich und medial wirkungsvoll in Szene zu treten. Ihre Stärke, die ethnische oder auch konfessionelle Klammer, bildet jedoch zugleich auch die Grenze ihrer politischen Ausstrahlung.

3. Welche Potenzen und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen sich für die Linke und für sozial-emanzipatorische Bewegungen?

Man mag sich wundern, warum der Irak-Krieg und die Anti-Kriegsbewegung in diesen Betrachtungen bislang keine Rolle gespielt haben.

Am 15. Februar 2003 sah London die mit anderthalb Millionen Menschen bisher größte Demonstration in der Geschichte des Landes, gefolgt von vielen weiteren Demonstrationen mit hunderttausenden Teilnehmern. Diese Bewegung konnte gesellschaftlich bestimmend wirken (zumindest, was das *Agenda-setting* betraf), weil hier erfolgreich eine milieuübergreifende Dynamik in Gang gesetzt wurde: Der Schulterchluss zwischen der von Linksaktivisten gegründeten *Stop-the-War-Coalition* und der *Muslim Association of Britain* erzeugte eine bemerkenswerte gesellschaftliche Mobilisierung. Eine Mobilisierung, die langfristig ausbaubar wäre – so dachte man. Darauf gründeten sich damals auch die Hoffnungen nicht weniger Linker auf einen Impuls auch für die sozialen Bewegungen. Wie sieht die Situation heute aus?

Vier Hauptlager sind derzeit in der britischen Linken zu erkennen, die in der Frage einer Strategie gegenüber der neoliberalen Politik der Regierung Blairs jeweils eigene Wege gehen:

Zum ersten gibt es eine nach wie vor einflussreiche Strömung, die den Kampf um die Labour Party nicht aufgegeben hat. Zu ihr gehören die Persönlichkeiten, die sich um Tony Benn, Mark Seddon, die Zeitschrift *Tribune* und die *Socialist Campaign Group* in der Labour-Fraktion des Unterhauses sammeln. Die *Socialist Campaign Group* beteiligte sich führend an der Organisation der Proteste gegen den Kriegskurs der Regierung Blairs. Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen innerhalb der Partei haben diese Kräfte jedoch keine Aussichten, einen Kurswechsel der Regierung zu erzwingen. Sie sind auch durch die sektiererischen Auswüchse in der Labour Party der 70er Jahre nicht nur in der eigenen Partei, sondern auch in der Bevölkerung persönlich stigmatisiert.

Als zweite Kraft in diesem Spannungsfeld sind eindeutig die Gewerkschaften zu sehen: Sie sind zwar stark gebeutelt von Mitgliederschwund und antigewerkschaftlicher Gesetzgebung, die Blair trotz Wahlversprechen nicht zurücknahm. Jedoch haben sich verschiedene Teile der Gewerkschaften als ausgesprochene Kritiker von New Labour profiliert. Die Führung der Gewerkschaften sieht zwar vorerst noch keine Alternative zu einer weiteren engen Zusammenarbeit mit der Regierung Blairs. Aber es regt sich bereits öffentlicher Widerstand: Die Transportarbeitergewerkschaft RMT wurde zu Beginn des Jahres aus der Labour Party ausgeschlossen, weil sie ihren lokalen Körperschaften freigestellte, welchen Kandidaten sie bei Wahlen unterstützen. Die Feuerwehrgewerkschaft FBU trat aus der Partei aus – ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung. Beleg für die neu erwachte Kampflust ist auch die

Ankündigung der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, Unison (die bisher als eher gemäßigt galt), wegen angekündigter Arbeitsplatz einsparungen und der Privatisierung der Pensionsfonds für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu streiken. Diese Unruhe war der Regierung immerhin Grund genug, im Juli ein Spitzentreffen mit dem Gewerkschaftsdachverband TUC abzuhalten, auf dem die Gewerkschaften einige Zugeständnisse erreichen konnten wie zum Beispiel die Rücknahme der *Two-tier-Workforce*-Regelung im öffentlichen Dienst, nach der zwei Beschäftigte, je nach Einstellungsmodalitäten, für gleiche Arbeit unterschiedlichen Lohn erhalten dürfen.

Zum Dritten schließlich hoffte ein großer Teil der britischen Linken, dass sich aus den Massenprotesten gegen den Irakkrieg endlich eine Gelegenheit ergeben würde, einen stabilen parteipolitischen Kristallisationspunkt links von der Labour Party zu schaffen. Dies versuchte im Herbst 2003 die *Respect Coalition*, die selbsterklärte Nachfolgerin der *Stop-the-War-Coalition*. Sie konstituierte sich im Umkreis des Labour-Abgeordneten George Galloway, der von Blair wegen seiner Anti-Kriegsposition aus der Partei ausgeschlossen worden war. Schon vom Namen her ist deutlich, dass sich diese Gruppierung zur Aufgabe gemacht hat, Bewegungselemente in sich aufzunehmen und sich so auf einer möglichst breiten politischen Basis zu konstituieren.⁴ Das Ziel von *Respect* war es, den Impetus des Protests gegen den Irakkrieg aufzunehmen und damit erstens eine linke wahlpolitische Alternative zur Kriegspartei Labour aufzubauen. Zum zweiten aber sollte diese in eine populäre Protestbewegung gegen Sozialabbau und Privatisierungen hinüberleiten (dies war jedenfalls das Ziel der SWP-Funktionäre, die maßgeblich den Aufbau von *Respect* dominierten). Diese Strategie wurde von Anfang an von vielen Seiten skeptisch beurteilt, denn sie drohte zeitweilig den Gedanken der Pluralität aller Anti-Kriegs-Gesinnten in den Hintergrund zu drängen. Am Ende war ausschlaggebend, dass die Klientel der Anti-Kriegs-Proteste eine ganz andere war als diejenige, die ein primäres Interesse an der Artikulation sozialen Protests haben könnte: Während die Teilnehmerschaft der Demonstrationen sich zum überwiegenden Teil aus Hochgebildeten zusammensetzte, erbrachten Meinungsumfragen in traditionellen Arbeiterbezirken in mehreren Fällen sogar eine Mehrheit für den Kriegskurs Blairs. Die Konsequenz dieser Fehleinschätzung war die bittere Niederlage von *Respect* bei den Europawahlen. Die Koalition erreichte nur 1,5 % der Stimmen, und im sozialen Brennpunkt London konnte *Respect* mit 3,5 % gerade einmal zwei Stadtratssitze in der Greater London Assembly erringen. Der Irak-Kriegsfaktor hatte sich erschöpft, und die anti-neoliberale Agenda fand (noch?) keinen Widerhall bei den davon Betroffenen.

4 Laut Chris Bamberly, einem der Sprecher, ist es sogar ausgesprochenes Ziel, Leute bzw. auch Wähler anzuziehen, die sich nicht als links bezeichnen würden.

Trotzdem dürften Kritiken wie die von John Sullivan in der marxistischen Zeitschrift *What now?* überzogen sein, die behaupten, »dass *Respect* den zu tiefst monolithischen Charakter der britischen Arbeiterbewegung ignoriert« hätte. Sullivan verglich den Niedergang der Koalition auch mit dem der Socialist Labour Party (SLP) und der Socialist Alliance (SA). Dies verkennt die unterschiedlichen Strategien dieser Parteien: Im Gegensatz zur stalinistisch angehauchten SLP und ihrem Führer Arthur Scargill, der von Beginn an auf die traditionelle Arbeiterschaft Mittel- und Nordenglands setzte, machte *Respect* den bewussten Versuch, der Heterogenität potentieller Wählergruppen Rechnung zu tragen. Dass dieser Versuch misslang, heißt nicht automatisch, dass eine solche Koalitions-Partei links von Labour auf Dauer unmöglich ist. Im Sommer 2003 zog die Scottish Socialist Party nach einer Kampagne mit den selben beiden Schwerpunkten mit 7 Abgeordneten ins Schottische Regionalparlament ein.⁵

Als vierte und neueste Kraft sind schließlich die Initiativen zur Gründung eines britischen Sozialforums zu nennen, die es auf lokaler Ebene in London und einigen anderen großen Städten gibt. Sie arbeiten eng mit den Aktivisten von *Respect* zusammen, sind jedoch noch nicht national vernetzt.

Ich würde vier Determinanten ausmachen, nach denen einer linken Parteienkoalition/Sammlungsbewegung links von New Labour eine Etablierung gelingen könnte:

- *Institutionell* steht die Frage, ob es gelingt, einen parteipolitischen Kristallisationskern, z. B. um die verstoßenen Gewerkschaften herum, zu etablieren, der in der Lage ist, der traditionell sehr zersplitterten britischen Linken ein Integrationsangebot zu machen;

- *Kulturell* steht die Frage, ob solidar-gesellschaftliches Denken neu etabliert werden kann:

Zum einen, ob es möglich ist, um einen solchen parteipolitischen Kristallisationspunkt herum ein modernes selbstbewusstes Selbstbild sowohl für Arbeiter und Arbeitslose, Intellektuelle wie Angehörige ethnischer Minderheiten zu entwickeln. Solch ein Selbstbild müsste der ›individuellen Lösung‹ – dem Thatcheristischen Leitbild vom erfolgreich-dynamischen Aufsteiger – ein eigenes, psychologisch lohnendes Ideal neuer solidarischer Kollektivität entgegenstellen. Zum anderen, ob die Mittelschichten davon überzeugt werden können, dass ein neuer Sozialstaatskontrakt – mit höherem Steueraufkommen – auch ihnen mehr Sicherheit vor Arbeitslosigkeit und ungesicherter Existenz bietet;

5 Dies setzt aber eben auch ein entsprechendes sozial-kulturelles Umfeld voraus: In Schottland hat sich die neoliberale Ideologie nie wirklich grundlegend durchsetzen können – die Mehrheit des Personals in den Medien, und auch in den administrativen Eliten, ist eher sozialstaatlich geprägt.

- *Personell* wird auch entscheidend sein, ob diese Gruppierung einen Repräsentanten finden wird, der persönlich jeweils eine Teilmenge solcher kulturellen Marker auf sich vereinigt, dass sich die verschiedenen Schichten/Milieus in ihm/ihr wiedererkennen können: der/die also unter den linken Strömungen integrierend wirken kann und gleichzeitig bei den Mittelschichten Akzeptanz erreicht. Der Londoner Bürgermeister Ken Livingstone wäre vielleicht solch eine Figur gewesen, er zog es aber vor, im letzten Jahr wieder in die Labour Party einzutreten, aus der er im Jahre 2000 ausgeschlossen worden war, weil er sich als unabhängiger Kandidat zu den Bürgermeisterwahlen aufgestellt – und gewonnen hatte.

- *Wahlrechtlich* bleibt abzuwarten, ob das Mehrheitswahlrecht erschüttert werden kann. Dies konnte Blair bereits in Schottland und Wales abgerungen werden. Fest steht jedoch, dass diese Hürde erst fallen wird, wenn die politische Kräftekonstellation eine solche Neuregelung des Wahlrechts überhaupt erzwingen kann, d. h.: Die Frage der parlamentarischen Repräsentanz steht am Ende, nicht am Anfang der Entwicklung einer politischen Alternative zu New Labour.

Good-bye Lenin?

Die schwedische Linkspartei 1998-2005

Man könnte ein wenig provozierend behaupten, dass die schwedische Linkspartei zur Zeit von ihrer eigenen Geschichte eingeholt wird: Seit der Wahl von Lars Ohly zum Vorsitzenden der Linkspartei im Februar 2004 fordern interne wie externe Kritiker lautstark, dass die Partei sich endgültig von ihrem kommunistischen Erbe verabschieden und endlich ihre eigene Geschichte kritisch aufdecken soll. Diese Forderung, die durch eine Reportage des staatlichen schwedischen Fernsehens über die Beziehungen der Parteiführung zu den sozialistischen Staaten Osteuropas im vergangenen Jahr kräftig angeheizt wurde, hat die Linkspartei in eine »Kommunismusdebatte« zurückgeworfen, die beim Beobachter ein unbehagliches Déjà-vu-Erlebnis hervor ruft.

Ein Rückblick: Lenin verlässt den Raum...

Bereits in den 1960er Jahren wurden erste Versuche unternommen, das kommunistische Erbe¹ der Linkspartei vollends in Frage zu stellen. Wolfgang Leonhard rechnete seinerzeit Carl-Henrik Hermansson, den 1964 gewählten Parteivorsitzenden der SKP, zu »den wichtigsten Wegbereitern des Eurokommunismus in Europa«.² Nach Hermanssons Wahl zum Vorsitzenden öffnete sich die – nach wie vor hart zentralgesteuerte – KP für ideologische Einflüsse aus der neuen Linken und beendete u. a. ihre Schulungen von Parteifunktionären an der SED-Parteischule in Bad Doberan und in Moskau. Eine »dänische Lösung«,³ d. h. die bewusste Abkehr von der kommunistischen Parteitra-

1 Die Linkspartei (Vänsterpartiet) wurde im April 1917 als Schwedens sozialdemokratische Linkspartei (SSV) gegründet und schloss sich 1919 der Kommunistischen Internationale an. Mit der Bestätigung der berüchtigten 21 Thesen der Komintern nahm die Partei 1921 die Bezeichnung Schwedens Kommunistische Partei (SKP) an. Unter Hermanssons Ägide wurde die Partei 1967 in »Linkspartei-Kommunisten« (VPK) umgetauft, 1990 erfolgte schließlich die Umbenennung in Linkspartei.

2 Wolfgang Leonhard: Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West, Gütersloh 1979.

3 1959 wurde die Sozialistische Volkspartei (SF) in Dänemark gebildet, nachdem Aksel Larsen, der Vorsitzende der KP Dänemarks, wegen der Veröffentlichung seines Manifestes »Wo stehen wir? Was ist zu tun?« Ende 1958 aus der Partei ausgeschlossen wurde.

dition und die Neugründung einer linkssozialistischen Partei, wurde jedoch bewusst vermieden. 1968 kritisierte die VPK-Führung so zwar den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR, brach jedoch die Beziehungen zu den dafür verantwortlichen »Bruderparteien« nicht vollends ab.

Die VPK entwickelte in der Folge zwar eine deutliche Affinität zu den Positionen der »eurokommunistischen« Parteien Westeuropas, vermied es aber, sich nach 1968 in ähnlicher Deutlichkeit zu den inneren Entwicklungen in den staatssozialistischen Ländern zu äußern. Man unterstrich jedoch stets, z. B. auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Berlin 1976,⁴ die Unabhängigkeit der eigenen Partei. Bei diesem Kurs gegenüber der von der VPK-Führung offenbar wenig geliebten Sowjetunion spielte die innerparteiliche Machtbalance eine nicht unerhebliche Rolle: Die Parteiführung um Hermansson bzw. ab 1975 um Lars Werner agierte nämlich zumeist vermittelnd zwischen der moskaukonformen »Rechten« und einer stark antiso-wjetischen »Linken« innerhalb der Partei.⁵

Nach der Abspaltung der moskaukonformen »Rechten« im Jahre 1977 bemühte sich die Parteiführung interessanterweise wieder darum, das angespannte Verhältnis zur KPdSU und anderen osteuropäischen Parteien zu verbessern. Dies ist vor dem Hintergrund von Befürchtungen der Parteiführung zu sehen, dass die neugegründete Arbeiterpartei-Kommunisten (APK) eine ernsthafte Herausforderung für das weitere politische Überleben der VPK darstellte.⁶ Auch wenn APK sich nicht als ernsthafte Alternative zur VPK entwickeln konnte und schon nach den Wahlen des Jahres 1979 in der Bedeutungslosigkeit versank, behielt die VPK-Führung aus taktischen Erwägungen und ganz im Sinne ihres antiimperialistischen Weltbildes ihre formalen Beziehungen zu den kommunistischen Bruderparteien aufrecht. Dies provozierte

4 Siehe die Dokumentation der Rede Lars Werners in Manfred Steinkühler: Eurokommunismus im Widerspruch. Analyse und Dokumentation, Köln 1977.

5 Interessant in diesem Zusammenhang erscheint die Rolle Carl-Henrik Hermanssons. Werner Schmidt, Hermanssons Biograf, behauptet, dass »das vänstersocialistiske Projekt« Hermanssons nach 1968 »erodiert« sei. <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=1058&a=331310>; siehe auch ders.: C. H. Hermansson und die Entstalinisierung der KP Schwedens, in: Argument 249, Berlin 2003. Die Amtsübernahme Lars Werners wird in diesem Zusammenhang von Schmidt als ein wichtiger Schritt »zurück« in Richtung einer vermeintlichen »Komintertradition« gesehen. Ob dies so war oder nicht, sei hier dahingestellt, eine von mir im August 2005 begonnene Interviewstudie mit zeitgenössischen VPK-Funktionären deutet jedoch interessanterweise darauf hin, dass z. B. Lars Werner im Gegensatz zu Hermansson den Ruf hatte, sich hart gegenüber der moskautreuen Parteirechten durchsetzen zu können.

6 Vgl. Sven-Eric Liedman: Oventenskaplig efterskrift, in: Lars-Arne Norborg u. a. (Hrsg.): Lik i garderoben? En rapport om SKP/VPKs internationella förbindelser, Lund 1992, S. 107. Dies ist eine These, die mir mündlich von damaligen Mitgliedern des Exekutivkomitees der VPK bestätigt wurde. In der offiziellen Geschichtsdarstellung der Linkspartei wird in diesem Zusammenhang jedoch interessanterweise angedeutet, dass die Parteisplaltung des Jahres 1977 im Prinzip das Ende der freundschaftlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Staatsparteien markiert habe.
Vgl. http://www.vansterpartiet.se/PUB_Omoss/10019,6991.cs.

den Widerstand einer wachsenden Minderheit, die u. a. nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes in Polen 1981 in der Partei an Einfluss gewann.⁷

Während dieser Periode wurden, ganz ähnlich wie auch in anderen westeuropäischen kommunistischen Parteien, die Bezeichnungen »Erneuerer« und »Traditionalisten« gemünzt, um die hauptsächlichen Positionen in dieser Debatte zu bezeichnen. Neben der vor allem symbolischen Frage nach der Haltung zum real-existierenden Sozialismus, spielten Fragen wie diejenige nach dem Verhältnis zum historisch-materialistischem Geschichtsverständnis der Partei und zum Prinzip des demokratischen Zentralismus der Parteistatuten eine wichtige Rolle im Kampf zwischen den beiden Strömungen. Dieser Strömungsstreit war u. a. im Zusammenhang mit der Grundsatzprogrammdebatte des Parteitages von 1987 von großer Bedeutung.⁸

1990 vollzog die VPK eine späte Kehrtwende und ersetzte das kontroverse Grundsatzprogramm von 1987 durch ein interimistisches Punkteprogramm. Außerdem wurde der symbolische Bruch mit der eigenen Geschichte vollzogen, und ein sehr kontroverser Parteitag strich das Wort »Kommunisten« aus der Parteibezeichnung.⁹ 1993 wurde schließlich ein »erneuertes« Parteiprogramm angenommen.

In der parteiinternen Debatte spielte nach 1993 die Konstellation Erneuerer-Traditionalisten zunächst keine besondere Rolle mehr. In rührender Einigkeit leitete der neue Parteivorstand unter der Leitung von Schyman, die in den 1980ern keineswegs als Erneuerin in Erscheinung getreten war, eine radikale Neuorientierung des Parteiprofils ein: 1995 wurde die Satzung geändert und die Partei als »sozialistisch und feministisch« deklariert.¹⁰ Die traditionelle Programmatik der Partei wurde Schritt für Schritt revidiert, zunächst relativ konfliktfrei und nach der Überarbeitung des Grundsatzprogramms 1990-93 auch nicht selten ad hoc durch die Parteispitze.

Das für die »neugeborene« Linkspartei unbequeme Thema der kommunistischen Parteigeschichte wurde dabei gern heruntergespielt. 1992 gab die Partei ein »Weißbuch« zu ihren Kontakten nach Osteuropa heraus, bat um Entschuldigung für Delegationsreisen nach Ostberlin und Warschau und Grusstelegramme nach Bukarest und war im Allgemeinen der Meinung, dass damit

7 Eine interessante Analyse dazu findet sich in Hans Arvidsson, Ingemar Andersson: Läsebok för vänstern: Den långa marschen bort från Komintern, in: Socialistisk Debatt, 6/1994, u. a. S. 31 f.

8 Eine interessante, wenn auch deutlich voreingenommene Zusammenfassung der Parteitagsdebatten von 1985 und 1987 findet sich in Ulf Nymark: Vad sa man om Östeuropa på kongresserna?, in: Lars-Arne Norborg 1992.

9 Man notiere hier, dass die schwedische Satzungsordnung sich von der deutschen unterscheidet und in der Regel Satzungsänderungen mit einfacher Majorität zulässt. Auf besagtem Kongress der VPK wurde z. B. die Namensänderung der Partei mit einer Majorität von drei (3) Stimmen beschlossen.

10 Damit war die Linkspartei die erste feministische Partei Schwedens. Inzwischen bezeichnen sich auch die schwedischen Sozialdemokraten, die bäuerliche Zentrums- und die liberale Volkspartei, als »feministisch«. Im Herbst 2005 wurde darüber hinaus die Partei Feministische Initiative gegründet, initiiert von niemand geringerem als Gudrun Schyman, die Ende 2004 aus der Linkspartei austrat.

das Kapitel Geschichtsbewältigung abgeschlossen sei. Dementsprechend behauptet man auch heute noch gerne, dass man spätestens nach der Parteispaltung von 1977 eine kritische Distanz zu KPdSU, SED und anderen osteuropäischen Parteien gewahrt habe.¹¹ In der offiziellen Darstellung der Parteigeschichte wurde parallel dazu bevorzugt auf die »linkssozialistischen« Traditionen der frühen Sozialdemokratischen Linkspartei und die poststalinistische Erneuerungsperiode unter dem Vorsitzenden Carl-Henrik Hermanson in den 1960er Jahren hingewiesen. Dabei wird der Linkssozialismus immer häufiger auch in der momentanen Geschichtsdebatte als Antithese zur »Kominterntradition« der Partei konstruiert.¹²

... und kehrt zurück

Die im Grunde ahistorische Haltung der Parteispitze und das Desinteresse an einer eigenständigen Aufklärung der eigenen Parteigeschichte lieferte im Herbst 2004 den Sprengstoff für den bereits eingangs erwähnten Fernsehdocumentarfilm aus dem Jahre 2004. In diesem Film wird die These aufgestellt, dass die *heutige* Linkspartei immer noch eine kommunistische, d. h. antidemokratische Partei sei, die nicht von ihrer dunklen Geschichte Abstand genommen habe. Um dies zu belegen, wurde der Bogen von VPK-Kontakten zur DDR in den 1980er Jahren zur Mitgliedschaft Lars Ohlys im Schwedisch-kubanischen Freundschaftsverein gespannt. Ausserdem wurde Ohly mit eigenen Zitaten aus den frühen 80er Jahren, etwa zum Zustand der Demokratie in der DVRK, konfrontiert.¹³

An und für sich wäre es ein einfaches Unterfangen gewesen, der Attacke mit dem Hinweis auf frühere Eigenpublikationen, wie z. B. das besagte »Weißbuch« *Lik i garderoben?* sowie wiederholte Stellungnahmen des Parteivorstandes zum Thema zu begegnen. Der Umstand, dass Lars Ohly sich bis dahin nahezu trotzig als Kommunist bezeichnete, sorgte jedoch alsbald für einen verheerenden Mediensturm, dem die Partei wenig entgegenzusetzen hatte.

11 Vgl. http://www.vansterpartiet.se/PUB_Omoss/10019,6991.cs.

12 Diese Revision der Parteigeschichte lässt sich sehr deutlich im parteinahen akademischen Milieu beobachten. Als Paradebeispiel mögen hier die Arbeiten des bereits zitierten Werner Schmidt dienen. Vgl. Werner Schmidt: *Kommunismens rötter i första världskrigets historiska rum: en studie kring arbetarrörelsens historiska misslyckande*, Stehag 1996; ders.: *Antikommunism och kommunism under det korta 1900-talet*, Lund 2002. Auch in dem im Dezember 2005 an den Parteivorstand der Linkspartei überreichten Report der historischen »Analysegruppe« der Linkspartei wird die von Schmidt konstruierte Dichotomie zwischen weißer »linkssozialistischer« und schwarzer »kommunistischer« Parteitradition innerhalb der Linkspartei hervorgehoben. Grundlegende Kritik an der Interpretation Werner Schmidts findet sich dagegen in einer jüngst erschienenen Studie des Historikers Alexander Kan, der drauf hinweist, dass die schwedischen Linkssozialisten schon lange vor 1921 enge Kontakte zu den Bolschewiki pflegten. Vgl. Aleksander Kan: *Hemmabolsjeviker. Den svenska socialdemokratin, ryska bolsjeviker och mensjeviker under världskriget och revolutionsåren 1914-1920*, Stockholm 2005; vgl. auch ders.: *Die schwedischen Linkssozialisten und der sowjetische ‚Revolutionsexport‘ im Jahre 1920*, *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1994.

13 <http://svt.se/svt/jsp/Crosslink.jsp?d=15777&a=261666>.

Für unseren Rückblick ist es hierbei sehr interessant zu konstatieren, dass Ohly, damals noch Parteisekretär, schon 1998¹⁴ als »traditionalistischer« Herausforderer der »Erneuerin« Gudrun Schyman dargestellt worden war. Bereits damals wurde behauptet, dass Ohly, u. a. mit der Unterstützung des »neoleninistischen« Parteijugendverbandes *Ung Vänster* (Junge Linke), den »Sturz« Schymans plane. Zeitgleich entbrannten nach der für die Linkspartei überaus erfolgreichen Wahl 1998 auf lokalem Niveau Flügelkämpfe innerhalb der Partei, und parteiinterne Kritiker relancierten jetzt mit großem Erfolg die alten Etiketten »Erneuerer« und »Traditionalisten«.

Aus naheliegenden Gründen wurde in diesem Zusammenhang weniger die Interpretation der eigenen Parteigeschichte zum Anlass von erbitterten Auseinandersetzungen, als vielmehr die Haltung zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Sowohl im Reichstag als auch auf kommunalem Niveau war nämlich die Linkspartei nach 1998 zu einem wichtigen Machtfaktor und zum wichtigsten Kooperationspartner der Sozialdemokraten aufgestiegen.¹⁵ Sukzessiv bildeten sich innerparteiliche Nebenfronten, die sich seit dem Parteitag 2000 in erster Linie an der Definition von sog. »Macht- und Eigentumsfragen« fest machen. Die im Jahre 2000 eingesetzte Programmkommission konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Grundsatzprogrammorschlag einigen, das 2002 verabschiedete Strategiepapier »Vänstern, ägandet och makten«¹⁶ (Die Linke, der Besitz und die Macht) wurde von parteiinternen Kritikern vehement angegriffen.

In diesen immer wieder aufflammenden Kontroversen wurde das Etikett »Kommunist« eher zu einem Markenzeichen des verbalen Antiparlamentarismus – nicht zuletzt bei einigen Reichstagsabgeordneten der Linkspartei – als zu einer Stellungnahme für etwaige leninistische oder gar stalinistische Glaubenssätze. Interessanterweise gab es jedoch eine Art von Machtbalance zwischen antikommunistischen Realos und »kommunistischen« Fundis in der Linkspartei, und in diesem Zusammenhang funktionierte lange die allseitige Ablehnung der schwedischen EU-Mitgliedschaft als ein idealer Kitt für den Zusammenhalt der Partei.

Diese ein wenig instabile Pattsituation veränderte sich jedoch drastisch nach dem hastigem Rücktritt Gudrun Schymans im Jahr 2003.¹⁷ Zunächst entbrannte eine heftige Debatte um ihre Nachfolge. Ohly wurde wiederum als

14 Wie später noch zu sehen sein wird, bildet gerade das Jahr 1998 in mancher Hinsicht eine entscheidende Zäsur für die Entwicklung der Linkspartei.

15 Die Linkspartei wurde 1998 mit 12 % der Stimmen zur drittstärksten politischen Kraft Schwedens und toleriert seitdem zusammen mit den Grünen die sozialdemokratische Minderheitenregierung Göran Perssons.

16 http://www.vansterpartiet.se/cs-media/PUB_Ideologi/uploads/000006984/Vanster%5Fagande%5Fmakten.pdf.

17 Anfang 2003 wurde Schyman gezwungen, als Parteivorsitzende zurück zu treten, nachdem sie der groben Steuerhinterziehung bezichtigt wurde. Schon zuvor war sie verschiedentlich Rücktrittsforderungen ausgesetzt gewesen aufgrund ihrer Alkoholprobleme.

Traditionalist dargestellt und deswegen von der eigenen Parteiprominenz angegriffen, die in dem bürgerlichen Leitorgan *Dagens Nyheter* im Mai 2003 den Aufruf »Wegwahl für die Linkspartei«¹⁸ mit 181 Erstunterzeichnern veröffentlichte. Nach der Wahl von Ohly auf dem Parteitag 2004 wurde von den enttäuschten Erneuerern um den ehemaligen Vizevorsitzenden der Partei, Johan Lönnroth, dann der Verein *Vägval vänster* (VVV, Wegwahl Links) gegründet. VVV versteht sich als ein offenes Forum für Kritik an der Linie der Parteispitze um Ohly, die als dogmatisch und wirklichkeitsfremd aufgefasst wird. Mit zunehmender Eskalation der innerparteilichen Auseinandersetzungen, die nun immer stärker in den Massenmedien ausgetragen wurden, erwog der Kreis um Lönnroth jedoch bald die eventuelle Gründung einer neuen Linkspartei. Hierbei wurde gewöhnlich auf das Beispiel der Schwesterparteien in Norwegen und Dänemark hingewiesen und das Argument angeführt, dass der endgültige Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit nur durch eine Neugründung erreicht werden könne.¹⁹

Die Kehrseite des Erfolgs

So weit die skizzenhafte Darstellung der momentanen Krise der schwedischen Linkspartei. Für unser Workshopthema »Transformationsprozesse linker Parteien« ist jedoch ein Blick hinter die ideologisch verbrämten Rauchvorhänge angebracht.

Die Beurteilung des momentanen Zustandes der schwedischen Linkspartei ist natürlich von der gewählten Perspektive abhängig. Konzentriert man sich z. B. auf den Gebrauch des Etiketts Kommunist in der parteiinternen Debatte, könnte man in der Tat zu dem Schluss kommen, dass sich hier ein Paradigmenwechsel abzeichnet und die Linkspartei in der Tat auf den Weg zurück in die Zeit vor der Ägide Gudrun Schymans sein könnte.

Allerdings zeichnet sich dieser vermeintliche Paradigmenwechsel keineswegs in der Praxis der Linkspartei ab. Und sehr richtig stellte der momentane Parteivorsitzende Lars Ohly denn auch kürzlich fest, dass seine Partei sich in den letzten 15 Jahren von einer »kleinen Partei in ständiger Opposition« zu einer »bedeutend größeren Partei mit Macht und Einfluss« entwickelt habe.²⁰

18 Dagens Nyheter, 15. 5. 2003. Siehe auch <http://www.vagvalvanster.se/arkiv.asp?id=16>.

19 Als Beispiel für diese Argumentationslinie mag der Artikel »Worüber lächelt Lenin?« von Stig Henriksson dienen: <http://www.vagvalvanster.se/arkiv.asp?cat=debatt&id=695>. (Ein Kuriosum in diesem Zusammenhang ist, dass auch die kleine schwedische Mitgliedspartei der IV. Internationalen so argumentiert und zur Bildung einer neuen antistalinistischen »Arbeiterpartei« aufruft. http://www.socialistiskapartiet.se/e107_files/downloads/arbete.pdf.) Die Mitgliederversammlung von VVV lehnte übrigens die Bildung einer neuen Partei ab, woraufhin einige Medienprofis des Vereins, darunter die prominente Reichstagsabgeordnete der Linkspartei Karin Svensson-Smith, im Frühjahr 2005 von der Linkspartei zu den Grünen wechselten.

20 Lars Ohly: Brev till Vänsterpartiets medlemmar, <http://www.vansterpartiet.se/vp/10,29253.cs>. Man bemerke, dass Kristin Halvorsen, Parteivorsitzende der norwegischen Sozialistischen Linkspartei (SV),

Die Linkspartei nimmt seit der Reichstagswahl 2002 an einer vertraglich fixierten Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Regierung und den Grünen teil, was der Partei unzweifelhaft eine gewisse Machtposition verleiht. Und daran hat sich auch nach dem postulierten »traditionalistischen« Coup auf dem Parteitag von 2004 nichts geändert.

Zwar ist die Linkspartei seit Gudrun Schymans Rücktritt (die mittlerweile die Partei verlassen hat und Frontfigur der neugegründeten Partei Feministische Initiative ist) von dem sehr medialisierten Konflikt zwischen sog. Erneuerern und Traditionalisten gebeutelt und befindet sich in einer schwer zu überblickenden inneren Krise. Diese Krise findet ihren Ausdruck sowohl in Parteiaustritten auf hohem Niveau und der offenen Diskussion über die Gründung einer neuen linken Partei als auch in den Ergebnissen der einschlägigen Meinungsumfragen. Allerdings setzt sich damit eigentlich nur ein Negativtrend fort, der sich bereits vor der letzten Reichstagswahl im Jahr 2002 abzeichnete. In der Wahl fiel der Stimmenanteil der Linkspartei von 12 auf 8,4 %. Z. Z. figuriert die Partei um die 5 %, also ungefähr dort, wo sie auch vor 1998, d. h. zu Zeiten der »ständigen Oppositionsrolle«, eigentlich immer angesiedelt war.

Die Linkspartei hat hierbei ganz gewiss gegen medialen Gegenwind zu kämpfen, was man von gewisser Seite nicht müde wird als *Ursache* der momentanen Krise darzustellen. Allerdings wird die schlechte Presse nicht selten von Vertretern der eigenen Partei angefeuert, die die Medien recht und schlecht zumeist als Kanal für die parteiinterne Stimmungsmache benutzen. Ohlys Wahl zum Parteivorsitzenden wird denn auch gerade von seinen eigenen Genossen mehr oder weniger offen als Coup d'État der traditionalistischen Strömung interpretiert, was ja seinerzeit die Bildung des Netzwerkes »Wegwahl Links« provozierte.

Schwerwiegender als der momentane Gegenwind in den Massenmedien scheint für die weitere Zukunft der Partei eher die momentane grundsätzliche Uneinigkeit auch *innerhalb* der viel beschworenen Strömungen über das eigentliche Profil der Partei zu sein. So reagierte beispielsweise Ende Oktober eine Reihe einflussreicher Parlamentarier der Partei mit scharfer öffentlicher Kritik auf ein jüngst präsentiertes Grundsatzpapier des Parteivorstandes zur Wirtschaftspolitik,²¹ das eigentlich als eine Ergänzung zur allgemeiner gehaltenen Wahlplattform für die Reichstagswahl 2006 gedacht war. Bereits wenige Stunden nach der Veröffentlichung des Papiers attackierte Johan Lönnroth das Papier als »unfinanzierte Überangebotspolitik«. Lönnroths Kritik wurde wenig später von diversen Reichstagsmitgliedern der Linkspartei übernommen, interessanterweise auch von solchen Parteipromis, die sich im Strömungsstreit eher bedeckt hielten.²²

kürzlich mit fast den gleichen Worten die Entwicklung ihrer eigenen Partei beschrieb.

Vgl. <http://www.sr.se/diverse/AppData/Ekot/intervju/Sounds/intervju.ram>.

21 <http://www.vansterpartiet.se/cs-media/xyz/000028116.pdf>.

22 Siehe http://svt.se/svt/jsp/Crosslink.jsp?d=29266&a=459023&lid=puff_459026&lpos=lasMer;

Die Linkspartei befindet sich also mit anderen Worten z. Z. in einer tiefen *Identitätskrise*. Und diese Krise hat sich eigentlich schon lange vor der Zeit Gudrun Schymans abgezeichnet. Allerdings wurde sie auch ebenso lange und u. a. unter Schyman ignoriert. Unter der Leitung von Schyman konnten die Wahlergebnisse der Partei kontinuierlich verbessert werden, und nach der Wahl 1998 zwang man die regierenden Sozialdemokraten erstmals in eine langfristige und vertraglich fixierte Zusammenarbeit mit Linkspartei und Grünen – all dies, ohne größere Einigkeit in Grundsatzfragen erreicht zu haben. Aus der viel beschimpften »ständigen Oppositionspartei« (die jedoch aus der kommunistisch-realpolitischen Tradition heraus sehr oft im Parlament sozialdemokratische Minderheitenkabinette vor dem Sturz bewahrte) wurde so eine Partei, die immer tiefer in eine indirekte Regierungszusammenarbeit involviert wurde. Nach der Wahl 2002 wurde die innenpolitische Zusammenarbeit zwischen der Regierung Göran Persson und Grünen und Linkspartei weiter vertieft, und die beiden »Stützparteien« bekamen ihre ersten »Berater« in den Ministerien sowie jeweils einen Regierungspräsidenten (Gotland und Jämtland) zugesprochen.

Die Kehrseite des parlamentarischen Erfolgs ist die zunehmende Stagnation des Mitgliederengagements. Die Anzahl der Mitglieder stieg bis 2002 auf rund 14 000, ist jedoch z. Z. vermutlich sinkend. Die Aktivitäten der Partei reduzieren sich lokal oftmals völlig auf die Teilnahme an parlamentarischen Gremien, gleichzeitig werden im *Selbstverständnis* der Partei nach wie vor außerparlamentarische Aktivitäten, z. B. die aktive Teilnahme von Parteimitgliedern in den Gewerkschaften, der Mieterbewegung etc., besonders hervorgehoben. Innerhalb der Partei ist Ämterhäufung inzwischen eher die Regel als die Ausnahme, und auf der nationalen Ebene lässt sich die Herausbildung von »Hinterbänklergruppen« sowohl in Reichstagsfraktion als auch im Parteivorstand erkennen.²³

Die Linkspartei hatte nach dem Wahlerfolg von 1998 zunehmend Probleme, die steigende Erwartungshaltung von Mitgliedern und Wählern zu befriedigen. Radikale Forderungen wurden in der parlamentarischen Praxis zugunsten der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten vermieden, was immer wieder zu offenen Konflikten sowohl innerhalb des Parteivorstandes und innerhalb der Reichstagsfraktion als auch zwischen Parteivorstand und Reichstagsgruppe führte. Schon im Jahr 2000 markierte der Parteitag deswegen seine Unzufriedenheit durch die symbolische Nichtwahl des Reichstagsfraktionsvorsitzenden Lars Bäckström in den Parteivorstand.

vgl. auch: Strid om v:s ekonomiska vägval, in: Flamman, 8. 12. 2005, <http://www.flamman.se/inrikes.php?id=2700>.

23 Dies ist ein Phänomen, das schon 1995 von Herman Schmid angesprochen wurde. Vgl. Herman Schmid: Från folkrörelse till mediaparti, in: Socialistisk Debatt, 1-2/1996.

Auch wenn ein Großteil der momentanen Probleme der Linkspartei meines Erachtens auf die unharmonische Entwicklung von Wahlergebnissen und Organisationsentwicklung zurückzuführen ist und demzufolge schon zu Zeiten Gudrun Schymans mehr als deutlich erkennbar war, wird die Krise der Partei zumeist ideologisch verbrämt und obendrein einzig und allein an Wahlergebnissen und Meinungsumfrageergebnissen festgemacht.

Dabei lassen sich die ernsthaftesten Symptome der Krise der Linkspartei, nämlich Uneinigkeit über die eigentliche Identität und Rolle der Partei gepaart mit weitverbreiteter Mitgliederpassivität, auf einen politischen Konflikt zurück führen, der während der 1980er Jahre die eurokommunistische VPK beeinflusste. Diese war zwar nicht im Selbstverständnis, wohl aber in der politischen Praxis sehr von den Vorgängen innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie geprägt. In der Praxis ausgegrenzt von Regierungsmacht und weiterem Einfluss, war das Selbstverständnis der VPK nahezu zwangsmäßig fokussiert auf die Frage des Erwerbs der politischen »Verantwortungsfähigkeit«. Diese wurde auf kommunaler Ebene immer öfter direkt oder indirekt durch die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Fraktionen demonstriert.

Wie auch innerhalb der Sozialdemokratie entstand so innerhalb der Linkspartei ein Grundsatzkonflikt zwischen einer aktivistisch-außerparlamentarischen Strömung der Partei und einem pragmatisch-parlamentarisch ausgerichteten Apparat. Hierbei spielte auch das sich rasch entwickelnde feministische Profil der Partei eine wichtige Rolle, da z. B. die Gewerkschaftsarbeit der VPK (wie auch das Wirken der sozialdemokratischen Gewerkschaftslinken) traditionell auf männlich dominierte Industriebranchen konzentriert war. Innerhalb der VPK kulminierte dieser Konflikt allmählich in dem oben beschriebenen erbitterten Streit zwischen sog. Erneuerern und sog. Traditionalisten, der sich im Grunde nur oberflächlich um die ohnehin zumeist taktische Haltung zur Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten drehte.

Was die Linkspartei betraf, führte der Fall des real-existierenden Sozialismus im östlichen Europa zunächst zu einem innerparteilichen Erdrutschsieg der Erneuererströmung, dann allmählich zu einem erbitterten Streit um das neue ideologische Profil der Partei, der erst kürzlich in der Bildung von Wegwahl Links seinen Höhepunkt fand. Die ohne Zweifel seit 2002 erfolgte programmatische Reideologisierung der Linkspartei fand dabei paradoxerweise parallel mit der zunehmend pragmatischeren Ausrichtung der parlamentarischen Arbeit auf die Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Minderheitenregierung statt. Diese notwendigerweise in der Praxis recht paradoxe Entwicklung ist meines Erachtens der tiefere Grund für die momentane Identitätskrise der Linkspartei.

Immer wieder taucht in den Wortgefechten führender Profile der Linkspartei der Konflikt zwischen Real- und Grundsatzpolitik zwischen den Zeilen auf. Während die im Allgemeinen als »traditionalistisch« verunglimpft

mung der Linkspartei in ihrem Eigenverständnis versucht, grundsätzliche politische Fragen »zurückzuerobern«, haben die »Erneuerer« der Partei sich ganz im Gegenteil auf die Entwicklung von parlamentarisch mehrheitsfähigen Positionen konzentriert. Weder die eine noch die andere Seite hat dabei ein Konzept finden können, um den Mitgliederzufluss der späten 1990er Jahre zu kanalisieren. Dies führt nicht zuletzt dazu, dass die meisten Mitglieder der Partei heute von der Debatte zur Geschichte und zum Selbstverständnis der Partei hoffnungslos überfordert werden und auch die Machtkonstellationen innerhalb von Parteivorstand und Reichstagsfraktion kaum überblicken können.

Ein Grundproblem hierbei ist, dass bei der im Allgemeinen geringen Mitgliederpartizipation innerhalb der Linkspartei die politische Alltagsarbeit synonym geworden ist mit kommunaler Politikverwaltung und im besten Fall Wahlkampfarbeit. Dieser Trend, der ebenfalls schon in den 1980er Jahren einsetzte,²⁴ wurde im letzten Jahrzehnt noch durch die Neigung der respektiven Parteispitzen verstärkt, auf das rasante Tempo der heutigen massenmedialen Öffentlichkeit mit einer »Professionalisierung« der Politik zu reagieren. Am ausgeprägtesten war diese Tendenz bei Gudrun Schyman, die zusammen mit ihrem persönlichen Mitarbeiterstab das öffentliche Profil der Linkspartei jahrelang dominierte, oft ohne größere Rücksichtnahme auf diverse Parteigremien.

Die beträchtliche parlamentarische Expansion der 1990er Jahre hat die immanenten Probleme der Linkspartei obendrein erheblich verschärft: Ämterhäufung und die Verschmelzung von Partei- und Parlamentsarbeit sind heute weitgehend an der Tagesordnung, trotz verschiedener Versuche diesem Trend entgegen zu wirken. Vor allem Mitgliederaktivitäten wie politische Studien, Organisationsausbildungen und offene Debatten leiden darunter. Auch die Anzahl der Mitglieder, die in Wahlkampagnen mobilisiert werden können, sinkt, was Hand in Hand mit der Überbelastung von ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern zu einer Steigerung des Einflusses der Angestellten der Partei auf Kosten von ehrenamtlichen Vorständen führt.

Wie der norwegische Politologe Knut Heidar treffend feststellt, sind Parteien wie die schwedische Linkspartei ganz einfach zu professionalisierten »Kampagneorganisationen« geworden, die sich aufgrund sinkender Mitgliedsaktivitäten und des gesteigerten »Tempos« der Politik lieber auf effektive Netzwerke von Vertrauensleuten, externen Experten, Werbeagenturen und Lobbyisten verlassen als auf die Mobilisierung der eigenen Mitglieder. Oft geht dies einher mit der Reduzierung des Parteiprofils auf individuelle Akteure, die die Partei in den Medien repräsentieren. Dies führt mit sich, dass die Parteiarbeit von verschiedenen persönlichen Netzwerken dominiert und der direkte Mitgliedereinfluss drastisch auf die Tagespolitik der Partei drastisch

24 Siehe z. B. die frühe Kritik von Hans Arvidsson, damals Redakteur des theoretischen Organs der VPK, *Socialistisk Debatt*, am Zustand seiner Partei: Hans Arvidsson: *Medan revolutionen dröjer. Kritik av ett parti i motvind*, Stockholm 1987.

reduziert werden. Ganz im Gegensatz zur Entwicklung innerhalb der außerparlamentarischen Bewegungen steigt dadurch die Kluft zwischen »großer«, nationaler und »kleiner«, lokaler Politik.²⁵

Praxis kontra Programmatik

Die Einsicht, dass parlamentarische Praxis und programmatische Vision in einem gewissen Gegensatz zueinander stehen, ist natürlich nicht neu. Sehr deutlich ausgesprochen findet sich dieser klassische Schlusssatz interessanterweise in einer »Organisationsanalyse« der Linkspartei aus dem Jahr 1998/99. Damals zog der Parteivorstand den weisen Schluss, dass der Zusammenhalt der Partei, der durch die Zusammenarbeit mit der Regierung beeinträchtigt worden war, durch die Professionalisierung der Mitgliederzeitung *Vänsterpress*²⁶ zu fördern sei. Außerdem beschloss man die Kommunikationswege innerhalb der Partei effektiver zu gestalten und zu öffnen, u. a. durch regelmäßige nationale Konferenzen zu ausgesuchten Themen. Man sprach auch von »Kompetenznetzwerken« (sic!), die von Parteivorstandsmitgliedern »koordiniert« und per Mailinglists u. ä. funktionieren sollen.

Derartige Ideen gehen von einer Analyse aus, die entscheidende Impulse für den gesellschaftlichen Widerstand im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr aus den Reihen der traditionellen linken Bewegungen kommen sieht, sondern aus sog. neuen sozialen Bewegungen. Dies kommt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck auf der Homepage der Linkspartei, wo unter der Rubrik »aktiviere dich« hauptsächlich Links zu diversen NGOs zu finden sind.²⁷ Im Gegensatz zur traditionellen und seit langem gesellschaftlich integrierten Arbeiterbewegung, die, wie hier verschiedentlich angedeutet, von ihren parlamentarischen Machtansprüchen immer mehr in Anspruch genommen wird, sind die jüngeren Bewegungen nach wie vor offensive und »eigensinnige« Außenseiter. Das bewegungsorientierte, außerparlamentarisch-aktivistische Selbstverständnis gerade der globalisierungskritischen Bewegung hebt sich obendrein stark vom parlamentarischen Alltag der Linkspartei ab, was diese jedoch nicht daran hindert, sich mehr oder weniger offen als zur Bewegung dazugehörig zu bezeichnen.

Der Eigensinn und die Fähigkeit, in die strategische Offensive zu gehen, wie sie nicht zuletzt die globalisierungskritische Bewegung in den letzten Jahren gezeigt hat, muss aber von der Linkspartei erst wieder zurückerobert werden. Dies bedeutet eigentlich, dass die Partei ihren Erfahrungshorizont erweitern und die Dynamik der politischen Kämpfe von außerparlamentarischen

25 Knut Heidar: Statsvitenskaplig utsyn, Oslo 2001.

26 *Vänsterpress* erscheint mit 10 Nummern pro Jahr und fungiert zugleich als Mitgliederzeitung und an die Presse gerichtetes Organ des Parteivorstandes, was zu gewissen konzeptionellen Konflikten führt.

27 http://www.vansterpartiet.se/PUB_AktiVera/6580,6578.cs.

Bewegungen analysieren müsste. Im Fall der schwedischen Linkspartei ist die Analyse jedoch auf den Nenner »Internetnetzwerke« und »elektronische Demokratie« reduziert worden, und die Möglichkeiten moderner Kommunikationstechnik sind so für die meisten Ansätze zur organisatorischen Neuorientierung zum Kompass, Ziel und Selbstzweck mutiert.

Was die organisatorische Seite betrifft, so scheint der Ansatz, bislang geschlossene Parteistrukturen für weitere Mitgliedskreise zu öffnen, zwar prinzipiell richtig und wichtig, allerdings in der Praxis kaum ausreichend. Ganz davon abgesehen, dass die Möglichkeit, sich per Computer an offenen Debattenforen zu beteiligen, nach wie vor nur von einem recht spezifischen und immer noch oftmals männlichen Benutzerkreis wahrgenommen wird, haben solche Foren auch die Tendenz, leicht zur »Quasselbude« zu degenerieren. d. h., dass die Debatten, die dort geführt werden, kaum bis gar keinen Einfluss auf die aktuelle Parteiarbeit haben. Will man den Pfad der »virtuellen Partei« weiter verfolgen, darf man nicht den Fehler machen, die real-existierende Parteiarbeit mit der Online-Information über dieselbe zu verwechseln. Und weder Internetlösungen noch die demonstrative Teilnahme von Linksparteivertretern an Mammutveranstaltungen wie dem Weltsozialforum von Porto Alegre können auf Dauer die lokale und breite soziale Verankerung einer linken Bewegung ersetzen

Die Zukunft der Linkspartei liegt deswegen eigentlich in einer Rekonstruktion der Partei als Bewegung. Dies ist eine Herausforderung, der sich die schwedische ebenso wie auch andere europäische Linksparteien zu stellen haben. Aus dem Primat der parlamentarischen Politik ergibt sich dabei leider nicht zuletzt für kleinere Linksparteien wie die schwedische das Dilemma, dass die politischen Kernauffassungen großer Teile der Mitgliedschaft leicht in Konflikt geraten mit den begrenzten Möglichkeiten, tiefer greifende gesellschaftliche Veränderung durch Koalitionen in Kommunen, Regionen oder Reichstag zu erreichen. Frustrierenderweise führt ein Politikverständnis, das »Etablierung« mit Wahlergebnissen und der Beteiligung an kommunaler, regionaler und nationaler parlamentarischer Macht gleich setzt, mit sich, dass sich auf diese Weise »etablierte« politische Parteien zwangsläufig im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsordnung bewegen (müssen) und im schlimmsten Fall auch noch an der Deformierung des Wohlfahrtsstaates beteiligt sind... Dies wird in der Regel sowohl von Mitgliedern als auch angestammten Wählern als eine Diskrepanz zwischen der parlamentarischen Arbeit der Partei und den programmatischen Aussagen von Partei- und Wahlprogrammen empfunden.

Womit wir wieder beim Kern des Problems angekommen wären. Dass dieser Teufelskreis ein altbekanntes Problem darstellt für eine Linke, die sich als visionär systemüberschreitend versteht, jedoch keine Möglichkeiten zu haben scheint, ein zielbewusstes, antihegemoniales Projekt zu verfolgen, ist kein Ge-

heimnis. Und auch kein schwedisches Spezifikum. Für die Linkspartei kann in diesem Zusammenhang jedoch konstatiert werden, dass die Kluft zwischen wieder entdeckter Klassenkampfrhetorik und einer Alltagspolitik, die z. Z. vor allem auf kommunalem Niveau synonym ist mit der Verwaltung von materiellen Einsparungen, eine innerparteiliche strukturelle Krise geschaffen, die offensichtlich nur schwer zu beheben ist.

Im Gegensatz zu den meisten außerparlamentarischen Einfragebewegungen, die oft eine beachtliche innere Dynamik entwickeln können, mangelt es der schwedischen Linkspartei z. Z. ganz einfach an einem politischen Projekt, das die notwendige utopische Energie entwickeln könnte, die gebraucht wird, um alte Mitglieder zu mobilisieren und neue in der Partei zu halten. Der aktuelle Versuch, ein solches Projekt in Form einer offensiven Debatte von Macht- und Eigentumsfragen zu schaffen, kann als gescheitert betrachtet werden. Dies zeigt der zur Zeit rasende Strömungsstreit innerhalb der Linkspartei deutlich. Es fehlt der Linkspartei offensichtlich an einer identitätsstiftenden Formel, die den Zusammenhang aller Parteimitglieder garantieren könnte.

Statt dessen ist die Partei in eine ideologisch verbrämte Krise hineingestürzt, die sich oberflächlich (aber nichtsdestoweniger symbolträchtig!) an dem Wörtchen »Kommunist« festmacht, das u. a. selbst der Parteivorsitzende bis vor Kurzem als eher nichts sagendes Etikett für den Hausgebrauch reserviert hatte. Man sieht, die Parteigeschichte holt die Linkspartei in der Tat ein, denn auch zu Zeiten der VPK herrschte schon Uneinigkeit über den kommunistischen oder nichtkommunistischen Charakter der Partei! Dabei ist der Inhalt dieses politischen Etiketts im Alltag der schwedischen Linkspartei schon längst nicht mehr wichtig. Dass Lars Ohly sich seit Oktober 2005 nicht mehr als Kommunist bezeichnen will, bedeutet durchaus nicht, dass er seine politischen Positionen grundlegend geändert hätte. Und der widerwillige Kotau des Parteivorsitzenden in dieser Frage hat keineswegs zum Begraben des Kriegsbeils von Seiten der Erneuerer geführt.

Dass der sich in der Parteispitze abspielende Kampf um das Profil der Linkspartei zu einem Grundsatzkonflikt zwischen »Erneuerern« und »Neokommunisten« hoch stilisiert wird, kann dabei vor dem Hintergrund der Entwicklung der Linkspartei eigentlich nicht verwundern: Aus einer Logik der Medienträchtigkeit einer modernen »Netzwerkpartei« heraus ist solch ein Flügelkampf natürlich nichts weiter als ein Ausdruck für eine simple personalbedingte Führungskrise. Auch zu Gudrun Schymans Zeiten drangen denn auch die innerparteilichen politischen Grabenkriege gelegentlich an die Öffentlichkeit, allerdings wagten Schymans Kritiker nie, sie direkt herauszufordern, da sie als die entscheidende Garantin der Wahlerfolge der Partei angesehen wurde.

Schyman erhielt regelmäßig Spitzenergebnisse in Politikerpräferenz- und Politikervertrauensumfragen und konnte es sich demzufolge leisten, sowohl den Parteiapparat als auch mehr oder weniger große Teile der Mitgliedschaft

gelegentlich in Presseinterviews und ähnlichen Auftritten zu provozieren, und obendrein sowohl Parteivorstandsbeschlüsse als auch die konfliktgeladene Arbeit der Programmkommission zu ignorieren. Dies kann sich der weniger erfolgreiche und im Verhältnis zu den Medien wesentlich weniger gewandte neue Parteivorsitzende Ohly nicht erlauben. Ohlys Schicksal scheint der bittere Preis für eine Partei zu sein, die sich jahrelang in den Medien selbst auf die Person der Parteivorsitzenden und womöglich einer Handvoll von medialen Nebenakteuren reduziert hat. Diese Personalisierung und Medialisierung von Parteiarbeit steigert ganz offensichtlich die Verletzlichkeit einer Partei: Der momentane Vertrauensverlust des Vorsitzenden zieht nämlich zwangsläufig eine empfindliche Krise der gesamten Partei mit sich, und zwar nicht nur in den Augen der mehr oder weniger freundlich gesinnten Massenmedien, sondern nicht zuletzt auch in den Augen des Großteils der Mitglieder, die mangels anderer Kontaktflächen innerhalb der Partei genauso wie Nichtparteimitglieder ihre Loyalität in erster Hand mit der Person des/der Parteivorsitzenden verbinden. Und genau dies ist das handfeste Resultat der eingangs erwähnten TV-Kampagne gegen Lars Ohly, die zunächst in eine wilde Debatte um das kommunistische Erbe der Linkspartei und dann schnell zur Demontage von Lars Ohlys medialem Profil führte.²⁸

Was tun?

Vor nicht allzu langer Zeit, zu einem Zeitpunkt, als die europäische Linke nach Jahren des Misserfolgs endlich in breiter Front auf dem Vormarsch zu sein schien, wiesen verschiedene Analytiker darauf hin, dass während der 1990er Jahre eine »neue Linke« links von der Sozialdemokratie entstanden war. Spaniens Vereinigte Linke, die Flora der linken Parteien Frankreichs, die schwedische Linkspartei und auch die PDS wurden gerne als Beispiele für eine parlamentarische Linke angeführt, die das Vakuum links der politischen Mitte, das durch den Rechtsruck der meisten sozialdemokratischen Parteien Europas entstanden sei, gefüllt habe.²⁹

Bei allem Respekt vor den aktuellen Wahlergebnissen der deutschen Linkspartei, PDS scheint die damalige Einschätzung ein wenig übereilt gewesen zu sein, wie die negative Entwicklung der Wahlziffern der meisten europäischen Linksparteien zu Beginn des 21. Jahrhunderts andeutet. Wahlerfolge sind

28 Ohly wurde im 2. Dokumentarfilm von Uppdrag granskning nicht nur als antidemokratischer Kommunist, sondern auch als notorischer Lügner und Heuchler dargestellt.

29 Diese Ansicht findet man z. B. in Kate Hudson: *European communism since 1989: towards a new European left?*, London 2000. Der schwedische sozialdemokratische Journalist Olle Svenning konstatiert in diesem Zusammenhang interessanterweise, dass dieser Prozess zeitgleich mit der wachsenden Entfremdung der Gewerkschaften von sozialdemokratischen Regierungen erfolgt ist. Vgl. Olle Svenning in: Sven Olof Arbestål, (Hrsg.): *Finns arbetarrörelsen? 16 inlägg om facket och politiken*, Stockholm 2000.

nicht immer problemlos zu wiederholen, wie nicht zuletzt das Beispiel der schwedischen Linkspartei, das der KPF, der IU und wohl auch das der PDS vor der Bundestagswahl 2005 zeigen. Die Linke scheint offenkundig nicht in der Lage zu sein, aus der gelegentlich recht deutlichen Unzufriedenheit der Betroffenen der post-keynesianischen Wirtschaftspolitik anderen als wahltechnischen Nutzen zu ziehen. Und gerade diese Wahlerfolge führen bei Teilnahme an Regierungskoalitionen nicht selten zum Verlust von Vertrauenskapital bei den eigenen Mitgliedern und nicht zuletzt in den Kreisen der traditionellen Stammwählerschaft.³⁰

Dies legt den Schlusssatz nahe, dass es einer größeren Anstrengung bedarf, um einer stagnierenden Linken den Charakter einer dynamischen und »der Zukunft zugewandten« Bewegung zu verleihen. Da die gelegentlichen Versuche von Linksparteien, existierende Bewegungen zu vereinnahmen, eher selten erfolgreich sind, scheint mir eine Strategie, die sich darauf besinnt, dass nur eine *lebendige* Partei ein natürlicher Fokus für nahestehende soziale Bewegungen werden kann, schon eher Erfolg versprechend zu sein. Für mich liegt es hier nahe anzunehmen, dass Linksparteien viel von sozialen Bewegungen zu lernen haben, allerdings auch wohl daran tun, die eigenen Wurzeln ihrer (früheren) Erfolge und Tugenden nicht zu vergessen. Dies führt mit sich, dass das Verständnis von »Politik« erweitert und geöffnet werden muss. In Schweden hat vor allem die »alte« Gewerkschaftsbewegung angefangen, dies einzusehen und begonnen, sich den außerparlamentarischen linken Bewegungen in gewisser Weise zu nähern. Gleichzeitig ist man jedoch vorsichtig darauf bedacht, die eigene Geschichte als identitätsstiftende »Erfolgsstory« zu bewahren und hervorzuheben. Für die Linkspartei stellt sich in der momentanen Situation jedoch scheinbar nicht die Frage, wie, sondern ob die eigene Parteigeschichte wieder eine sammelnde Funktion erhalten kann...

30 Es wird in diesem Zusammenhang interessant sein, das weitere Schicksal der norwegischen Sozialistischen Linkspartei zu verfolgen.

Die post-kommunistische Linke in Osteuropa

ohne echte linke Politik?

Zustandsbeschreibung und Analyse

nach 15 Jahren Transformation

Der Ausgangspunkt der Entwicklung (Staatssozialismus und seine Krise) bestimmt das Profil der »post-kommunistischen Linken«¹ seit 15 Jahren: Sie repräsentiert sowohl Teile der mit dem Staatssozialismus eng verbundenen »Dienstklasse« als auch der vom alten System besonders profitierenden Gruppen der Bevölkerung (Arbeiter der traditionellen Industrien, die »Aufbaugeneration«). Ein weiteres Merkmal vieler (nicht aller) Parteien dieser Gruppe ist ihre »Sozialdemokratisierung« – darunter wird hier u. a. die Bindung der gewandelten Staatsparteien an die Sozialistische Internationale (und der »Partei der Europäischen Sozialisten«) verstanden.

Heute sind unter den Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale (SI) aus den fünf Ländern Ostmitteleuropas (die vier Visegrad-Staaten und Slowenien) vier kommunistische Nachfolgeparteien. Nur in Tschechien ist die Mitgliedspartei der SI nicht aus der entsprechenden kommunistischen Staatspartei hervorgegangen. In Polen ist neben der kommunistischen Nachfolgepartei auch die Arbeitsunion (UP) Mitglied der SI. Aus den anderen osteuropäischen Staaten sind ebenfalls die meisten Nachfolgeparteien (einschließlich der Sozialistischen Partei Albaniens/PSSH und der rumänischen Sozialdemokratischen Partei/PSD²) heute Mitglieder der früheren internationalen Konkurrenzorganisation der kommunistischen Parteien.

- 1 Ich verstehe darunter vor allem die linken Parteien, die in besonderer Weise mit dem Staatssozialismus als Ordnung verbunden sind, insbesondere die verschiedenen direkten Nachfolgeparteien der Staatsparteien selbst. In einem allgemeineren Sinne fasse ich in diesem Beitrag unter der »post-kommunistischen Linken« auch die wenigen linken nichtkommunistischen Parteien, die sich nach dem Ende des Staatssozialismus nach 1989 in Osteuropa herausgebildet haben, und die sich entweder auf vorsozialistische historische Traditionen oder aber auf linke nichtkommunistische Initiativen in der unmittelbaren Krisenphase des Staatssozialismus stützen. Generell geht es mir um solche Parteien, die sich durch ihren nachweisbaren Einfluss auf die Wähler in nationalen Wahlen (Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen) als politisch relevant erwiesen haben.
- 2 Inwieweit diese Parteien tatsächlich sozialdemokratische politische Programme angenommen haben, oder aber nur aus taktischen Gründen von der SI aufgenommen worden sind, bedürfte einer genaueren Untersuchung. Alina Mungiu-Pippidi kommt für die rumänische PSD jedenfalls zu folgender Einschätzung: Es hätte in ihr (in der Führungsgruppe um Iliescu) keine wirkliche Kenntnis der sozialde-

Neben diesen gewandelten Sozialdemokraten gibt es noch eine weitere Gruppe auf europäischer Ebene zusammengeschlossener erfolgreicher Nachfolgeparteien. Die KSČM und die PDS sind Mitglieder der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament; die PDS ist Gründungsmitglied der 2004 in Rom gegründeten Europäischen Linkspartei. Die zweite ungarische Nachfolgepartei, die Arbeiterpartei, ist hier ebenfalls Mitglied.

Generell sind die bis heute erfolgreichen *linken* Parteien – »links« weist hier einzig auf ihr Selbstbild hin – in Osteuropa mit einigen wenigen Ausnahmen³ direkte Nachfolger der früheren Staatsparteien. Das heißt allerdings nicht, dass sie die alten geblieben sind. Sie haben sich auf dem Weg zum Postsozialismus *grundlegend* gewandelt. Sie mussten eine tiefe »Anpassungskrise«⁴ überstehen, die aus einer Legitimations- und Glaubwürdigkeitskrise erwuchs, aus dem Verlust an politischer Macht und Mitgliedern bzw. finanziellen Ressourcen. Einige von ihnen haben sich nach der Auflösung der Staatspartei aus deren Funktionären und Mitgliedern neu gebildet. Andere haben sich nicht aufgelöst, aber umbenannt. Es gibt *keine einzige* der früheren kommunistischen Staats-Parteien, welche sich nach dem Ende des Staatssozialismus sowohl in ihrem Programm und ihren Organisationsstrukturen wie auch in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft nicht grundlegend verändert hätte. Wenn also hier von der *post-kommunistischen* Linken gesprochen wird, dann soll damit die Kontinuität zwischen den früheren Staatsparteien und ihren Nachfolgern keineswegs überbetont werden. Es genügt, auf solche Tatsachen wie die vor-

mokratischen Traditionen und auch keine authentische sozialdemokratische Debatten gegeben, sondern nur den Wunsch, sich möglichst von der diskreditierten »kommunistischen« Vergangenheit zu distanzieren. »Rather, ultimately, they gave in to the temptation of populism and nationalism«. Alina Mungiu-Pippidi: The Romanian Postcommunist Parties. A Story of Success, in: András Bozóki, John T. Ishiyama (eds.): The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe, Armonk/New York 2002, S. 188-205, hier S. 190. Das gelte zumindest bis 1996. Allerdings hätte die Wahlniederlage von 1996 die Bereitschaft einer stärkeren Orientierung auf den Westen und sozialdemokratische Werte befördert.

- 3 Jene Ausnahmen sind die tschechische Sozialdemokratie (ČSSD) und die schon erwähnte, aus der Solidarność hervorgegangene, polnische »Arbeitsunion« (UP).
- 4 Zum Begriff siehe Csilla Machos, Dieter Segert: Überraschende politische Erfolge postkommunistischer Parteien in Deutschland und Ungarn: Parallelen und Unterschiede, in: Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozess der Transformation, WZB-Jahrbuch 1995, hrsg. durch I. Rudolph unter Mitarbeit von D. Simon, Berlin, S. 216-229, hier S. 221-224. Die sich wandelnden Parteien haben sich zuerst aus dem Griff der »Politbürokratie« befreit. Sie haben der früheren Nomenklatura ihre Spitze genommen. Ihr Fortbestehen als Partei wurde nur dann möglich, wenn sie die tiefe Legitimationskrise, die darauf folgende Isolierung von der Gesellschaft (bis hin zu Verbotforderungen bzw. – in einigen Ländern – vollzogenen Verboten) sowie den Schock des völligen Untergangs ihrer bisherigen Zielvorstellungen überwinden konnten. Diese Krisenprozesse begannen zeitlich unterschiedlich und setzten sich verschieden lange fort. In der polnischen Staatspartei begannen sie zum Beispiel schon 1980/81 und waren mit der Auflösung der PZPR (dt.: PVAP) und der Neubildung als SdRP im Januar 1990 im Wesentlichen abgeschlossen, in der ungarischen Staatspartei MSzMP (dt.: USAP) waren sie intensiver und kürzer, von 1988 bis Oktober 1989. Spätestens mit der Verarbeitung der Wahlniederlage im Frühsommer 1990 waren sie beendet. In der tschechoslowakischen KP dauerte die Krise vom November 1989 bis zum Parteitag in Prostejov 1993.

malige enge Verflechtung der Staats-Parteien mit dem Staat (und seinen Sicherheitsapparaten), ihren überdimensionierten Reichtum, sowie die extreme innerparteiliche Zentralisierung (»Fraktionsverbot« und Parteidisziplin) zu verweisen, um diesen Unterschied zu begreifen. Selbst die am meisten »konservative« KSČM darf nicht mit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zwischen 1970 und dem November 1989 verwechselt werden.

Dieser Wandel von allmächtigen Staatsparteien zu »normalen« politischen Akteuren in pluralistischen Parteiendemokratien vollzog sich in den verschiedenen Parteien in jeweils unterschiedlicher Geschwindigkeit und mit verschiedener Konsequenz. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird der Wandel unterschiedlich interpretiert. Ich will hier nur auf zwei Ansätze verweisen. Anna Grzymala-Busse spricht von drei Typen des Wandels, die sie *nach dem Ausmaß der wiedererlangten Regierungsfähigkeit* (bzw. des Zugangs zur Ausübung von Regierungsmacht) nach 1989 als gescheiterte, partielle bzw. vollständige *Regeneration* bezeichnet.⁵ Das ist sicher ein relativ einfaches, weil eindimensionales Schema. Etwas anspruchsvoller sind schon András Bozóki und John Ishiyama, die nach anderen Kriterien *zwei* Wege der Transformation der betreffenden Parteien mit entsprechenden Ergebnissen unterschieden haben:⁶ entweder eine beschleunigte programmatische Modernisierung in Richtung auf ein modernes sozialdemokratisches Profil oder aber ein »linker Rückzug«, bei dem sich die Parteien stärker mit der Verteidigung der eigenen Identität und den internen Bedürfnissen ihrer Mitgliedschaften im Prozess des Systemwandels beschäftigt hätten, und welcher häufig auch mit einer Abschwächung des linken Profils der Partei verbunden gewesen sei. Sie verwenden für die Ergebnisse dieser unterschiedlichen Wege dann auch zwei Begriffe: »reformed« oder aber »transmuted«, übersetzen lässt sich das nur etwas ungenau als »reformiert« oder »mutiert«. Die beiden entstehenden Idealtypen von Parteien seien reformierte moderne *Linksparteien* oder aber mutierte *nationalkommunistische* Parteien (nach ihrem Begriff sind jene Parteien dabei von links nach rechts gedriftet). Zu diesen reinen Typen gäbe es dann noch Mischformen.⁷ Auf diese Frage des veränderten programmatischen Profils werde ich noch einmal zurückkommen. Jetzt geht es mir zunächst um die Analyse der sich ändernden organisatorischen Struktur der Parteien, die generell die folgende gemeinsame Richtung eingeschlagen hat: weg von den als »demokratischem Zentralismus« bezeichneten Kommandostrukturen, hin zu dezentralen, stärker pluralistischen Strukturen.

5 Vgl. Anna Grzymala-Busse: Redeeming the Past. Communist Successor Parties after 1989, in: Grzegorz Ekiert, Stephen E. Hanson (eds.): *Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe. Assessing the Legacy of Communist Rule*, Cambridge 2003, S. 157-181, hier S. 158 ff.

6 Vgl. András Bozóki, John T. Ishiyama (eds.) 2002, chapter 1.

7 Vgl. ebenda, Tabelle 1.2., S. 8.

Bozóki und Ishiyama sehen die beiden Wege des programmatischen Wandels mit jeweils unterschiedlichen Konsequenzen für die organisatorische Entwicklung verbunden: Die sich modernisierenden Parteien Ostmitteleuropas werden meist straffer geführt und stehen unter dem deutlichen Einfluss von pragmatischen und moderaten Reformern in der Führung der Partei. Die Mitglieder und ihre Organisationsstrukturen sind dagegen für die politische Ausrichtung der Partei von geringerer Bedeutung. Bei den ungarischen Sozialisten (MSzP), der polnischen Nachfolgepartei SdRP und der slowakischen SDL lässt sich diese neue Form von Zentralisierung nachweisen. Das ist zum Teil dadurch zu erklären, dass es in jenen Parteien nach dem Ende des Staatssozialismus zu einer dramatischen Reduzierung der Mitgliedszahlen gekommen ist, und zwar verursacht durch die Besonderheit des Übergangs von der allmächtigen Staatspartei zur normalen demokratischen Partei. In allen drei Parteien mussten sich die Mitglieder nach einer Umbenennung oder Neugründung (MSzP: im Oktober 1989, SdRP: Januar 1990, bzw. SDL: im Mai 1991) neu registrieren lassen.⁸ Obwohl auch auf diesem Weg gegenüber der Zeit des Staatssozialismus vor 1989 eine deutliche Demokratisierung der innerparteilichen Strukturen und eine Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse festzustellen ist, also das Gewicht der Mitgliedschaft und der unteren Ebene der Parteiorganisation zunahm, führte das in keinem Fall dazu, dass die Mitglieder oder die lokalen Organisationen gegenüber der zentralen Leitung der Partei dominierten. Markowski spricht in seiner Analyse des polnischen Falles beispielsweise von einer gut organisierten oligarchischen Gruppe von Parteiführern (Kwaśniewski, Oleksy, Miller), die die Partei nach 1990 straff führten, und konstatiert, dass der zentrale Parteiapparat immer die Kontrolle über die Mitgliedschaft ausgeübt hat.⁹ Auch in der ungarischen

8 So fielen die Mitgliederzahlen der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) von 740 Tsd. auf ca. 50 Tsd. (Csilla Machos, Dieter Segert 1995, S. 221), bei der PZPR bei ihrer Neugründung als SdRP von 2,1 Mio. und 75 Tsd. Organisationen auf 60 Tsd. und 2,5 Tsd. Organisationen (Anna Grzymala-Busse 2003, S. 160), die slowakische SDL hatte 1990 450 000 Mitglieder mit 12,5 Tsd. Organisationen, nach der Neugründung im Mai 1991 hingegen nur noch etwa 40 000 und 2,5 Tsd. (ebenda, S. 158). Die sich weniger rasch reformierenden Parteien behielten dagegen für längere Zeit noch ein größeres Mitgliederreservoir. Die KSČM, beispielsweise, hatte 1990 380 Tsd. und Ende 1992 noch 317 Tsd. Mitglieder (Vodicka in Segert et. al 1997, S. 116, allerdings kam es auch hier beim Verlust der Funktion einer Staatspartei zu massiven Mitgliederrückgängen – die gesamte Tschechoslowakische KP hatte 1989 ungefähr 1,7 Mio. Mitglieder gezählt). Anfang 2005 hatte die Partei immer noch 64 Tsd. Mitglieder (V. Handl während eines Vortrags an der Universität Wien am 1.12.2005). Bei der SED bzw. der PDS entwickelten sich die Mitgliederzahlen ebenfalls dramatisch nach unten. Die SED hatte im Oktober 1989 2,3 Mio., im Dezember 1,7 Mio. Mitglieder. Innerhalb von 5 Monaten (bis Mai 1990) verringerte sich diese Zahl auf 450 Tsd.; nach dem Ende der Anpassungskrise, die meiner Einschätzung nach mit der Kommunalwahl in Brandenburg im Dezember 1993 manifest wurde, gab es noch 131 Tsd. Mitglieder. In vier Jahren hatte die Partei auf den Weg von einer allmächtigen Staatspartei zu einer Wettbewerbspartei somit ca. 95% ihrer Mitglieder verloren. Das war in etwa so viel wie in den Parteien der ersten Gruppe, aber es dauerte länger als bei jenen. (Angaben aus Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 55, 147); Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS 1989 bis 1994, Berlin 1995/2, S. 30.

9 Radosław Markowski: The Polish SLD in the 1990s. From Opposition to Incumbents and Back, in: András Bozóki, John T. Ishiyama 2002, S. 51-88, hier S. 59.

schen Partei wurde die Anpassungskrise nach der Wahlniederlage 1990 durch die energische Führung einer kleinen Gruppe von Parteiführern (um G. Horn) überwunden, die relativ unbeeinflusst von den verschiedenen Positionen in der Mitgliedschaft ein sozialdemokratisches Parteiprofil durchsetzten, um eine Anerkennung durch die SI zu erreichen.¹⁰

Verglichen mit diesem Typ von Wandel war in dem anderen Typ von Nachfolgepartei, den sie »transmuted« genannt haben, sowie in verschiedenen Zwischentypen, der Einfluss der Mitgliedschaft und von deren lokalen Organisationen auf die programmatische Entwicklung deutlich größer. Das hatte auch seinen Grund darin, dass sich die Zahl der Mitglieder in der Krise 1989 weniger schnell reduzierte. Darüber hinaus waren die Führungen durch die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen Pragmatikern, Modernisierern, konservativen und traditionalistischen Kräften teilweise gelähmt oder zumindest in ihren Entscheidungen nicht so frei. Zudem schmiedeten die konservativen Führungskräfte Bündnisse mit der traditionell eingestellten Mehrheit in der Mitgliedschaft.¹¹

Handl unterscheidet in der KSČM vier Gruppierungen, die sich seit dem Beginn des Systemwechsels und dem Machtverlust der Partei um die Richtung der Parteipolitik gestritten hätten: Reformisten (besonders um den damaligen Vorsitzenden Jiří Svoboda), Konservative, Neo-Kommunisten (um den Stellvertretenden Vorsitzenden Miroslav Ransdorf) und die Mehrheit der traditionalistisch eingestellten Mitgliedschaft.¹² Die reformistische Führungsgruppe habe ihren Einfluss allerdings bereits 1993 verloren und sei aus der Partei ausgeschieden. Auch aus der PDS ist wiederholt von bestimmten Gruppen einer traditionalistischer eingestellten Mitgliedschaft ein bremsender Einfluss auf die Reformer in der Parteispitze ausgegangen.¹³

10 András Bozóki: The Hungarian Socialists. Technocratic Modernization or New Social Democracy?, in: ebenda, S. 89-115, hier S. 98 f.

11 Auch in den führungsdominierten reformierten Parteien existierten Flügel und Kämpfe zwischen ihnen. In der slowakischen SDL gab es die Auseinandersetzung zwischen Radikalsozialisten und Modernisierern (Martin Muránsky: Die Marginalisierung der Linken in der slowakischen Parteienlandschaft. FES. Internationale Politikanalyse, Bonn, April 2004), in der polnischen SLD sieht Gräfe (Karl-Heinz Gräfe: Was ist aus Osteuropas Staatsparteien geworden? In Polen, Ungarn und Tschechien: Sehr unterschiedliche Wege und Ergebnisse, in: Disput, Oktober 1999) den radikalen Reformflügel (»rote Kapitalisten«) und Gewerkschafter (aus der OPZZ), die ihrerseits das »soziale Gewissen« der Partei verkörpern, sich gegenüberstehen. Bei den ungarischen Sozialisten existieren in der Führung neben den dominierenden gewandelten Sozialdemokraten national orientierte Gruppen ebenso wie eine (allerdings sehr kleine) linke basisdemokratisch orientierte Gruppe. Zur Tradition der zweiten Gruppierung siehe Tamás Krausz: Aufstieg und Niedergang der Selbstverwaltung in Osteuropa, in: Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des ostmitteleuropäischen Umbruchsprozesses seit 1989. Beiträge einer Tagung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, herausgegeben durch Hans Misselwitz und Dieter Segert, Potsdam 1997, S. 88-104.

12 Vgl. Valadimir Handl: Die Tschechische Kommunistische Partei: orthodoxes Fossil oder erfolgreiche neo-kommunistische Protestpartei?, in: FES. Politikinformation Osteuropa, 105, Bonn 2002.

13 Für die PDS habe ich zwischen den Reformsozialisten, den Sprechern der traditionalistischen Teile der Mitgliedschaft und den pragmatischen Politikern unterschieden, wobei sich die Reformer keineswegs

Die Verbindung (Kontinuität) zwischen den ehemaligen Parteien und den heutigen besteht also vor allem in einem Teil der Mitgliedschaft. Sie existiert weniger auf der Ebene des Führungspersonals, wobei sich feststellen lässt, dass die letztgenannte Kontinuität am größten bei den Reformparteien des späten Staatssozialismus ist, also bei der polnischen und ungarischen Nachfolgepartei.¹⁴ Das ist nur auf den ersten Blick paradox. Genauer betrachtet hat der Wechsel auf der Führungsetage in diesen Parteien früher stattgefunden, so dass die Ablösung von Führungspersonal in der unmittelbar letzten Phase des Regimes geringer ausfallen musste als in Parteien und Staaten, die sich erst relativ spät in Bewegung setzten.

Soweit zum organisatorischen Wandel und zu Veränderungen in der Führungsgruppe bzw. der Mitgliedschaft dieser Parteien. Nun einige Bemerkungen zu ihrem programmatischen Wandel. Die wichtigsten Felder einer Politik, auf denen diese Parteien seit der Überwindung ihrer post-sozialistischen Anpassungskrise erfolgreich tätig waren, lassen sich wie folgt zusammen fassen: Auseinandersetzung über die konkrete Gestaltung der Reformen der Wirtschaft, über den jeweiligen Weg nach »Europa« (also in die EU) sowie den Stellenwert der nationalen Interessen dabei, die Auseinandersetzung mit der Geschichte der vorangegangenen Ordnung (vor allem, insofern die Mitglieder der betreffenden Parteien selbst davon berührt waren: also als Reaktion auf Lustrationen und verschiedene Formen der Auseinandersetzung mit der besonderen Verantwortung der Mitglieder der kommunistischen Parteien für Gewalt und Rechtsverletzungen vor 1989), Auseinandersetzung um die Gestaltung des Verhältnisses von Kirchen und Staat bzw. um den Einfluss von Religion und Kirchen auf Schulen und konkrete Fragen der Lebensgestaltung wie Schwangerschaftsunterbrechung, die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften u. ä.

Die beiden Wege des Wandels der Nachfolgeparteien unterscheiden sich natürlich u. a. in Hinsicht auf den programmatischen Wandel: Wenn die Parteien längere Zeit in ihren Gesellschaften isoliert und in der Defensive waren, bzw. ihre Identitäts- und Existenzkrise längere Zeit nicht abschließen konnten, dann rücken die Fragen der Auseinandersetzung mit der staatssozialistischen Geschichte in das Zentrum ihrer Politik. Die Parteien betreiben eine Art Nabelschau, agieren eher als Milieus denn als Akteure politischer Veränderung der Gesellschaften. Ihr Einfluss bei Wahlen beschränkt sich auf Teile der vormaligen Mitgliedschaft der Staatsparteien. Sie sind in einer solchen Situation zu sehr auf der »Suche nach der verlorenen Zeit vor 89« (Muránsky). Auf die-

immer gegen die traditionalistischen Mitglieder und deren Sprecher durchsetzen konnten. Vgl. Dieter Segert: *The PDS. Regional Party or a Second Social-Democratic Party in Germany?*, in: András Bozóki, John T. Ishiyama 2002, S. 166-187, hier S. 174 ff.

14 Einen solchen Vergleich haben Csilla Machos und ich (Csilla Machos, Dieter Segert 1995.) für MSZMP/MSZP bzw. SED/PDS durchgeführt.

sem Weg werden ihre Mitgliedschaft und ihre Wähler immer älter. Diese Parteien geraten in Gefahr, zu Generations-Rentnerparteien zu degenerieren.

Die reformierten Parteien sind politisch aktiver. Allerdings entsteht bei Analyse ihrer Politik die drängende Frage, inwiefern sie überhaupt als »links« einzuschätzen sind? Darauf können wir in der sozialwissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Antworten finden. Ich werde mich auf die Charakterisierung beschränken, die Radoslaw Markowski bezogen auf die polnische SLD gegeben hat: Einerseits wird diese Partei in einer Selbsteinschätzung der Mitglieder auf einer Rechts-Links-Skala mehrheitlich links verortet. 1991 sahen 77% der befragten Mitglieder sie als linke Partei, 1997 waren es sogar 82%. Bei den Wählern der SLD war diese Zuordnung der Partei zum linken Lager noch etwas deutlicher ausgeprägt.¹⁵ Andererseits ergibt sich der linke Charakter einer Partei natürlich aus ihrer Politik in Zeiten, in denen sie Regierungsverantwortung übernimmt. Hier fällt die Zuordnung nach Markowski zumindest für die Zeit zwischen 1993 und 1997 etwas weniger eindeutig aus: Zwar hat die SLD auf sozio-kulturellem Gebiet (in Bezug auf solche Streitfragen wie die Gestaltung des Abtreibungsrechtes und die Stellung zur katholischen Kirche) eine linke Politik betrieben, auf sozio-ökonomischem Gebiet hingegen bewegte sich die Partei von einer stärker sozial-protektionistischen Politik hin zu einer Pro-Marktwirtschafts-Orientierung.¹⁶ Ein solcher Wandel der Politik ist im polnischen Fall – wie häufig auch in anderen Ländern – damit verbunden, dass die Regierungen der Nachfolgeparteien am Ende der Wahlperiode sehr stark an Einfluss auf die ursprünglichen Wähler verloren haben und »abgewählt« werden. Warum das so ist, wird in der zitierten Analyse allerdings nicht betrachtet.

Eine interessante Interpretation jener Bilanz findet sich in einem jüngeren Konferenzbeitrag des US-amerikanischen Politikwissenschaftler Thomas A. Baylis.¹⁷ Er weist darauf hin, dass während der Regierungszeit der Nachfolgeparteien in den neunziger Jahren der Lebensstandard der Bevölkerungen sank, die Arbeitslosigkeit sich häufig deutlich vergrößerte (das gilt zumindest für Polen und die Slowakei) und sich insgesamt die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der wirtschaftlichen Transformation vertiefte. Dies war, so seine Interpretation, allerdings nicht das Ergebnis einer freien politischen Entscheidung der Politiker der Nachfolgeparteien, sondern ergab sich aus dem Druck starker externer Akteure. Anfänglich wirkte sich u. a. der politische Druck der internationalen Gläubiger der meist verschuldeten Staaten Osteuropas aus, später wurde er ergänzt durch den Druck der EU-Institutionen im Verlaufe

¹⁵ Radoslaw Markowski 2002, S. 71.

¹⁶ Ebenda, S. 67.

¹⁷ Vgl. Thomas Baylis: Embattled Executives: Prime Ministerial Weakness in East central Europe. Paper prepared for delivery at the VII World Congress of the International Council for Central and East European Studies, Berlin, Germany, July 25-30, 2005 (gekennzeichnet als »work in progress«), S. 15 f.

des Beitritts Polens zur Europäischen Union. Eine bestimmte Wirtschafts- und Haushaltspolitik wurde den entsprechenden Regierungen der Kandidatenstaaten nicht nur nahe gelegt, sondern sie wurde von ihnen als Kondition der Mitgliedschaft deutlich eingefordert. Wenn die postkommunistischen Nachfolgeparteien regierten, mussten sie sich zum Fürsprecher dieses Drucks machen. Es gab in dieser Frage wenig Spielraum – soweit Baylis.

Wo die post-kommunistischen Nachfolgeparteien nicht die tatkräftigsten Vertreter der Gruppe der Verlierer der post-sozialistischen Reformen waren, übernahmen andere Parteien diese Funktion. József Bayer wies darauf hin, dass in Ungarn häufig zwischen selbstdeklariertem politischer Identität der Parteien und der tatsächlichen Ausrichtung ihrer Politik eine Kluft aufriss: Die linken Sozialisten standen nicht selten für rechte wirtschaftliche Forderungen, die rechte Ungarische Bürgerunion (Fidesz) trat in der Öffentlichkeit für eine linke, protektionistische Wirtschafts- und Sozialpolitik ein, zumindest dann, wenn sie nicht regierte.¹⁸

Wenn die Nachfolgeparteien das Bedürfnis nach einer linken Politik nicht befriedigen, stoßen andere Akteure vor. In einigen Ländern geben populistische Gruppierungen dem Protest der ärmsten und am meisten vom sozialen Abstieg bedrohten Gruppen der Bevölkerung eine Stimme. Wie die letzten beiden Wahlen in Polen zeigen, profilieren sich rechte Parteien populistisch und binden diese Wählerschicht an sich. Der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS), die die Wahl im September 2005 gewonnen hat, gelang das, weil sie sich entschloss, gegen ihren wichtigsten Wettbewerber, die liberale Bürgerplattform (PO), die »soziale Karte« auszuspielen. Die Politik der PiS wird von Lang als »sozial-patriotischer Traditionalismus mit stark etatistischer Prägung«¹⁹ charakterisiert. Daneben wurden die Stimmen der polnischen Wendeverlierer durch die extremistischen und populistischen Bewegungen Liga der polnischen Familien (LPR) und Selbstverteidigung (SO) angezogen. Alles das wurde aber auch deshalb möglich, weil die polnischen »Post-Kommunisten«, u. a. die SLD, einerseits gar nicht danach strebten, die Interessen der Transformationsverlierer zu repräsentieren, andererseits sich durch Korruptionsaffären einiger ihrer Politiker gerade bei den ärmeren Mitbürger/innen um ihren bisherigen moralischen Kredit gebracht hatten. Die Partei stürzte folgerichtig in der Wählergunst zwischen 2001 und 2005 von 41 auf 11 % ab. Die PiS hingegen stieg von knapp 10 auf 27 %.

Auch bei anderen Nachfolgeparteien, die nach 1989 Politik gestalten konnten, also an der Regierung (und besonders dadurch am Prozess der Privatisierung) beteiligt waren, treten solche Bereicherungs- und Korruptionsaffären

18 So der bekannte ungarische Politikwissenschaftler József Bayer in einem Vortrag (Antagonistische Polarisierung und defizitäre Demokratie) am 13. Oktober 2005 an der Universität Wien.

19 Kai Olaf Lang: Machtwechsel in Warschau, Kurswechsel in der Außenpolitik?, in: SWP-Aktuell, 53/Dezember 2005, S. 2.

immer wieder auf. Solche Affären waren zentral in der Ablösung der bulgarischen BSP von der Regierung in den vorgezogenen Neuwahlen 1997, sie beeinflussten die Wahlniederlage der slowakischen SDL 2002, die die Partei faktisch zum Verschwinden gebracht hat, und sie spielten auch bei der Ablösung der ungarischen Sozialisten (MSzP) in den Wahlen 1998 eine Rolle. Im Übrigen wurde die letzte Regierungskrise der tschechischen Sozialdemokraten 2005 ebenfalls durch Korruptionsvorwürfe gegen den Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden ausgelöst. Er musste schließlich zurücktreten, wodurch in diesem Land innerhalb von kaum mehr als einem Jahr drei Mal der Ministerpräsident wechselte.

Wenn diese Parteien tatsächlich links sein wollen, dann müssen sie in Zukunft stärker ihr soziales Profil schärfen, denn als links kann man wohl, mit Oskar Lafontaine, abgekürzt »das Eintreten für die sozial Schwachen« bezeichnen.²⁰ Die genannten Affären hingegen verweisen darauf, dass die betroffenen Parteien zumindest teilweise und in bestimmten Perioden als eine Art von klientelistischem Beziehungsnetzwerk zur Sicherung des Vorteils der eigenen Gruppe wirken. In einigen Fällen überbrücken sie ebenfalls die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern des Transformationsprozesses durch Sozialpopulismus, ohne allerdings tatsächlich nach der Wahl einen entsprechenden Interessenausgleich durchzusetzen.

Abschließend noch einmal ein Überblick darüber, wie erfolgreich diese Parteien im politischen Wettbewerb mit anderen Parteien sind und warum sie sich gegen jene durchsetzen konnten. Lassen sich dafür allgemeine Gründe finden?

Wie erfolgreich sind diese Parteien? Wenn man Erfolg an der Regierungsbeteiligung misst, dann sind die Nachfolger der Staatsparteien seit 1989 zumindest erfolgreicher gewesen, als man ursprünglich vermutet hatte. Sie waren nicht alle sofort wieder da, aber – mit einigen Ausnahmen – doch wiederholt in Regierungen vertreten bzw. dominierten diese sogar inhaltlich. In Ungarn, Slowenien, in einigen weiteren Ländern werden sie voraussichtlich auch in Zukunft gute Chancen auf Erfolg haben. Ob, und wenn ja wann, in Polen die SLD wieder erfolgreich sein kann, scheint mir angesichts der tiefen Niederlage 2005 offen zu sein. Ich vermute allerdings, dass die zehn Jahre des Aufstiegs der Nachfolgerpartei genügend Handlungspotenziale hervorgebracht haben,

20 Vgl. die taz-Umfrage am 10. 9. 2005. In der Debatte auf der Tagung wurde diese Position verschiedentlich kritisiert: Die Linke könne sich nicht allein auf die Modernisierungsverlierer und die sozial Schwachen stützen, wolle sie erfolgreich Politik machen. Sie müsse auch andere Schichten und vor allem jene repräsentieren, die zwar handlungsfähig, aber bisher machtlos sind. Mir jedoch scheint die Position von Lafontaine nach wie vor eine zwar polemisch zugespitzte, jedoch in unserer Situation der neoliberal bedingten Politik der Umverteilung von unten nach oben sinnvolle Definition eines wesentlichen Ziels linker Politik zu sein, und zwar des Ziels, soziale Solidarität wieder zu ermöglichen. Insofern sind die Parteien, die tatsächlich links sind, sicher anders als »normale« Parteien, die sich in der politischen Auseinandersetzung vor allem der Maximierung des Vorteils der eigenen Politiker/innen und der Bedienung der Interessen eigener Klientelnetze widmen.

damit eine solche Erholung schließlich möglich wird. In Tschechien hängt ein Sieg der Linken davon ab, ob zwischen ČSSD und KSČM praktische politische Brücken entstehen können.

Dieser bisherige Wahlerfolg (siehe Tabelle im Anhang) basierte auf unterschiedlichen Voraussetzungen:²¹ *Einerseits* konnten sie sich auf die reichen organisatorischen und kulturellen Ressourcen stützen, die sie aus dem Staatssozialismus mitgebracht hatten, außerdem waren sie in der Lage, an die grundsätzlich gewandelten Bedingungen nach 1989 anzupassen – dadurch hatten sie einen eindeutigen Startvorteil gegenüber den neuen, in der Bevölkerung wenig verankerten und mit Organisationsressourcen wenig ausgestatteten oppositionellen Parteien (besonders groß war dieser Vorteil in Gesellschaften mit einem späten Beginn der politischen Öffnung des Staatssozialismus wie Albanien, Bulgarien und Rumänien); *andererseits* wirkte die Logik des Parteienwettbewerbs, in dem die Frustrationen und Fehler der regierenden Parteien in den nächsten Wahlen immer die stärksten Kräfte des Oppositionslagers bevorzugen lassen (dieser Vorteil wirkte in den zweiten Wahlen zugunsten der Nachfolgeparteien, die in den ersten Wahlen unterlegen waren, beispielsweise in Polen 1993 und in Ungarn 1994).

In allen Ländern existieren für eine linke Politik gute allgemeine Chancen: vor allem in Gestalt von weit verbreiteten Bedürfnissen nach sozialem Schutz, nach Absicherung, nach Solidarität.

Überall muss jedoch innerhalb der linken Parteien, ob im Lager der Nachfolger der kommunistischen Staatsparteien oder in Parteien mit anderer Herkunft, in einer intensiven politischen Debatte noch bestimmt werden, wie heute unter den aktuellen Bedingungen des »postkommunistischen Kapitalismus« (Michael Ehrke) eine tatsächliche – und nicht nur symbolische oder aber nostalgische – linke Politik aussehen könnte.

21 Vgl. u.a. Anna Grzymala-Busse 2003, S. 162 ff.

Wahlergebnisse linker Parteien in einigen Ländern Osteuropas nach 1989
(Angaben in Prozent der gültigen Stimmen zu den Parlamentswahlen)

| Land/Partei | 1. Wahl | 2. | 3 | 4. | 5. | 6. |
|---|-----------|------|-----------------------|---------------------------------|----------------------|----|
| PO / SLD | 12 | 20 | 27 | 41 | 11 | |
| PO / UP | 2 | 7 | 5 | Zusammen mit SLD) | 4 | |
| ČR / KSČM | 13 | 14 | 10 | 11 | 19 | |
| ČR / ČSSD | 4 | 7 | 26 | 32 | 30 | |
| SR / KSS | zusammen: | 1 | | 3 | 6 | |
| SR / SDL | 13 | 15 | In KSV: 10 | 15 | 1 | |
| SR / SMER | n.e. | n.e. | n.e. | n.e. | 14 | |
| SR / ZRS | n.e. | n.e. | 7 | - | - | |
| SR / SDSS | 2 | 4 | In Bündnis KSV: 10 | In Bündnis SDK 26 | - | |
| SR / SOP | n.e. | n.e. | n.e. | 8 | - | |
| SR / SDA | n.e. | n.e. | n.e. | n.e. | 1 | |
| HU / MSzP | 11 | 33 | 33 | 42 | | |
| HU / MP | 4 | 3 | 4 | 2 | | |
| RO / FSN- FSDN- PDSR PSD | 66 | 28 | 22 | 37 | 37 | |
| RO / PSM | - | 3 | 2 | 1 | - | |
| BG / BSP-KB (ab '97) | 47 | 33 | 44 | 22 | 17 | 31 |
| BG / BE | - | - | - | 6 | 1 | - |
| SI / ZLSD | 17 | 14 | 9 | 12 | 10 | |
| SI / SSS | 5 | 3 | - | - | - | |
| HR / SDP | 35 | 6 | 9 | 41 (mit anderen Parteien) | 23 (mit Partnern) | |
| RU / KPRF | 12 | 22 | 24 | 13 | | |
| RU / APR | 8 | 4 | - | 4 | | |
| RU / ZR | 8 | 5 | 2 | - | | |

Zeitpunkte der Parlamentswahlen:

Polen 1991, 1993, 1997, 2001, 2005; Tschechien: 1990 und 1992 in ČSFR, 1996, 1998, 2002; Slowakei: 1990 und 1992 in ČSFR, 1994, 1998, 2002; Ungarn: 1990, 1994, 1998, 2002; Rumänien: 1990, 1992, 1996, 2000, 2004; Bulgarien: 1990, 1991, 1994, 1997, 2001, 2005; Slowenien: 1990 (noch als jugoslawische Republik), 1992, 1996, 2000, 2004; Kroatien: 1990 (noch als jugoslawische Republik), 1992, 1995, 2000, 2003; Russland: 1993, 1995, 1999, 2003.

Erläuterung der Parteienamen:

Polen: SLD: Demokratische Linkspartei (erst Parteienbündnis, dann Partei);

UP: Arbeitsunion

Tschechien: KSČM: Kommunistische Partei Böhmens und Mährens;

ČSSD: Sozialdemokratie

Slowakei: SMER: Richtung (ab Dez. 2004: SMER-SD); ZRS: Vereinigung der Arbeiter der Slowakei; SDSS: Slowakische Sozialdemokraten; SOP: Partei der bürgerlichen Verständigung (1998-2003, dann aufgelöst);

SDA: Sozialdemokratische Alternative (2002 bis 2004, dann in SMER-SD)

Ungarn: MSzP: Ungarische Sozialisten; MP: Arbeiterpartei (ab 1. 12. 05: Kommunistische Arbeiterpartei)

Rumänien: FSN: Nationale Rettungsfront, FSDN: Nationale Demokratische Rettungsfront (ab 1992), PDSR: Partei der Sozialen Demokratie (ab 1993), PSD (ab 2000):

Sozialdemokraten, PSM: Sozialistische Partei der Arbeit

Bulgarien: KB: Koalition für Bulgarien (Hauptpartner: BSP, auch BSD- Bulgarische Sozialdemokraten), BE: Bulgarische Euro-Linke

Slowenien (SI): ZLSD: Vereinigte Liste der Sozialdemokraten,

SSS: Sozialistische Partei Sloweniens

Kroatien (HR): SDP: Sozialdemokratie

Russland: APR: Agrarpartei, ZR: Frauenpartei (Russland),

NPS: Rodina (Heimat – National-Patriotische Union)

Die KSČM und die EU: Trotz allem mindestens ein Drittel des Glases voll

Seit der Befestigung der leninistisch-kommunistischen Identität der Partei, also ihrer gewissen Re-Bolschewisierung in den Jahren 1992/1993, konzentrierte sich die Parteiführung auf die innere Konsolidierung ihrer Position wie auch der Partei als Ganzes. Dies bedeutete allerdings nicht, dass die Partei innerlich undifferenziert blieb. Nachdem der Kampf um den Namen, die Identität und Ausrichtung der Partei abgeschlossen war, haben mehrere eng miteinander verbundene Themen die innere Differenzierung der Partei bewirkt:

1) die langfristige innere Spaltung der Partei entlang der Achse Konservative-Modernisierer; der Anlass waren u. a. die Behandlung der kritischen Fragen der Parteigeschichte, die Positionierung gegenüber dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft oder Themen der internationalen Sicherheitspolitik;

2) die sich verändernde Landkarte der Möglichkeiten auf der europäischen Ebene – und die daraus folgende Spannung zwischen Europäisierung (also die wertbezogene Orientierung auf die EU) und EU-isierung (schrittweise Übernahme von EU-Normen und -Werten durch Beteiligung an pragmatischer Politik)¹ und anti-westliche Vorurteile;

3) sich verändernde Chancen (*opportunity structure*) auf der nationalen Ebene und daraus sich ergebende Optionen: einerseits die Öffnung gegenüber der nicht-kommunistischen Linke, andererseits die Bekräftigung des Rückzuges der Partei auf die Positionen der leninistischen Partei.

Die Entwicklungen in der Partei verliefen allerdings langsam und undurchsichtig. Eine programmatische Veränderung der KSČM Richtung Sozialdemokratie war offensichtlich. Das Ziel blieb allerdings eine (revolutionäre) Systemveränderung, die nur äußerst vage formuliert wurde. Trotz ihrer linksradikalen Rhetorik in einer Reihe von außenpolitischen Fragen war die Partei näher an die konservativ-liberale Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) herangerückt als an die tschechische Sozialdemokratie (ČSSD).

1 Siehe vor allem die Definition beider Prozesse in Marcin Zaborowski: *Germany, Poland and Europe*, Manchester University Press, 2005, S. 7-17.

Die Partei an sich kann ansatzweise als aus drei Strömungen bestehend beschrieben werden:

- Die *konservative (oder marxistisch-leninistische) Strömung*, die auch einige stalinistische Elemente integriert, strebt danach, die kommunistische Identität der Partei zu stärken, indem sie ihre Kontinuität zur politischen Analyse, der Sprache, den Symbolen und teilweise auch Konzepten der Zeit vor 1989 aufrechterhält.

- Die viel schwächere Strömung ist die der *Modernisierer/Neokommunisten*. Sie versuchen, die Partei und ihr Bild an die Realitäten des post-cold-war und die post-marxistisch-leninistische linke Ideologie anzupassen. Aus diesem Grunde haben sie vorsichtig versucht, die Partei auf einem Weg der Modernisierung vorwärts zu bringen. Das Konzept der Selbstverwaltung und der Partei als eines Mediatoren zwischen einzelnen sozialen Gruppen bleibt jedoch ziemlich undeutlich und wurde nie detailliert ausgearbeitet.

- Die dritte und sehr vage Strömung, die *Traditionalisten*, vertritt die Mehrheit der Parteimitgliedschaft, der Kader und der Mitarbeiter. Anstatt ideologisch mobilisiert und aktiv zu sein, halten sich die Traditionalisten an die kommunistische Gedankenlandkarte der Vergangenheit. Ihre Gedankenwelt wurde historisch und kulturell durch das strikte kommunistische ideologische Konstrukt und die Parteidisziplin in der Zeit vor dem Jahre 1989 geprägt. Während die neokommunistische Strömung nach programmatischer Erneuerung strebt und die Konservativen versuchen, die Säulen des marxistisch-leninistischen Ideengebäudes und der neuen Realität zu überbrücken, sind die Traditionalisten typischerweise Konsumenten derjenigen Ansätze, die ihre gewohnten Sichtweisen zu bestärken scheinen. Daher ist es wenig überraschend, dass die Konservativen und die Traditionalisten einander näher stehen als den Modernisierern. Tatsächlich haben die Konservativen kulturelle Hegemonie über die Partei ausgeübt und ihr öffentliches Bild seit dem Prostějov-Kongress von 1993 geprägt, damit jedoch ihren politischen Handlungsspielraum und die Attraktivität ihrer Ideen und ihrer politischen Kultur stark eingeschränkt. Die KSČM wurde gebannt, ignoriert und für die meiste Zeit der post-kommunistischen Ära vernachlässigt. Die Partei hat zwar bei den Parlamentswahlen 2002 erstaunliche 18,5% Stimmen erzielt und im Jahre 2004 sogar 21,5% der Stimmen bei den Europawahlen, sie wurde allerdings nie zu einer Regierungsbeteiligung eingeladen – weder auf der nationalen oder regionalen Selbstverwaltungsebene. Ihr politisches Koalitionspotential blieb in diesem Sinne nahe Null. Die für die Partei strategischen Wahlen am 2.-3.Juni 2006, bei denen sich die Partei wahrscheinlich zum letzten Mal auf ihre Parteibasis stützen konnte,² endeten mit starken Verlusten: die

2 Die Partei hatte Ende 2005 zirka 90000 Mitglieder, das Durchschnittsalter betrug allerdings 68 Jahre. Die Schrumpfung der Partei gilt in den nächsten Jahren als unausweichlich. Zu der Entwicklung der Partei vor den Wahlen 2006 siehe Vladimír Handl: The Development and the Prospects of the Czech Left – the Role of the Communist Party, Friedrich Ebert Stiftung Prag, Working Papers 12/2005, <http://www.iir.cz/upload/WorkingPapers/WP12HandlEndfassung.pdf> (Stand: 19. 6. 2006).

KSČM konnte »nur« 12,8% der Stimmen sammeln. Die entscheidende Frage, ob die Partei ihre aus der Zeit vor 1989 stammende Parteibasis überlebt und für eine neue Generation der tschechischen linksorientierten Bevölkerung attraktiv sein wird, muss innerhalb dieser Wahlperiode beantwortet werden.

Die ideologische Heterogenität der Partei wird dabei ein wichtiger Faktor sein. Ein weiterer Faktor ist die Fähigkeit der Partei, mit anderen politischen Parteien und Gruppen pragmatisch, zweckorientiert zusammenzuarbeiten. Tatsächlich sind alle Strömungen der KSČM in pragmatische Politik und Kooperation verwickelt. Während die Modernisierer die Grenzen solcher Zusammenarbeit hauptsächlich am populistischen rechten Rand sehen, haben sich die Konservativen oft von den sozialdemokratischen und liberalen Linken distanziert – und waren näher in Positionen zu Fragen wie der EU und Beziehungen zu Deutschland an der konservativ-liberalen Rechten.

Der 6. Parteikongress in České Budějovice bestätigte die Hegemonie der Konservativen und schwächte die Position der Modernisierer in der Führung.³ Der Vorsitzende der Partei, Miroslav Grebeníček, ein typischer Zentrums Politiker, der die Hegemonie der Konservativen anerkannte und zum Ausdruck brachte, trat zurück, nachdem er im Oktober 2005 ein bemerkenswertes Beispiel schlechter Urteilskraft geliefert hatte.⁴ Sein widerwilliger Nachfolger ist Vojtěch Filip, der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments geworden. Konservativ in seiner Denkweise, pragmatisch in seinem politischen Handeln auf und hinter der politischen Szene, freundlich-sanft in seiner Eigenart (er ist das »smiling face« der Partei), ist der neue Parteivorsitzende nicht Teil des harten Kerns der konservativen Kreise. Ebenso wenig jedoch ist er ein strategischer Denker, und er besitzt auch keine erkennbare Konzeption zur Lösung des strategischen Dilemmas der Partei: Soll die Partei einer weiteren Marginalisierung vorbeugen, muss sie den bunten linksorientierten Schichten (vor allem den jüngeren und gebildeten Stadtbewohnern) gegenüber attraktiv werden. Um dies zu schaffen, muss sie viel von der alten ideologischen Ausrüstung wie auch von der vertrauten Klassenkampf-Rhetorik des ehemaligen »bürokratischen Sozialismus« überwinden. Versucht ein Parteiführer, dies durchzusetzen, läuft er Gefahr, den kämpferischen konservativen Kern gegen sich aufzubringen, der die veraltete und halbwegs er-

3 Miloslav Ransdorf verlor seine Kandidatur für den Posten des Parteivorsitzenden und ist als stellvertretender Vorsitzender ausgeschieden. Vlastimil Balín wurde aus seiner Position verdrängt, indem schlicht seine Position des Ersten Vizevorsitzenden abgeschafft wurde. Zuzka Rujbrová entschied sich, erst gar nicht für den Posten der Vizevorsitzenden zu kandidieren. Sie hat auch den Vorsitzenden M. Grebeníček seit 2003 mehrmals aufgefordert, den Posten niederzulegen. Seit dem Kongress gibt es also nur noch einen Vertreter der Gruppe der Modernisierer in der Parteiführung – den stellvertretenden Vorsitzenden Jiří Dolejš.

4 Er versuchte seine eigentlich sichere Position in der Partei im Mai 2005 noch dadurch zu stärken, dass er damit drohte, sein Amt niederzulegen. Die Parteibasis blieb ihm zwar nahe, da sie allerdings zu meist aus Rentnern besteht, lässt sie sich während der Sommerpause kaum mobilisieren. Da M. Grebeníček keine massenhafte Unterstützung fand, musste er im Oktober seinen Hut nehmen.

lahmte Parteibasis am effektivsten zu mobilisieren vermag. Die Interpretation des negativen Wahlausgangs geht denn auch in zwei Richtungen: Einerseits wird für eine deutlichere Abgrenzung von den tschechischen Sozialdemokraten plädiert, andererseits für die Verjüngung der Partei. Die Europapolitik der Partei wird in dieser Entwicklung eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Die Haltung zur EU

Die tschechische kommunistische Bewegung war nie primär nationalistisch, sondern eher überwiegend slawisch/russophil und anti-westlich. Außerdem war sie internationalistisch orientiert und nie ein Fürsprecher der Autarkie in den internationalen Beziehungen. Ihr Internationalismus war allerdings auf der ideologischen Ebene immer »proletarisch«, also klassen- und klassenkampfbezogen (die politische Praxis war vielmehr auf die Machterhalt orientiert). All diese Merkmale bestimmen bis heute die Haltung der Konservativen und der Traditionalisten gegenüber der Europäischen Union.

Offensichtlich ist das Prinzip des Klassenkampfes, das implizit den Kern der Ideologie der *konservativen Strömung* darstellt, weder mit der augenblicklichen EU, noch mit irgendeinem politischen Modell des Westens, einschließlich des schwedischen Wohlfahrtsstaates, vereinbar. Um volle Unterstützung der konservativen marxistisch-leninistischen Strömung zu erhalten, müsste das Ideal der EU in die (klassenkämpferische) antisystemische Doktrin der Partei passen oder zumindest nicht mit ihren Grundpostulaten im Widerspruch liegen.⁵ Daher hat die EU die Rolle eines Rückversicherers der kapitalistischen Herrscherklasse gegen die radikale »Systemveränderung« gespielt, die die KSČM befürwortet. Aus diesem Grund neigen die Konservativen zu einer *ablehnenden Haltung zur EU* und profilierten sich also *euronegativ*.

Die *Modernisierer* stehen einer Reihe von System- und Institutionenfragen der EU kritisch gegenüber. Sie heben jedoch hervor, dass die EU ein positives soziales und wirtschaftliches Potenzial hat und daher eine Grundlage für eine Förderung linker Ideen sowohl in Europa als auch in der Tschechischen Republik bildet. Die Neokommunisten und Modernisierer arbeiten daher für einen *euroaktivistischen* Ansatz.

Die allgemeine Sicht der Basis der Mitglieder und der Mitarbeiter der Partei auf verschiedenen Ebenen war hinsichtlich der kapitalistischen EU äußerst kritisch. Die Traditionalisten waren angesichts ihres intellektuellen Hintergrunds und sozialen Status hauptsächlich *euroskeptisch* eingestellt. Die Konservativen und die Mehrheit der Traditionalisten waren daher vor 2004 vereint in ihrer Opposition gegen den tschechischen Beitritt zur EU und kritisierten in der Folge auch seine Auswirkungen.

5 V. Exner: Do Evropské unie nemusíme (Wir brauchen nicht ein EU-Mitglied zu werden), Haló noviny, 9. 12. 2002.

Die Fronten der inneren Spaltung zwischen den Konservativen und den Modernisierern bezüglich der EU bleiben auch nach den ersten zwei Jahren der tschechischen EU-Mitgliedschaft klar gezogen.

Die größte Dynamik findet sich allerdings in der traditionalistischen Strömung. Die Bindungen zwischen den Traditionalisten und den Konservativen dürften dadurch mittelfristig korrigiert werden. Obwohl der tschechische Beitritt überraschend positiv ausgefallen ist, durften die Konservativen keinen einzigen Schritt von ihrer ablehnenden Haltung machen: Sie suchen nach ausschließlich negativen Ergebnissen der EU-Mitgliedschaft und passen oft die Argumente entsprechend an, um ihr striktes NEIN zum Beitritts auch rückblickend immer wieder zu bestätigen und legitimieren.⁶ Die *traditionalistische Mehrheit* der Partei hat allerdings die schrittweise Einarbeitung der KSČM in den Prozess der EU-isierung auf mehreren Ebenen widergespiegelt. Nicht nur die Neokommunisten, die Modernisierer, sondern auch die Politik- (statt Glaubens-)orientierten Traditionalisten suchen und entwickeln verschiedene Formen der Zusammenarbeit mit der europäischen Linken; *per definitionem* ist die kritische Masse der Aktivitäten jeder politischen Bewegung eines EU-Landes mit der EU verbunden. Auch das entstandene mehrstufige Netzwerk der politischen wie nichtpolitischen Kontakte und Zusammenarbeitsmöglichkeiten, das die EU bietet, wird immer häufiger genutzt. Die Konservativen sehen den EU-zentrierten Ansatz der Aktivitäten der europäischen Linken – hauptsächlich im Zusammenhang der Europäischen Linkspartei und weniger auch im Rahmen der GUE/NGL – mit Vorsicht, wenn nicht gar mit strikter Ablehnung. Dennoch wird die EU in beträchtlichem Maße zu einem Teil des inneren Lebens der Partei.

Die wachsende Spannweite praktischer politischer Erfahrung mit der EU hat einen wichtigen Einfluss auf die Position der Partei insgesamt. Kommunisten und ihr soziales Milieu (vor allem die junge Generation ihrer Familienmitglieder) haben Erfahrungen auf verschiedenen Ebenen gesammelt. Auch die Perspektive der derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten und insbesondere ihrer radikalen Linken auf die Balance zwischen den Vorzügen und Schwierigkeiten des Integrationsprozesses ist in diesem Zusammenhang von wachsender Wichtigkeit. Die PDS und ihr Programm der Zusammenarbeit mit der KSČM in EU-Fragen sind in dieser Hinsicht wichtige Anschauungsbeispiele.⁷ Eine wirksame Kooperation der KSČM mit der »harten Linken« auf der regionalen und der europäischen Ebene hat weiterhin Fortschritte gemacht. Und, was ausschlaggebend ist, die EU wird – auch Dank der KSČM-PDS Kooperation – nicht mehr als deutschdominiert empfunden.

Die KSČM orientiert sich vor allem auf die Sicherung besserer Verhandlungspositionen für tschechische Angestellte/Konsumenten wie auch Produ-

6 H. Charfo (Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen des ZK): *Prozíravost politiky KSČM k EU* (Weitblickende Politik der KSČM gegenüber der EU), <http://www.kscm.cz/article.asp?thema=2742&item=30413>, Stand: 15. 6. 2006.

zenten, von »gerechten Anteilen« am EU-Haushalt, sowie auf Garantien der Gleichheit aller Mitgliedsstaaten.⁸

Programmatischer Rahmen

Die programmatischen und konzeptuellen Dokumente spiegeln die Heterogenität der Ansichten, was die EU angeht, wider. Natürlich lehnen nicht nur die Konservativen, sondern auch »Modernisierer«, das »neoliberale Konzept« der EU-Integration – wie im Maastricht-Vertrag verankert – ab. Ihre Schlussfolgerungen sind jedoch unterschiedlich.

Das einzige, etwas gründlichere Parteidokument zur Europapolitik bleibt immer noch das Manifest »Für ein demokratisches Europa«, das während der späten 1990er geschrieben und 2002 neu aufgelegt wurde.⁹ Obwohl es vom Parteikongress nicht angenommen wurde, fanden Fragmente des Textes ihren Weg in zahlreiche programmatische Dokumente der Partei.

Das Dokument betrachtet die EU so gut wie gar nicht als Mittel zur Erreichung irgendeines der Ziele der Partei. In einem Text von 10 Seiten oder 4500 Wörtern wird die EU jedenfalls fast gar nicht behandelt. Die Bewertung der EU ist nur in einem Satz positiv – der die Europäische Sozialcharta behandelt –, ohne diese jedoch der EU zuzuschreiben. Das Dokument stellt sich ausdrücklich auf die Seite des Skeptizismus der konservativen-liberalen Rechten, wie sie in den Stellungnahmen der konservativ-liberalen Demokratischen Bürgerpartei (ODS, der Partei von Václav Klaus) enthalten ist. Einiges von der Kritik des Manifests gegenüber der EU enthüllt Mängel im Verständnis des Integrationsprozesses, die der Haltung der Liberal-Konservativen sehr ähnlich sind. So identifiziert das Manifest wie die Konservativen die »Brüsseler Bürokratie« als das »Übel« des Integrationsprozesses. Es erkennt nicht, dass die meisten der politisch kontroversen Entscheidungen (seien sie sozialpolitischer oder handelspolitischer Natur) durch einzelne Mitgliedsstaaten und ihre Koalitionen in Gang gebracht werden. Wie im Falle von Václav Klaus steht das unbegrenzte Primat des Nationalstaats im Zentrum dieser Position.

Der 5. Kongress im Jahre 1999 präsentierte eine ausgewogenere Darstellung der positiven und negativen Erwägungen bezüglich der EU. Im Gegensatz zum Manifest, das durch die im Großen und Ganzen konservative Expertengruppe der KSČM für Außenpolitik ausgearbeitet worden war, wurden die Hauptdokumente, die der 5. Kongress annahm, unter relevanter Beteiligung aller Hauptströmungen in der Partei geschrieben. Die Ansprache des Partei-

7 Dazu näher in Daniel Hough, Vladimír Handl: The post-communist left and the European Union: the Czech Communist Party of Bohemia and Moravia (KSCM) and the German Party of Democratic Socialism, Communist and Post-Communist Studies, Vol. 37/3, September 2004, S. 319-339.

8 Volební program Komunistické strany Čech a Moravy na období 2006-2010 (Wahlprogramm der KSČM für die Periode 2006-2010).

9 Pro demokratickou Evropu (Manifest KSČM), www.kscm.cz, (Stand: 10. 3. 2003).

vorsitzenden Grebeníček räumte positive Aspekte des Integrationsprozesses im Bereich der Sozialstandards, des Umweltschutzes und der Regionalpolitik ein. »Prozesse der Integration sind unvermeidbar und natürlich.«¹⁰ Gleichzeitig warnte er vor europäischen Bürokraten, einem Mangel an Demokratie und Gleichheit innerhalb der EU. »Die EU in augenblicklicher Form stellt ein Werkzeug der mächtigsten Mitgliedsstaaten dar«, und die Tschechische Republik habe keine »gleichen Rechte« erhalten.

Das Parteiprogramm von 1999 betonte: »Wir lehnen die EU in ihrer augenblicklichen Form ab.« Gleichzeitig nimmt das Programm einen weitgehend positiven Standpunkt zur EU ein. Es betrachtet die EU als ein »Instrument für die Zusammenarbeit und das Zusammenwachsen der linken Kräfte«. Es befürwortet sogar »den Transfer eines Teils der staatlichen Souveränität an supranationale Körperschaften«, so lange, wie gegenseitiger Vorteil und gleiche Rechte garantiert seien.¹¹

Gleichermaßen befürwortete das mittelfristig angelegte »Programm der Erneuerung« die »Integrationsprozesse«. Tatsächlich betrachtete es den EU-Beitritt als bereits vollzogen, wenn es zur effizienten Nutzung der Mittel aus EU-Fonds aufrief, einschließlich der Vorbeitrittshilfe.¹²

Das Wahlprogramm der Partei 2002 behandelte die EU gleich mehrfach. Es thematisierte die EU-Politik in Bereichen wie soziale Belange, Umweltschutz, Unterstützungsprogramme für Regionalentwicklung, für ländliche Gegenden, Landwirtschaft und Strukturreform u. a. Sei dies nun Absicht oder nicht, ist die EU zum wichtigsten externen Bezugspunkt der Partei außerhalb des »harten linken« politischen Milieus geworden.¹³ Auch das Wahlprogramm 2006 orientiert sich ausschließlich auf praktische Fragen der EU-Politik – die KSČM verspricht, sich wirksam für tschechische Interessen einzusetzen. Auf die EU ist in dem 19-seitigen Dokument 19 Mal Bezug genommen.¹⁴

Dennoch ist die Kristallisierung der Position der Partei zu dieser Frage aufgrund der inneren Spaltung über den EU-Beitritt nicht weiter fortgeschritten. So definierte der 6. Parteikongress von 2004 die KSČM als Befürworter einer konföderierten oder »moderat föderalen« EU.¹⁵ Tatsächlich ist die These – die dem Dokument durch die theoretische Einheit des Zentralkomitees der Partei eingepflanzt worden ist – niemals richtig durchgearbeitet worden und hat keinen nennenswerten Rückhalt in der Partei.

10 M. Grebeníček: Vystoupení předsedy ÚV KSČM (Rede des Vorsitzenden), in: Dokumenty V. sjezdu, 1999, S. 12.

11 KSČM na přelomu tisíciletí (Die KSČM am Jahrtausendende), Programm der KSČM, 1999.

12 Program obnovy (Programm der Erneuerung), KSČM, 1999.

13 S lidmi pro lidi, Volební program KSČM (Mit den Leuten, für die Leute. Wahlprogramm der KSČM), Prag 2002.

14 Volební program 2006-2010, S. 17.

15 Zpráva o činnosti ÚV KSČM po v období po V. sjezdu KSČM (Tätigkeitsbericht des ZK der KSČM seit dem V. Parteitag der KSČM. Dokumente des 6. Kongresses des KSČM, 14.-15. Mai 2004), České Budějovice, S. 30.

Politische Fragen

Die Position der Partei oszilliert also zwischen einer bedingten Akzeptanz der EU und ihrer Verdammung. Die sechs Europa-Abgeordneten, die drittgrößte nationale Gruppe unter den radikalen Linkparteien im Europaparlament, sind schrittweise zu einem Element der schleichenden und meistens auch unbeabsichtigten EU-isierung der Partei geworden: Ihre Berichte über die eigene Tätigkeit, über das Europaparlament selbst und die Möglichkeiten einer Einflussnahme der radikalen Europäischen Linken sind sicherlich im eigenen Interesse verfasst und in *Halo noviny* veröffentlicht. Indirekt öffnete sich aber damit in dieser euro-negativistischen Parteizeitung ein Fenster, durch das die Leser über den Alltag der EU einigermaßen neutral informiert werden. Diese Rolle entfernt die Europaabgeordneten, vor allem den Modernisierer Miloslav Ransdorf, noch weiter von der Konservativen in der Führung der Partei.

So hat im Jahre 2005 die ursprüngliche Distanz von der EU wieder zugenommen. Der Parteivorsitzende Grebeníček bezog sich in seiner Grundsatzerede bei der Konferenz der radikalen Linkparteien in Prag in gleicher Weise auf die EU, wie es das Manifest von 1999 getan hatte. Er argumentierte, dass der »Wohlfahrtsstaat und die Europäische Sozialcharta die Hauptpositionen repräsentieren, auf denen die Anstrengungen der Europäischen Linken im sich vereinenden Europa beruhen sollten.« Jedoch schrieb er die Charta nicht der EU zu. In seinem 15 Seiten oder 6616 Worte langen Text erwähnte er die EU nicht ein einziges Mal. Stattdessen wird China fünf Mal hervorgehoben und als ein Beispiel erfolgreichen sozioökonomischen Übergangs dargestellt.¹⁶ Die Presseerklärung, in der die Ergebnisse der Konferenz vom Standpunkt der KSČM aus zusammengefasst werden, erwähnt die EU nur im Zusammenhang ihrer angeblichen Militarisierung: Sie rief zum Widerstand gegen den Vertrag für eine Verfassung für Europa auf, in dem die EU die Klassenursprünge ihrer Zusammenhänge bestätige und in dem die Militarisierung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten verankert sei, einschließlich der Annahme des gefährlichen Konzeptes »präventiver Kriege«.¹⁷ Im Gegensatz dazu wird China für die »Entwicklung einer sozialistischen Marktwirtschaft« gepriesen. Indem die »Vorzüge einer Macht des Volkes mit den neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und der Technologien und einer aktiven Präsenz in den internationalen Spitzenmärkten kombiniert werden, hat (China) einen originellen Beitrag zur Entwicklung der Theorie und der Praxis des Sozialismus mit einer großen Inspirationsmacht für die gesamte internationale Linke erbracht«.¹⁸

16 M. Grebeníček: Ansprache während der Internationalen Konferenz anlässlich des 60. Jahrestag der Befreiung, Prag, 23. April 2005.

17 Presseerklärung der KPBM zum Abschluss der Internationalen Konferenz der Kommunistischen und Linken Parteien, Prag, 23.-24. April 2005, <http://www.kscm.cz/viewDocument.asp?document=2707>.

18 Vgl. ebenda.

Die Euroaktivisten sind mehr oder weniger offen für eine nennenswerte Stärkung des supranationalen Prinzips der EU. Konservative ihrerseits legen besonderen Wert auf die Aufrechterhaltung der Souveränität der Nationalstaaten als Prinzip. Ganz klar, dass es zur EU-Verfassung keine Kompromissposition ähnlich dem »verwaschenen Nein« zum tschechischen EU-Beitritt geben wird. Das Zentralkomitee hat den EU-Verfassungsvertrag als die letztendliche Sanktionierung der kapitalistischen Herrschaft und als ein Werkzeug zur Verhinderung eines systemändernden Wandels der Gesellschaftsordnung verworfen. Die Integration solle sowohl innerhalb der EU als auch über ihren Rahmen hinaus weitergehen. Sie müsse aber auf spezifischen Prinzipien basieren: politisch neutral und demokratisch sein, auf sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit beruhen und müsse die Militarisierung verhindern.¹⁹ Eine spezielle Erklärung des Zentralkomitees zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verurteilte die ESVP als ein Instrument der Militarisierung der EU, und diese wurde daher verworfen. Eine alternative, wahrlich demokratische und friedliebende ESVP wird gefordert – eine Politik, die alle Partner mit einbezieht (indirekter Bezug auf Russland) und die durch das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten sowie durch die »Völker ganz Europas« kontrolliert werden sollte.²⁰ Diese Erklärung steht im Widerspruch zur Tatsache, dass zwei kommunistische Abgeordnete (darunter Miloslav Ransdorf) für die Beschaffung des Überschallflugzeugs Grippen gestimmt haben, um so die US-Dominierung der tschechischen Armee zu verhindern. Ransdorf wurde auch (nicht nur) deswegen mehrmals von den stalinistischen Kreisen in der Partei, wie von der Vorsitzenden der Prager Stadtorganisation, Marta Semelová, aufgerufen, seine öffentliche Ämter in der Partei niederzulegen.

Ähnliche Meinungsunterschiede entstanden hinsichtlich des Eingreifens der USA und der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan sowie in der Haltung gegenüber der NATO-Erweiterung. Die Modernisierer sahen den US-Angriff als legitim an und die NATO-Erweiterung als einen Weg zu Transformation der Allianz. Die konservative Mehrheit betrachtete die Aktion jedoch als einen Akt der Aggression und beurteilte die ISAF-Mission als eine Besatzung durch die NATO. Jede Ausdehnung der Allianz wurde als imperialistische Machterweiterung wahrgenommen.

Angesichts der Heterogenität der Partei geriet der *modus vivendi* zwischen den drei Ideenströmungen im Kontext zweier Entwicklungen unter Druck: durch die Schaffung der Europäischen Linkspartei einerseits und, noch wich-

19 Stanovisko 14. VV ÚV KSČM 10. 6. 2005 k ratifikaci Smlouvy o Ústavě pro Evropu, (Stellungnahme des Exekutivkomitees des ZK der KSČM zum EU-Verfassungsvertrag) <http://www.kscm.cz/article.asp?thema=3029&item=26647> (Stand: 22. 10. 2005).

20 Společná zahraniční a bezpečnostní politika EU; ozbrojená síly EU – přístup KSČM (Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; die Armee der EU – der Ansatz der KSČM), Dokument, gebilligt während der 15. Tagung des Exekutivkomitees der ZK der KSČM am 15. 7. 2005.

tiger, durch das erste je gemachte Kooperationsangebot des tschechischen sozialdemokratischen Premierministers Paroubek andererseits.

Die tschechischen KommunistInnen wurden ursprünglich nicht eingeladen, an der Gründung der ELP Ende 2003 teilzunehmen. Die Gründungsparteien, unter ihnen auch die PDS, wollten offensichtlich die überwiegend konservative KSČM in der Geburtsphase der ELP fernhalten. Die KSČM spaltete sich über der Frage, was die ELP tun, wie sie organisiert sein sollte und wie viel Souveränität die einzelnen Parteien an sie abgeben sollten. Die Modernisierer und zweckorientierten Traditionalisten argumentierten demgegenüber für den Beitritt zur ELP: Die KSČM sollte ein gleichberechtigtes volles Mitglied werden.²¹ Die Konservativen in der Partei lehnten die Schaffung der Europäischen Linkspartei ab, da sie fürchteten, diese würde sich zu einer Organisation entwickeln, die die kommunistische Identität der KSČM verwässern könnte. Schon der Name der Partei meidet den Begriff »kommunistisch«; eben dieses Wort in dem Namen der KSČM symbolisiert den Sieg der konservativen Kreise in der Partei im Jahre 1993. Diese Strömung betrachtet die ELP als Fortsetzung der »Eurokommunistischen Tradition«, gegen die zuweilen dieselben Personen schon in den 70er und 80er Jahre kämpften.²² Der Eurokommunismus hat seinen negativen Beigeschmack im Diskurs der KPBM niemals verloren, es trägt immer noch das Stigma des Verrats, das ihm durch die Sowjetische Kommunistische Partei und ihre Satelliten während der 1980er Jahre zugewiesen wurde. Die Konservativen beurteilen die Perspektive einer individuellen Mitgliedschaft ebenfalls als inakzeptabel, anscheinend, weil sie fürchten, dass die KSČM irgendwann einmal durch diese supranationale Parteistruktur überholt werden könnte; eine nichtkommunistische radikale Linke könnte sich in der Tschechischen Republik über den Kopf der KSČM hinweg entwickeln. Sie argumentieren auch gegen das Prinzip der Gleichheit in der Vertretung in der ELP-Führung, und zwar mit dem Argument, dass es doch unmöglich sei, dass die KSČM nur zwei Vertreter im Exekutivkomitee der ELP haben solle, genau wie die viel kleinere tschechische SDS (paradoxerweise verlangen sie aber Gleichheit in der EU, insbesondere im Rat der EU). Die möglichen Finanzierungsmodelle für die ELP werden ebenfalls als problematisch angesehen. Ein ganz besonders heißes historisches Eisen ist zu einem toten Punkt gekommen: Die tschechischen Konservativen wehren sich dagegen, Stalin als Symbol der durch die kommunistischen Führungen in den ehemaligen sozialistischen Länder begangenen Grausamkeiten zu geißeln.²³ Auf der

21 Ransdorf: sjezd nebude spartakiádním cvičením (Ransdorf sagt: Der Parteitag wird kein Turnfest sein), *Právo*, 21. 2. 2004.

22 H. Charfo: Zakládající sjezd Strany evropské levice (Gründungskongress der Europäischen Linkspartei), *Haló noviny*, 4. 6. 2004

23 V. Jumnr: Neklíčujeme před problémy (Versuchen wir nicht den Problemen auszuweichen), *Haló noviny*, 2. 9. 2005.

Suche nach einem Kompromiss mit den Konservativen hat selbst Ransdorf die Stalin-Klausel in der Satzung der ELP abgelehnt und eine sehr allgemeine Verurteilung aller Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, vorgeschlagen. Ein weiterer Repräsentant der Modernisierer, Jiří Dolejš, sprach sich allerdings für die direkte Kritik des Stalinismus in dem Dokument aus.²⁴

Im Ganzen bewerten vor allem die Konservativen die ELP als undemokratisch. Das Ziel dieser in den internationalen Beziehungen der Partei dominierenden Repräsentanten²⁵ scheint es zu sein, die ELP für die *wirklichen* Kommunistischen Parteien zu öffnen, insbesondere diejenigen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Eine solche Erweiterung sollte den Fokus der ELP auf die EU überwinden, ihre Natur nach dem Bilde der KSČM anpassen und den tschechischen Kommunisten (sprich: der konservativen Führung), die dann eine führende Position in der ELP einnehmen würde. Prag könnte dadurch die besondere Rolle eines Zentrums der kommunistischen Bewegung Europas spielen.

Das Angebot des sozialdemokratischen Premierministers Paroubek zur Zusammenarbeit an die KSČM, wenn diese nennenswerte Veränderungen an ihrem Programm vorzunehmen bereit sei, hat zu keinen programmatischen Veränderungen geführt. Es hat jedoch indirekt die Stellung des damaligen Vorsitzenden Grebeníček angegriffen. Der neue Vorsitzende Filip hat jedenfalls kein Konzept, wie er die Partei in den stürmischen Wassern des politischen Wandels steuern soll. Er ist sich jedoch der Tatsache bewusst, dass die KSČM wahrscheinlich immer weniger Chancen haben wird, auf den Zug der politischen Entscheidungen auf nationaler und regionaler Ebene aufzuspringen. Für Paroubek ist die Haltung zur EU eine der Hauptvorbedingungen für Zusammenarbeit mit der KSČM. Bis jetzt hat die kommunistische Partei jedoch weder eine Position zu dieser Frage entwickelt, noch hat sie eine interne Debatte über die Optionen und möglichen Veränderungen begonnen. Tatsächlich verbleiben seit dem EU-Beitritt alle weiteren Fragen nur Gegenstand der Diskussion innerhalb der individuellen Strömungen, unter Vermeidung jeder offenen Konfrontation.

Schlussfolgerungen

Die Differenzierung der Haltungen und Vorlieben hinsichtlich der EU hat sich entlang einer euronegativistischen/euroskeptischen – euroaktivistischen Achse entwickelt; die KSČM könnte in der Zukunft bei einer *aktivistischen* sozialisti-

24 J. Dolejš: Nekličkujme ve včci stalinismu (Versuchen wir nicht dem Thema des Stalinismus auszuweichen), Haló noviny, 29. 8. 2005.

25 Die Modernisierer glauben, dass Miloslav Ransdorf nach Strassburg als Europaabgeordneter eigentlich »abgeschoben« wurde. Die internationale Beziehungen bestimmen seitdem fast ausschließlich Repräsentanten des in der Führung dominanten leninistischen Flügels: Neben dem weniger profilierten Vorsitzenden Filip sind dies der einflussreiche stellvertretende Vorsitzende Václav Exner, der Leiter der Abteilung der Internationalen Beziehungen des ZK Hassan Charfo sowie der außenpolitische Berater des Vorsitzenden Josef Skála.

schen »Europe à la carte«-Haltung ankommen. Die Vorbedingung ist jedoch, dass die konservative Strömung ihre Hegemonie über die traditionalistische Mehrheit in der Partei verliert.

Das chinesische Modell, wie es von der KSČM präsentiert wird, illustriert die Abgehobenheit der Partei vom tschechischen öffentlichen Diskurs, einschließlich seines weichlinken und radikallinken nicht-kommunistischen Spektrums. Die chinesischen wie auch russischen Kommunisten »einzubringen«, läuft darauf hinaus, die tschechischen Kommunisten aus jedweder kreativer radikaler linker Aktivität auszuschließen.

Wie bereits dargelegt, bedeutet die kommunistische Strategie des »verwaschenen Neins« zur EU eine »Durchwurstelstrategie«. Diese passiv-negativistische Haltung droht damit, die KSČM zu einem bizarren Beispiel von Verschwendung politischen Potenzials statt zu einem Modell einer modernen und erfolgreichen linken Partei im EU-Kontext zu machen.

Eine nicht unwichtige Vorbedingung für jede euroaktivistische Partei ist institutionell: Wird die Partei genügend Expertenwissen und analytische Fähigkeit haben, um eine Positionierung der Partei zu einem breiten Spektrum spezifischer Fragen der EU-Politik ausarbeiten zu können? Bis jetzt bleibt die Partei hinter den anderen – ohnehin sehr schwach ausgestatteten – tschechischen Parteien in dieser Hinsicht zurück.

Die Frage bleibt, ob die KSČM durch die schrittweise EU-isierung, also die Involvierung in pragmatisches politisches Handeln in der EU, zur Europäisierung gelangen und damit zu Überwindung ihrer anti-westlichen Vorangommenheit und politischen und ideologischen Orientierung? Kann die kulturelle Hegemonie der Konservativen durch diese Europäisierung *by default* überwunden werden? Die Antwort ist unklar, jedoch die konservativen Kreise befürchten eben das. Die Kampagnen zu den Volksabstimmungen über den EU-Verfassungsvertrag machen Hoffnungen auf eine formelle Zusammenarbeit mit der ČSSD auf nationaler Ebene hinfällig. Sie betonen vielmehr die euroskeptische Nähe zwischen der überwiegend konservativen Führung der KSČM und den Liberalkonservativen von Václav Klaus. Die Spaltung der Partei wird fortbestehen, und die Europapolitik wird in der Profilierung der einzelnen Parteiströmungen eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Von dem Ergebnis dieser Differenzierung hängt ab, ob die KSČM weiterhin zusammen mit den kommunistischen Parteien von Griechenland, Portugal und der meisten post-sowjetischen Staaten eine überwiegend marxistisch-leninistische Partei bleibt, oder ob der schleichende Modernisierungsprozess die Partei an die reformistischen kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens annähert.²⁶

Übersetzt von Carla Krüger

26 Für diese Unterteilung siehe M. Mareš: Reformists versus Dogmatists. The Analysis of the Internal Party Conflicts Inside the KSČM, in: L. Kopeček (ed.): Trajectories of the Left. Social Democratic and (Ex-) Communist Parties in Contemporary Europe: Between Past and Future, Brno 2006, S. 138.

Synopse sozialer Umfeldler ausgewählter europäischer Linksparteien. Ein Arbeitsbericht

1. Einführung: Fragestellung, Datenlage und Stand der Arbeit

Die realen Vergesellschaftungsprozesse haben längst die einzelstaatlichen Rahmen hinter sich gelassen. Die Formierung der Europäischen Union ist ein Versuch, diesen Entwicklungen auf politischer Ebene zu entsprechen. Für die Parteien ist damit die Herausforderung verbunden, sich als politischer Akteur auf dieser Ebene zu formieren und als solcher zu agieren. Auch dabei dürfte gelten, dass entsprechende europäische Parteien nur sein können, was die einzelnen Parteien in sie einbringen, dass aber auch möglicherweise das Ganze mehr ist oder sein kann als die Summe seiner Teile. Spätestens mit der Gründung der Europäischen Linkspartei (EL) stehen damit auch Fragen nach den Identitäten der verschiedenen linken Parteien in Europa, darunter nach sozialen Identitäten, in neuer Qualität auf der Tagesordnung:

- Wie ist die Stellung der verschiedenen linken Parteien in den jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen?

- Wie positionieren sich die linken Parteien mit ihrer Programmatik und ihrer Strategie im geistig-kulturellen Raum der Gesellschaften und zu hegemonialen Strukturen?

- Welche Interessen vertreten sie und in welchem Umfang finden sie Akzeptanz bei verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft?

Die Studie »Synopse sozialer Umfeldler ausgewählter europäischer Linksparteien« ist als Versuch konzipiert worden, auf spezifische Weise zu Antworten auf diese Fragen beizutragen. Die Spezifik besteht zum einen darin, dass die Untersuchung mit den Mitteln der empirischen soziologischen Analyse vorgenommen wird. Zum anderen wird zwar der internationale Vergleich angestrebt, aber er erfolgt – notgedrungen, da es dazu bisher keine internationale wissenschaftliche Kooperation zur Thematik gibt – aus einzelgesellschaftlicher Perspektive.

Empirisch angelegte Wahlanalysen oder -studien mit Blick auf Europa oder die Europäische Union sind mir nicht bekannt bzw. sind zeitnah nicht zu-

gänglich. Gleichwohl ist die Datenlage überraschend gut. Am meisten bekannt ist zweifellos das Eurobarometer,¹ das gegenwärtig 18 Länder und 16 000 Befragte erfasst. Außerdem ist seit kurzem die European Values Study 1999/2000 zugänglich,² die 37 Länder und mehr als 40 000 Befragte, und der European Social Survey 2002/2003,³ der 22 Länder und 42 000 Befragte einbezieht.

Die Auswertung der Daten steht erst ganz am Anfang. Begonnen wurde mit dem European Social Survey (ESS). Das ist vor allem darin begründet, dass die Daten die relativ jüngsten sind (im Eurobarometer haben die Daten zum Wahlverhalten eine relativ lange Sperrfrist, die European Values Study wurde bereits vor vier Jahren erhoben). Die Interviews wurden im Jahre 2003 meist gegen Jahresende durchgeführt, der hier verwendete Datensatz (5. edition) wurde im Juni 2004 hergestellt. Er ist so groß, dass auch kleine Gruppen sinnvoll untersucht werden können.

Hier werden die Ergebnisse zum Wahlverhalten (gefragt war nach der Wahlentscheidung zur letzten nationalen Wahl) und ihre sozialstatistische Analyse vorgestellt. Ausgewählt wurden jene 12 Länder im Sample, in denen nach den Ergebnissen linke Parteien relativ häufig genannt wurden. Der Datensatz wurde entsprechend den Vorgaben des Datengebers Norwegian Social Science Data Service (NSD) gewichtet.

Zu den im Folgenden vorgestellten Ergebnissen ist zum einen zu sagen, dass es sich um Resultate repräsentativer empirischer Erhebungen und damit um relevante Informationen über Zusammenhänge zwischen politischem (Wahl-)Verhalten und sozialen und demografischen Merkmalen handelt. Zum anderen ist aber klar, dass sich diese Zusammenhänge nicht aus sich selbst erklären, schon gar nicht bei dem gegenwärtigen Forschungsstand. Die jetzt möglichen Aussagen tragen in einem hohen Maße hypothetischen Charakter, sie werden hier zur Diskussion gestellt. Ganz sicher sind Einflüsse der jeweiligen nationalen politischen Traditionen, des geistig-politischen Klimas, von spezifischen Wertestrukturen und politischen Hegemonien, der Wirkung und Akzeptanz verschiedener gesellschaftspolitischer Strategien etc. zu beachten, die zum Teil in späteren Forschungsschritten analysiert werden sollen (besonders dringlich: Wertestrukturen und -prioritäten, gesellschaftspolitische Strategien), die aber vor allem nur in der gemeinsamen internationalen Diskussion erhellt werden können – auch die europäischen Linken müssen sich gegenseitig ihre Geschichten erzählen. Mögen die empirischen Ergebnisse, die hier präsentiert werden, dazu anregen.

1 Quelle: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln.

2 Quelle gleichfalls Zentralarchiv.

3 Quelle: Norwegian Social Science Data Service – NSD.

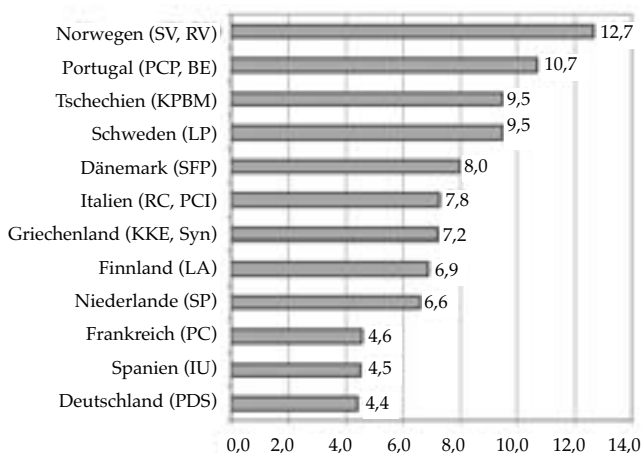
2. Europäische Linksparteien und Kräfteverhältnisse

Die in Diagramm 1 aufgeführten Parteien wurden ausgewählt und sind Gegenstand der folgenden Darstellungen. Die meisten dieser Parteien sind in der linken Fraktion im Europaparlament (GUE/NGL) vertreten, außer den norwegischen Parteien und gegenwärtig auch der dänischen SFP. Bis auf die skandinavischen Parteien sind sie auch Mitgliedsparteien der Europäischen Linkspartei (EL). Zu einigen Ländern und entsprechenden Parteien gibt es keine Daten (z. B. Zypern). In anderen Ländern haben linke Parteien kein hinreichend großes Gewicht oder treten zu Wahlen nicht an (Großbritannien, Belgien). Bedauerlich ist, dass aus den Beitrittsländern aus Ost- und Mitteleuropa hier nur die Tschechische Republik mit der KPBM berücksichtigt werden konnte, in Polen, Ungarn und Slowenien gibt es keine starken linken Parteien, andere Länder sind in der Untersuchung nicht vertreten.

In den europäischen Ländern, in denen linke Parteien ein relatives Gewicht haben, liegen ihre Anteile an den Wählerstimmen zwischen 10 Prozent und mehr (Norwegen, Schweden, Portugal, Tschechien) und knapp 5 Prozent (Deutschland, Frankreich, Spanien).

Diagramm 1

Wahlentscheidungen für linke Parteien ausgewählter Länder zu den jeweils letzten Wahlen zu den nationalen Parlamenten Prozent



In den anderen Ländern liegen die linken Parteien zwischen 7 und 8 Prozent. Insgesamt lässt sich das dahin gehend charakterisieren, dass sich die Positionen linker Parteien in Europa – soweit sie überhaupt eine Bedeutung haben – bei zwischen 5 und 10 Prozent eingepegelt haben. Die großen linken Massen-

parteien gibt es gegenwärtig nicht, auch nicht in früheren Hochburgen wie Frankreich, Italien oder Spanien.

Unter den Ländern mit unter diesen Gesichtspunkten relativ starken Positionen sind sowohl solche mit zwei Parteien (Norwegen, Portugal) als auch solche mit nur einer Partei (Schweden, Tschechien). Auch in der mittleren Gruppe mit zwischen 7 und 8 Prozent gibt es beides, Länder mit zwei linken Parteien (Griechenland, Italien) und solche mit nur einer Partei. Die Französische Kommunistische Partei und die Vereinigten Linken in Spanien gehören zu den europäischen linken Parteien, die in den letzten Jahren deutlich an Gewicht verloren haben. Auf Deutschland wird in diesem Zusammenhang nicht besonders eingegangen, die PDS würde zwei Gruppierungen zuzuordnen sein, in den westlichen Bundesländern (alte BRD) hat sie nur sehr geringes Gewicht, in den östlichen Bundesländern ist sie sehr stark.⁴

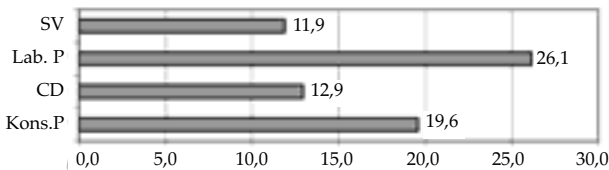
Lassen sich Zusammenhänge mit den politischen Kräfteverhältnissen insgesamt in den einzelnen Ländern erkennen?

Diagramm 2

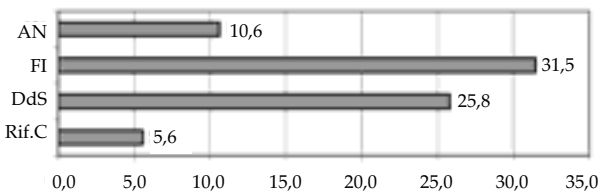
Wahlentscheidungen für ausgewählte Parteien zu den jeweils letzten Wahlen zu den nationalen Parlamenten

Prozent

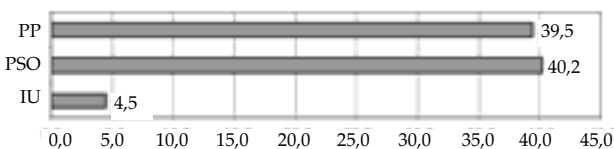
Norwegen



Italien



Spanien



4 Vgl. Dietmar Wittich: Allgemeine Verunsicherung, in: RLS-Standpunkte 6/2004.

Die ausgewählten Parteien der drei Länder stehen für spezifische Konstellationen für linke Parteien. In Norwegen ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei relativ stark, ohne zu dominieren, das bürgerliche Lager ist zersplittert. Ähnlich ist die Situation in Schweden und Finnland, aber dort können die Linken gegenwärtig nicht so stark profitieren.

In Italien gab es zum Zeitpunkt der Erhebung eine dominierende Rechte (Forza Italia, Alleanza Nazionale), die Sozialdemokraten waren relativ schwach. Ähnliche Konstellationen gibt es gegenwärtig in Portugal, den Niederlanden und Dänemark. Möglicherweise steht eine solche Konstellation für eine positive Stimmung für die Konservativen, wobei für Linke allerdings auch noch Platz bleibt.

Am nachteiligsten für die Linke ist vielleicht eine Situation wie in Spanien, wo ein Kopf-an-Kopf-Rennen von konservativer PP und sozialdemokratischer PSO stattfindet. Ähnlich ist die Konstellation in Frankreich. Ein solcher Kampf der großen Lager könnte die Spielräume für linke Parteien verengen.

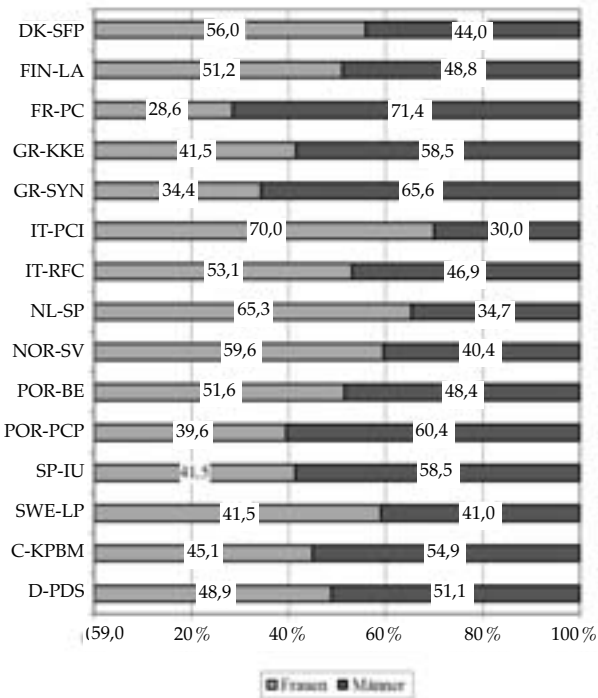
Für die Diskussion kann als Hypothese formuliert werden: Ist das bürgerliche Lager schwach und die Sozialdemokratie nicht übermäßig stark, sind die Chancen für Linke relativ gut; dominieren rechte, konservative Parteien bei gleichzeitiger relativer Schwäche von Sozialdemokraten, bleibt für linke Parteien Raum; eine Lagerkonstellation zwischen Konservativen und Sozialdemokraten benachteiligt (zerreißt) die Linken.

3. Soziale Merkmale von Wählerschaften linker Parteien

3.1. Geschlecht

Im Folgenden werden nicht zu allen sozialen Merkmalen, die hier zu behandeln sind, die vollständigen Ergebnisse vorstellen. Begonnen wird zunächst mit dem Geschlecht.

Diagramm 3
Wahlentscheidungen für linke Parteien nach Geschlecht
 Prozent



Wie dem Diagramm zu entnehmen ist, gibt es *erstens* eine Gruppe von Parteien, bei denen der Frauenanteil in der Wählerschaft deutlich über 50 Prozent liegt, Frauen also überrepräsentiert sind. Dazu zählen die Linksparteien in Dänemark, Schweden und Norwegen, die Sozialistische Partei der Niederlande und beide italienischen Parteien. *Zweitens* haben die finnische Partei und die portugiesische BE in ihrer Wählerschaft etwa 50 Prozent Frauen, was etwa dem Anteil in der Bevölkerung entspricht. In einer *dritten* Gruppe liegen die Anteile der Frauen – zum Teil deutlich – unter 50 Prozent. Das ist so in den Umfeldern der Französischen Kommunistischen Partei, beider Parteien in Griechenland, der portugiesischen KP, den Vereinigten Linken Spaniens und der KP Böhmens und Mährens.

3.2. Alter

Es gibt in den Umfeldern europäischer linker Parteien erhebliche Unterschiede in den Altersstrukturen.

Tabelle 1

Umfelder ausgewählter linker Parteien nach Altersgruppen (in Prozent)

| | FR-PC | GR-KKE | GR-SYN | POR-BE | POR-PCP | SWE-LP | SP-IU |
|----------|-------|--------|--------|--------|---------|--------|-------|
| unter 25 | 8,3 | 4,5 | 9,1 | 59,4 | 2,1 | 20,8 | 10,3 |
| 26-35 | 8,3 | 13,4 | 15,2 | 9,4 | 6,3 | 25,0 | 28,2 |
| 36-45 | 2,8 | 17,9 | 30,3 | 9,4 | 31,3 | 20,8 | 15,4 |
| 46-55 | 27,8 | 16,4 | 27,3 | 9,4 | 10,4 | 20,1 | 20,5 |
| 56-65 | 33,3 | 13,4 | 6,1 | 9,4 | 25,0 | 8,3 | 20,5 |
| 66-75 | 11,1 | 17,9 | 9,1 | 3,1 | 18,8 | 4,2 | 5,1 |
| über 75 | 8,3 | 16,4 | 3,0 | | 6,3 | 0,7 | |

Das zeigt zum Beispiel der Vergleich der französischen KP mit der Linkspartei Schwedens. In der französischen Partei sind die jüngeren bis mittleren Altersgruppen deutlich unterrepräsentiert, das Umfeld dieser Partei wird gegenwärtig von den älteren bis alten Generationen geprägt, ähnlich ist das in Finnland. Anders in Schweden: Hier wird die Linkspartei vor allem durch die jungen bis mittleren Altersgruppen unterstützt, die älteren Generationen finden sich nur in geringem Umfang in ihrer Wählerschaft; ähnliche Alterstrukturen haben die linken Parteien in Dänemark, Norwegen und den Niederlanden und die italienische Rifondazione. In Ländern mit zwei linken Parteien gibt es möglicherweise so etwas wie eine »Arbeitsteilung«, darauf weisen die Ergebnisse für die griechischen und die portugiesischen Parteien hin. Die griechische und auch die portugiesische Kommunistische Partei haben jeweils relativ kleinere Anteile von Jüngeren, ihre Umfelder werden deutlich stärker von den Älteren bis Alten geprägt. Die griechische Synaspismos erreicht erheblich stärker als die KP die jüngeren bis mittleren Altersgruppen. Das Umfeld des portugiesischen Bloco de Esquerda wird ganz eindeutig durch die Jüngsten geprägt. Wiederum anders stellt sich die Situation in Spanien (und auch in Deutschland) dar, wo sowohl die jüngeren als auch die älteren Altersgruppen relativ starke Anteile haben.

3.3. Bildung

Differenzierungen gibt es auch in den Bildungsstrukturen der europäischen linken Parteien, wobei allerdings bei fast allen Parteien Menschen mit abgeschlossenem Studium relativ stark vertreten sind. Die Unterschiede bestehen darin, in welchen Anteilen andere Bildungsstufen gleichfalls präsent sind.

In einer *ersten* Gruppe von Parteien dominieren recht eindeutig obere Bildungsabschlüsse. In Tabelle 2 sind das die dänische SFP und die griechische Synaspismos, ähnlich ist die Situation im portugiesischen Bloco de Esquerda.

Tabelle 2

Umfelder ausgewählter linker Parteien nach Bildung

| | DK-SFP | GR-KKE | GR-SYN | NL-SP | POR-PCP | C-KPBM |
|------------------|--------|--------|--------|-------|---------|--------|
| ohne Abschluss | 10,8 | | | 22,4 | 1,4 | |
| Grundschule | | 29,2 | 9,1 | 3,2 | 53,1 | 11,3 |
| zweite Stufe | 9,0 | 16,9 | 15,2 | 26,4 | 8,2 | 71,8 |
| obere zweite St. | 46,0 | 24,6 | 15,2 | 37,6 | 12,2 | 1,4 |
| weiterführende | 17,0 | 3,1 | 6,1 | 6,4 | 4,1 | 11,3 |
| Studium | 28,0 | 15,4 | 54,5 | 26,4 | | 2,8 |

Eine zweite Gruppe von Parteien wird von denen gebildet, in deren Umfeldern sowohl obere als auch mittlere Bildungsabschlüsse stark vertreten sind. In der Tabelle steht für diese Gruppe die niederländische Sozialistische Partei; zu dieser Gruppe sind auch die französische, die norwegische, die schwedische und die deutsche Partei zu zählen. In einer dritten Gruppe europäischer linker Parteien dominieren in den Umfeldern untere bis mittlere Bildungsabschlüsse. In der Tabelle stehen die griechische und die portugiesische Kommunistische Partei dafür, dazu gehören aber auch die italienischen Parteien und die spanischen Vereinigten Linken.

3.4. Erwerbsstatus

Die Strukturen nach Erwerbssituation korrelieren in hohem Maße mit der Altersstruktur.

Tabelle 3

Umfelder ausgewählter linker Parteien nach Erwerbsstatus (in Prozent)

| | FIN-LA | FR-PC | NOR-SV | POR-BE | POR-PCP | SWE-LP |
|---------------------------|--------|-------|--------|--------|---------|--------|
| Berufstätige | 54,8 | 40,0 | 51,6 | 48,4 | 50,0 | 55,6 |
| Arbeitslose | 4,8 | 5,7 | 3,8 | | 2,0 | 4,2 |
| Rentner | 33,3 | 40,0 | 2,7 | 3,2 | 32,0 | 3,5 |
| Kranke | 1,2 | | 1,6 | | 2,0 | 1,4 |
| Zivil- oder Militärdienst | | | | 9,7 | 10,0 | |
| Hausfrau, -mann | 4,8 | 11,4 | 26,6 | 35,5 | 2,0 | 9,0 |
| in Ausbildung | 1,2 | | 13,6 | 3,2 | 2,0 | 24,3 |
| anderes | | 2,9 | | | | |

In den Wählerschaften der Linksparteien in allen hier untersuchten europäischen Ländern haben die Berufstätigen relativ starke Anteile. Unterschiede werden

vor allem in den Anteilen der Rentner sowie derer, die noch in Ausbildung sind, erkennbar.

Hohe Anteile von Berufstätigen und hohe Anteile von Rentnern gibt es in der finnischen Linksallianz, der französischen und der portugiesischen KP (weiterhin in Deutschland, in der griechischen und der italienischen KP sowie in der KPBM). Sehr niedrige Anteile von Rentnern gibt es hingegen bei der norwegischen Linkspartei, der schwedischen Linkspartei, dem portugiesischen Bloco de Esquerda und weiterhin bei der dänischen Partei, der griechischen Synaspismos, der Rifondazione, der niederländischen Sozialistischen Partei und den Vereinigten Linken Spaniens.

3.5. Berufsgruppen

Die Analyse nach Berufsgruppen in der hier verwendeten Datenmenge ist aus der Sicht der Tradition deutschen Sozialstrukturforschung gewöhnungsbedürftig. Das Projekt ESS folgt einer englisch-skandinavischen Methodik und damit anderen Forschungstraditionen. Die im Folgenden verwendeten Gruppen wurden aus sehr differenziert erfassten Zuordnungen (ISCOCO) zusammengefasst.

Insgesamt handelt es sich um jeweils sehr differenzierte Strukturen, die hier nur sehr allgemein betrachtet werden. Als Differenzierungskriterien werden zum einen die Anteile mit Arbeiterberufen, zum anderen die Anteile in Dienstleistungs- und Angestelltenberufen verwendet.

Tabelle 4

Umfelder ausgewählter linker Parteien nach Berufsgruppen (in Prozent)

| | DK-SFP | FIN-LA | GR-KKE | GR-SYN | NL-SP | NOR-SV |
|---------------------------|--------|--------|--------|--------|-------|--------|
| politische Elite | 1,0 | | | | | |
| wirtschaftliche Elite | 1,0 | 6,0 | | 3,0 | 2,4 | 4,3 |
| Manager kleiner Unt. | 1,0 | 2,4 | 16,9 | 18,2 | 4,9 | 1,1 |
| freie Berufe | 2,0 | 2,4 | | 6,1 | 2,4 | 2,7 |
| Naturwiss. u. Ing. | 1,0 | 1,2 | 1,5 | 12,1 | 2,4 | 2,7 |
| Heil- u. Pflegeber. | | | | | 5,7 | 1,1 |
| Sozial- und Geisteswiss. | 2,0 | | 1,5 | | 5,7 | 1,6 |
| qualifiz. Dienstl.-berufe | 26,0 | 10,7 | 3,1 | 12,1 | 29,3 | 19,6 |
| einfache Dienstl.-berufe | 15,0 | 9,5 | 7,7 | | 9,8 | 21,2 |
| Angestellte | 5,0 | 9,5 | 4,6 | 15,2 | 13,0 | 10,9 |
| Agrarberufe | | 4,8 | 13,8 | 6,1 | 0,8 | |
| Arbeiter | 28,0 | 47,6 | 35,4 | 9,1 | 12,2 | 12,0 |
| k. A. | 18,0 | 6,0 | 15,4 | 18,2 | 11,4 | 22,8 |

Das wesentliche Ergebnis ist: Einige der Linksparteien europäischer Länder werden im sozialen Profil ihrer Umfeldler nach wie vor durch hohe Anteile von Arbeitern geprägt, andere Berufsgruppen haben nur relativ kleine Anteile. Das sind in der Tabelle die finnische Linksallianz und die griechische KP (weiterhin die portugiesische KP, die spanische Vereinigte Linke und die KPBM). Eine andere Gruppe von Parteien hat in ihren Umfeldern relativ geringe Arbeiteranteile, bei ihnen sind die Gruppen mit Dienstleistungsberufen und die Angestellten dominierend, daneben können aber auch Selbstständige, Wissenschaftler und Angehörige freier Berufe vorkommen. Dafür stehen die griechische Synaspismos,⁵ die niederländische Sozialistische Partei und die norwegische Linkspartei (sowie – nicht in der Tabelle – der portugiesische Bloco de Esquerda). Und es gibt eine dritte Gruppe von Parteien, in deren Umfeldern beide soziokulturellen Milieus koexistieren. In der Tabelle steht die dänische Sozialistische Volkspartei dafür, aber auch die deutsche PDS, die schwedische Linkspartei und die italienische Rifondazione können auch diesem Typ zugeordnet werden.

3.6. Wohnorttypen

Die Wohnortstruktur der Umfeldler politischer Parteien ist durchaus eine Frage von praktischer Relevanz: Reicht es, in Großstädten zu plakatieren, oder muss auch der ländliche Raum bedacht werden? Insgesamt sind linke Parteien in Europa vor allem ein großstädtisch-städtisches Phänomen, aber fast alle Parteien haben auch im ländlichen Raum beachtliche Positionen.

Tabelle 5

Umfelder ausgewählter linker Parteien nach Wohnorttypen (in Prozent)

| | FR-PC | IT-RIF | POR-BE | POR-PCP | SWE-LP | C-KPBM |
|-----------------|-------|--------|--------|---------|--------|--------|
| Großstadt | 28,6 | 3,0 | 40,6 | 10,4 | 18,8 | 15,5 |
| Vorstadt/Umland | 8,6 | 6,1 | 12,5 | 12,5 | 23,6 | 1,4 |
| Stadt | 20,0 | 42,4 | 18,8 | 39,6 | 32,6 | 47,9 |
| Dorf | 37,1 | 42,4 | 28,1 | 37,5 | 18,1 | 33,8 |
| Landhaus | 5,7 | 6,1 | | | 6,9 | 1,4 |

Eindeutige Stärken in Großstädten und Ballungsräumen haben Parteien wie die französische KP und der portugiesische Bloco de Esquerda (außerdem – nicht in der Tabelle – die deutsche PDS, die dänische SFK und beide griechischen Parteien). In Städten haben die portugiesische KP und die schwedische

5 Eine Besonderheit der griechischen Parteien ist der hohe Anteil an kleinen Selbstständigen und Agrarberufen.

Linkspartei sowie die niederländische SP und die spanische Vereinigte Linke jeweils Stärken. Im ländliche Raum sind besonders stark die Rifondazione und die KPBM wie auch die finnische Linksallianz und die norwegische Linkspartei.

4. Zusammenfassende Hypothesen

Eingangs wurde auf den unentwickelten Stand international vergleichender Analysen der Umfeldler linker Parteien verwiesen. Es handelt sich gewissermaßen um erste, tastende Schritte in weitgehend unbekanntem Gelände. Da linke Politik ohne Vision, ohne Ideologie, ohne Programm nicht geht, handelt es sich vermutlich auch um vermintes Gelände. Wenn hier abschließend versucht wird, einen vorläufigen Ertrag dieser ersten Analysen zusammenzufassen, dann nur unter der Voraussetzung völliger Klarheit, dass es sich nicht um Urteile im Sinne von Tatsachenfeststellungen handelt, also nicht um Aussagen des Typs »Es ist so, dass ...!«, sondern um ein hypothetisches Zwischenfazit für die Diskussion und die weitere analytische Arbeit, also um Aussagen des Typs »Es ist zu prüfen, ob ...!«

In einer sehr groben Verallgemeinerung kann man sagen, dass die Positionen und Wirkungsmöglichkeiten politischer Parteien, auch linker Parteien, von externen und internen Faktoren abhängen. Zu den externen Faktoren gehören politische Traditionen, Wertehierarchien und -prioritäten in der Gesellschaft, die Medienlandschaft und politische Kräfteverhältnisse. Zu den internen Faktoren gehören das politische Personal, die Programmatik, die politische Strategie und das tagespolitische Agieren, die internen kulturellen Traditionen und die politische Kultur. Von diesen Faktoren hängt ab, in welchen soziokulturellen Milieus linke politische Angebote wahrgenommen werden, in welchem Umfang sie dort Akzeptanz finden und wie dauerhaft diese Akzeptanz ist.

Aus den bisherigen Analysen kann die Hypothese abgeleitet werden, dass für linke Parteien zwei Milieustrukturen als mögliche politische Kernkulturen relevant sein können: (a) ein Milieu der traditionellen Arbeiterbewegung und (b) ein Milieu moderner Produzenten und Dienstleister. In beiden Milieus können Intellektuelle unterschiedlicher Art eingebunden sein.

Daraus ableitend können hier vier Typen der Existenzweise europäischer linker Parteien zur Diskussion gestellt werden:

- In einem ersten Typ der Existenzweise haben die Parteien ihre Schwerpunkte in den Milieus der traditionellen Arbeiterbewegung mit starken Anteilen aus Arbeiterberufen und Rentnern, relativ stark sind die mittleren bis älteren Generationen vertreten, es überwiegen untere bis mittlere Bildungsabschlüsse, Männer sind überrepräsentiert. Diesem Typ könnte man die französische KP, die finnische Linksallianz, die spanische Vereinigte Linke und die KPBM zurechnen.

- In einem *zweiten* Typ liegt der Schwerpunkt bei den Milieus der Angestellten und der modernen Dienstleister, der Arbeiteranteil ist relativ gering, und Dienstleistungsberufe bilden starke Anteile, die Anteile der Rentner sind niedrig, es dominieren die jüngeren bis mittleren Generationen sowie mittlere bis höhere Bildungsabschlüsse, der Frauenanteil ist relativ hoch. Diesem Typ könnte man die niederländische Sozialistische Partei und die norwegische Linkspartei zuordnen.

- Den *dritten* Typ der Existenzweise linker Parteien gibt es in Ländern, in denen sich zwei linke Parteien herausgebildet haben, die in den beiden Milieus jeweils ihre Schwerpunkte haben. Das trifft für die Situation der Linken in Griechenland und Portugal zu, wo die kommunistischen Parteien ihre Schwerpunkte im Milieu der traditionellen Arbeiterbewegung haben; Bloco de Esquerda und Synaspismos erreichen eher das Milieu der modernen Dienstleister. Die Situation in Italien entzieht sich z. T. dieser Zuordnung aus der Sicht der bisher analysierten Daten: Zwar hat die PCI ihren Schwerpunkt im Milieu der Arbeiterbewegung, aber Rifondazione scheint eher dem abschließend vorzustellenden Mischtyp zuzugehören.

- Diesen vierten Typ bilden die Parteien, in deren Umfeldern beide Milieus, das der traditionellen Arbeiterbewegung und das der modernen Produzenten und Dienstleister, gewissermaßen koexistieren. Bei einer ersten Betrachtung sind diese Umfeldern nach sozialen Merkmalen relativ ausgewogen. Aber diese Ausgewogenheit kann sich als Täuschung erweisen, weil sich darunter verschiedene Kulturen mit je spezifischen Strukturen verbergen können und damit potenzielle Konflikte. Zu diesem Typ rechne ich die dänische Sozialistische Volkspartei, die schwedische Linkspartei, die Rifondazione und die deutsche PDS.

Aussagen über Zusammenhänge mit politischen Erfolgsaussichten lassen sich nur sehr bedingt treffen. Gegenwärtig erfolgreich scheinen die Typen zwei und drei zu sein, wobei der Typ drei nur in Ländern sinnvoll ist, die keine Fünf-Prozent-Hürde o. ä. haben. Der erste Typ ist teilweise erfolgreich, in Finnland und in Tschechien, aber wahrscheinlich aus unterschiedlichen Gründen. Mit der französischen KP und den spanischen Vereinigten Linken finden sich hier aber auch Parteien, die in den letzten Jahren einen Niedergang erleben mussten. Im vierten Typ, hier kommt doch die deutsche Erfahrung ins Spiel, gibt es Konjunkturen; Aufschwünge und Abschwünge scheinen möglich. Das hängt möglicherweise mit einem allgemeinen Problem zusammen, das abschließend benannt werden soll: Das Milieu der modernen Produzenten und Dienstleister ist in seinen (partei-)politischen Bindungen längst nicht so stabil, wie es das Milieu der traditionellen Arbeiterbewegung war, es tendiert zu taktischem Wählen und wechselnden Wahlentscheidungen.

Formen und Wege der Europäischen Linksparteien¹

Entgegen dem eigenen Vorsatz von der Vereinigung der Proletarier aller Länder war die tatsächliche Zusammenarbeit der linken Parteien in Europa jahrzehntelang nur sehr schwach ausgeprägt. Selbst mit der Gründung der »Europäischen Linkspartei« ist die Beständigkeit der transnationalen Kooperation von Linksozialisten und Kommunisten nicht garantiert. Letzten Endes werden nur Parallelitäten und Gemeinsamkeiten bei der Politikfindung der einzelnen nationalen Parteien zu einer den europäischen politischen Raum prägenden linken Kraft führen. Dieser Artikel versucht zu klären, inwiefern sich Formen der Kooperation und Wege der Politikfindung am Beispiel der Debatte zum Europäischen Verfassungsvertrag decken.

1. Formen der Kooperation: Vom Eurokommunismus zur Europäischen Linkspartei

Nach 1945 standen die westeuropäischen kommunistischen Parteien der ökonomischen und politischen Integration ihrer Länder ablehnend bis feindlich gegenüber. Die Bereitschaft zur eigenen europaweiten Zusammenarbeit war gering, und der in den Programmen beschworene Internationalismus erschöpfte sich in rhetorischen Referenzen an die Sowjetunion. In den Römischen Verträgen von 1956, die heute als Geburtsstunde der Europäischen Union gelten, sahen die Kommunisten ein Abkommen zur Verhinderung sozialistischer Revolutionen.² Für den Politikwissenschaftler David Bell entsprang diese Haltung

1 Dieser Artikel beruht auf Ausschnitten aus der Magisterarbeit »Der Vertrag über eine EU-Verfassung und die Positionen linker Parteien«, die der Verfasser am 6. 2. 2006 an der Universität Potsdam eingereicht hat.

2 Probleme des Friedens und des Sozialismus: Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information 5, Gemeinsame Erklärung der kommunistischen Parteien von sechs europäischen Ländern, Berlin 1959.

vornehmlich der »Orchestrierung« durch Moskau zugunsten sowjetischer Außenpolitik.³

Mindestens drei weitere Faktoren waren für die Positionsbestimmungen der kommunistischen Parteien entscheidend. Zum ersten führten die als Fremdbestimmung erlebten Erfahrungen aus der Zeit der »Kommunistischen Internationale« zu einer tiefen Abneigung gegenüber einer zu engen politischen Kooperation auf transnationaler Ebene.⁴ Zum zweiten ließ das Organisationsverständnis des demokratischen Zentralismus keine externen Einflüsse in die innerparteilichen Prozesse der Meinungsbildung einfließen. Dadurch konnte beispielsweise die Zusammenarbeit der kommunistischen Abgeordneten im Europäischen Parlament keine Annäherung zwischen deren Parteien mit sich bringen. Zum dritten hatten die kommunistischen Parteien ihre Argumentation auf den Nationalstaat ausgerichtet. Sie besaßen weder Programmatik noch Instrumentarien, die ökonomische Transformation zum Sozialismus auf europäischer Ebene anzustreben.⁵

Diese Haltung begann sich in den sechziger Jahren zu verändern. Die Loslösung von der Führungsrolle Moskaus und von der Vorbildfunktion des sowjetischen Staatsmodells beschleunigte sich nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968. Spätestens im Konflikt um den Begriff des »proletarischen Internationalismus« auf der Konferenz der europäischen Kommunisten in Ost-Berlin 1976 wurde deutlich, dass die sowjetischen Kommunisten für die meisten westeuropäischen Parteien nicht weiter Bezugspunkt waren.⁶

1. 1. Der »Eurokommunismus«

Das neue Selbstverständnis der kommunistischen Parteien drückte sich im »Eurokommunismus« aus, der als publizistischer Begriff die politische und ideologische Emanzipation von der Sowjetunion zusammenfasste. Die Eurokommunisten suchten durch die Anerkennung der demokratischen und so-

3 Vgl. David Bell: *Western Communist Parties and the European Union*, in: John Gaffney (Hrsg.), *Political parties and the European Union*, London, New York 1996, S. 220. Vgl. David Bell: *The Confederal Group of the United European Left - Nordic Left*, in: David Bell, Christopher Lord (Hrsg.): *Transnational Parties in the European Union*, Hampshire/Brookfield 1998, S. 136: »As the Communist Parties had been founded and ›Bolshevised‹ in order to support the Revolution in the Soviet heartland, it is hardly surprising that the thrust of the effort was ›objectively‹ to support the foreign policy initiatives from the USSR«.

4 Vgl. Heinz Timmermann: *Moskau und der internationale Kommunismus. Von der Komintern zur kommunistischen Weltbewegung* (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 10), Köln 1986, S. 30-36.

5 Vgl. Ernst Kuper: *Transnationale Parteienbünde zwischen Partei- und Weltpolitik*, Frankfurt/M. u. a. 1995, S. 219 f. nimmt eine Aufteilung in die beiden strukturellen Faktoren »demokratischer Zentralismus« und »staatliche Machtmittel« vor.

6 Vgl. Guenther Nollau: *Internationaler Kommunismus – heute*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18, Bonn 1961, S. 245-256; Heinz Timmermann: *Das Konsultativtreffen der Kommunistischen Parteien Europas in Warschau* (16.-18. 10. 1974) (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 55), Köln 1974, S. 11; Heinz Timmermann: *Moskau und der europäische Kommunismus nach der Gipfelkonferenz von Ost-Berlin* (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 38), Köln 1977, S. 26; Bell 1996.

zialen Leistungen der eigenen Länder die Integration ihrer Parteien in das jeweilige politische System zu vervollständigen. Künftig sollte ein nationaler Weg zum Sozialismus führen. Die tatsächliche Parallelität der damaligen Entwicklung war aber keine Gesamtstrategie zur Schaffung eines einheitlichen, reformkommunistischen Pols. Die Kooperation der westeuropäischen Kommunisten institutionalisierte sich nicht. Vielmehr führten die Aufgabe der sowjetischen Referenz in der Außenpolitik, die an nationalstaatlichen Maßstäben ausgerichtete Begründung der Programmatik und die potenziellen Regierungsbeteiligungen zu einer stärkeren Ausdifferenzierung zwischen den Parteien.⁷

Obwohl diese Entwicklung in den nordeuropäischen Ländern früher einsetzte, fiel den Kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs eine gewisse Meinungsführerschaft zu. Dabei führte die eurokommunistische Begründung der Politik zu völlig gegensätzlichen Einschätzungen der europäischen Integration. Die »Italienische Kommunistische Partei« (PCI) versuchte ihren Lösungsprozess von Moskau durch die Einbettung in den politischen und gesellschaftlichen Rahmen Westeuropas abzusichern. Für die »Französische Kommunistische Partei« (PCF) hingegen ging die Unterstreichung der nationalen Souveränität mit einer grundsätzlichen Verteidigung des Nationalstaats einher. Nachdem sich die französischen Kommunisten seit 1979 vom Eurokommunismus abwandten, wurden die Konflikte zwischen PCI und PCF zu bestimmenden Faktoren der innerkommunistischen Auseinandersetzungen.⁸

1. 2. Die Fraktion der »Kommunisten und Nahestehenden«

Die Fraktion der »Kommunisten und Nahestehenden« (COM) im Europäischen Parlament bildete sich 1973, erlangte aber erst mit der Direktwahl des Parlaments ab 1979 eine gewisse Bedeutung. In den ersten beiden Legislaturperioden standen sich PCI und PCF als entgegengesetzte Pole gegenüber. Diese Zerrissenheit lähmte die Fraktion in einem Maße, dass sie von den meisten Politikwissenschaftlern als rein taktische Allianz zweier im Grunde verschiedener Gruppen dargestellt wird.⁹ Dennoch war das Abstimmungsverhalten der COM von einer erstaunlichen Homogenität geprägt, wie eine Studie von Fulvio Attina ergibt. In seinen Untersuchungen kommt die kommunisti-

7 Vgl. Heinz Timmermann: Eurokommunismus im Wandel, in: Ders. (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt/M. 1978, S. 58 f.; Vgl. Andreas Meier: Eurokommunismus in der Krise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48, Bonn 1982, S. 33-46.

8 Vgl. Annette Jost: Italien - Kommunisten an der Macht, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt/M. 1978, S. 76; Renata Fritsch-Bournazel: Die Französische KP und das Europa-Parlament. Konzeptionen und Aktivitäten (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 29), Köln 1980, S. 13-22; Karl-Hermann Buck: Die Haltung von KPI und KPF gegenüber Direktwahl und Funktionen des Europaparlaments, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 7/1976, S. 209-219.

9 Kuper (1995), S. 215; vgl. Oskar Niedermayer: Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt/M., New York 1983, S. 20; Bell (1998), S. 138.

sche Fraktion in der ersten Legislaturperiode auf 71,9%, in der zweiten Legislaturperiode auf 71,2% Übereinstimmung. Unterschiede im Stimmverhalten traten zwischen PCI und PCF am häufigsten in institutionellen, häufig in ökonomischen und am seltensten in internationalen Fragen auf.¹⁰

Attinas Studie verdeutlicht, dass sich der Streit der Kommunisten nicht so sehr um die internationalen Beziehungen zu Moskau drehte. Wesentlicher waren die gegensätzlichen Antworten auf den Umgang mit der einsetzenden Globalisierung der Ökonomie. Kontrolle und Steuerung der Wirtschaft gehören zur Quintessenz kommunistischer Politik. Der PCI sah angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen einen nationalstaatlichen Weg zum Sozialismus als unmöglich an und förderte einen supranationalen Raum in Form der europäischen Integration. Für den PCF hingegen verkörperte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Interessen der Monopole und der multinationalen Unternehmen, deren Einfluss es durch nationale Politik aus der Binnenwirtschaft des Staates herauszudrängen gelte.¹¹

Zu Beginn der dritten Legislaturperiode 1989 spaltete sich die kommunistische Fraktion. Die »Italienische Kommunistische Partei« und die »Vereinigte Linke« aus Spanien gründeten die »Europäische Vereinte Linke« (EUL). Ihnen schloss sich je ein Abgeordneter der »Volksbewegung gegen die EU« aus Dänemark und von »Synaspismos« aus Griechenland an. Die kommunistischen Parteien Frankreichs, Portugals und Griechenlands bildeten die »Vereinte Linke« (LU).¹² Eine Studie von Joanne Bay Brzinski bescheinigt den beiden linken Fraktionen in einem Vergleich des individuellen Stimmverhaltens die jeweils höchste Übereinstimmung aller im Europäischen Parlament vertretenen Gruppen.¹³

Der Zusammenbruch der osteuropäischen Regime in den Jahren 1989/1990 hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Die EUL zerfiel, nachdem die italienische Partei im Januar 1993 zur sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament gewechselt war.¹⁴

10 Vgl. Fulvio Attina: The Voting Behaviour of European Parliament Members and the Problem of the Europarties, in: *European Journal of Political Research* 18/1990, S. 557-579.

11 Vgl. Sophie G. Alf: Die Italienische KP und das Europa-Parlament. Konzeptionen und Aktivitäten (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 24), Köln 1980; Adolf Kimmel: Die Französische Kommunistische Partei, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): *Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews*, Frankfurt am Main 1978, S. 112 f. Vgl. Rudolf Hrbek: Eurokommunismus und EG. Einstellung und Politik eurokommunistischer Parteien zur europäischen Integration, in: *Der Bürger im Staat* 28/1978, S. 133.

12 Vgl. Michael Waller: Communist Parties and the Greens in the European Elections of 1989, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 5/1989, S. 189-195.

13 Vgl. Joanne Bay Brzinski: Political Group Cohesion in the European Parliament, 1989-1994, in: Carolyn Rhodes, Sonka Mazey (Hrsg.): *The State of the European Union, Vol. 3: Building a European Polity?* London 1995, S. 135-158.

14 Vgl. Martin J. Bull: The West European Communist Movement: Past, Present and Future, in: Martin J. Bull, Paul Heywood (Hrsg.): *West European Communist Parties after the Revolutions of 1989*, Haoundmills, Basingstoke, London 1994, S. 218-221; Bell (1998), S. 138 f.

1. 3. Das »Forum der Neuen Europäischen Linken«

Auf Initiative der spanischen »Vereinigten Linken« (IU) wurde 1991 in Madrid das »New European Left Forum« (NELF) gegründet. Dem Netzwerk gehörten hauptsächlich die linken Parteien der EUL und der skandinavischen Länder an. Gründungskonsens war die Unteilbarkeit von Sozialismus und Demokratie. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stießen die »Partei des Demokratischen Sozialismus« aus Deutschland und der PCF dazu. Bis heute erfüllt das Forum die Funktion eines offenen Raums für inhaltliche Debatten und trifft sich zu Beratungen mit wechselndem Schwerpunkt.¹⁵

1. 4. Die Fraktion GUE/NGL

Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 1994 kam es zur Neukonstituierung der »Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken« (GUE). Der Begriff der »Konföderation« soll zum Ausdruck bringen, dass die nationalen Parteien in einer pluralen linken Fraktion ihre Unabhängigkeit bewahren. Die GUE bekennt sich in ihrer Gründungserklärung vom 14. Juli 1994 zur europäischen Integration, nicht aber zu den bestehenden Institutionen. Sie fordert, dass Kooperation in Europa »in einer anderen Form als dem bestehenden Modell angestrebt« wird.¹⁶

Mit der Erweiterung der Europäischen Union zogen 1995 die »Linksallianz« aus Finnland und die »Linkspartei« aus Schweden ins Parlament ein. Gemeinsam mit der dänischen »Sozialistischen Volkspartei« gründeten sie das Netzwerk »Nordische Grüne Linke« (NGL) und schlossen sich der GUE an. Diese trägt seither den französisch-englischen Namen »Groupe confédéral de la gauche unitaire européenne/Nordic Green Left« (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke). Der erste Vorsitzende der Fraktion GUE/NGL war Alonso Puerta (IU), ein ausgesprochener Verfechter der Idee eines europäischen Föderalstaats. Im Jahre 1999 übernahm der langjährige französische Europaabgeordnete Francis Wurtz dieses Amt.¹⁷

Der Fraktion GUE/NGL gehören neben den Mitgliedsparteien auch assoziierte Parteien und Abgeordnete an. Insgesamt umfasst sie 41 Parlamentarier aus 16 Parteien und 14 Staaten, die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mehr als neun Millionen Stimmen erreicht haben. Der Anteil der linken Fraktion an der Sitzverteilung im Europäischen Parlament blieb seit ihrer Konstituierung 1994 in etwa gleich stark. Der GUE/NGL gehörten zu Beginn der vierten Legislaturperiode 5,27 %, zu Beginn der fünften Legislaturperiode 6,71 % und zu Beginn der sechsten Legislaturperiode 5,60 % aller Ab-

15 Vgl. Rita Schorpp-Grabiak, Peter Christian Segall: Die PDS vor den Europawahlen (aktuelle analysen 13), München 1999, S. 12 f.; Alex Lochner: Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick, in: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk (Hrsg.): Linke Parteien und Kooperationen in Europa (Hamburger Skripte 10), Hamburg 2004, S. 16-19; Helmut Scholz: Interview, in: Neues Deutschland, 25. 6. 2004.

16 GUE: Déclaration Constitutionnelle vom 14.07.1994. Vgl. Bell (1998), S. 143.

17 Ebenda, S. 139-141.

geordneten an. Allerdings hat sich die innere Zusammensetzung der Fraktion weitgehend verschoben. Die beiden anfangs größten Parteien IU und PCF stellten im Jahr 1995 48,49%, im Jahr 2004 nur noch 9,76% der Abgeordneten. Dafür gehören in der sechsten Legislaturperiode 31,71% der Abgeordneten der deutschen und der tschechischen Partei an. Diese Verschiebung scheint keine Auswirkungen auf Zusammenhalt und Politik der Fraktion zu haben. Die von David Bell 1998 angenommene »ideologische Kompaktheit« wird durch eine Studie von Andrea Volkens aus dem Jahr 2004 bestätigt. Beide kommen zu dem Schluss, dass sich Übereinstimmungen und Diskrepanzen in der GUE/NGL im Rahmen der in den Fraktionen des Europäischen Parlaments üblichen Meinungsvielfalt bewegen.¹⁸

1. 5. Die »Europäische Linkspartei«

Der erste öffentliche Impuls zur Gründung einer europäischen Partei der Linken ging von einem Treffen aus, zu dem die französischen Kommunisten im Mai 1996 nach Paris eingeladen hatten. Unter dem Thema »Europäische Progressisten für Beschäftigung und sozialen Fortschritt«, kamen Parteien aus NELF- und GUE/NGL-Spektrum zusammen. Im Anschluss wurde von mehreren Parteivorsitzenden der Wunsch nach Arbeitszusammenhängen geäußert, die über die parlamentarische Funktion der GUE/NGL und den Netzwerkcharakter des NELF hinausgehen.¹⁹

Die Planungen zur Gründung einer »Europäischen Linkspartei« wurden ab 2002 konkret. Die wichtigsten Akteure waren die »Französische Kommunistische Partei«, die »Partei des Demokratischen Sozialismus« aus Deutschland, die »Vereinigte Linke« aus Spanien, »Synaspismos« aus Griechenland und die »Partei der Kommunistischen Neugründung« aus Italien. Schließlich kam es am 10./11. Januar 2004 in Berlin zu einem Gründungsauftrag, dem am 08./09. Mai 2004 in Rom der Gründungsparteitag und am 29./30. Oktober 2005 in Athen ein erster ordentlicher Parteitag folgten. Vorsitzender wurde der italienische Kommunist Fausto Bertinotti. Die »Europäische Linkspartei« bekennt sich zur »Herausbildung einer europäischen Identität« und sucht den Kontakt zu den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen auf europäischer Ebene.²⁰

18 Ebenda, S. 142; Andrea Volkens: Politische Positionen linker Parteien im Europäischen Parlament. Programmatische Übereinstimmungen und Unterschiede in der fünften Legislaturperiode, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin 1005, S. 124 f.

19 Bell (1998), S. 144 f.; Schorpp-Grabiak, Segall (1999), S. 13 f.

20 Europäische Linkspartei: Statut der Partei der Europäischen Linken. Beschlossen vom Gründungskongress in Rom, 8./9. 5. 2004, in: PDS-International 1/2004 (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 6; vgl. Johanna Schmidt: Europäische Parteien, in: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004, Baden-Baden 2004, S. 291 f.; Helmut Scholz: Die Partei der Europäischen Linken. Einige Aspekte ihrer Entwicklung (rls standpunkte 13), Berlin 2005.

Als transnationale Föderation wird die »Europäische Linkspartei« von den Parteien abgelehnt, die in ihr eine Stärkung der »föderalen« und »supranationalen« Ansprüche der europäischen Institutionen sehen. Am vehementesten formulieren diese Kritik die kommunistischen Parteien Griechenlands und Portugals.²¹ Aber auch die nordischen Linksparteien haben es vorgezogen, ihren eigenen Zusammenschluss zu gründen.

1.6. Weitere Kooperationsformen

Die »Nordische Grün-Linke Allianz«

Die »Linksallianz« aus Finnland, die »Linkspartei« aus Schweden und die »Sozialistische Volkspartei« aus Dänemark bilden seit 1995 als »Nordische Grüne Linke« ein eigenes Netzwerk innerhalb der Fraktion GUE/NGL. Um diese Zusammenarbeit auszuweiten und zu institutionalisieren, gründeten sie gemeinsam mit der »Sozialistischen Linkspartei« aus Norwegen und der »Links-Grünen Allianz« aus Island am 1. Februar 2004 in Reykjavik die »Nordische Grün-Linke Allianz« (NGLA). In ihrer politischen Plattform berufen sie sich auf die Vereinten Nationen und internationale Solidarität, beziehen jedoch nicht Stellung zur europäischen Integration.²² Im Zuge der Debatten um den Europäischen Verfassungsvertrag kam es zwischen den nordischen Parteien und der irischen »Sinn Féin« zur Zusammenarbeit.²³

Die »Europäische Antikapitalistische Linke«

Im März 2000 entstand aus einem Bündnis verschiedener Organisationen gegen den EU-Gipfel in Lissabon die »Europäische Antikapitalistische Linke« (EAL). Sie setzt sich größtenteils aus »trotzkistischen« und neu entstandenen »globalisierungskritischen« Parteien zusammen. Unter den tragenden Kräften sind die »Revolutionär-Kommunistische Liga« aus Frankreich, der »Linksblock« aus Portugal und die »Einheitsliste« aus Dänemark. Jährlich finden ein bis zwei Treffen statt. Als programmatische Basis dient der am 29. April 2004 in Brüssel verabschiedete Wahlauftritt »Antikapitalistisches Manifest für ein anderes Europa: sozial und demokratisch, ökologisch und feministisch, friedensbewegt und solidarisch«.²⁴

21 Rizospastis, 8. 12. 2003; Avante, 22. 1. 2004.

22 NGLA: Politische Plattform der Nordischen Grün-Linken Allianz, in: PDS-International 1/2004 (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 61 f.

23 Sinn Féin: Sinn Féin and European United Left/Nordic Green Left, Ireland and the EU Constitution, Dublin 2005; <http://www.sinnfein.ie/euteam/document/199>.

24 EAL: Antikapitalistisches Manifest für ein anderes Europa: sozial und demokratisch, ökologisch und feministisch, friedensbewegt und solidarisch, Brüssel, 29. 4. 2004; <http://www.sozialismus-von-unten.de/eal/> (Abgerufen am 8. 8. 2005).

Die »Athener Treffen«

Unter dem Titel »Internationales Treffen der Kommunistischen- und Arbeiter-Parteien« lädt die »Kommunistische Partei Griechenlands« (KKE) alle ein bis zwei Jahre zu einer weltweiten Konferenz nach Athen ein. Sie möchte mit diesen Treffen an die Tradition der vormals unter sowjetischer Schirmherrschaft organisierten kommunistischen Parteikonferenzen anknüpfen. Die Relevanz der »Athener Treffen« ergibt sich aus den traditionellen Beziehungen der KKE zu den internationalen Abteilungen vieler kommunistischer Parteien. Von den im Europäischen Parlament vertretenen Parteien gehörten im Jahre 2005 die KKE, die »Kommunistische Partei Portugals«, die »Kommunistische Partei Böhmens und Mährens«, die »Partei der Italienischen Kommunisten« und die »Progressive Partei des Werktätigen Volkes« aus Zypern zur Vorbereitungsgruppe der Treffen.²⁵

Das Internetmagazin »Spectrezine«

Die »Sozialistische Partei« der Niederlande hat, da sie sich keinem institutionalisierten Bündnis anschließen möchte, das Internetprojekt »Spectrezine« auf den Weg gebracht. Von seiner Funktion her geht es weit über den Anspruch eines Magazins zur Verbreitung »europakritischer« Informationen hinaus. Es stellt einen Arbeitszusammenhang für die Linksparteien der Niederlande, Schwedens und Finnlands dar, die hier in englischer Sprache europapolitische Aktualität kommentieren.²⁶

25 KKE: Press Release, Athen, 22. 6. 2005; <http://www.kke.gr> (Abgerufen am 10. 10. 2005).

26 Vgl. <http://www.spectrezine.org>.

Tabellarischer Überblick der Kooperationsformen

| | GUE/ NGL | NELF | Europäische Linkspartei | NGLA | EAL ^a | Athener Treffen ^b | Spectrezine |
|-----------|------------------|------|----------------------------|------|------------------|---------------------------------|-------------|
| PRC | x | x | x | | | x | |
| PDS | x | x | x | | | | |
| PCF | x | x | x | | | | |
| PdCI | x | x | (x) | | | x | |
| IU | x | x | x | | x ^c | x ^c | |
| KKE | x | | | | | x | |
| KSČM | x | | (x) | | | x | |
| Sinn Féin | x | | | | | | |
| SP | x | | | | | | x |
| V | x | x | | x | | | x |
| PCP | x | (x) | | | | x | |
| SYN | x | x | x | | | | |
| BE | (x) | | x | | x | | |
| VAS | x | x | | x | | | x |
| SF | | x | | x | | | |
| EL | (x) ^d | | (x) | | x | | |
| AKEL | x | (x) | (x) | | | x | |

Tabelle 1: Beteiligung von Linksparteien an europaweiten Netzwerken und Kooperationsformen. Beobachter, bzw. assoziierte Mitglieder in Klammern. Vgl. Abkürzungsverzeichnis.

Anmerkungen:

a): Unterzeichner: EAL (2004);

b): Teilnehmerliste: KKE (2005): Current Trends in Capitalism. Economic, Political and Social Impact. The communist' alternative, Athen, 18. - 20.11. 2005; <http://www.kke.gr> (Abgerufen am 14. 1. 2006);

c): Von den in der IU zusammengeschlossenen Parteien nimmt die katalanische »Vereinigte und Alternative Linke« an der EAL und die »Kommunistische Partei Spaniens« an den »Athener Treffen« teil;

d): Die »Einheitsliste« (EL) kandidierte bei Wahlen zum Europäischen Parlament innerhalb des dänischen Wahlbündnisses »Volksbewegung gegen die EU«.

2. Wege der Politikfindung:

Der Umgang mit dem Europäischen Verfassungsvertrag

2. 1. Die Haltung der linken Parteien im Europäischen Konvent

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beschlossen am 14./15. Dezember 2001 in Laeken, einen Europäischen Konvent zur Zukunft Europas einzuberufen. Dieser nahm seine Arbeit am 28. Februar 2002 auf und verabschiedete am 13. Juni und 10. Juli 2003 im Konsensverfahren den »Vertragsentwurf über eine Verfassung für Europa«. Der Konvent umfasste 105 Mitglieder und 102 Stellvertreter, die aus den Parlamenten oder von den Regierungen entsandt wurden.²⁷ Unter diesen 207 Mitgliedern und Stellvertretern waren drei Angehörige von Linksparteien, die demnach mit 1,45% eine deutlich schwächere Position einnahmen als im Europäischen Parlament mit 5,60%.

Die deutsche Europa-Abgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS) gehörte dem Konvent als Mitglied an und war von der Fraktion GUE/NGL entsandt worden. Sie ist überzeugte Verfechterin des Verfassungsentwurfs, da sie diesen für einen wesentlichen Fortschritt in der Auseinandersetzung um die Demokratisierung der europäischen Institutionen hält. Die Verfassung schaffe die notwendigen Instrumentarien, die »europäische Politik verändern ... und Neoliberalismus Widerstand entgegenzusetzen zu können«. Die ablehnende Haltung ihrer eigenen und anderer linker Parteien bezeichnet Kaufmann als eine »strategisch falsche Entscheidung«.²⁸

Der finnische Europa-Abgeordnete Esko Seppänen (VAS) gehörte dem Konvent als Stellvertreter an. Die Fraktion GUE/NGL hatte ihn entsandt. Er kritisierte die grundsätzliche Legitimität des Verfassungsprozesses, da der Konvent fast ausschließlich mit Befürwortern eines föderalen Europa besetzt sei. Diese entschieden ohne Berücksichtigung anderer Meinungen. Seppänen war unter den acht »Abweichlern«, die sich mit einem Gegenbericht dem abschließenden Konsens widersetzen.²⁹

Die Abgeordnete Eleni Mavrou (AKEL) war als Abgesandte des zypriotischen Parlaments Mitglied des Konvents. Sie war Vertreterin eines Beitrittsstaates und hielt sich entsprechend zurück. Sie verweigerte sich auch nicht

27 Vgl. Heinz Kleger: *Der Konvent als Labor. Texte und Dokumente zum europäischen Verfassungsprozess (Region - Nation - Europa 25)*, München 2004, S. 71 f.

28 Sylvia-Yvonne Kaufmann: Interview, RTL 92,5, Radiosendung, 7. 7. 2005, 12 Minuten; <http://www.rtl.lu> (Abgerufen am 15. 9. 2005). Vgl. Sylvia-Yvonne Kaufmann: 2007 fällt die Entscheidung. Tritt die EU-Verfassung in Kraft, kommt das einer Neugründung der Europäischen Union gleich, in: Freitag 27, 25. 6. 2004.

29 Vgl. Esko Seppänen: *EU Constitution. Friday the thirteenth*, 13. 7. 2003; <http://www.spectrezone.org/europe/Esko.htm> (Abgerufen am 12. 12. 2005); Vgl. Kleger (2004), S. 178 f.

dem abschließenden Konsens. Im zypriotischen Parlament hingegen stimmte sie 2005 gegen den Verfassungsvertrag.³⁰

Die Linke aus dem Spektrum der Fraktion GUE/NGL war im Konvent nicht als politische Kraft erkennbar. Drei Gründe scheinen hierfür verantwortlich. Erstens war ihre numerische Präsenz mit drei Vertretern sehr gering. Zweitens standen sich die gegensätzlichen Auffassungen von Seppänen und Kaufmann zu unversöhnlich gegenüber. Drittens waren die Positionen von Seppänen als Stellvertreter und von Mavrou als Abgesandte eines Beitrittsstaates zu schwach.

2. 2. Die Haltung der linken Parteien im Europäischen Parlament

Die Abgeordneten der Fraktion GUE/NGL sind nicht an einen Fraktionszwang gebunden. Auch gegenüber ihren nationalen Parteien unterliegen sie in vielen Fällen keinen konkreten Anweisungen, weswegen es zu Abweichungen von deren Positionen kommen kann. Im Folgenden untersuche ich das Stimmverhalten der linken Abgeordneten im Plenum des Europäischen Parlaments zu drei Berichten, die sich unmittelbar auf den Europäischen Verfassungsvertrag beziehen.

Am 29. September 2003 nahm das Europäische Parlament den Bericht Gil-Robles Gil-Delgado/Tsatsos an, in dem die vom Europäischen Konvent geleistete Arbeit und der Verfassungsentwurf begrüßt wurden. Innerhalb der Fraktion GUE/NGL stimmten drei Abgeordnete für den Bericht, 24 dagegen und 14 enthielten sich. Berücksichtigt man in der Aufzählung nur die Abgeordneten der Parteien, die der Fraktion fest angeschlossen waren, zeigt sich ein gespaltenes Bild. Demnach stimmten drei Abgeordnete für und 16 gegen den Bericht, bei zwölf Enthaltungen. Aufgeschlüsselt nach Parteien, waren IU und SYN in Annahme und Enthaltung, die PdCI in Annahme und Ablehnung gespalten. Die PDS enthielt sich. Der PCF war gespalten in Ablehnung und Enthaltung der auf der PCF-Liste gewählten parteilosen Abgeordneten. PRC, KKE, PCP, SP, SF, V und VAS stimmten mit Nein.³¹

30 Cyprus Mail, 07.11.2003; Corinne Deloy: Cyprus is the eleventh member state to ratify the European Constitution (Fondation Robert Schuman 2005); <http://constitution-europeenne.info> (Abgerufen am 8. 12. 2005).

31 Europäisches Parlament: Bericht Gil-Robles Gil-Delgado/Tsatsos (A5-0299/2003) und die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zur Einberufung der Regierungskonferenz, 29. 9. 2003; Europäisches Parlament: Protokoll der Sitzung vom Mittwoch 24. September 2003, P5_PV(2003)09-24, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage 2; <http://www.europarl.eu.int> (Abgerufen am 10. 10. 2005); Ja: Cossutta (PDCI), Papayannakis (SYN), Puerta (IU); Nein: Ainaridi (PCF), Alyssandrakis (KKE), Black (Ind. Dk), Bordes (LCR-LO), Boudjenah (PCF), Caudron (GRRC), Cauquil (LCR-LO), Di Lello Finuoli (PRC), Figueiredo (PCP), Frahm (SF), Korakas (KKE), Krivine (LCR-LO), Laguiller (LCR-LO), Manisco (PdCI), Meijer (SP), Morgantini (PRC), Patakis (KKE), Schmid (V), Schröder (Ind. D), Seppänen (VAS), Sjöstedt (V), Vachetta (LCR-LO), Vinci (PRC), Wurtz (PCF); Enthaltungen: Alavanos (SYN), Bakopoulos (Dikki), Bergaz Conesa (IU), Brie (PDS), Fiebiger (PDS), Herzog (PCF), Jové Peres (IU), Kaufmann (PDS), Koulourianos (Dikki), Markov (PDS), Marselet Campos (IU), Modrow (PDS), Sylla (PCF), Uca (PDS).

Am 12. Januar 2005 fand die entscheidende Abstimmung zum Europäischen Verfassungsvertrag statt. Das Europäische Parlament sprach sich für die Annahme des Berichts Corbett/Mendez de Vigo mit 500 gegen 137 Stimmen bei 40 Enthaltungen aus. Damit läutete es den Ratifizierungsprozess der Verfassung ein. Die Fraktion GUE/NGL lehnte den Bericht mit 34 Neinstimmen fast geschlossen ab. Die PDS-Abgeordnete Kaufmann stimmte mit Ja, die beiden PdCI-Abgeordneten enthielten sich.³²

Am 19. Januar 2006 nahm das Europäische Parlament den Bericht Duff/Voggenhuber über die Fortführung der Verfassungsdiskussion auf der Grundlage des bestehenden Entwurfs an. Mit Ausnahme der PDS-Abgeordneten Kaufmann stimmten alle anwesenden 25 Parlamentarier der Fraktion GUE/NGL gegen dieses Verfahren.³³

Im untersuchten Abstimmungsverhalten zeigen sich drei Tendenzen. Erstens wurden die Abgeordneten zunehmend entscheidungsfreudiger. Während sich 2003 vierzehn respektive zwölf Abgeordnete der Stimme enthielten, waren es 2005 noch zwei und 2006 keiner mehr. Zweitens nahm die Zerrissenheit innerhalb der einzelnen Parteien ab. Gab es 2003 in PCF, IU, SYN und PdCI unterschiedliche Entscheidungen, so traf dies 2005 und 2006 nur auf die PDS zu. Drittens zeigte sich die Ablehnung immer deutlicher und machte 2003 58,54 respektive 51,61 %, 2005 91,89 % und 2006 96,15 % des Stimmverhaltens aus. Das Nein zur Fortsetzung des Verfassungsprozesses auf Grundlage des vorliegenden Vertrags wurde zwischen 2003 und 2006 zum Konsens in der Fraktion GUE/NGL.

32 Europäisches Parlament: Bericht Corbett/Mendez de Vigo (A6-0070/2004), Vertrag über eine Verfassung für Europa, 12. 1. 2005; Europäisches Parlament: Protokoll der Sitzung vom Mittwoch 12. Januar 2005, P6_PV-PROV(2005)01-12, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage 2;

<http://www.europarl.eu.int> (Abgerufen am 10. 10. 2005); Ja: Kaufmann (PDS); Nein: Adamou (AKEL), Agnoletto (PRC), Bertinotti (PRC), Brie (PDS), Catania (PRC), de Brún (Sinn Féin), Figueiredo (PCP), Flasarová (KSCM), Henin (PCF), Kohlíček (KSCM), Krarup (Volksbewegung), Liotard (SP), McDonald (Sinn Féin), Manolakou (KKE), Markov (PDS), Mastalka (KSCM), Meijer (SP), Meyer Pleite (IU), Musacchio (PRC), Pafilis (KKE), Papadimoulis (SYN), Pflüger (PDS), Portas (BE), Ransdorf (KSCM), Remek (KSCM), Seppänen (VAS), Sjöstedt (V), Stroz (KSCM), Svensson (V), Toussas (KKE), Triantaphyllides (AKEL), Wagenknecht (PDS), Wurtz (PCF), Zimmer (PDS); Enthaltungen: Guidoni (PdCI), Rizzo (PdCI).

33 Europäisches Parlament: Bericht Duff/Voggenhuber (A6-0414/2005), Bericht über die Zukunft des Verfassungsvertrags, 19. 1. 2006; Europäisches Parlament: Protokoll der Sitzung vom Donnerstag 19. Januar 2006, P6_PV-PROV(2006)01-19, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage;

<http://www.europarl.eu.int> (Abgerufen am 25. 1. 2006); Ja: Kaufmann (PDS); Nein: Agnoletto (PRC), Brie (PDS), Catania (PRC), de Brún (Sinn Féin), Figueiredo (PCP), Flasarová (KSCM), Guerreiro (PCP), Guidoni (PdCI), Henin (PCF), Kohlíček (KSCM), Liotard (SP), Mastalka (KSCM), Meijer (SP), Musacchio (PRC), Pafilis (KKE), Papadimoulis (SYN), Pflüger (PDS), Ransdorf (KSCM), Remek (KSCM), Seppänen (VAS), Stroz (KSCM), Uca (PDS), Vergès (PCF), Wagenknecht (PDS), Wurtz (PCF).

2. 3. Die Haltung der »Europäischen Linkspartei«

Am 9. November 2003 trafen sich in Paris auf Einladung der »Französischen Kommunistischen Partei« die Vertreter von zwanzig linken Parteien. Sie diskutierten eine gemeinsame Erklärung unter dem Titel »Eine neue Dynamik für ein anderes Europa«. Die vom PCF vorgeschlagene Textpassage zur Europäischen Verfassung war sehr zurückhaltend formuliert: »Wie immer wir insgesamt zu dem gegenwärtig diskutierten ›Verfassungsvertrag‹ stehen mögen, wir akzeptieren nicht, dass man uns ultraliberale Wirtschaftskriterien aufzwingt, die zu wesentlichem sozialem Rückschritt führen.«³⁴ Die Tischvorlage wurde um eine Aussage »gegen ein Direktorat der Großmächte« und die Forderung nach einem Referendum ergänzt und von den Teilnehmern angenommen. Zu diesen gehörten aus dem Umfeld der späteren »Europäischen Linkspartei« PCF, PDS, AKEL, IU, SYN, PRC, PdCI und KSČM, aber auch KKE, PCP und SP. Als Vertreterin der nordischen Parteien nahm die dänische SF an dem Treffen teil, unterzeichnete die Erklärung aber nicht.³⁵

Am 8./9. Mai 2004 verabschiedete die »Europäische Linkspartei« auf einem Gründungsparteitag in Rom ihr Programm. In diesem findet sich die Pariser Textpassage zum Verfassungsvertrag fast wortgetreu wieder, lediglich um eine Aussage zur Militarisierung ergänzt: »Wie immer wir insgesamt zu dem gegenwärtig debattierten Verfassungsvertrag stehen mögen, wir wenden uns gegen ein Direktorat der Großmächte. Wir akzeptieren auch ihren Wunsch nicht, uns ultraliberale Wirtschaftskriterien und eine Militarisierung aufzuzwingen, die zu wesentlichem sozialem Rückschritt führt.«³⁶

Die Zurückhaltung dieser Formulierungen hielt die »Europäische Linkspartei« nicht davon ab, ihre erste thematische Konferenz am 24. Oktober 2004 der Europäischen Verfassung zu widmen. Zu diesem Anlass nahm der »Rat der Vorsitzenden« eine Erklärung an, die sich durch die klare Ablehnung des Verfassungsvertrags von den Aussagen im Gründungsprogramm unterscheidet. Inhaltlich wurde die bisherige Kritik um Verweise auf die unzureichende Demokratisierung und die repressive Flüchtlingspolitik der EU ergänzt.³⁷ Am 29. Januar 2005 fand in Barcelona eine Kundgebung der »Europäischen Linkspartei« zur Unterstützung der spanischen »Vereinigten Linken« in ihrer Kampagne gegen die Europäische Verfassung statt.³⁸

34 PCF: *Projet de déclaration. Rencontre des partis de gauche européens, Déclaration à l'occasion du Forum social européen, Paris, 9. 11. 2003.*

35 PCF u. a.: *Déclaration des partis de gauche, communistes et progressistes européens, Paris, 9. 11. 2003.*

36 Europäische Linkspartei: *Programm der Partei der Europäischen Linken. Beschlossen vom Gründungskongress in Rom, 8./9. 5. 2004, in: PDS-International 1/2004 (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 4.*

37 Europäische Linkspartei: »No« to the Constitutional Treaty! Another Europe is possible! Rom, 25. 10. 2004; <http://www.european-left.org> (Abgerufen am 2. 1. 2006).

38 *El País*, 30. 1. 2005; *Humanité*, 31. 1. 2005.

Den Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden bezeichnete der »Rat der Vorsitzenden« als »politische Sensation«. Das »neoliberale Europa« sei zu Fall gebracht und eine »linke, populäre, proeuropäische Position« durchgesetzt worden. Die »Völker« hätten jetzt »die Gelegenheit, Neoliberalismus und Demokratiedefizit zu überwinden«. ³⁹ Der Verweis auf die »Völker« als immanent progressiv handelnde Subjekte steht in der Tradition kommunistischer Rhetorik. ⁴⁰ Dennoch wirbt Fausto Bertinotti, Vorsitzender der »Europäischen Linkspartei«, für eine neue und positive Formulierung der eigenen Ansprüche an Europa. ⁴¹ Auf Einladung der französischen Kommunisten kam es am 24./25. Juni 2005 in Paris zu einer Konferenz von Parteien und Organisationen aus dem Umfeld der Europäischen Linken. Sie beschloss, »alternative Vorschläge« für eine europäische »Charta« sozialer, demokratischer und ökologischer Rechte zu erarbeiten. ⁴²

Es lässt sich festhalten, dass die Ablehnung des Verfassungsvertrags nach anfänglicher Unsicherheit spätestens im Herbst 2004 zur gemeinsamen Position der wichtigsten Akteure der »Europäischen Linkspartei« geworden war. Dadurch wurde die Auseinandersetzung mit der Verfassung zum ersten identitätsstiftenden Projekt der neuen transnationalen Partei.

39 Europäische Linkspartei: Erklärung des Rates der Parteivorsitzenden, Rom, 6. 6. 2005, in: PDS-International 2/2005 (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 1.

40 Vgl. François Saint-Ouen: Les partis politiques français et l'Europe: système politique et fonctionnement du discours, in: Revue française de science politique 36/1986, S. 214.

41 Fausto Bertinotti: Zur Vorbereitung des 1. EL-Kongresses, in: PDS-International 1/2005 (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 19 f.

42 Erklärung der Europäischen Konferenz in Paris: Ein neues Zeitalter kann in Europa beginnen, 25. 6. 2005, in: PDS-International 2/2005 (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 29.

Tabellarischer Überblick der Positionen

| | Anzahl der Stimmen bei den Europawahlen 2004 | Mitglieder in der Fraktion GUE/NGL 2004 | Haltung zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes | Haltung zu einem »anderen« Vertrag über eine EU-Verfassung | Haltung zum vorgelegten Vertrag über eine EU-Verfassung | Fazit |
|-----------|--|---|--|--|---|-------|
| PRC | 1.966.373 | 5 | + | + | - | +1 |
| PDS | 1.579.109 | 7 | + | + | - | +1 |
| PCF | 1.009.976 | 3 | + | + | - | +1 |
| PdCI | 781.074 | 2 | + | + | + | +3 |
| IU | 636.458 | 1 | + | + | - | +1 |
| KKE | 580.396 | 3 | - | - | - | -3 |
| KSČM | 472.862 | 6 | + | + | - | +1 |
| Sinn Féin | 342.255 | 2 | + | - | - | -1 |
| SP | 332.326 | 2 | + | - | - | -1 |
| V | 321.344 | 2 | - | - | - | -3 |
| PCP | 309.401 | 2 | + | - | - | -1 |
| SYN | 254.429 | 1 | + | + | - | +1 |
| BE | 167.313 | 1 | + | + | - | +1 |
| VAS | 151.291 | 1 | + | + | - | +1 |
| SF | 150.766 | 0 ^a | + | + | + | +3 |
| EL | 97.986 | 1 ^b | - | - | - | -3 |
| AKEL | 93.212 | 2 | + | + | - | +1 |

Tabelle 2: Die Parteien in der Fraktion GUE/NGL und ihre Positionen zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes, zur Frage nach einem »anderen« oder »besseren« und zum vorgelegten Verfassungsentwurf. Das Fazit fasst die Positionen zusammen, indem es für jede Befürwortung oder Ablehnung einen »Punkt« dazurechnet oder abzieht. Vgl. Abkürzungsverzeichnis.

Anmerkungen:

- (a) Die SF-Abgeordnete ist Mitglied der Grünen Fraktion;
- (b): Die dänische »Einheitsliste« (EL) kandidiert bei Wahlen zum Europäischen Parlament innerhalb des Wahlbündnisses »Volksbewegung gegen die EU«.

Abschließende Bewertung

Die europäische, linke Parteienlandschaft ist in Bewegung. Der Vertrag über eine Verfassung hält Europa in Atem. In der Geschichte der europäischen Integration gab es noch nie einen Moment vergleichbarer Diskussionen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich hinsichtlich der Positionen der linken Parteien folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. Alle linken Parteien, die im Europäischen Parlament in der Fraktion GUE/NGL vertreten sind, verhalten sich zu der Frage eines Europäischen Verfassungsvertrags. Auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs sind sie zu drei Aussagen gezwungen. Diese betreffen erstens ihre Haltung zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes, zweitens ihre generelle Bereitschaft, einem »anderen« oder »besseren« Vertrag zuzustimmen und drittens ihre Befürwortung oder Ablehnung des vorliegenden Verfassungsvertrags. Aus diesen drei Positionen lassen sich vier Gruppen von Parteien ableiten (siehe Tabelle 2).

Die erste Gruppe, der die dänische SF und der italienische PdCI angehören, befürwortet den Europäischen Verfassungsvertrag, wie ihn der Konvent ausgearbeitet und der Rat angenommen hat. Sie begründen ihre Zustimmung mit den demokratischen und institutionellen Verbesserungen, die erreicht würden. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, dass die sozial- und wirtschaftspolitischen Kapitel im Verfassungstext nicht ihren Überzeugungen entsprechen. Nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden halten sie an ihrem »Ja« fest, fordern aber ein Aufsnüren des Vertrags und Neuverhandlungen unter stärkerer Berücksichtigung sozialpolitischer Belange.

Die zweite Gruppe setzt sich aus den Parteien zusammen, die mit dem Ansatz einer alle bestehenden Verträge umfassenden Europäischen Verfassung einverstanden sind, den Entwurf von Konvent und Rat jedoch zurückweisen. Diesen Standpunkt teilen PRC, PDS, PCF, IU, KSČM, SYN, BE, VAS und AKEL. Ihre Ablehnung begründen sie mit dem »neoliberalen« und »militaristischen« Charakter der Verfassung. Das bestehende Wirtschaftssystem würde für Jahrzehnte festgeschrieben und damit den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eines nationalen Politikwechsels genommen. Demgegenüber seien die demokratischen Fortschritte im institutionellen Bereich unzureichend.

Die dritte Gruppe umfasst die portugiesische PCP, die niederländische SP und »Sinn Féin« aus Irland. Sie sind mit der Mitgliedschaft ihrer Länder in der Europäischen Union einverstanden, lehnen aber das Vorhaben eines Europäischen Verfassungsvertrags als Schritt in Richtung eines europäischen Föderal- oder Bundesstaats grundsätzlich ab. Ihre Kritik am vorgelegten Entwurf betrifft neben den politischen Dimensionen »Neoliberalismus« und »Militarisierung« hauptsächlich die institutionellen Reformen der EU. PCP und SP werfen ihren nationalen Regierungen vor, die Interessen der kleinen Staaten geopfert zu ha-

ben. »Sinn Féin« bemängelt, dass Regionalparlamente in der Verfassung nicht als politische Ebene berücksichtigt seien.

Die vierte Gruppe besteht aus der griechischen KKE, der schwedischen V und der dänischen EL. Sie fordern den Austritt ihrer Länder aus der Europäischen Union, die ein vom »Kapital« geschaffenes und nicht von den »Völkern« legitimiertes Konstrukt sei. Die Notwendigkeit internationaler Kooperation zwischen Staaten und eines gemeinsamen politischen Raums in Europa wird von diesen Parteien nicht bestritten. In Anlehnung an traditionelle Revolutionstheorien glauben sie aber, dass der Bruch mit den bestehenden Integrationsprozessen die Aufhebung der geltenden Verfasstheit der EU und ihrer Rechtsordnungen, sprich die Auflösung der Europäischen Union, voraussetzt.

2. Die unterschiedlichen Standpunkte der linken Parteien in der Verfassungsfrage sind auf sich grundsätzlich widersprechende Ansätze zurückzuführen. Es gab bereits in den 70er Jahren zwei auseinander driftende Diskurse der kommunistischen Linken in Westeuropa. Beiden gemeinsam war die Feststellung, dass »Kapital« und »Wirtschaft« zunehmend über Grenzen hinweg agieren. Auch heute teilen die linken Parteien die Ansicht, dass Globalisierung und Europäische Union in einem direkten Verhältnis zueinander stehen. Doch während die einen die EU als Teil von Lösungsstrategien begreifen, ist sie für die anderen Teil des Problems.

Die Parteien, die eine Europäische Verfassung vom Ansatz her befürworten, halten die europäische Integration und den Ausbau der supranationalen Institutionen für wichtig, um die Entscheidungsmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft zu stärken. Auf sicherheitspolitischem Gebiet leiten sie die Legitimation des europäischen Zusammenwirkens von der Gefahr einer unipolaren Weltordnung unter Führung der USA ab. Sie glauben, dass die europäischen Entwicklungen durchaus widersprüchlich verlaufen und Ansatzpunkte für Sozial- oder Friedenspolitik vorhanden sind. Da diese Parteien die »Völker« für grundsätzlich »progressiv« halten, glauben sie an den Durchbruch einer »anderen« oder »besseren« Politik durch die Demokratisierung und die Stärkung der politischen Verfahren. In diesem Prozess wäre eine Verfassung zum Schutz der Grundrechte des Staatsbürgers gegenüber den neugeschaffenen und neuzuschaffenden Institutionen wichtig.

Dennoch unterscheiden sich diese Parteien in ihrer Einschätzung des vorliegenden Europäischen Verfassungsvertrags. Während die einen die Fortschritte im Bereich des Aufbaus der Institutionen und der Demokratisierung in den Vordergrund stellen, kritisieren die anderen die Inhalte und die Politik. Diese verschiedenen Herangehensweisen scheinen sich von zwei Faktoren abzuleiten. Erstens projizieren die Parteien der zweiten Gruppe, PRC, PDS, PCF, IU, KSČM, SYN, BE, VAS und AKEL, ihre Kritik am Verlauf der europäischen Integration auf die Verfassung. Sie sind nicht bereit, die Verfasstheit eines von ihnen abgelehnten

Zustandes zu legitimieren. Demgegenüber glauben SF und PdCI, dass sich erst die Institutionen verändern müssen, bevor sich die Politik verändern kann.

Die Parteien, die eine Europäische Verfassung vom Ansatz her ablehnen, sehen in der Europäischen Union eine Verursacherin der Globalisierung. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet würde die föderative Integration die soziale Sicherheit gefährden, da sie Argumente gegen eine Erhöhung der Sozialleistungen und der Löhne liefere. In der Außenpolitik strebe die EU aus »imperialistischen« Motiven zu weltweit einsetzbaren militärischen Kapazitäten. Gegenüber supranationalen Institutionen geben diese Parteien der Stärkung des Nationalstaats den Vorzug. In diesem hätten »Arbeiterklasse« und »Volk« als progressive Elemente mehr Ansatzpunkte zur Verwirklichung ihrer sozialen Interessen. Daher gelte es, die nationalen Verfassungen gegenüber einer Europäischen Verfassung zu schützen.

Dennoch unterscheiden sich auch diese Parteien in einem wesentlichen Punkt. Während »Sinn Féin«, SP und PCP mit dem Verbleib in der Europäischen Union einverstanden sind, fordern KKE, V und EL den Austritt ihrer Länder. Hier scheinen zwei Motive eine Rolle zu spielen. Erstens die unterschiedlichen Auswirkungen der europäischen Strukturpolitik. In Irland und Portugal müssen die linken Parteien den Aufbau der nationalen Infrastruktur mit Hilfe europäischer Strukturfonds zur Kenntnis nehmen. Sie räumen in ihren Programmen ein, dass dieser Umstand wesentlich zu einem Wandel ihrer Positionen beigetragen habe. Zweitens die unterschiedlichen Traditionen der Parteien. Im Gegensatz zu »Sinn Féin« oder SP stehen die griechische KKE, die schwedische V und die dänische EL in der direkten Nachfolge der kommunistischen Parteien ihrer Länder. Sie vertreten nach wie vor eine Revolutionstheorie, die den radikalen Bruch mit der bestehenden als Basis einer anderen Zusammenarbeit in Europa voraussetzt.

3. Die Positionen der linken Parteien zur europäischen Integration unterliegen Transformationsprozessen. Diese ergeben sich meist aus einem tiefen Wandel der gesamten Partei, der weit über die europapolitischen Standpunkte hinausgeht. Erstens kam es während der Verfassungsdebatte in keiner der untersuchten Parteien zu einer spektakulären programmatischen Veränderung. Allerdings wurden bestehende Tendenzen offensichtlicher. Dies betrifft die Parteien VAS und KSČM, die mit ihrer Befürwortung eines Verfassungsprozesses erstmals ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union ausdrücken, oder die schwedische V, die ihre Ablehnung der EU deutlicher als in den letzten Jahren formuliert. Zweitens ergeben sich Positionen aus nationalen Konkurrenzverhältnissen heraus. In Italien, Griechenland, Dänemark und Portugal konkurrieren jeweils zwei linke Parteien miteinander. In keinem dieser Länder vertreten sie in der Verfassungsdebatte denselben Standpunkt. Vielmehr scheint diese zur zusätzlichen Profilierung der Unterschiede beizutragen.

4. Innerhalb der europäischen Kooperationsformen der linken Parteien gibt es in Bezug auf die Verfassungsdebatte nur im Fall der »Europäischen Linkspartei« eine tendenzielle Übereinstimmung der Positionen. Ihre Mitgliedsparteien befürworten fast alle einen Verfassungsprozess, lehnen aber gleichzeitig den vorgeschlagenen Text ab. Neben den genannten dürfte ein zusätzlicher Grund eine Rolle spielen: Die Identifizierung der eigenen Position mit der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung. Ich möchte dies am französischen Beispiel verdeutlichen.

Die »Nationalversammlung« nahm am 1. Februar 2005 eine Gesetzesänderung an, die den Weg für den Europäischen Verfassungsvertrag vorbereitete. Nur die 22 kommunistischen Abgeordneten stimmten geschlossen mit Nein. Als am 29. Mai 2005 die Franzosen die Verfassung in einem Referendum ablehnten, wurde der PCF zur einzigen parlamentarischen Kraft, die sich mit der Bevölkerung im Einklang befand. Zudem deckten sich die Motive der Ablehnung mit den politischen Forderungen der Linken und die soziale Zusammensetzung der »Neinsager« mit den »Klassen« und »Schichten«, die bis in die 80er Jahre als kommunistische Stammwähler galten. Es ist somit nicht verwunderlich, dass Marie-George Buffet, die Vorsitzende der »Französischen Kommunistischen Partei«, am Tag nach dem Referendum erklärte: »Heute erhebt sich große Hoffnung«.⁴³

43 Humanité, 30. 5. 2005.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------|--|
| AKEL | Progressive Partei des Werktätigen Volkes, Zypern |
| BE | Linksblock, Portugal |
| Dikki | Demokratisch-Soziale Partei, Griechenland |
| EAL | Europäische Antikapitalistische Linke |
| EEA | European Economic Area |
| EL | Einheitsliste, Dänemark |
| EST | Europäisches Sozialforum |
| EUL | Europäische Vereinte Linke |
| GATS | Allgemeines Abkommen über den Dienstleistungsverkehr |
| GRRC | Republikanische und Radikale Bürgerliche Linke, Frankreich |
| GUE | Vereinte Europäische Linke |
| GUE/NGL | Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke |
| IU | Vereinigte Linke, Spanien |
| KKE | Kommunistische Partei Griechenlands |
| KSČM | Kommunistische Partei Böhmens und Mährens |
| LCR-LO | Revolutionär-Kommunistische Liga – Arbeiterkampf, Frankreich |
| NELF | Forum der Neuen Europäischen Linken |
| NGL | Nordische Grüne Linke |
| NGLA | Nordische Grün-Linke Allianz |
| PCF | Französische Kommunistische Partei |
| PCI | Italienische Kommunistische Partei |
| PCP | Kommunistische Partei Portugals |
| PdCI | Partei der Italienischen Kommunisten |
| PDS | Partei des Demokratischen Sozialismus, Deutschland |
| PRC | Partei der Kommunistischen Neugründung, Italien |
| SF | Sozialistische Volkspartei, Dänemark |
| SP | Sozialistische Partei, Niederlande |
| SYN | Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie, Griechenland |
| V | Linkspartei, Schweden |
| VAS | Linksallianz, Finnland |

Autorenverzeichnis

Michael Brie

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und Leiter des Bereichs Politikanalyse der RLS

Judith Dellheim

Freie Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Claudia Gohde

Mitarbeiterin im Parteivorstand der PDS

Vladimir Handl

Mitarbeiter am Institut für Internationale Beziehungen, Prag;
Dozent an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität Prag

Cornelia Hildebrandt

Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Thomas Kachel

Anglist, Lehrer, freier Journalist; promoviert zu Fragen der Regionalität
in politischen Diskursen in Schottland und Ostdeutschland

Michael Koß

Promoviert an der Universität Göttingen mit einer Arbeit
zur Parteienfinanzierung in Deutschland, Schweden, Großbritannien
und Frankreich; derzeit Gastdoktorand an der Berlin Graduate School
of Social Sciences der Humboldt-Universität zu Berlin

Roger Martelli

Historiker, Mitglied des Nationalrats der FKP,
Direktor der Zeitschrift Regards, Paris

Meinhard Meuche-Mäker

Freiberuflicher Politikwissenschaftler; Tätigkeiten im Bereich der politischen Bildung, der Politikberatung und des Projektmanagements

Oskar Niedermayer

Professor für politische Wissenschaft an der FU Berlin;
Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung der DVPW

Mimmo Porcaro

Mitglied des Nationalen Politischen Komitees
der Partito della Rifondazione Comunista (PRC)

Lars Schmitt

Soziologe am Zentrum für Konfliktberatung
der Philipps-Universität Marburg

Dieter Segert

Professor für Politikwissenschaften an der Universität Wien

Dag Seierstad

Mitglied des Nationalrats der SV (Sozialistische Linkspartei) Norwegens

Christoph Spehr

Freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Henning Süssner

Journalist und Doktorand am Institut für Wohlfahrts- und Sozialforschung
der Universität Linköping

Sascha Wagener

Studierte in Berlin und Potsdam Politik und Kunstgeschichte;
seit Mai 2006 jugendpolitischer Sprecher des Parteivorstands
der Linkspartei.PDS

Gilbert Wassermann (†)

ehem. Direktor der Zeitschrift Mouvements, Paris

Dietmar Wittich

Soziologe, freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung

